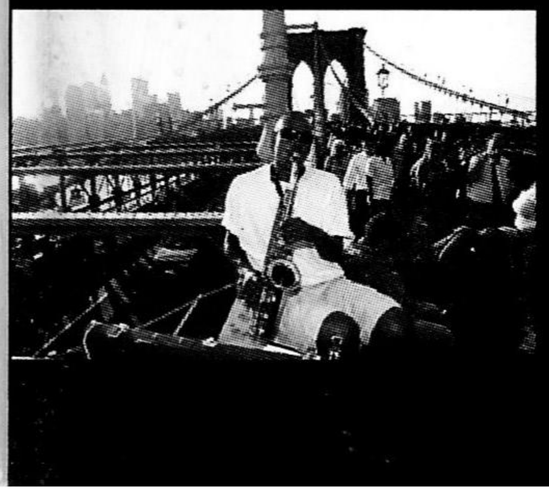
Widcat #67

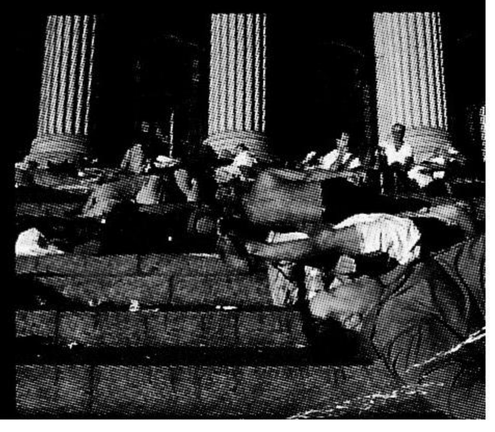
kostet 3 Euro

Oktober 2003

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

burnout blackout





Lohnsenkungen und Rationalisierung der »Weißen Fabrik« 10

Gesundheitsrefom 2003 11

Die Situation am Arbeitsplatz Krankenhaus 14
Freiburger Uniklinik 14
Klinikum Wahrendorff 15
Median Klinik Freiburg 16

Zur Situation in den Krankenhäusern in Frankreich 20

Wird jetzt alles wieder gut? 6
Vom Versuch, die kapitalistische Krise zu verstehen

Bubbles, Defizite, Rezession (Teil 1) 8
(Teil 2) 71

Loren Goldner über **Fiktives Kapital** 52

Die ArbeiterInnen und die Globalisierung 56
Beverly Silvers Forces of Labor. Workers Movements and Globalization since 1870

Ökonomische Gesetze und Öl-Kapitalismus 74
Winfried Wolfs Sturzflug in die Krise

Paolo Giussani über **Das Bruttoweltprodukt seit dem 2. Weltkrieg** 77

Weiter(Bildung) in der Krise 23
Veränderungen im Weiterbildungssektor
Träge Bildung 26
Erfahrungen aus einem Arbeitsamtskurs

Nicht nur für ein paar Dollar mehr 28
Kurzgeschichte aus dem Supermarkt
Wären diese Zeiten aufrührerisch... 38
Felix Klopoteks How they do it. Free Jazz, Improvisation und Niemandsmusik
Wild Dub 40
Dread meets Punk Rocker Downtown – Sampler
Night over Kingston 41
Reggae zwischen Schmelztigel und Essenzialismus

Nach Adorno 31
Grenzen und (Neben-)Wirkungen der *Kritischen Theorie*
Zweierlei Linke, zweierlei Kritik... 45
Moshe Zuckermanns Zweierlei Israel
Die bedrohlichen Seiten des Antirassismus 48
Ein bissiger Nachtrag zu den unbeendeten Debatten auf dem Kölner Grenzcamp
Reloaded 67
Ferruccio Gambinos Kritik am Fordismus-Begriff der Postfordisten
Bolivien, September 2003 36
... eine Fotogeschichte

Was bisher geschah: Nachträge zur *Wildcat 66* 60
Streikergebnisse bei Heidelberg und Panasonic 61
Lohnklau auf dem Bau: MigrantInnen wehren sich 62
Italien: Emergenza precaria 63
Frankreich, im September 2003 64
Streik-Ticker aus Angel-Sachsen 65

Ein gutes Editorial ist wie ein Wollknäuel...

"When patterns are broken, new worlds emerge"

(Tuli Kupferberg, der am 28.September 80 Jahre alt wurde - falls jemand Tuli Kupferberg nicht kennen sollte: er war (laut eigener Aussage) in den 60er Jahren der älteste Rockstar – und ist es heute natürlich erst recht. Gründungsmitglied von *The Fugs*, Anti-Kriegs-Aktivist, Reichianer, Comic-Zeichner, sein letztes Buch erschien 1999, als Antwort auf das blöde Buch »Teach yourself Banking« verfasste er »Teach Yourself Fucking«. In diesem Frühjahr ist eine neue CD von *The Fugs* erschienen »Final CD - Part 1« - wer noch mehr wissen will, kann ja mal nach Tuli Kupferberg googlen, oder auf *www.thefugs.com* gucken)

Ja dann wird wieder in die Hände gespuckt,
wir steigern das Bruttosozialprodukt,

Wir haben noch etwas Mühe mit dem dreimonatlichen Erscheinen: zwei Wochen mehr und wir hätten alle Artikel nochmal gründlich überarbeiten können – aber beim nächsten Mal wird's wieder so sein, wir sind halt keine Profis. Doch wir wollten »alle drei Monate« - und jetzt machen wir das auch!

Da war jetzt viermal von »wir« die Rede - damit ist an der Stelle die Redaktion gemeint, die für regelmäßiges Erscheinen sorgt, alle Artikel gemeinsam zu diskutieren versucht (auch solche, die von Leuten außerhalb der Redaktion geschrieben sind), Veranstaltungen macht... und unter

redaktion@wildcat-www.de

erreicht werden kann. Das ist übrigens auch die richtige Adresse für LeserInnenbriefe! Nach unserer ersten Nummer haben wir einige Zuschriften gekriegt, aber die waren alle im Stil »ich will mal der Redaktion was sagen« und nicht in der Absicht geschrieben, veröffentlicht zu werden.

Die nicht unterschriebenen Artikel sind unser Werk, Artikel von Leuten aus der Redaktion, die sie auf die eigene Kappe nehmen wollen, sind mit kleinen Buchstaben gekennzeichnet; Artikel von Leuten, mit denen wir ständig und intensiv diskutieren, mit großem Buchstaben, Artikel von »außen« mit Namen – Ihr seht, komplizierte Sache, deshalb wollten wir das eigentlich auch gar nicht verraten, aber nachdem so viele gefragt hatten...

Diesmal gibt es keinen speziellen Artikel zum Krieg. Seit dem Wildcat Zirkular 61 (Januar 2002: Globaler Krieg um die Ordnung der Welt) haben wir immer wieder Analysen darüber vorgelegt, wie sich sogenannte »strategische Interessen« mit Ölinteressen und der Notwendigkeit zur Absicherung des Dollars überkreuzen. Gegen das Bild vom »kriegsgeilen Bush« hatten wir die These herausgearbeitet, dass die Herren der Welt den Krieg fürchten, den sie aber dennoch führen müssen, weil der globale Kapitalismus vor seiner tiefsten Krise steht (die Artikel findet ihr auf unserer web site ***www.wildcat-www.de***). Zugespitzt kann man von einer »Krise des Kriegs« sprechen: Genauso wie US-Regierung den engsten Freunden im Unternehmerlager sagenhafte Profite zuschustern kann – aber die zugrundeliegenden Probleme der Kapitalakkumulation nicht anpacken kann – hat der Krieg gegen den Irak kein einziges Problem gelöst, es sei denn man stellt sich auf den Standpunkt der spiegelverkehrten Monster (Bush braucht Osama bin Laden, so wie der ihn braucht), dann war der Krieg sehr produktiv. Ansonsten sahnen Bushs Partei – und Wirtschaftsfreunde im Irak schamlos ab, aber die Situation ist alles andere als stabil, die Ölexporte decken bei weitem nicht die Kosten der Besatzung, und der Dollar kommt immer weiter unter Druck.

Bush scheint inzwischen so beschädigt, dass er zwischendurch auch schon mal ganz offen sagt, dass Saddam auch nichts mit El Qaida zu tun hatte:

http://www.kurier.at/ausland/385335.php

Einen ganz wunderbaren Beitrag zur Irak-Debatte lieferte in diesen Wochen ein ehemals gutes Internationalismusblatt, das heute oft im antideutschen Sumpf wühlt: »Da ziehen die Demokraten Blair und Bush gegen einen Diktator und Massenmörder in den Krieg, entmachten diesen in für nicht möglich gehaltenem Tempo und begrenzen allen Prophezeiungen zum Trotz die Zahl der zivilen Opfer. Und was passiert? Niemand dankt es ihnen. Im Gegenteil...« So beginnt – allen Ernstes – das Editorial des *IZ3W* September 2003.

Natürlich hatten auch wir befürchtet, dass der Krieg gegen den Irak unmittelbar zu viel mehr Toten und Elend führen würde – allerdings ist es schwindelerregend, wie linke Schreibtischstrategen in diesem Land über den tausendfachen Tod im Irak realpolitisch hinwegschreiben. Und wir hatten auch die Hoffnung, dass sich aus der Bewegung gegen den Krieg mehr ergeben würde... Aber in dem Szenario, das sich im Irak (und es wäre hinzuzufügen: im Nahen Osten, in Südamerika, in Tschetschenien...) entfaltet, sehen wir unsere Analyse vollständig bestätigt. Der Streit wird im Moment nur noch darum geführt, ob die Amis in einer vietnamkriegsähnlichen oder somalia-ähnlichen Situation stecken (»friendly fire« - ein wunderbarer Euphemismus, der eben in den Dschungeln Vietnams geprägt wurde).

Wenn wir uns freuten, dass die USA aus Somalia abhauen mussten und wenn wir es bei weitem vorziehen, dass sie im Irak in der Scheiße sitzen, als dass sie den Krieg mit Glanz und Gloria gewonnen hätten, dann macht uns das keinesfalls zu Antiimperialisten! Denn »Antiimperialisten« meinen prinzipiell und in jedem konkreten Fall, sich auf die andere Seite stellen zu müssen – wogegen nichts spräche, wenn sie nur wüssten, wo diese sich befindet. Sie platzieren sich dagegen an einer Stelle, an der »Nationale Befreiungsbewegungen « und »Völker der Dritten Welt« gegen den Imperialismus kämpfen. »Völker« und »Staaten«. Die einen muss man dann zurechterfinden, die anderen landen bei Mugabe.

Aber Ihr seid doch auch gegen den Imperialismus? Sicherlich, solange wir angeben können, worin der besteht. »Gegen Faschisten sein« macht uns sicherlich auch nicht zu »Antifaschisten« – und Rassismen kritisieren und Rassisten in die Schranken weisen nicht zu Antirassisten. -> siehe **Grenzcamp**-Artikel, der eine notwendige Debatte beginnt.

Alle politischen Bestimmungen über »anti-« greifen zu kurz und gehen in die Irre. Alle »Antis« sind elitär (davon sei ausdrücklich die große Mehrheit der Antifas ausgenommen). Und die Linken in diesem Land definieren sich fast ausschließlich über ein oder mehrere »antis«. Es ließe sich aber auch (ggf. statistisch) belegen, daß 80 Prozent linker Musik- bzw. Kulturkritik dazu dient, sich selber vom Pöbel abzugrenzen. Ein Problem, an dem festzubeißen wir übrigens auch beschlossen haben, auch diesmal gibt es wieder Artikel zu »Musik« -> siehe **Musikteil**.

Darüberhinaus haben die meisten Protagonisten des »Anti-« Anschlussstellen zu staatlicher Politik – und werden früher oder später vom Staat bezahlt, auch darauf weist der Grenzcamp-Artikel hin – und halten sich deshalb für »unabhängig«.

Im letzten Jahrzehnt ist es wichtig geworden, solche politische Positionierung intellektuell hochtrabend abzusichern und dabei möglichst politisch korrekt zu erscheinen. Das oben zitierte Editorial, das sich so schwungvoll auf die Seite der »Demokraten Bush und Blair« stellen will, bemängelt die »Faktenhuberei« derer, die jetzt an Bush & Blair rumnörgeln, weil im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden. Gekrönt wird das mit einem Adorno-Zitat: »Gegen dieses Vorgehen, sich selbst und der Öffentlichkeit mittels kleiner Wahrheiten darüber hinwegzutäuschen, dass das ›Ganze das Unwahre‹ ist, hat sich insbesondere die Kritische Theorie gewandt... letztere begegnet den Fakten nicht nur selektiv mit der nötigen Distanziertheit, sondern kategorisch.« Dazu haben wir auch was zu sagen. -> siehe **Adorno**-Artikel.

Wenn früh am morgen die Werksirene dröhnt,
und die Stechuhr beim Stechen lustvoll stöhnt,
in der Montagehalle die Neonsonne strahlt,
und der Gabelstaplerführer mit der Stapelgabel prahlt.

Der ehemalige Hamburger Innensenator Schill ist der Realität übrigens auch »selektiv und kategorisch« entgegengetreten – wenn auch nicht immer »mit der nötigen Distanziertheit«, was dann zu seinem Rauswurf geführt hat – er hat die Kriminalität statistisch gesenkt. Eigentlich war das mal ein guter Beitrag, wo doch Innenminister seit Jahren die Kriminalität statistisch anheben, um mit Angst und Horror weitere Polizeistaatsaufrüstung durchzusetzen. Nur leider wollte er damit seine law&order-Scheiße legitimieren, und nun sind sie ihm – posthum sozusagen – draufgekommen. Ist schon so 'ne Sache mit den **Statistiken**: Der IWF sieht den Aufschwung noch keineswegs, der Bundeswirtschaftsminister hingegen sehr wohl. Das Churchill-Zitat »Ich glaube nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe«, wird oft als Argument benutzt, irgendwas behaupten zu können – was juckt mich die Realität? -> **Artikel von Paolo Guissani**

Da sind wir schon beim Block zur **Krise**, in dem wir weder marxologisch rumhubern noch wild rumspekulieren, sondern eher einführend erklären: Wie entwickelt sich die Verschuldung? Wie werden überhaupt Statistiken aufgestellt und so etwas Kompliziertes wie das **Weltsozialprodukt** berechnet? Wie hängen Finanzströme und die Entwicklung der Produktion zusammen, wie Kapitalentwicklung und ArbeiterInnenkämpfe? Was ist »fiktives Kapital«? Ist der Aufschwung da oder kommt er gleich oder ist er schon wieder vorbei?

Die Krankenschwester kriegt 'n Riesenschreck,
schon wieder ist ein Kranker weg,
sie amputierten ihm sein letztes Bein,
und jetzt kniet er sich wieder mächtig rein.
Ja dann wird wieder in die Hände gespuckt,
wir steigern das Bruttosozialprodukt,
ja, ja, ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt.

Krankenschwestern bekommen sicher ohnehin bisweilen einen Riesenschreck. Trotz gestiegener Personaldecke ist der Stress nicht weniger geworden. Privatisierung, Rationalisierung und Standardisierung sind hier wichtige Stichworte. Etwas mehr ins Detail geht der Artikel über die **Situation in den Krankenhäusern**. Gerne hätten wir noch mehr Berichte über die heutigen Zustände auf den Stationen abgedruckt – vielleicht habt Ihr noch was beizutragen?

Der Artikel zur **Gesundheitsreform** ist diesmal der einzige Beitrag zur laufenden Welle von Renten-, Arbeitslosengeld-, Krankengeld- und sonstigen Kürzungen. Die letzten Monate über konnte man zum wiederholten Male beobachten, wie die Bundesregierung soziale Kürzungen propagandistisch mit Schmarotzerdiskursen flankiert, die von der Presse nur allzu begierig aufgenommen werden. Die Betroffenen – und »die Linken«, die in der Verteidigung des Sozialstaats eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen – hatten dem bisher wenig entgegenzusetzen.

So ist es atemberaubend, wie der massivste Angriff auf die proletarischen Einkommen scheinbar ohne Widerstand durchgeht. In diesem allgemeinen Bild stand der Metallerstreik im Osten doch schon etwas quer: zumindest wurde hier eine Verbesserung gefordert und dafür gestreikt...

Wir hätten sehr gern einen Artikel über den abgebrochenen Metallerstreik im Osten drin gehabt. Man kann nämlich trefflich spekulieren und analysieren, warum Zwickel diesen Streik im Alleingang abgebrochen hat, welche Lagerbildung es in der IG-Metall gibt usw.. Dies würde dem eigentlichen Skandal aber doppelt auf den Leim gehen: Zum einen sind solche Vorgänge in der Gewerkschaftsgeschichte keineswegs neu (Hinnahme von Lohnspaltungen, Streikziele und Streiktaktik, die sich der Profitproduktion unterordnen, Entscheidungen und Tricks von oben, um Aktivitäten von unten zu verhindern... das gehört alles zum gewerkschaftlichen Handwerkszeug. Auch heftige Richtungsstreits gab es in der IG Metall schon des öfteren.); zum anderen hat das ganze Verfahren (wie der Streik angeordnet wurde, wie er beendet wurde und wie über sein Ende diskutiert wurde) dazu beigetragen, ein Tabu in der deutschen Gesellschaft zu befestigen und durchzusetzen: die ArbeiterInnen selbst dürfen nicht zu Wort kommen.

Als die rot-grüne Regierung 1998 an die Macht kam, war klar, dass sie »Reformen« durchsetzen sollte, die die Kohl-Regierung nicht geschafft hätte. Was die Gewerkschaften angeht, so denke man nur an Zwickels Worte über die arbeitslosen Jugendlichen, denen man die Sozialhilfe streichen müsse, wenn sie nicht den nächstbesten Job annehmen (»Der Staat hat kein Geld zu verschenken«, 1999). Kurz darauf hat derselbe Mann dann die zig Millionen Abfindung für den Mannesmann-Vorstand abgenickt...

Aber erst mit der Krise fand die wiedergewählte Regierung den Boden für einen radikaleren Umbau des Sozialstaats. Dabei waren die Gewerkschaften immer gefragt, saßen bei Hartz und Rürup dabei und machten konstruktive Vorschläge. Die Regierung hatte kaum hoffen können, dass die Kürzungen einfach so durchgehen – schließlich waren zur selben Zeit in halb Europa Streiks und Protestdemos am Laufen. Dann dieser Streik im Osten, eigentlich eine ganz gewöhnliche Tarifauseinandersetzung, die den neuen Vorsitzenden bekannt machen sollte, die Gewerkschaften verhandlungsbereit bis zum Abwinken, um nur ja einen Fuß drin zu behalten in den Betrieben. Aber das passte einfach nicht ins Klima und musste zurückgepfiffen werden!

Im Frühjahr haben wir mit großem Interesse auf die heftigen Auseinandersetzungen in **Italien** und **Frankreich** zu den gleichen Themen geschielt. Doch was äußerlich so radikal aussah, blieb hat letzlich auch nicht mehr erreicht: die Regierungen haben sich durchgesetzt, die Gewerkschaften sind mitgezogen. -> **Berichte**

Aber wenn nicht einmal Streiks und massenhafte Mobilisierungen die massiven Rentenkürzungen verhindern können – was dann? Vielleicht wird es wieder spannender, wenn die Unternehmer jetzt mit dem Schwung aus dem Osten im Rükken zum Angriff auf die Arbeitsbedingungen übergehen (ein ähnlicher Trick übrigens wie 1993, als mitten im Kriseneinbruch über erpresserische Betriebsvereinbarungen neue Verhältnisse in den westdeutschen Autofabriken durchgesetzt wurden mit der Behauptung, die Fabriken im Osten wären 30% produktiver). Der Chef von Bosch z.B. fordert unverblümt die Rückkehr zur 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich – und bietet dafür nicht einmal mehr die übliche verlogene Arbeitsplatzgarantie, sondern nur weniger Arbeitsplatzabbau...

»Lasst die Adler fliegen, in ganz Deutschland, frei und ohne Fesseln.« Michael Rogowski, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) scheint schon abzuheben. Zum BDI-Kongress waren über 1000 Unternehmer, Politiker und »Führungskräfte« gekommen, um »Reformalternativen« zu diskutieren. »Grundlage der Diskussionen war ein über 100 Seiten umfassender Reader des BDI, der das wohl umfassendste Programm für einen kalten Staatsstreich in Deutschland enthält, das zur Zeit auf dem Markt ist.« (Junge Welt, 23.09.03) Doch hinter dem Adler lauert der Pleitegeier. -> **Krisenblock**

Das hier immer mal eingestreute Lied kennen vielleicht noch ein paar von Euch: es wurde 1982/3 mit Beginn des Krisenangriffs und der Wende zur Kohl-Regierung sehr populär. Es stammt von der Gruppe *Geier Sturzflug* , ehemaligen Operaisten... (Aber der dritte Teil der Trilogie zum Operaismus kommt erst nächstes Mal.)

Also wieder eine bunte Palette: Formel zur Berechnung des Spaßfaktors, präzise Anleitungen zur Berechnung des Weltbruttosozialprodukts, Einführung in die Krise, Ausflüchte zu Reggae und Dub... Was uns selber bisher zu kurz kommt: Berichte, Erzählungen, Diskussionen von und mit ArbeiterInnen.

Zum Schluss nochmal »wir«: Die Wildcat steht auch deshalb so schräg gegen den den Großteil des linken Blätterwalds, weil es uns wichtig ist, dass wir von gar keinen Fördergeldern abhängen, und dass alle, die mitmachen wollen, das tun, weil sie es politisch wichtig finden, und nicht, weil sie dafür bezahlt werden. So bleiben wir politisch unabhängig, sind aber andererseits zu abhängiger (Lohn-)Arbeit gezwungen – oder halt dazu, uns mit dem Arbeitsamt rumzuschlagen.

Dann hat einen nach dem andern die Arbeitswut gepackt, und jetzt singen sie zusammen im Arbeitstakt.

... oder doch eher wie ein Lineal?

Wird jetzt alles wieder gut?

Was gemeint ist, wenn sie von »Aufschwung« reden

oder

Vom Versuch, die kapitalistische Krise zu verstehen

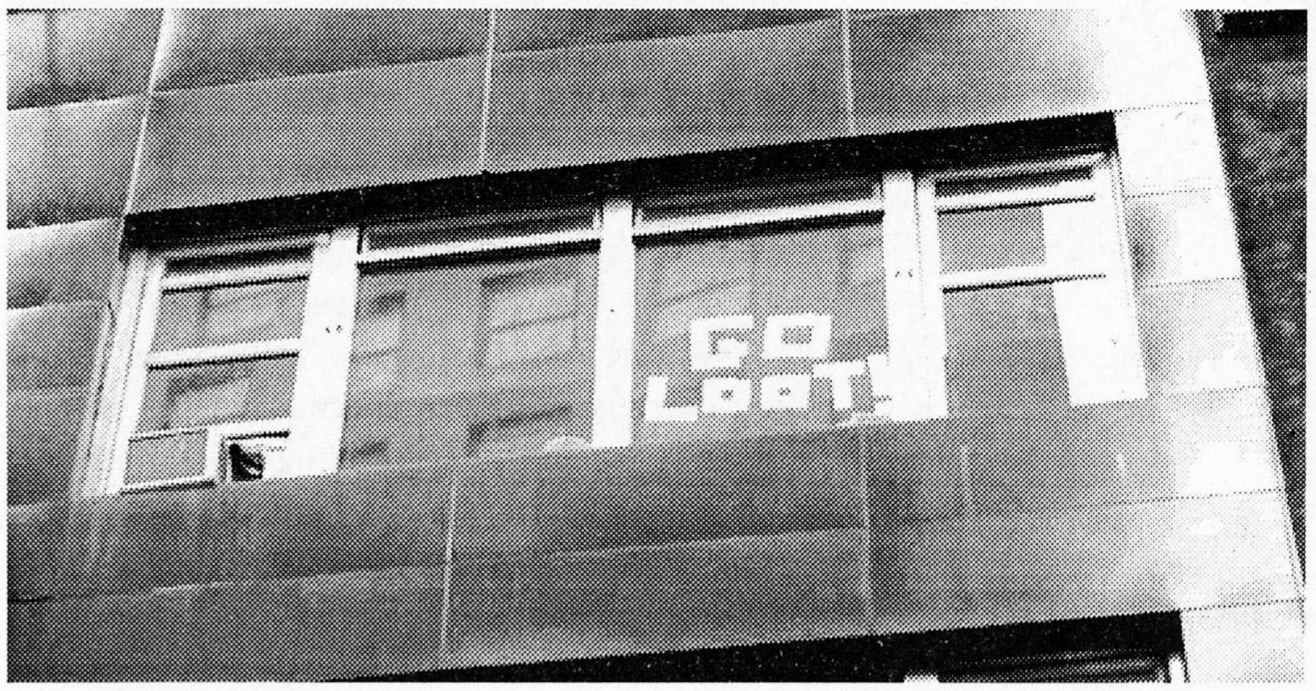
Sie müssen vom Aufschwung reden, weil ihre Legitimation wegbricht

Ende August behauptete das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo), der Wirtschaftsaufschwung käme, und zwar weltweit. Grundlage dieser Prognose war der sogenannte Geschäftsklimaindex, in ihm werden die *Erwartungen* der Unternehmer an die kurz-, mittel- und langfristige Geschäftsentwicklung erfasst.

Das Zahlenwerk löste Begeisterung aus. Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach in Berlin von einer »sehr, sehr guten Nachricht«. Die Chefvolkswirte von Michael Heise (Allianz) bis Bernd Stecher (Siemens) sahen bereits Wachstumsraten von zwei Prozent und mehr im Jahr 2004. Dabei hatte der Chef des Ifo-Instituts ausdrücklich gesagt: »Diese Besserung beruht ... ausschließlich auf optimistischeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, während sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage sogar weiter verschlechterten«. Etwa zur selben Zeit vermeldete das Statistische Bundesamt einen historischen Höchststand bei den Insolvenzen im ersten Halbjahr 2003. Andere Prognosen gehen von weiteren dramatischen Steuerausfällen und sinkender Binnenkaufkraft aus. Ebenfalls Ende August gab der Deutsche Maschinenbau (VDMA) bekannt, daß die Produktion der Branche in diesem Jahr nochmal um zwei Prozent sinken werde. Von einem Aufschwung könne keine Rede sein, sagte Verbandspräsident Diether Klingelnberg. »Wenn der Aufschwung kommt, dann kommt er frühestens nächstes Jahr. Und wenn er kommt, wird er schwach.« Auch die Investitionsgüterindustrie, das Herz der deutschen »Exportlokomotive« (68% gehen in den Export) schrumpft weiter: Zum Jahresende 2003 soll es in der Branche noch etwa 875 000 Arbeitsplätze geben – fast 30 000 weniger als zu Beginn des Jahres. Der Umsatz schrumpft, die Zahl der Firmenpleiten steigt. Das grundlegende Problem seit Beginn der neunziger Jahre auch hier: mangelnde Investitionen.

Von offiziellen Verlautbarungen können wir uns keinen Aufschluß über die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Situation erwarten. In Ökonomien, die sehr stark vom Privatkonsum abhängen, wie den USA und GB, und wo diese »Privatleute« gleichzeitig bis zum Hals verschuldet sind, werden »Wirtschaftsnachrichten« als Durchhalteparolen fabriziert. In der BRD, wo tiefe soziale Einschnitte beschlossen worden sind und nun durchgesetzt werden müssen, arbeiten Kapitalverbände und Politiker mit dem doppelten Bild von der tiefen Krise und dem kommenden Aufschwung – um im nächsten Satz deutlich zu machen, welche Opfer »wir alle« bringen müssen, »um den Aufschwung nicht zu gefährden«.

Wir wollen im folgenden die Situation in den USA (und Großbritannien) und auch ganz kurz die in der BRD beleuchten. Um die Dynamik der Krisensituation verständlich zu machen, betrachten wir dann die globale Konstellation. Schließlich versuchen wir, den Kern der Krise herauszuarbeiten. Damit hoffen wir, ein paar Kriterien für die weitere Debatte klarzukriegen.



Warum eigentlich nicht?

Welche Debatte? Um was geht's hier eigentlich?

Sich theoretisch mit den Krisen des Kapitalismus zu beschäftigen, macht nur aus zwei Perspektiven Sinn: entweder weil man ihn retten will und nach Rezepten zur Überwindung der Krisen sucht – oder weil man auf sein Ende hofft und sich klar machen will, wo wir heute stehen. Natürlich gibt es keinen Automatismus zur Revolution, denn eine wirkliche soziale, nicht nur politische Revolution wäre die Überwindung jeglichen Automatismus, jeglicher quasi gesetzmäßigen Entwicklung von Gesellschaft, wie wir sie im Kapitalismus handfest zu spüren bekommen. Daher hängt die Revolution auch nicht von unserem bloßen Willen ab. In diesem ganz handfest als Automatismus erscheinenden Gefüge der Kapitalverwertung muss selbst etwas in die Brüche gehen, um massenhaft den Ausblick und die Möglichkeit auf eine Gesellschaft zu ermöglichen, die wir selber gestalten. Revolution wird möglich, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Aber wann können die oben nicht mehr? Von daher stammt das große Interesse von Marx seit etwa 1853, sich mit den kapitalistischen Krisen zu beschäftigen, in denen die Grenzen der Macht des Kapitals aufblitzen. Er hat aber keine »fertige« Krisentheorie aufgestellt, was die allermeisten »Marxisten« als Mangel beklagen, dem sie durch eigene »geschlossene« Krisentheorien abhelfen wollen.

Deswegen ist »Krisentheorie« zu einer Sache von *Experten* geworden, wo man sich »Reproduktionsschemata« um die Ohren haut und des »Luxemburgismus« bezichtigt. Aber Marx hat ganz bewußt keine fertige Krisentheorie geliefert, weil sie dem was er unter »*Kritik* der politischen Ökonomie« verstanden hat, komplett widersprochen hätte. Die *Experten* machen aus dem Kapitalismus gedanklich eben wieder den Automatismus, das geschlossene System, das Marx begrifflich demontieren wollte. Das Kapitalverhältnis ist in den Augen von Marx kein geschlossenes System, sondern die ständige Instabilität, das ständige Ungleichgewicht. Seine *Methode* – und die interessiert uns hier und auch sonst an seinem Werk – geht nicht von einem System aus, dessen innere Reproduktion sich in Gesetzmäßigkeiten, z.B. zur Krise, fassen ließe. Es geht ihm vielmehr um die historischen Grenzen einer verkehrten Welt, in der sich der gesellschaftliche Zusammenhang und die Produktivität der Menschen als über ihren Köpfen waltende Sachgesetzmäßigkeit darstellen kann. Die Brüchigkeit dieses Verhältnisses können wir in der theoretischen Kritik offenlegen, aber dazu kommen muss die minutiöse historische, empirische Untersuchung, wie sich diese Brüchigkeit entwickelt. Die Kritik des Kapitalismus kann weder dazu dienen, sein Ende vorauszuberechnen, noch dazu, ihn durch planmäßiges Eingreifen besser zu gestalten – wie es heute Rezepte aus der Kritik am Neoliberalismus, statt am ganzen Kapitalismus tun!

Auch mit seinem berühmten »tendenziellen Fall der Profitrate« wollte Marx keine Zwangsläufigkeit von Krise und Revolution beschwören, sondern den zugespitzen Ausdruck der kapitalistischen Verkehrung bezeichnen: die Brüchigkeit des Kapitalverhältnisses beruht nicht auf »äusseren« Ursachen (Überflutungen, Dürre, Kälteperioden) wie in früheren Gesellschaften, und sie resultiert nicht aus den »Ungerechtigkeiten« oder aus falschen individuellen Entscheidungen, sie liegt in diesem Verhältnis selbst. Die Verwertung scheitert an ihrem Erfolg. In seinem Siegeszug gegen alle vorgefundenen Verhältnisse und Arbeitsweisen, mit seinen gewaltigen Produktivitätssteigerungen und der Ersetzung von lebendiger Arbeit (»Schufterei«) durch tote Arbeit (»Maschinerie«), untergräbt es die Bedingungen seiner Verwertung: die Menschen durch ihre eigenen Produkte zur Arbeit zwingen zu können; die Menge der abgepressten Arbeit kann mit der Menge an akkumulierter toter Arbeit nicht Schritt halten, die Profitrate sinkt. Marx hat betont, dass sich daraus kein Automatismus ergibt – es gibt viele »entgegenwirkende Ursachen« gegen die Tendenz. Er wollte klarmachen, dass in dem Fall der Profitrate (den wir heute auch wieder erleben) mehr drinsteckt, als eine bloß quantitative Veränderung; dass sie nur der müde wirtschaftstheoretische Abklatsch der sichtbar werdenden historischen Grenzen des Kapitalismus ist – und damit der *Möglichkeit*, aus den bisherigen Zwangsgesetzlichkeiten unseres Zusammenlebens herauszutreten.

Deshalb haben wir folgendes getan:

- Im folgenden Artikel versuchen wir die Krise des Kapitalismus »für ZeitungsleserInnen« zu erklären. Ihr braucht keine Schulung in Marx'scher Theorie, um den folgenden Artikel lesen und verstehen zu können, hin und wieder in die Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen zu gukken, reicht. (Und wenn dann jemand Bock kriegt, sich mal ein paar Seiten Marx reinzuziehen, um so besser!)

- Wir haben Loren Goldner gebeten, sein Verständnis des »fiktiven Kapitals« nochmal in Kurzfassung zu erklären, weil er den Zusammenhang von Finanzspekulation mit den Problemen in der Produktion deutlich macht: die Akkumulationskrise erklärt die Ausweitung der Finanzströme und nicht umgekehrt. Das ist wichtig gegen solche Vorstellungen, mit Einführung der Tobinsteuer könne man den Kapitalismus überwinden! In unseren Augen übertreibt Loren allerdings die Zweiteilung im *Kapital*. Er hat einen sehr guten Gedanken, aber beim Versuch, ihn stark zu machen, beschädigt er ihn schon fast. Zweitens (das gilt übrigens nicht nur für ihn, sondern für viele andere und leider auch für unseren eigenen Artikel!) springt er oft hin und her zwischen Überlegungen zur Gesamtsituation des weltweiten Kapitals, bespricht dann aber die Situation in den USA. Das ist der Tatsache geschuldet, daß sich sowohl die Aufschwunghoffungen auf die USA beziehen, als auch die USA das schwächste Glied in krisentheoretischer Hinsicht sind – aber es macht einen beim Lesen manchmal kirre, daß immer zwischen den Ebenen hin- und hergesprungen wird. (Seite 52)
- Wir besprechen ausführlich das neue Buch von Beverly Silver – sie untersucht den Zusammenhang zwischen den Kämpfen der weltweiten Arbeiterklasse mit dem Funktionieren und der Krise des Kapitals und zeigt dabei, wie sich mit der Durchsetzung des Kapitalismus die Arbeitermacht ausgebreitet und vertieft hat. (Seite 56)
- Wir haben Paolo Giussani gebeten, möglichst einfach zu erklären, wie das Bruttosozialweltprodukt errechnet wird bzw. errechnet werden kann – weil er (wie wir) den Kapitalismus in einer mehr als 30jährigen Stagnationskrise sieht – und dann sollte man handwerklich analysieren können, statt zu spekulieren. (Seite 77)
- Deshalb kritisieren wir Winfried Wolf: Hinter seiner »Unterkonsumtions«-Theorie stecken letztlich staatliche Konzepte (Keynesianismus; Ausbau des Sozialstaats usw.). (Seite 74)
- Wir weisen auf einen Artikel von Ferruccio Gambino hin, mit dem er die Perspektive der Regulationsschule – und wir können hinzufügen: der meisten Linken – kritisiert, die im Kapital das Subjekt sehen und anstatt die reale Entwicklung zu untersuchen, Modelle bilden wie z.B. »Postfordismus«. (Seite 67)

All diese Artikel tragen inhaltlich zu dem Bemühen bei, die heutige Zeit – eine Zeit heftiger Umbrüche und zugleich einer scheinbar vollständigen Apathie der Klassenkämpfe in der BRD – zu begreifen.

Bubbles, Defizite, Rezession

Dem Kapital geht es lange nicht so gut, wie uns seine Priester glauben machen wollen.

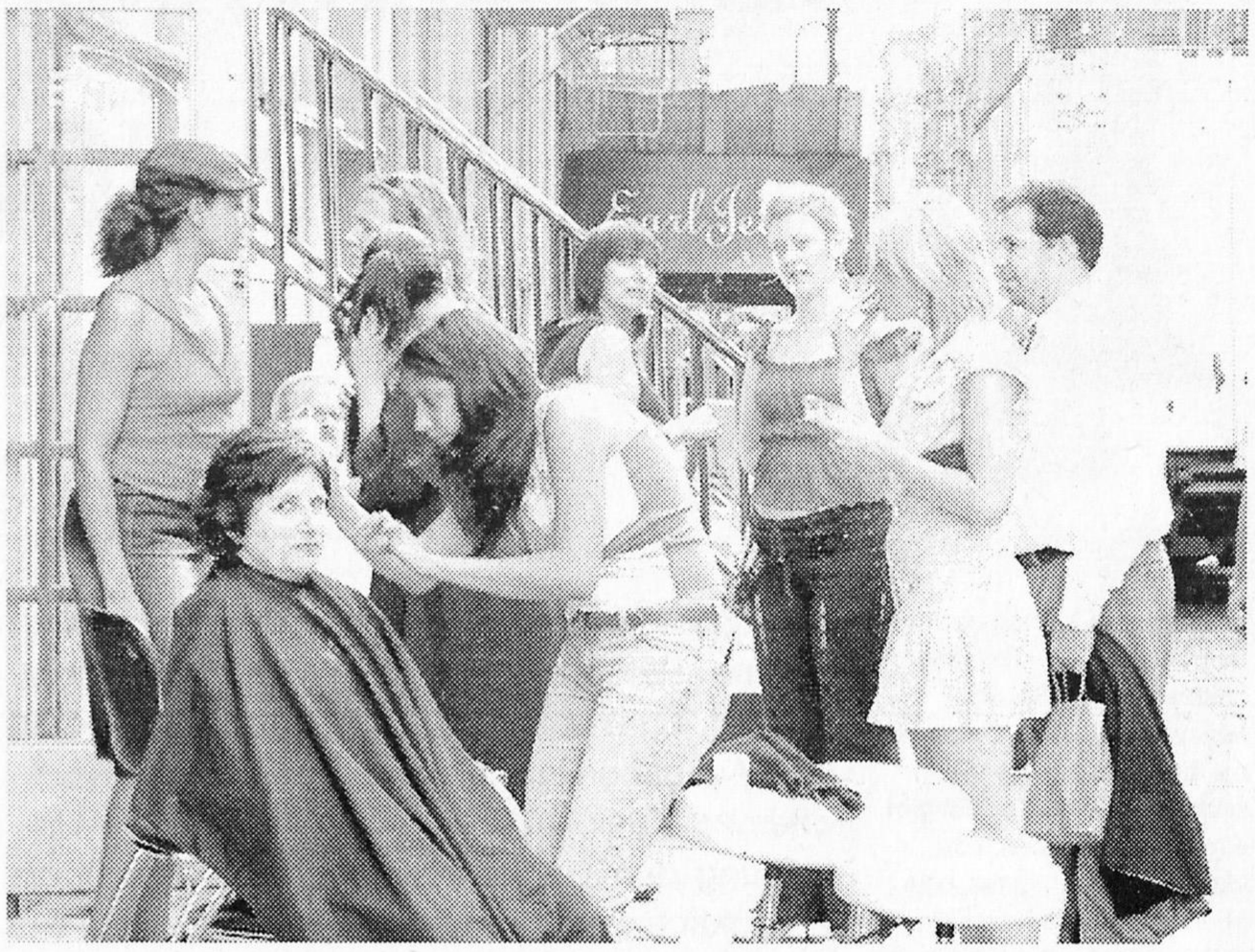
USA und GB: vor dem Kipppunkt?

Am 1. September veröffentlichte ein US-amerikanisches Wirtschaftsinstitut, das in den 80er Jahren als erstes vor der heraufziehenden Schuldenkrise der Dritten Welt gewarnt hatte, seinen Jahresbericht. Darin spricht es vom »Kipppunkt« einer gigantischen Schuldenblase. Die Verschuldung der Ersten Welt sei inzwischen dramatisch schlimmer als die der Dritten Welt. Japans Krise zu Beginn der 90er Jahre sei in einer Situation ausgebrochen, als 9 Yen Schulden aufgenommen werden mußten, um 1 Yen Zuwachs im Bruttosozialprodukt zu erzeugen – diese Relation betrage in den USA heute 10:1. Die USA und Großbritannien hätten die Kreditblase immer weiter aufgepumpt (durch Deregulierung der Finanzgeschäfte, Ausweitung des Kredits und extrem niedrige Zinsen). Trotz des starken Falls der Aktienkurse sei die Kreditblase nicht kleiner geworden – im Gegenteil! (Die folgenden Ausführungen gelten in den Grundlinien auch für Großbritannien, um aber nicht durch dauerndes Hin- und Herspringen und zu viele Zahlen zu verwirren, habe ich mich auf die USA beschränkt.)

Trotz langer Rezession und massivem Arbeitsplatzabbau ist der private Konsum in den USA hoch geblieben und hat das Abschmieren in die Depression verhindert. Das ist umso erstaunlicher, als die Sparquote in den USA seit Jahren immer weiter fällt und inzwischen auf einem Rekordtief angekommen ist. Die Leute finanzieren ihren Konsum durch immer mehr Schulden – wobei neuere Erhebungen zeigen, daß immer mehr Grundnahrungsmittel (und keineswegs der Konsum von sogenannten Luxusgütern!) mit Krediten finanziert werden. Neben Konsumentenkrediten, Überziehen von Kreditkarten usw. wird diese Schuldenblase v.a. mit Hypotheken gefüllt. In den letzten beiden Jahren sind die Immobilienpreise in den USA teilweise um 100% gestiegen. Auf ihre – auf dem Papier sehr viel teurer gewordenen – Häuser haben die Leute enorme Hypotheken aufgenommen und/oder ihre Hypotheken in Zeiten ständig fallender Zinsen umgeschuldet – und aus dem »Gewinn« bei der Umschuldung kräftig weiter konsumiert. Dieser Effekt funktioniert aber nicht bei konstant niedrigen, sondern nur bei *fallenden* Zinsen – und wohin sollen die Zinsen in den USA noch fallen? Sie sind bereits real negativ (das heißt die Zinsen liegen unter der Inflationsrate). Zudem steigt die Arbeitslosigkeit weiter; Ökonomen sprechen inzwischen nicht mehr von einem »jobless growth« (Wachstum, das keine Arbeitsplätze schafft), sondern von einem »jobloss growth« (das Bruttosozialprodukt wächst und gleichzeitig gehen Arbeitsplätze verloren.). Der Privatkonsum, der die Konjunktur in den USA bisher über Wasser gehalten hat, droht zurückzugehen. Allein deshalb besteht ein ungeheurer Druck, die Situation der US-Ökonomie rosiger darzustellen, als sie ist: »der Verbraucher« muß in Kauflaune gehalten werden.

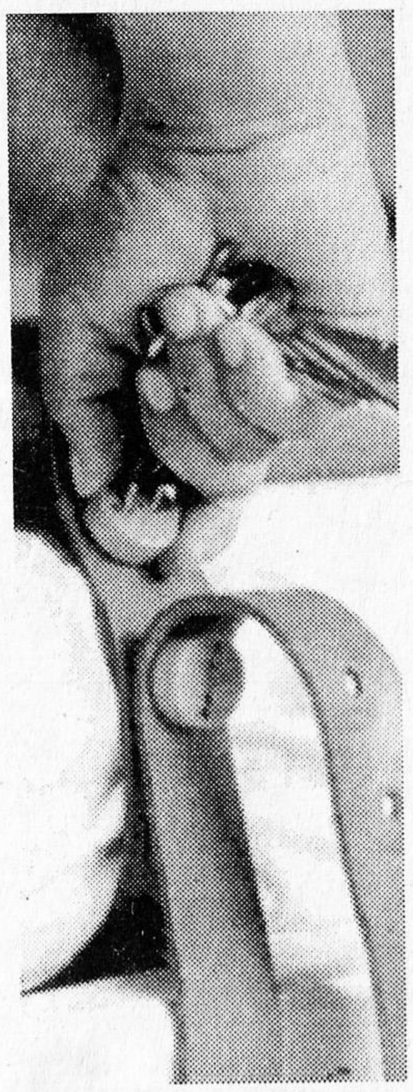
Die USA werden aber nicht – wie Japan in den 90er Jahren – die Zinsen durch die Krise hindurch niedrig halten können – *deshalb* verspricht Greenspan (Chef der US-Zentralbank Fed) das zur Zeit einmal wöchentlich! – denn sie sind sowohl im Innern wie dem Ausland gegenüber stark verschuldet. Man spricht von den »twin towers of deficit«: Die USA haben sowohl im Außenhandel wie in ihrem Etat jeweils rund 500 Milliarden Dollar Defizit. Im September hat die Bush-Regierung weitere Schulden von 87 Mrd. $ »zur Friedenssicherung« beantragt. Rechnet man diese Summe hinzu und addiert außerdem die Schulden der nachgeordneten Behörden, nimmt der amerikanische Staat insgesamt 700 Mrd. $ neue Schulden auf, der höchste Fehlbetrag in der Nachkriegsgeschichte – im Jahr 2000 hatte die US-Regierung noch einen Haushaltsüberschuß von 1,4% des BSP. Die gigantische und zunehmende Verschuldung der USA ist inzwischen der Alptraum aller Ökonomen. Um diese Schulden bedienen zu können, sind die USA absolut davon abhängig, weiter ausländisches Kapital anziehen zu können (zur Zeit müssen *täglich* zwei Milliarden Dollar in die USA fließen!) – und das geht letztlich nur über hohe (relativ höhere) Zinsen. Das Problem damit: steigende Zinsen würden die Kreditblase zum Platzen bringen.

Wenn die Kreditblase platzt, werden vor allem die besser verdienenden ArbeiterInnen und unteren und mittleren Angestellte (Häuslesbauer, das, was man in den USA »die Mittelschicht« nennt) darunter zu leiden haben, weil sie ihre Schulden nicht mehr bedienen können.



Vor diesem Hintergrund findet in den USA ein gelinde gesagt »unüblicher« Aufschwung statt. Die Angabe von 3,1% Wachstum des Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal 2003 – in den letzten Septembertagen wurde sie sogar offiziell nach oben korrigiert! - ist irreführend. Nach der hiesigen Methode berechnet, wären es lediglich 0,8% gewesen. Zudem sind die US-Verteidigungsausgaben so stark angestiegen wie seit dem Korea(!)-Krieg nicht mehr, sie machen allein 55% des BSP-Zuwachses aus. Wenn man das herausrechnet, war es das schwächste Wachstum seit 50 Jahren. Und wenn man auf die »harten Fakten« Produktionsausweitung, Kapitalakkumulation und Beschäftigungszunahme schaut, sieht das eher wie ein Abschwung aus. Offiziell wurde die Rezession im November 2001 für beendet erklärt; seither ist die Gesamtbeschäftigungszahl um 1 Million – das sind 8% - zurückgegangen; das hat es noch nie gegeben, daß in Aufschwungphasen die Beschäftigung zurückgeht. Am Kern der Krise (Profit- und Akkumulationskrise) hat sich nichts geändert. Aber alle Welt schaut auf diesen Aufschwung, weil es der einzige ist, der die Weltwirtschaft aus der Rezession ziehen kann.

Fortsetzung Seite 71...



Lohnsenkungen und Rationalisierung der »Weißen Fabrik«

Ich schreibe im Folgenden des öfteren von »Gesundheitsreform«, »Gesundheitswesen« usw.. Dabei ist mir bewußt, daß es »Gesundheit« nicht gibt. Es gibt ein schönes Leben, man kann sich wohl fühlen usw., aber »Gesundheit« ist die Gegenkonstruktion der Ärzte zu »Krankheit« und ein Versprechen, das kein Arzt, keine »Gesundheitskasse« und kein »Gesundheitswesen« erfüllen kann.

Bis in die 80er Jahre hinein hießen die entsprechenden Institutionen »Krankenkassen«, erst Mitte der 80er, also im Zuge der 25jährigen »Kostendämpfung« hat sich z.B. die AOK in eine sog. Gesundheitskasse umbenannt. Wenn von dem ganzen Sektor die Rede ist, dann nenne ich das den medizinisch-industriellen Komplex (MIK). Das umfasst - ohne Ärzte - die verschiedenen sozialen Dienstleistungen wie Kranken- und Altenpflege, KrankengymnastInnen, die ArbeiterInnen in den Krankenhäusern, in Arztpraxen und Apotheken..., aber auch die Pharma- und Geräteindustrie. Alles zusammengenommen kommt man auf ca. 3,6 Millionen ArbeiterInnen des MIK.

Im August 2003 haben Regierung und Opposition eine »Reform« beschlossen: Mit zusätzlich ca. 20 Mrd. Euro sollen die ArbeiterInnen direkt an den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beteiligt werden. Und die Umstellung der Krankenhausfinanzierung soll die Produktion dieser Leistungen weiter rationalisieren: Die Ausgaben der GKV sollen »gedämpft« werden. Dabei haben wir es zunächst mit einer paradoxen Situation zu tun: die Ausgaben der GKV sind in den letzten Jahren zwar absolut gestiegen, im Vergleich zum Bruttozozialprodukt aber seit Jahren konstant. Gleichzeitig gilt der medizinisch-industrielle Komplex (MIK) als »Profit- und Jobmaschine« – nicht wenige sehen in ihr den Nachfolgehoffnungsträger für die gecrashte IT-Industrie. Hier machen nicht nur die Pharmakonzerne fette Gewinne; 3,6 Millionen Beschäftigte setzen über zehn Prozent des Bruttosozialprodukts um. Die Vorstellungen der »Modernisierer« der GKV lassen sich auf den Satz zuspitzen: Okay, die Leute werden älter und kränker – ein kräftig umstrukturiertes Gesundheitssystem macht daraus Jobs und Profite: das Gerede von der »Kostendämpfung« soll die Produktion und Vermarktung von »Gesundheit« und »Krankheit« gar nicht einschränken, im Gegenteil: Das Projekt wäre gescheitert, wenn die Leute weniger Medikamente konsumierten, seltener zum Arzt und weniger ins Krankenhaus gingen. Denn es geht um ein weiteres Expandieren bei gleichzeitiger Rationalisierung und Privatisierung der Gesundheitsbranche.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren europaweit die KrankenpflegerInnen auf die Straße gegangen, um gegen ihre Arbeitsbedingungen zu protestieren und zu kämpfen. Das hatten sie weitgehend selber und ohne die Gewerkschaften gemacht. In Deutschland endete die Bewegung mit einem überdurchschnittlich hohen Tarifabschluss durch die Gewerkschaft und der Einstellung von mehr Personal. In den Mobilisierungen war es nicht »nur« ums Geld gegangen, sondern auch um den Frust und die Wut über die Arbeitsbedingungen. Und bei der Pflege des »Arbeitsgegenstands Mensch« in einer industrialisierten Hochleistungsmedizin steht man schnell vor der Frage, was man da eigentlich tut. Trotzdem wurden und werden von den KrankenpflegerInnen – gegen die eigenen alltäglichen Erfahrungen! – die »Angebote« der Pflegedienstleitungen und Krankenhausmanager (Pflegeplanung und Qualitätsmanagement) als Lösungen angenommen. An dieser Widersprüchlichkeit konnte die Umstrukturierung der Kliniken in den 90er Jahren ansetzen. Deshalb stehen wir heute teilweise wieder vor denselben Fragen wie Ende der 80er Jahre.

Ihr findet auf den folgenden Seiten zwei Artikel: Der erste diskutiert die aktuelle »Gesundheitsreform« und geht der Frage nach, wie »Kostendämpfung« und Expandierung des MIK zusammenpassen. Der zweite Artikel beginnt mit drei Kurzberichten aus verschiedenen Kliniken und dreht sich um die Umstrukturierung der Krankenhäuser und die Leute, die dort arbeiten.

...durch die Gesundheitsrefom 200

Die »Gesundheitsreform« 2003 ist der Höhepunkt aller bisherigen »Kostendämpfungsversuche«. Mit der Streichung des Zahnersatzes und des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen und den neuen Zuzahlungsbestimmungen werden ganz offen und ungeschminkt die Lohnkosten für die Unternehmer gesenkt, bzw. den ArbeiterInnen der Lohn gekürzt.

Gesundheitspolitik im Wirtschaftswunder

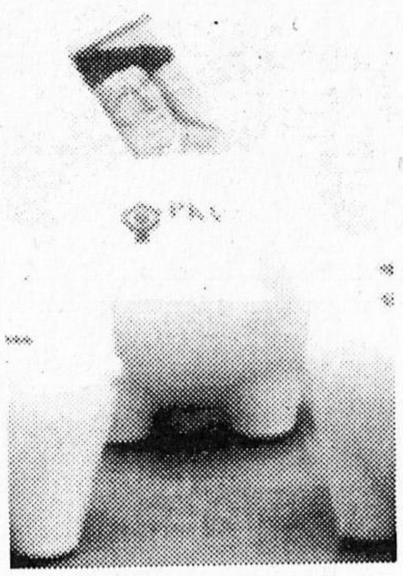
In den 50er und 60er Jahren galt der Ausbau des MIK als Investition in den Industriestandort Deutschland und in die Arbeitskraft: gesündere ArbeiterInnen sind gut für die Profite, werden seltener krank, ein modernes Gesundheitssystem ist attraktiv für Zuwanderer. Staatliche Sozialpolitik und die Interessen von Ärzteschaft, Pharmaindustrie und medzinisch/technischem Sektor passten zusammen (wenn es auch in dieser Periode Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen gab). In dieser Zeit entwikkelte sich die Hochleistungs- und Intensivmedizin, chronische Krankheiten wie z.B. Herz/Kreislauferkrankungen wurden als Kostenfaktor *und* als Möglichkeit zur Ausdehnung des Gesundheitsmarktes entdeckt, immer mehr Leute wurde zu Patienten, die Kosten verursachten *und* Profite einbrachten. Diese Ausweitung des MIK wurde Ende der 60er Jahre/zu Beginn der 70er Jahre ausgehend von der 68er Bewegung kritisiert: eine Heilsterror verbreitende Industrie, die verspricht, alles heilen zu können, und eine Gesundheitspolitik, die immer weniger danach fragt, was an dieser Gesellschaft krank macht. Begriffe wie »Krankheit« und »Gesundheit« wurden in Frage gestellt, ihre disziplinierende und kontrollierende Funktion offen gelegt. Diese Kritik wurde auch in den ersten Gesundheitsläden, aber auch von ArbeiterInnen des MIK formuliert. Hinzu kam eine ganz praktische Kritik: Anfang der 70er Jahre kam es zu einem verstärkten proletarischem Gebrauch der Krankenversicherung als zusätzlichem Einkommen. Die Leistungen der Sozialversicherungen wurden offensiv und breit zur Finanzierung arbeitsfreier Zeit genutzt – ausgehend von einer Verweigerung des Daseins als LohnarbeiterIn, der Perspektive eines 40jährigen Arbeitslebens. Dazu gehörte die Ablehnung eines Gesundheitssystems, das den Menschen vor allem in seiner Funktion als Arbeitskraft behandelt, einer Medizin, die den Menschen in Funktionen zerlegt (die Broschüre *Lieber Krankfeiern als gesund schuften* hatte sich dies zunutze gemacht und knapp »Funktionsstörungen« für den Gang zum Krankschreiber beschrieben). Zumindest eine Zeit lang wurde auch die Einsicht vertreten, dass »Gesundheit« sowieso nicht zu haben ist und man sich in einer Ausbeutungsgesellschaft auch nur einigermaßen wohlfühlen kann, wenn man die herrschenden gesellschaftlichen Zustände bekämpft. Mit dem Abflauen der Bewegung spezialisierten sich beide Seiten: Die »Gesundheitsbewegung« wurde tatsächlich zur Alternativmedizin – und Klassenkampf wurde zunehmend zur Verteidigung der »Ökonomie«, manchmal auch als Alternativökonomie.

Kostendämpfung in der Krise

Die Phase von 1968 bis Mitte der 70er Jahre gilt als *die* Reformphase (nicht nur) der Gesundheitspolitik, der Leistungskatalog wurde erweitert, Begriffe wie Prävention und Qualität tauchten auf. Mitte der 70er Jahre bekam der Begriff *Reform* eine andere Bedeutung. Mit dem tiefen Kriseneinbruch 1974/75 und dem Ende der Vollbeschäftigung beginnt die Diskussion um »Kostenexplosion« und »Kostendämpfung« des MIK. Seit dem »Kostendämpfungsgesetz« des SPD-Ministers Ehrenberg von 1977 geht es um die

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung setzen sich aus dem vom Lohn einbehaltenem Beitragssatz für die Krankenversicherung und dem Beitrag der Unternehmer in der selben Höhe zusammen. Diese „Parität“ besteht aber durch die verschiedenen „Kostendämpfungsgesetze“ schon länger nicht mehr.

Ausserdem steht hinter dieser „Parität“ die Vorstellung, die Unternehmer ausgerechnet mit dem Staat zu irgendeiner Art „verträglicher Ausbeutung“ zwingen zu können. Die Einrichtung der Sozialversicherung war die staatliche Anerkennung und Eindämmung der *kollektiven* Bedrohung des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse. Im Lohn soll die Ausbeutung verschwinden, die Sozialversicherung verschleiert den kollektiven Zusammenhang. Das Einkommen, dass wir über den Lohn - oder vom Staat über die Sozialversicherungen – bekommen hat zweierlei Funktion: die ArbeiterInnen können sich reproduzieren, Kinder bekommen, trotz der Arbeit „gesund“ bleiben, als Arbeitskraft wieder hergestellt werden; gleichzeitig ist dieses Einkommen natürlich so bemessen, dass der Zwang zur Arbeit erhalten bleibt.



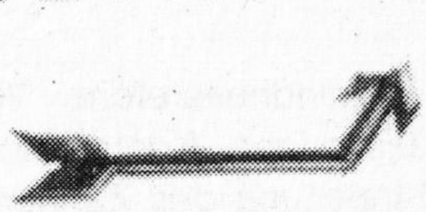
Der vom Lohn einbehaltene Beitragssatz für die Krankenversicherung ist unmittelbarer Lohnbestandteil. Aber auch der Anteil der Unternehmer wird als »Lohnkosten« behandelt, der bei Tarifverhandlungen und der Preiskalkulation berücksichtigt wird. Auch dieser Anteil ist eine Form des Arbeitslohns, da er Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft ist. Die »Gesundheitsreform« ist eine versteckte Lohnsenkung. Und es ist was anderes, ob ein Unternehmer im Betrieb den Lohn senkt, oder ob alle wissen, dass sie nun weniger übrig haben, weil es mehr kostet zum Zahnarzt... zu gehen. Diese Verschleierung über die Sozialversicherung ist ein Grund dafür, das sich dagegen so schwer Widerstand entwickelt, bzw., dass sich diese Auseinandersetzungen nur als »Interessenstreit« der Institutionen der Sozialversicherung (Gewerkschaften, Krankenkassen...) darstellen.

Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen im Rahmen der Krankenversicherung, seither wird mit diesen beiden Kampfbegriffen *alles* begründet: von den Zuzahlungen bei den Medikamenten bis zu den Privatisierungs- und Rationalisierungsplänen im Krankenhaus. Dabei kann von einer Kosten*explosion* keine Rede sein. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für die Gesundheitsversorgung sind absolut zwar gestiegen, in Prozenten am Bruttoinlandsprodukt aber seit 1975 nahezu konstant geblieben: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung lagen 1980 bei 6,1 Prozent und liegen 1999 im Westen bei 6,2 Prozent und insgesamt in Deutschland bei 6,5 Prozent. In den letzten beiden Jahrzehnten ist aber tatsächlich etwas angestiegen, was die permanente Kostendämpfungspropaganda legitimiert. Der durchschnittliche Beitragssatz für die GKV ist seit 1970 kräftig angehoben worden: von 8,2 Prozent des beitragspflichtigen Lohns im Jahre 1970 auf 13,6 Prozent im Jahre 1998 und 14,5 Prozent im Jahr 2003. Und das merken wir alle, wenn wir auf unseren Lohnzettel schauen und immer mehr Kohle für die Krankenversicherung weggeht. Außerdem sind die Einnahmen der GKV durch verschiedenen staatliche Eingriffe zurückgegangen, z.B. durch die Kürzungen des Beitrags der Rentenversicherung zur Krankenversicherung Anfang der 80er Jahre, oder die Absenkung der Krankenkassenbeiträge aus der Arbeitslosenversicherung 1992.

Seit dem Kriseneinbruch Mitte der 70er Jahre funktioniert das Finanzierungsmodell nicht mehr. Die Einnahmen der GKV schwinden mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und sinkender Lohnqoute. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt, ist bis 1975 auf 75 Prozent gestiegen und bis 2001 auf ca. 65 Prozent gefallen. Gleichzeitig verhindern dieselben Strukturen, die in den 50er/60er Jahren sozial- und gesundheitspolitisch »funktioniert« haben (Investition in die Arbeitskraft *und* eine Ausdehnung der medizinischen Versorgung) seit 25 Jahren die »Strukturreform«. Diese Strukturen bieten dem medizinisch/industriellen Unternehmen und der Pharmaindustrie weiterhin staatlich garantierte Absatzmärkte, auf denen sie den Bedarf weitgehend selbst bestimmen können. Seit 1995 konnte die Pharmaindustrie ihren Umsatz um über 50 Prozent auf 25 Milliarden Euro anheben, die medizinische Geräteindustrie konnte 2002 ihren Umsatz um acht Prozent auf 13 Milliarden Euro steigern.

Selber schuld!

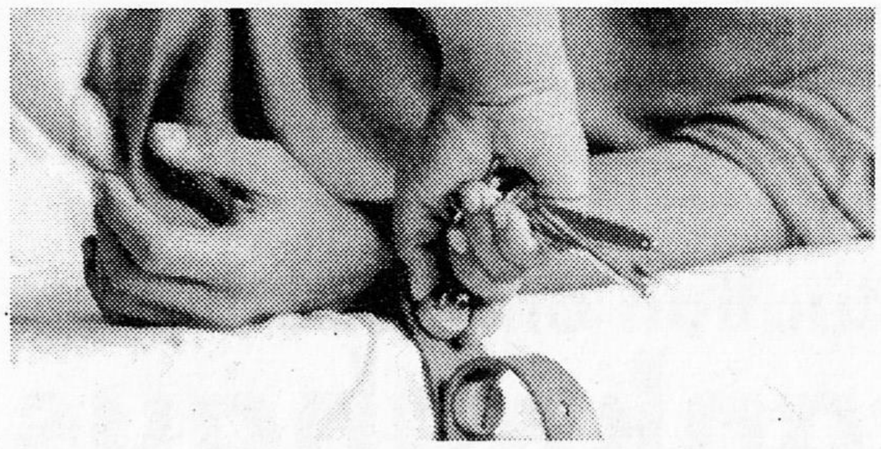
Kostendämpfung bedeutet zwei Dinge: die Lohnabhängigen sollen mehr zahlen, nach Schätzungen der Gewerkschaft ver.di kommen die ArbeiterInnen inzwischen mit fast 70 Prozent für die Kosten der GKV auf. Zweitens sollen die Lohnabhängigen im Gesundheitswesen mehr arbeiten. Gleichzeitig hat »Kostendämpfung« eine propagandistische Ebene: Es macht



die Bevölkerung selber, und wiederum vor allem die ArbeiterInnen, für die Kostenprobleme verantwortlich: Ein an sich positiver Fakt wird zum Problem – zu viele Leute werden zu alt, und sie verhalten sich auch noch gesundheitsschädlich.

Dabei wird der Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit und bestimmten Krankheiten usw. inzwischen auch von der bürgerlichen Geschichtsschreibung akzeptiert – zumindest historisch: Das Verschwinden von Seuchen oder Infektionen, die im 18./19 Jahrhundert vor allem in den Wohngebieten des Proletariats gewütet hatten, war weniger den »Errungenschaften der Medizin« zuzuschreiben, als vielmehr der Verbesserung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen, bzw. den Kämpfen darum. Aber solche Zusammenhänge gibt es natürlich auch noch heute: Der krankmachenden Lohnarbeiterexistenz ist nicht über individuelles »gesundes Verhalten« zu entkommen. Angehörige der Mittel- oder Oberschicht können z.B. mit Nichtrauchen oder Sport, dem »Abstellen eines Risikofaktors«, tatsächlich gesünder älter werden. Dasselbe Verhalten ist bei ArbeiterInnen nicht nur seltener anzutreffen, sondern führt auch nicht zu diesem Ergebnis. Dennoch können Argumente über »Risikogruppen« in einer individualisierten Gesellschaft greifen, weil 20 Prozent der Krankenversicherten 80 Prozent der Kosten »verursachen«.

Krankheit ist Ergebnis der Ausbeutung, Arbeit macht krank – die Kosten für die Reparatur der Arbeitskraft und die Pflege der nicht mehr arbeitenden Teile der Arbeiterklasse sind gesellschaftlich notwendige Kosten, Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Außerdem hat der MIK eine Kontroll- und Disziplinarfunktion gegenüber der Arbeitskraft. Die »Kostendämpfung« ist auch deswegen permanent und zäh, weil diese Funktion aufrecht erhalten muss. Die niedergelassenen Ärzte haben eine Schlüsselposition, nicht nur als »Strukturproblem«, sondern dadurch, dass sie an der Stelle sitzen, wo das Gesundheitswesen von



den Menschen benutzbar wird. Sie kontrollieren den Zugang zu Krankschreibungen, Kuren, Berentungen... Die Kontrolle dieses Zugangs ist bis heute *ein Ziel* aller »Kostendämpfungsversuche«. Das lässt sich auch an den konkreten Maßnahmen der »Kostendämpfung« nachvollziehen. Mit der Pflegeversicherung von 1994 sollte die »Fehlbelegung« teurer Krankenhausbetten abgebaut werden. Dazu kamen neue gesetzliche Regelungen zur Kontrolle der Arbeitsunfähigkeit im Krankheitsfall: Inzwischen kann formal überall ein Krankenschein ab dem ersten Tag verlangt werden.

Die Zuspitzung der kapitalistischen Krise und die »Strukturreform«

Die Finanzierungsprobleme der Krankenversicherung lassen sich nicht auf finanzielle Fragen reduzieren. Die Investitionen in die Arbeitskraft sollen zurückgefahren werden, sie gelten in ihrer Höhe klassenpolitisch zunehmend als unnötig: Der »soziale Friede« und die hohe Arbeitsproduktivität sind heute billiger zu haben. Und unter dem Druck der kapitalistischen Krise scheinen auch die zähen »Strukturblockaden« langsam aufzuweichen. Neben der Senkung der Reproduktionskosten der Arbeiterklasse geht es um die Ausweitung und Privatisierung der Gesundheitsbranche, mit der Herstellung und Produktion von »Gesundheit« soll weiterhin Geld verdient werden. Da liegt aber noch ein Problem. Die Unternehmer sind über den sogenannten Arbeitgeberanteil an den Kosten beteiligt (sie zahlen schon lange nicht mehr die Hälfte – und auch der »Arbeitgeberanteil« ist einbehaltener Lohn). Solange alle Kapitalisten steigende Lohnkosten haben, wenn die Gesundheitskosten steigen, sind sie nicht unbedingt dafür, dass ein paar Unternehmen, die speziell in diesem Bereich ihr Geld verdienen, hohe Gewinne haben. Darauf zielen die kommenden »Reformen« ab, der Anteil der Unternehmer soll reduziert, »eingefroren« werden. Wenn die Unternehmen nur noch eine Fixsumme zahlen müssen, dann sind ihnen steigende Krankenkassenbeiträge egal. Der aktuelle Vorschlag der Grünen zur Bürgerversicherung zielt darauf, durch die Umstellung auf eine Bürgerversicherung und/oder Kopfpauschale alle zu »Bürgern« zu machen. Zwar müssten ArbeiterInnen *und* KapitalistInnen Beiträge bezahlen, aber das *Kapital* wäre von der Zuzahlung befreit (die diskutierte Miteinbeziehung von Zinsen, Mieteinnahmen usw. ändert daran grundsätzlich nichts).

Zwei der Hauptakteure der „Gesundheitspolitik“ – die Krankenkassen und die kassenärztliche Vereinigung – sind Ergebnis der Einrichtung der Sozialversicherung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Zu Beginn war die Sozialversicherung keine Forderung der ArbeiterInnen und auch nicht ihrer Organisationen. Stattdessen wurde die Sozialversicherung als Enteignung der bestehenden Versorgungsstrukturen gesehen, die als Absicherung gegen die Lebensrisiken vom entstehenden Proletariat eingerichtet worden waren. Sich im kapitalistischen System einzurichten (was die Enteigung der eigenen Versorgungsstrukturen bedeutete) war alles andere als selbstverständlich. Auf der anderen Seiten wussten die Unternehmer und die bismarckschen Sozialplaner, dass sie diese unabhängigen Versorgungsstrukturen auflösen mussten. Sei es, weil diese Strukturen auch die Basis von Organisationsversuchen waren, sei es, um die ArbeiterInnen an den Arbeitsmarkt zu binden. Die Enteignung der bestehenden Versorgungsstrukturen und die Einrichtung der Sozialversicherung lief über die Einbindung der Gewerkschaften in die Verwaltung der Sozialversicherung. Die vormals selbstververwalteten Versorgungsstrukturen hatten sich bereits 1885 zu 17.500 unterschiedlichen Krankenkassen entwickelt. Diese Institutionen entwickelten sich zu einer Domäne der Sozialdemokratie, auch deswegen, weil sie für viele Sozialdemokraten oft einige der wenigen Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg im damaligen Kaiserreich boten. Die heutige starke Stellung der Ärztevertretungen wurde im Faschismus durchgesetzt. Die als „rote Kassen“ bezeichneten Betriebskrankenkassen, Orts- und Hilfskassen wurden verstaalicht. Der unter Brüning 1931 durchgeführte Übergang des Sicherstellungsauftrages für die medizinische Versorgung von den Kassen auf die neugeschaffene kassenärztliche Verwaltung der Ärzte wurde im Nationalsozialismus weiter ausgebaut (vor diesem Übergang waren die Ärzte praktisch Angestellte in den von den Krankenkassen eingerichteten Polikliniken und Krankenhäusern).

Das erklärt teilweise, warum wir bis heute aus den Krankenkassen Polemiken gegen die Interessenvertretungen der Ärzte hören, aber auch, warum diese Diskussionen nie die Ebene der „Strukturdebatte“ verlassen, und sich gegen die Lohnkürzungen, die diese „Kostendämpfungs- und Strukturdebatten“ seit 1975 bedeuten, so schwer Widerstand entwickelt.

Neben der Senkung der Reproduktionskosten der Arbeiterklasse geht es um die Ausweitung und Privatisierung der Gesundheitsbranche, mit der Herstellung und Produktion von »Gesundheit« soll weiterhin Geld verdient werden.

Rationalisierung der »Weißen Fabrik«

...die Situation am Arbeitsplatz

Krankenhaus

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre entwickelte sich in ganz Westeuropa – mit Schwerpunkt in Frankreich – eine Bewegung im Pflegebereich. In ihrem Zentrum stand eine neue Generation von Krankenschwestern. Der Mythos von der »erfüllenden Arbeit am Menschen« zog bei diesen Frauen nicht mehr, schon gar nicht, wenn damit Rund-um-die-Uhr-Maloche zu Niedriglöhnen begründet werden sollte. Mit Demos, Streiks und allerhand öffentlichen Aktionen setzten die KrankenpflegerInnen die gesellschaftliche Anerkennung ihrer qualifizierten Arbeit durch. Die Gewerkschaft setzte das in den nächsten Jahren in deutlich höhere Löhne um, zudem wurde das Personal aufgestockt und somit die Belastung verringert. Die Bewegung hatte aber auch gegen das Krankenhaus als »weiße Fabrik« polemisiert. Tatsächlich war das Schlagwort von der »Dienstleistungsgesellschaft« in den 80er Jahren vor allem beschönigende Propaganda, hinter der eine breite Industrialisierung von Reproduktionsarbeit stand. Frauen machten nun für Kohle das, was sie zuvor unentlohnt getan hatten. Die Flucht aus der Familie und die Krise der traditionellen Industriesektoren führten sehr oft ins Krankenhaus und zu Jobs in den »sozialen Dienstleistungen«. An dieser zweiten Front, gegen die »weiße Fabrik«, konnte die Bewegung nur wenig ausrichten. Von heute aus betrachtet lässt sich sogar sagen, dass Forderungen wie z.B. die nach »besserer Pflege« von den Umstrukturierern benutzt werden konnten – etwa mit an Industriestandards angelehnten Qualitätszertifikaten/Normen, mit denen die Arbeit in den Krankenhäusern verdichtet und neue Hierarchien durchgesetzt werden konnten. In den 90er Jahren wurden mit immer weniger Betten immer mehr »Fälle« in immer kürzerer Zeit durch die Krankenhäuser »hindurchbetreut«.

Seit Mitte der 90er Jahre wird die Schraube in bezug auf Arbeitsverdichtung und schlechtere Löhne wieder angezogen. Vor dem aktuellen Hintergrund von allgemeiner Krise, Kürzung der Sozialausgaben und der sogenannter Kostendämpfung im Gesundheitswesen erreichen diese Angriffe nun auch die Kliniken und Abteilungen, die früheren Hochburgen der Krankenschwesternbewegung waren und um die solche Angriffe bisher herumgegangen waren: die großen Krankenhäuser und Universitätskliniken.

Freiburger Universitätsklinik

1995 auf einer Personalversammlung der Freiburger Universitätsklinik: Personalrat und örtlicher Gewerkschaftsfunktionär thematisieren die angeblich anstehende Privatisierung der 4 Unikliniken in Baden-Württemberg. Es drohe der Ausstieg aus den Tarifverträgen und etliches mehr. Nur mit dem Eintritt in die Gewerkschaft könne dies verhindert werden. Auf derselben Personalversammlung wurde die Verhinderung der Auslagerung/Privatisierung der Putzdienste gefeiert: Der Personalrat hatte in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Putzdienste selber rationalisiert. Sicher, für die meist ausländischen Putzfrauen war diese Lösung besser als eine tatsächliche Auslagerung – trotzdem gab es massig Unzufriedenheit unter den Leuten, aber das interessierte angesichts des »Erfolges« nicht. Reste einer noch bestehenden unabhängigen Klinikgruppe verteilten einen Aufruf zu Aktionen gegen die beginnenden Umstrukturierungen: nicht auf die Privatisierung schielen, sondern jetzt schon was machen, sonst werden wir gar nicht die Kraft haben, eine eventuell anstehende Umstrukturierung zu verhindern, so der Tenor. Sowohl der Aufruf, in die Gewerkschaft einzutreten, als auch der Aufruf der unabhängigen KlinikarbeiterInnen verpufften ungehört.

2003, acht Jahre später, selber Ort, selber Gewerkschaftsfunktionär, nur inzwischen noch ein bisschen mehr Funktionär, frisch von einem Treffen mit schwarzer Jacke und Krawatte: Die Landesregierung plane den Austritt aus dem Arbeitgeberverband und die Privatisierung der Unikliniken in Baden-Württemberg, wer jetzt nicht in die Gewerkschaft eintreten würde, der müsse in Zukunft mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen rechnen. Anders als vor acht Jahren sind nach Angaben der Gewerkschaft in den darauffolgende Wochen mehr Leute eingetreten als im ganzen vorausgegangenen Jahr.

Klinikum Wahrendorff, Sehnde-Ilten (bei Hannover)

Das Klinikum Wahrendorff, ein Fachkrankenhaus für Psychiatrie mit 200 voll- und rund 60 teilstationären Betten und einem Heimbereich mit rund 700 Wohnplätzen, ist die größte private psychiatrische Klinik in Europa. Derzeit arbeiten hier rund 800 Beschäftigte. 1992 ging das vor dem Konkurs stehende Krankenhaus der Wahrendorff-Erbengemeinschaft für eine Millionensumme in den Besitz von Matthias Wilkening, Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, über. Von Anfang an wurde versucht, mittels Umstrukturierungen, Rationalisierungen und Auslagerungen (z.B. Küche, Wäscherei, handwerklicher Bereich) und Angriffen auf die Beschäftigungsverhältnisse den Laden umzukrempeln.

Inzwischen gibt es im Prinzip drei unterschiedliche Arbeitsverträge:

- die vor 1992 abgeschlossenen Verträge mit den Regelungen des Tarifvertrags des Verbandes der Privaten Krankenanstalten Niedersachsens mit der ÖTV/DAG, heute ver.di (angelehnt an den BAT);
- die seit 1993 vereinbarten Verträge (Wilkening trat zum 31.12.1992 aus dem Arbeitgeberverband aus) sind vom BAT abgekoppelt worden. Nun gibt es »Festgehälter«, tarifliche Zusatzleistungen und die Übernahme von Tariferhöhungen sind in einer Ergänzungsvereinbarung als »Kann-Leistungen« definiert.
- seit 1999 werden »individuelle« Verträge abgeschlossen, die sich an gar keinem Tarif anlehnen. Seit fast vier Jahren verhandeln Geschäftsleitung, ver.di und Betriebsrat um einen Haustarifvertrag.

Immer mehr KollegInnen (v.a. dreijährig examinierte) kündigten und »flüchteten« in andere Häuser. Diese Entwicklung fing die Geschäftsleitung nicht mit Neueinstellungen auf, sondern erhöhte den Druck: Es gibt kaum noch freie Tage, Ruhezeiten werden ignoriert. So gab es Anrufe, bei denen ernsthaft gefragt wurde, ob KollegInnen nicht zum Nachtdienst kommen könnten, obwohl sie gerade nach dem Frühdienst zu Hause anlangten. Die Situation eskaliert immer mehr, es wird seit Jahren nur noch mit ungelernten Aushilfen gearbeitet. Damit wenigstens immer eine examinierte Pflegekraft im Dienst ist, werden diese von anderen Stationen abgezogen. Stellenausschreibungen werden nur intern ausgehängt, wir wurden dazu animiert, selbst KollegInnen zu werben. 2001 initiierte die Geschäftsleitung einen »Wettbewerb«: Der beste Rationalisierungsvorschlag sollte mit einer Reise prämiert werden – die KollegInnen sandten nicht einen einzigen Vorschlag ein! Auch die mit einer Prämie verbundene Aktion »Mitarbeiter/in des Monats« motivierte die Beschäftigten nicht. Gerne werden auch sog. »Krankenrückkehrgespräche« geführt.

Dennoch entwickeln sich widerständige Strukturen, die marginal erscheinen mögen, für die KollegInnen aber riesige Schritte bedeuteten. So wurde in der Vergangenheit über kollektives Krankfeiern sinniert, da es keinerlei Bereitschaft zu offenen Streiks gab. Über KollegInnen, die über viele Stationen rotierten, wurden Stimmungen, Ereignisse und Ideen ausgetauscht. Es gab Ansätze von »Dienst nach Vorschrift«, individuelles Krankfeiern oder auch »verdeckte« Arbeitsverweigerungen; KollegInnen, die z.B. auf anderen Stationen aushelfen sollten, reichten »gelbe Scheine« ein. Leider hat das nie ausreifen können, da immer wieder kämpferische KollegInnen »abwanderten«.

Vor Kurzem erhielt ein Großteil der Beschäftigten die Aufforderung, detaillierte Auskünfte über ihre Erkrankungen zu geben, »um eine bessere Planbarkeit der Arbeitskraft vornehmen zu können und zu prüfen, ob die Fortführung des Arbeitsverhältnisses zumutbar ist.« Es geht nicht nur darum, kranke Beschäftigte loszuwerden und diejenigen, die den Mund aufmachen, zum Schweigen zu bringen (z.B. mit Zwangsversetzungen oder Abmahnungen). 135 (der zwischen 1992 und 1999 eingestellten) Beschäftigten erhielten die Mitteilungen, dass ihnen aufgrund der gescheiterten Haustarifvertragsgespräche ab Juli nur noch das oben beschriebene »Festgehalt« zustehe, das zur Zeit der Ergänzungsvereinbarung zu ihren Arbeitsverträgen gegolten habe! Einem Großteil der Betroffenen wurden aber neue Verträge angeboten, mit denen sie ihre derzeitige Vergütung und eine nachträgliche Erhöhung für die vergangenen drei Jahre erhalten sollen. 20 KollegInnen wurde dieses Angebot nicht unterbreitet. Diese KollegInnen sehen sich mit monatlichen Einkommenseinbußen von bis zu 800 Euro brutto (also einem Drittel ihrer Gehälter) konfrontiert, damit würden sie weniger als BerufseinsteigerInnen (bei BAT) verdienen. Wie diese »Auswahl« zustande kam, ist noch unklar. Fakt ist, dass unter den Betroffenen KollegInnen sind, die bisher nicht mundtot zu kriegen waren und die Zustände immer wieder zur Sprache brachten. Mittlerweile klagen fast 200 Beschäftigte vor dem Arbeitsgericht auf tarifliche Bezahlung. Leider haben auch diese Angriffe noch nicht zu kollektiven Kampfformen geführt, zum Teil wird noch immer den Versprechungen hauptamtlicher Funktionäre der reformistischen Gewerkschaften geglaubt, die ihr eigenes Süppchen kochen. Denn ver.di versucht auch hier im Klinikum Wahrendorff wieder nichts anderes, als die Wut in regelrechten »Mitgliederwerbe- und Klagekampagnen« zu kanalisieren und zu individualisieren. Die KollegInnen lassen sich nach wie vor spalten, und einige dienen sich weiterhin der Geschäftsleitung an.

Nandor

Median Klinik Freiburg

Die Klinik gehört zur Unternehmensgruppe Dr. Marx, die Ende der 60er Jahre in Berlin entstand und sich erst einmal mit Immobilien und Wohnungsbau beschäftigte. Im Laufe der Zeit entstanden ca. 34 Rehabilitationskliniken in ganz Deutschland, hier im Raum sind es drei.

Die Medianklinik ist privat, wir werden nicht nach BAT bezahlt, es gibt einen eigenen Tarifvertrag, der unter dem des öffentlichen Dienstes liegt. Dr. Marx hat nach der Tariferhöhung im öffentlichen Dienst eine Nullrunde beschlossen. Ver.di Südbaden verhandelt mit der Unternehmensgruppe, es kam – allerdings getrennt! – an allen Standorten in Südbaden zu von ver.di organisierten Protestaktionen.

Die Arbeitgeberseite redet von Verlusten, du kriegst fast Mitleid und fühlst dich »schuldig«, nicht noch schneller, noch besser zu arbeiten. Die Drohung mit dem Arbeitsplatzverlust soll das Personal mundtot machen.

Es gibt drei Stationen: eine hat 30 Kurzzeitpflegebetten, die beiden anderen jeweils knapp 50 Rehabetten. Ich arbeite auf einer Station mit 48 Betten, wovon zwischen 35 und 44 belegt sind. Vom Pflegepersonal haben ca. zwei Drittel eine ein- oder dreijährige Ausbildung (Kranken- und Altenpflege). Dann gibt es FSJler, Zivildienstleistende und mehrere PflegehelferInnen. Im Frühdienst bist du mit 2 Examinierten und einem Helfer für ca. 20 PatientInnen zuständig, im Spätdienst arbeitet oft eine Pflegekraft mit ein bis zwei Helfern. In der Nacht ist eine Examinierte für die ganze Station zuständig, und ein Helfer ist für das ganze Haus als Springer eingesetzt.

Die Fluktuation ist hoch, da die Arbeit sehr anstrengend ist. Die PatientInnen sind hochgradig pflegebedürftig. Es ist psychisch anstrengend, da die Patienten oft an Demenz, und Hörproblemen leiden.

Bei hoher Fluktuation kommen ständig neue Leute nach. Das läßt vermuten, dass das Arbeitsamt »schwer vermittelbare« Arbeitslose in die Altenpflege reindrängt. Außerdem scheint das Arbeitsamt für die Übernahme von schwer vermittelbarem Pflegepersonal zu bezahlen.

Wir stehen immer in dem Konflikt: Sich der Arbeitsbelastung zu entziehen bedeutet, die PatientInnen zu vernachlässigen. Die Verwaltung kümmert es nicht, ob du die Leute 1,2,3 oder 5 mal aus der Scheiße ziehst. Tagessatz bleibt Tagessatz.

Die Akademisierung der Pflege hat dazu geführt, dass die Distanz zwischen Pflegenden und Leitung immer größer geworden ist. Sie befinden sich auf der anderen Seite, so dass sich das Pflegepersonal nicht vertreten und in seinen Problemen nicht wahrgenommen fühlt. Auf dieser akademischen Ebene entwikkelt sich die Pflege immer weiter, z.B. durch Pflegediagnosen. Qualitätskontrolle ist das Schlagwort in der Pflege. Die Pflegediagnosen sollen die Pflege aufwerten, lehnen sich aber sehr stark an ärztliche Diagnosen an und übernehmen diese Sichtweise von Krankheit. Letztlich soll die Akademisierung verschleiern, dass sich die Situation der Pflegenden und der zu Pflegenden in den nächsten Jahren sehr stark verschlechtern wird.

Die kurzen Eindrücke aus der Freiburger Universitätsklinik und die beiden Berichte aus privaten Kliniken zeigen die drei Strategien der Umstrukturierung: Rationalisieren, Auslagern, Privatisieren.

- Die unmittelbaren Arbeitsprozesse (»Pflegeprozess«) müssen messbar und somit rationalisierbar gemacht werden. Die Pflegedokumentation kontrolliert alle Arbeitsschritte, und ist gleichzeitig die Voraussetzung für die Standardisierung der Arbeitsprozesse und damit die »Industrialisierung« der Pflegearbeit.
- Die zuarbeitenden Funktionen werden hierarchisiert und zentralisiert. Vom Bettenwaschen bis zur Essensausgabe wird die Arbeit zunehmend aufgespalten, damit die einzelnen Bereiche getrennt »optimiert« werden können.
- Die Kliniken selber werden privatisiert. Das hat mit Pflegeheimen, Spezial- und Rehabilitaionskliniken angefangen, droht inzwischen aber tendenziell jedem Krankenhaus.

Diese Maßnahmen sind schon lange in der Diskussion. 1988 hatten wir in der *Wildcat 44* diese drei Linien der Umstrukturierung herausgearbeitet und die Einführung sogenannter DRGs (Diagnosis related Groups – Fallpauschalen) als kapitalistische Synthese der Rationalisierungsbemühungen beschrieben. Schon damals konnten wir aus der Ausgabe 2/88 von *Die Schwester/der Pfleger* zitieren:

Drgs sind Fallpauschalen, (sie) stellen ein Klassifikationssystem dar, das den Patienten bei der stationären Aufnahme, je nach Diagnose in bestimmte Diagnosegruppen einordnet, ein Vergütungssystem, das eine im vornehinein festgelegte Pauschale pro Diagnosegruppe zusichert. Wird der Patient vor der Ausschöpfung der Summe entlassen, kann das Krankenhaus die Differenz einbehalten (...) Zudem zwingt es die Krankenhaushausleitung, sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren. Diese Management-Behandlungsstrategie bewirkt die Verkürzung der Verweildauer, erhöht aber die Pflegeintensität. (...) Die Pflegedokumentation bildet die unverzichtbare Datenbasis

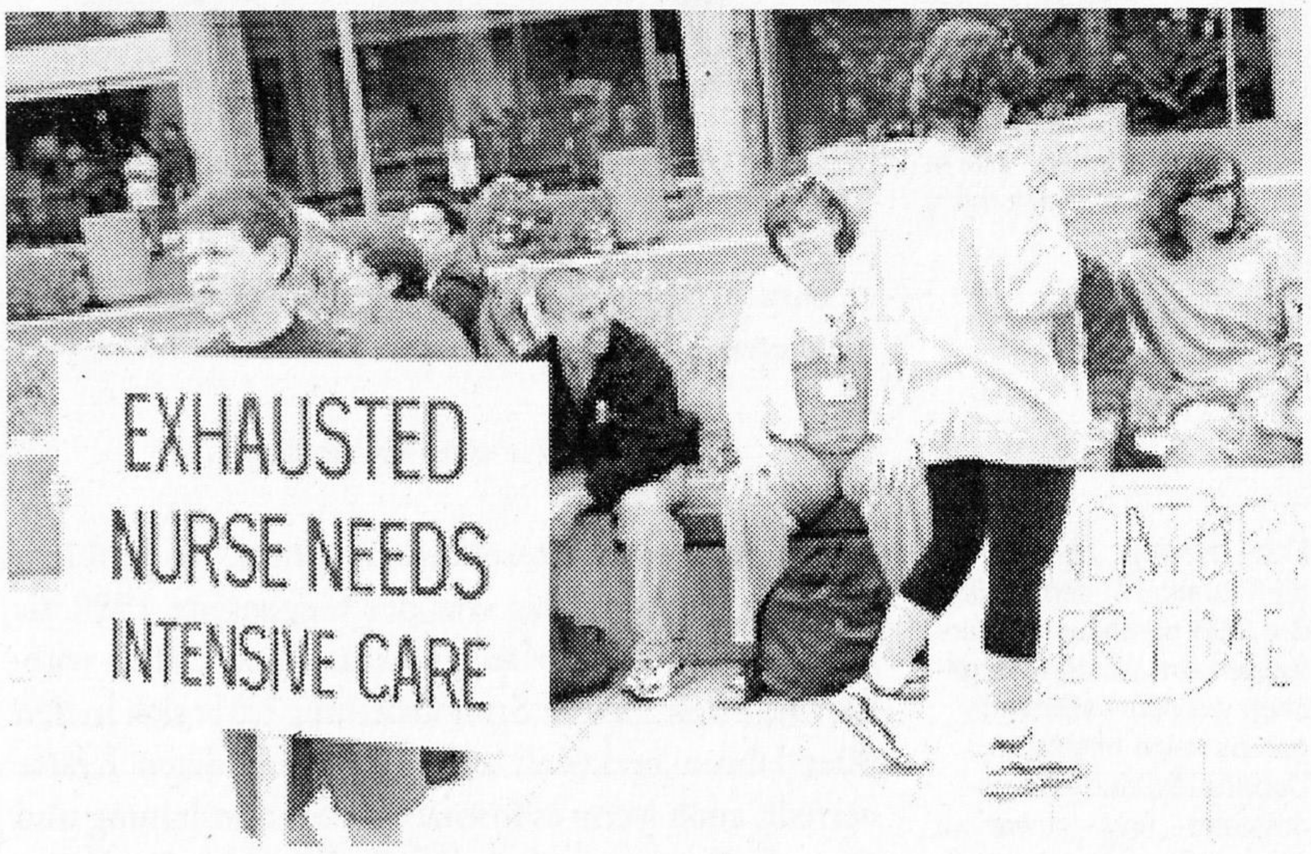
für eine realistische Pflegeadministration. Denn auf aus der Pflegedokumentation gewonnenen Daten basiert der Produktivitäts- und Qualitätsnachweis. Die von der Basis der Pflegearbeit stammenden Daten bilden die Grundlage für Managemententscheidungen der Pflegedienstleitungen, um den Personal- und Mehraufwand den veränderten Bedingungen anpassen zu können (...) Endlich ist es möglich, die Arbeit der Pflege für die Gesamtproduktion des Krankenhauses darzustellen (...) Die vielschichtigen Veränderungen kann die Pflegedienstleitung allein nicht bewältigen. Sie muss daher alle in der Pflege Tätigen mobilisieren und sie durch Aufklärungsarbeit emotional und rational für die neue Realität sensibilisieren (...) dabei ist es wichtig, die berufliche Herausforderung der einzelnen sowie die kollektive Chance der Pflegenden, produktiv am wirtschaftlichen Erfolg des Pflegedienstes im engeren und des Krankenhauses im erweiterten Sinn mitwirken zu können, hervorzuheben. Und dazu wird jede Pflegeeinheit als Kostenstelle eingerichtet, Leistungserfassungslisten, die den Leistungsstand monetär ausdrücken, sind unentbehrliche Instrumente für ein wirtschaftliches effizientes Management. (...) (die Schwester/der Pfleger 2/88 – zit. nach Wildcat 44)

Ab Januar 2004 soll nun die Finanzierung der Krankenhäuser auf solche Fallpauschalen umgestellt werden. Über die Folgen sind sich alle – Krankenkassen, Gewerkschaften, Gesundheitsökonomen, Krankenhausleitungen – einig: Kleinere Krankenhäuser werden zumachen und/oder weiter Betten abbauen, die großen Krankenhäuser kommen unter Rationalisierungsdruck. Die Verweildauer der Patienten wird weiter gesenkt, sie kehren früher und kränker in die Pflegeheime, ambulanten Dienste, Rehakliniken usw. zurück. Die Ausbeutung der »GesundheitsarbeiterInnen« soll von zwei Polen aus reorganisiert werden: In den (Groß-) Kliniken ist die Umstellung der Krankenhausfinanzierung und die damit oft verknüpfte Privatisierung(s*androhung*!) Mittel zur Steigerung der Produktivität und zur weiteren Arbeitsverdichtung, während Privatisierung und Expandierung der Gesundsheitsbranche in den die Kliniken umgebenden Bereichen die Ausbeutung von zusätzlicher billiger, prekärer Arbeitskraft ermöglicht.

Die Umstrukturierung in den 90er Jahren

Mehr Personal und besser standardisiert

In den ca. 2100 allgemeinen Krankenhäusern (ohne die ca. 1300 Rehakliniken) in Deutschland arbeiten rund 1,1 Millionen Menschen. Das ist eine bunt zusammengesetzte Arbeitskraft: Pflegehilfskräfte, Zivildienstleistende, studentische Aushilfen, KrankenpflegerInnen, medizinisch-technisches Personal, PutzarbeiterInnen, WäschereiarbeiterInnen, ärztliches Personal, Küchenpersonal... Ungefähr ein Drittel davon sind Krankenschwestern/Pfleger, ca. 100 000 arbeiten im hauswirtschaftlichen Bereich, 65 000 in der Verwaltung, 100 000 ÄrztInnen, 145 000 im medizin-technischen Bereich. Die Anzahl der Beschäftigten war Anfang der 90er und Ende der 90er Jahre in etwa gleich, aber die Arbeitskraft war insgesamt neu zusammengesetzt worden: Die Zahl der Ärzte ist um

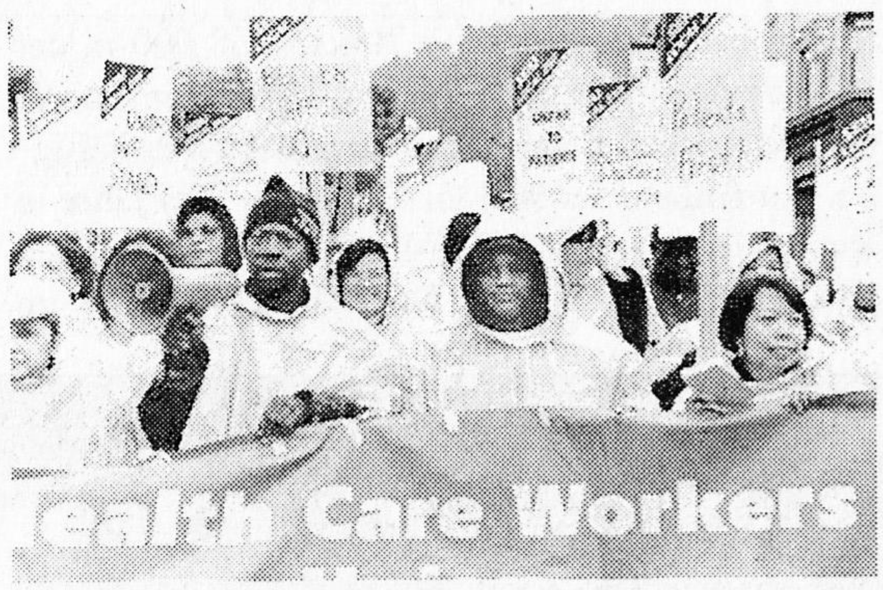


Erschöpfte Krankenschwestern brauchen intensive Pflege. :-)

über 10 Prozent gestiegen – und mit ihnen die Zahl ihrer »direkten« ZuarbeiterInnen: der Pflegedienst, der medizin-technische Bereiche und die Funktionsdienste (z.B. Operationsbereich, Diagnostik). In den Wäschereien, Küchen und den Reinigungsdiensten hat das Personal zwischen 10 und 40 Prozent abgenommen – wobei die Zahlen nicht zwischen Auslagerung und Arbeitsverdichtung unterscheiden lassen.

Das Pflegepersonal wurde nach der Bewegung Ende der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre aufgestockt, es wurde Dampf aus dem Kessel gelassen. Über die sogenannte Pflegepersonal-Regelung (PPR) wurde zu Beginn der 90er Jahre das Personal aufgestockt; darin enthalten war ein zusätzliches Dokumentationssystem, das detaillierte Zeitvorgaben für die Pflegearbeit machte und somit die einfache Berechnung der Mindestanzahl qualifizierter PflegerInnen ermöglichte. Die Dokumentierung und Standardisierung der Pflegearbeiten konnte an der Forderung nach »besserer Pflege« andocken, da sie verspricht, die Fehler und Unzulänglichkeiten der »weißen Fabrik« zu minimieren. 1996 wurde die Personalaufstockung via PPR ausgesetzt, als Instrument zur Standardisierung der Pflegearbeit wurde PPR aber beibehalten.

In den Kliniken mit über 500 Betten und besonders in den 35 Universitätsklinken wurde bis zum Ende der 90er Jahre vor allem die Arbeit der »zuarbeitenden Funktionen« verdichtet. Zu Beginn der 90er Jahre hatte es mehr Pflegepersonal gegeben, ab Mitte der 90er Jahre änderte sich auch das: Die Fluktuation wurde benutzt, um Stellen nicht mehr zu besetzen, vor allem in den kleineren Kliniken wurden Stellen abgebaut, mit weniger Personal gearbeitet. Nun geht



Die Umstrukturierungen im Gesundheitswesen und die damit verbundene Erhöhung des Arbeitsdrucks führen regelmäßig zu Protesten der »Gesundheits«-ArbeiterInnen – hier in Oakland (Kalifornien)

es darum, den Arbeitsprozeß selber stärker zu rationalisieren – aufregende Zeiten stehen uns bevor!

Die Hierarchie wird wiederhergestellt

Ende der 80er Jahre konnte die Situation in den Kliniken der DDR durchaus mit derjenigen »im Westen« verglichen werden – allerdings gab es keine öffentlche Debatte um den »Pflegenotstand«, und – soweit wir das wissen – auch keine Demos von KrankenpflegerInnen. Nach der »Wende« kam es zu einem Austausch von fast 50 Prozent der KrankenpflegerInnen in den Kliniken: einerseits gingen viele in »den Westen«, da dort der Lohn und die Arbeitsbedingungen besser waren. Gleichzeitig gingen die Leute aus den dichtgemachten ambulanten Polikliniken in die Krankenhäuser. Ausserdem wurden viele Frauen aus anderen, »abgewicklelten« Sektoren zu KrankenpflegerInnen, vor allem KrankenpflegehelferInnen, ausgebildet. Durch den Bettenabbau und die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Ex-DDR gibt es seit Mitte der 90er Jahre wieder ein »Überangebot« an KrankenpflegerInnen.

Die Krankenschwesternbewegung hatte ein Problem deutlich gemacht, das von der Gegenseite 1988 als »Krise des unteren Managements« beschrieben wurde: Die Funktion der Stationsleitung hatte sich in den 80er Jahren praktisch auf alle ausgebildeten Kräfte verteilt, auch wenn es formal eine Stationsleitung und deren Stellvertretung gab. Das funktionierte fürs Krankenhaus, weil es die Leute trotz allem Frust bei der Stange hielt und motivierte. »Krise des unteren Managements« bedeutete, dass die formale Qualifikation praktisch keine Rolle spielte. Alle taten mehr oder weniger das Gleiche, irgendwie musste das, was an anfiel, eben weggearbeitet werden. Daraus ergab sich eine Kommunikation, die für die Bewegung wichtig werden sollte: Die Diskussionen wurden über die Aushilfen, Schülerinnen usw. über die einzelnen Stationen hinaus verbreitet. So konnten Erfahrungen verglichen oder verallgemeinert und die Ebene der einzelnen Station mit ihren speziellen Problemen durchbrochen werden. Um die Umstrukturierung durchzusetzen und dem »demokratischen Stil« der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, war wieder die »hierarchische Seite« der Vorgesetzten gefragt, sie sollten neue Arbeitsprozesse und Vorgaben auch durchsetzen und kontrollieren können. Hierzu musste die Homogenisierung aufgebrochen werden. Das funktionierte zunächst über das Eingehen auf die Forderungen der Bewegung. Mehr Kohle, mehr Personal, die Arbeit wurde »anerkannt«: Das reichte vom nicht mehr Kaffeekochen für die Ärzte bis zur Einrichtung von Fortbildungsprogrammen und Studiengängen für PflegerInnen, also eine weitere Qualifizierung. Die studierten PflegerInnen tauchen inzwischen wieder auf den Stationen auf. Als sogenannte Pflegeexperten galten sie offiziell anfangs noch als Ansprechpartner bei Pflegeproblemen (obwohl die meistem KollegInnen von Beginn an misstrauisch waren, weil die einem auf die Finger schauen), inzwischen »begleiten« sie ganz offen die Einführung der oben beschriebenen Fallpauschalen und die Kontrolle der Pflegedokumentation, bzw. der Standardisierung. Außerdem wurden die PflegerInnen zunehmend von »fachfremden Tätigkeiten« befreit: bis vor ein paar Jahren waren z.B. Putzarbeiten normal. Die Bewegung hatte bestimmte Tätigkeiten abgelehnt, »um besser pflegen zu können«. Putzen, Betten waschen, Transportdienste gehören heute weitgehend der Vergangenheit an. Die Konflikte um diese Arbeiten sind aber nicht weg, sie finden heute zwischen Qualifizierten und ZuarbeiterInnen statt. Heute herrscht eher ein Vorarbeiterverhälnis, es gibt eine zunehmend strikte Trennung zwischen Qualifizierten und Nichtqualifizierten. Es wird weniger kommuniziert und mehr delegiert. Mit der Befreiung von »fachfremden Tätigkeiten« und der Aufwertung des sogenannten Pflegeprozesses sollen sich die KrankenpflegerInnen auf die Planung und Durchführung der Pflege konzentrieren. Mit der Ideologie der ganzheitlichen Pflege soll jede examinierte Arbeitskraft eine bestimmte Anzahl von PatientInnen »eigenverantwortlich« versorgen. Das hat dazu geführt, dass jede/r für den Arbeitsanfall in ihrem/seinem Bereich zuständig ist und der Druck entsteht, das auch hinzubekommen. So kommt es viel schwerer zu gemeinsamen Diskussionen über die Arbeitsbelastung oder gar dazu, zusammen mal »Stop« zu sagen!

Privatisierungen

Die Privatisierung von Küchen, Wäschereien und Putzdiensten hatte bereits in den 70 Jahren begonnen, aber auch Laborarbeiten und Transportdienste wurden ausgelagert oder rationalisiert. In den 80er Jahren kam die Privatisierung von Pflegeheimen, die Einrichtung von Spezialkliniken und der Bereich der Rehabilitationskliniken hinzu. In den 90er Jahren weitete sich die Privatisierung auf städtische Kliniken und Kreiskrankenhäuser aus.

Seit Anfang der 90er Jahre sind ungefähr 150 kleinere Krankenhäuser zugemacht worden, die Anzahl der Betten hat sich von 685 000 1990 auf 570 000 im Jahr 2000 reduziert. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Behandlungsfälle um 15 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer sank um 25 Prozent. Ein Großteil der daraus resultierenden Arbeitsverdichtung fand bislang in den Kliniken mit weniger als 500 Betten statt. In diesem Bereich ist die Anzahl an privatisierten Kliniken in den 90er Jahren um 35 Prozent gestiegen. Ungefähr 20 private Klinikketten betreiben inzwischen ein knappes Viertel der Krankenhäuser. Allerdings befinden sich noch immer weniger als 10 Prozent der gesamten Krankenhausbetten in privatisierten Kliniken, immerhin eine über 50prozentige Steigerung im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre.

In diesen Kliniken finden sich inzwischen die unterschiedlichsten Ausbeutungsbedingungen (siehe den Bericht aus Hannover). Hier wird mit weniger Perso-

nal pro Bett gearbeitet, oft arbeitet eine ausgebildete Kraft ausschließlich mit Aushilfen zusammen, viele arbeiten nur noch mit befristeteten Verträgen, und es wird weniger verdient.

Warum funktioniert das Ganze irgendwie?

Die Umstrukturierung in den 90er Jahren konnte die Mobilität der KrankenpflegerInnen in Arbeitsverdichtung und eine Zersetzung der Bewegungserfahrung umsetzen: Viele nutzten die höheren Löhne, um die Arbeitszeit zu reduzieren (siehe die nebenstehende Anmerkung). Viele verließen aber auch die Krankenhäuser und versuchten es in der ambulanten Pflege. Hier hat sich seit der Einführung der Pflegeversicherung 1994 viel getan: Die »Hochleistungsmedizin« in den Kliniken sollte nicht mit Pflegefällen »fehlgenutzt« werden, und die Übernahme der Pflege durch unbezahlte oder prekär beschäftigte ArbeiterInnen sollte einen Schub erhalten. Ende der 80er Jahre wurde die geringe Anzahl an ambulanten Pflegediensten festgestellt. Zu Beginn der 90er Jahre waren es ca. 1700 bundesweit, 1993 waren es bereits über 6000 und für Ende der 90er Jahre werden Zahlen um die 13 000 genannt. Gleichzeitig erhöht sich in diesen Pflegediensten der Druck, mit immer weniger Leuten die Pflege hinzubekommen: Immer weniger ausgebildete Kräfte sind für die sogenannte medizinische Pflege zuständig und für die Organisierung der »nicht-medizinischen« Leistungen wie Einkaufen, Putzen, Körperpflege durch nicht ausgebildete PflegerInnen. Eine ähnliche Entwicklung gibt es in der stationären Altenpflege.

Dazu kam eine Art »Zwangsmobilität« vor dem Hintergrund der Umstruktrierung des Gesundheitswesen der ehemaligen DDR. Die Polikliniken wurde praktisch alle zugemacht und das westdeutsche »Kassenarztmodell« eingeführt, in den Krankenhäusern wurden in den 90er Jahren 60 000 Betten zugemacht, hinzu kam der Lohnunterschied zwischen Ost und West.

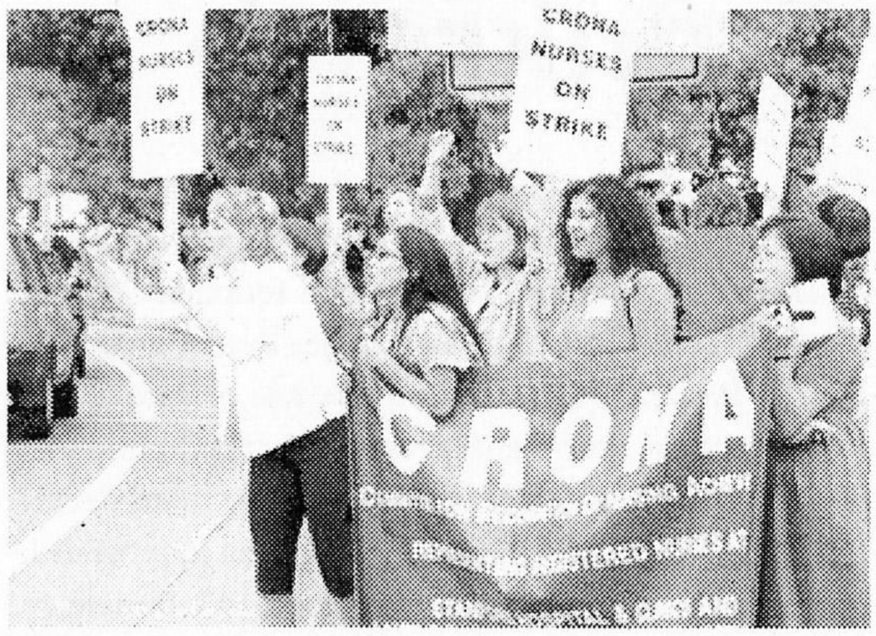
Und seit Ende der 90er ist auch die selbstbestimmte Mobilität zu Ende. Jahrelang hatten die Leute so gearbeitet, wie sie es sich gerade am besten vorstellen konnten. Wechseln von Teil- und Vollzeitstellen, mal ein Jahr in der ambulanten Pflege, vielleicht eine Pause oder ein Studium einschieben... Alle gehen davon aus, dass auch in den großen Kliniken in den nächsten Jahren unter dem Druck des neuen Krankenhausfinanzierungssystems Betten und Personal abgebaut werden sollen. Sie haben keine Angst vor Arbeitslosigkeit, sondern davor, nicht da oder nicht mehr so arbeiten zu können, wie sie es wollen. Sie wissen, dass in vielen privaten Kliniken weniger bezahlt wird, die Arbeitsbedingungen schlechter sind. Sie wissen, dass die Arbeitssituation in den ambulanten Pflegediensten immer schwieriger wird, und in die Altenpflege wollen sowieso die wenigsten. Es wird immer noch viel darüber geredet, die »Brocken hinzuschmeißen«, zu gehen, aber anders als vor 10 Jahren passiert es immer weniger.

Eine eigentlich paradoxe Situation: Die Umstrukturierung in den 90er Jahren – vor allem im ambulanten Sektor und die Privatisierung in den kleineren Kliniken – traf auf eine durch die Mobilität immer wieder neu zusammengesetzte Arbeitskraft. Die nun anstehende Umstrukturierung in den großen Kliniken findet in einer Situation statt, in der sich viele in diesem Bereich »verschanzen« und gleichzeitig klar ist, dass ein »Wegtauchen« immer schwieriger wird.

Was tut sich in den Kliniken?

Gründe genug eigentlich, dass sich mal wieder was tut!

Die »öffentliche« Debatte ähnelt fast der gesellschaftlichen Diskussion um den sogenannten Pflegenotstand Ende der 80er Jahre: Es gibt reihenweise Berichte über die Auswirkungen der neuen Krankenhausfinanzierung, nach zehn Jahren Pflegeversichderung wird viel über die beschissene Situation in den ambulanten Pflegdiensten und den Altenheimen geschrieben. Das spiegelt sich in einer Reihe von politischen Kampagnen wider. Unter dem Motto »Für eine gesunde Reform« polemisiert auch die Gewerkschaft ver.di gegen die anstehenden Umstrukturierungen und gegen Privatisierung. Tatsächlich werden immer mal wieder Protestaktionen in kleineren Krankenhäusern organisiert. Hier entwickeln sich immer wieder lange und zähe Auseinandersetzungen, in denen es um die Abschlüsse von Haustarifverträgen geht, nachdem die Unternehmer aus dem Arbeitgeberverbad ausgetreten sind und die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (BAT) keine Gültigkeit mehr haben. Oft kommt es zum Abschluss eines Tarifvertrags, der kaum schlechter ist als der BAT. Aber damit ist noch gar nichts über die Situation in diesen Kliniken gesagt, wo oft immer weniger Examinierte mit Aushilfen den Laden schmeißen. Außerdem funktionieren diese Konflikte immer als Auseinandersetzung mit dem »eigenen« Kapitalisten, die Grenze des einzelnen Kran-



... Australien

Als BerufseinsteigerIn kommst du bei voller Arbeitszeit ca. 1200 Euro netto. Arbeitest du mit 40 immer noch in dem Job (es zählt das Alter nicht die Berufsjahre) kommst du auf ca. 1600 Euro netto. Mit einer halben Stelle sind es knapp 1000 Euro, bei den Älteren ist es oft etwas mehr, weil Kinder da sind, weniger Steuern bezahlt werden. Also eine erhebliche Lohnspaltung zwischen »Alten« und »Jungen«. Durch die Tariferhöhung vom Januar 2003 wurde das verstärkt. Es kam zu einer stufenweisen Anhebung der Löhne bis zum 1. Mai 2004. Als »Kompensation« für die Unternehmer wurde die Lohnerhöhung nach Altersstufen für die Jahre 2003 und 2004 um 50 Prozent verringert und die Laufzeit des Vertrages auf 27 Monate festgelegt. Die geplante Erhöhung der Arbeitszeit fiel erstmal weg. Die »Kompensation« wird auf dem Rücken der jungen und neuen Kolleginnen ausgetragen. Der Abstand zwischen den »Alten« und den »Jungen« vergrößert sich. Eine echte Schweinerei der Gewerkschaften – sie sparen an den Schwächsten und nicht an den hohen Lohngruppen. Gleichwohl politisch schlau – die alten, erfahrenen und aufmüpfigen Leute (und das gilt für alle, die seit den unabhängigen Demonstrationen damals durchgehalten haben) im Krankenhaus bedient man und schadet ihnen wenig, die Jungen und Unerfahrenen läßt man bezahlen. Eine halbe Stunde mehr für alle, das hätte zuammengeschweißt, so spaltet man an der richtigen Linie.

Protestierer verwüsten Büro von Schmidts Berater
Köln, 29. August (dpa). Gegner der geplanten Gesundheitsreform haben am Freitag in Büros der von Regierungsberater Karl Lauterbach in Köln randaliert. Die jungen Leute, die sich als.Anhänger der Anti-Globalisierungsgruppe Attac ausgaben warfen rote Farbbeutel in die Büros zund verteilten Flugblätter. Lauterbach ist Berater von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und war Mitglied der Rürup Kommission. Attac dementierte, mit der Aktion zu tun gehabt zu haben.
(Frankfurter Rundschau vom 30.8.03)

P.S. der Redaktion: Karl Lauterbach beriet auch ver.di Chef Bsirske bei der Verfassung seines »Gegenentwurfs« zur Gesundheitsreform....

kenhauses wird nicht überschritten. Schon die ver.di-Parole »für einen solidarischen Wettbewerb« oder »Rationalisieren statt Rationieren« zeigt das ganze Dilemma: Politisch wird gegen die Privatisierung gewettert, in den Kliniken, Pflegeeinrichtungen ..., aber die Inhalte der Privatisierung werden mitgetragen. Die Einführung der Fallpauschalen wird befürwortet – nur deren konkrete Ausgestaltung kritisiert. Gegen die Privatisierungsdrohung wird Stimmung gemacht – in den Kliniken soll's ruhig bleiben. Unter dem Motto »Gesundheit darf nicht zur Ware werden« mischt sich *attac* in die Debatte um Gesundheitsreform und Privatisierung ein. Es wird ein Haufen Material zusammen getragen, in vielen Städten entwickeln sich kleine Diskussionszirkel, die aber gar nicht wissen, was sie tun sollen (abgesehen davon, dass solche Kampagnen die aktuellen Verhältnisse schönreden, indem sie vor der schrecklichen Zukunft warnen).

In den Kliniken sind die Bedingungen erstmal anders als vor 15 Jahren. Die Leute scheinen von zwei Seiten in der Klemme zu sitzen. Alle gehen von weiteren Verschlechterungen aus. Gleichzeitig hat die Wiederhestellung der Hierarchie, die Aufwertung der Stellung der examinierten PflegerInnen, die Fluktuation der 90er Jahre zu viel Individualisierung geführt. »Bewegungserfahrung« gibt es kaum noch, die »Alten« sitzen meist auf einer Teilzeitstelle, oder sind in der Hierarchie aufgestiegen. Das skizziert aber nur die Ausgangslage, kann die Grundlage dafür sein, klarzubekommen, wo die Schwierigkeiten liegen. Wir wissen, dass es in den Krankenhäusern, Pflegeheimen ... viel Wut über die jetzigen Verhältnisse gibt, Unsicherheit darüber, was noch alles kommen wird. Die Bewegung Ende der 80er hatte die Proletarisierung zum Inhalt: dass es eben ein Job ist, stressig, qualifiziert, schlecht bezahlt. Die »nächste Bewegung« wird darüber hinausgehen, die eigene »produktive Funktion« in der »Weißen Fabrik« zum Inhalt machen: Die in der Debatte um die »Gesundheitsreform« vorgenommen Trennungen zwischen den Arbeitsbedingungen in den Kliniken und Pflegeheimen, sogenannte »Kostenfragen« und Fragen nach den Ursachen der ungleichen Verteilung von »Krankheitsrisiken« in dieser Gesellschaft fallen hier zusammen. Es haut gar nicht hin, »nur« über Arbeitsbedingungen, »nur« über mehr oder weniger Lohn zu reden. Der Beitrag ist auch eine Aufforderung an euch, eigene Erfahrungen, Betriebsberichte o.ä. an uns zu schicken!

Zur Situation in den Krankenhäusern in Frankreich

In Frankreich ist die Situation in den Krankenhäusern ziemlich paradox. Auf der einen Seite werden wie in anderen Ländern die Ausgaben reduziert (Abbau der Krankenhausstrukturen und der Kostenerstattung für die PatientInnen), öffentliche wie private[1] Krankenhäuser als Profitcenter restrukturiert (Schließung lokaler und unrentabler Einrichtungen).[2] Auf der anderen Seite führt der Personalmangel zu einer ständigen Zunahme des Drucks, aber auch zu Lohnsteigerungen. Dieser Personalmangel wurde durch die Einführung der 35-Stunden-Woche und die »Flucht« der Beschäftigten aus dem Beruf aufgrund der miserablen Arbeitsbedingungen[3] verschärft. Hinzu kommt, dass die Regierung Juppé 1995 2000 Ausbildungsplätze abgebaut und zahlreiche Krankenpflegeschulen geschlossen hat.

In der Folge steigen wegen der »Dequalifikation« des Personals, die durch die zunehmende Ausweitung der Aufgaben entsteht (KrankenpflegerInnen übernehmen Aufgaben der Ärzte, PflegehelferInnen übernehmen bestimmte Aufgaben der KrankenpflegerInnen), die Risiken für die Kranken.

Die Überfüllung der Notfallstationen

Die Notfallstationen sind der Anlaufpunkt im Krankenhaus. Aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit[4] und der damit einhergehende Verarmung der Bevölkerung, der Zunahme an Pflegefällen bei gleichzeitiger Reduzierung der Kostenübernahmen für Behandlungen und Medikamente durch die Krankenkassen, »stürzt« sich die Bevölkerung auf die Notfallstatio-

[1] So kauft im Departement Essone – in der großen Banlieue von Paris – ein Privatkrankenhaus systematisch die kleinen Privatkliniken auf und schließt sie, um die Klientel zu übernehmen und die Rentabilität zu steigern.

[2] Eine Geburtsabteilung wird als unrentabel betrachtet, wenn sie weniger als 500 Geburten im Jahr durchführt.

[3] 20 000 Pflegerinnenstellen bleiben jährlich unbesetzt.

[4] Man muss wissen, dass die »Sécurité Sociale« (Krankenversicherung) in

nen, da deren Dienste kostenlos sind. So nahmen die Notfallstationen 1990 noch zwischen 40 000 und 50 000 neue PatientInnen auf, 2002 waren es bereits 60 000, und man kann davon ausgehen, dass diese Zahl mit der jetzigen Hitze noch steigen wird. Gewiss wird diese Zunahme mit einer Verschlechterung der Behandlungen einhergehen (es wird geschätzt, dass in Frankreich in diesem Bereich ca. 3000 PflegerInnen fehlen.

Eine kostenlose Krankenversorgung für alle ist einer der Eckpfeiler des gesellschaftlichen Konsens, der nach 1945 in Frankreich zwischen Staat, Gewerkschaften und kommunistischer Partei beschlossen wurde. Das war schon immer eine Lüge, jetzt verschlechtert sich die Situation aber zunehmend. Ein Beispiel: Schon seit langem verlegen hochspezialisierte Fachärzte, die oftmals leitende Ärzte in öffentlichen Krankenhäusern sind, einen Teil der Patienten in ihre privaten Kliniken und führen im Krankenhaus nur noch die weniger rentablen Operationen durch. Der Mangel an medizinischem und pflegerischem Personal in den Krankenhäusern führt zur längeren Wartezeiten für die PatientInnen und mehr Verwaltungsaufwand für die Ärzte, während gleichzeitig in etlichen Privatkliniken Fachärzte täglich mehrere Operationen durchführen, um soviel Geld wie möglich zu kassieren!

Forderungen des Pflegepersonals

Da der Personalmangel die Löhne hat ansteigen lassen, geht es in den Forderungen um Arbeitsbedingungen, Personalbestand, Arbeitsorganisation und die Anwendung der 35-Stunden-Woche.

Das Hauptproblem bleibt der Personalmangel. Auf der einen Seite treibt der Arbeitsdruck die Leute in den Absentismus (etwa ein Drittel des Personals ist regelmäßig wegen Urlaub oder Krankheit abwesend). Auf der anderen Seite stehen die schlechten Arbeitsbedingungen und die externe Gewalt, die in das Krankenhaus eindringt, das von der Bevölkerung nicht mehr als ein »neutraler Ort« betrachtet wird. So werden auch hier Konflikte ausgetragen und das Personal angegriffen (und das umso ungehemmter, weil es mehrheitlich weibliches Personal ist). All das trägt zur permanenten Forderung nach zusätzlichem Personal bei. Diese Forderung wird auch erhoben, um die Möglichkeit zu haben, den Urlaub zu einem selbstgewählten Zeitpunkt zu nehmen. Die durch die Arbeitszeitverkürzung angesammelten freien Tage können aufgrund des Personalmangels praktisch nicht genommen werden. Die Schichtplanung, die oft erst am Anfang des Monats und ohne jeden Verstand gemacht wird (einzig mit dem Ziel, die Schichten möglichst abzudecken) und ein Familienleben praktisch unmöglicht macht, ist regelmäßig Gegenstand von kleinen Konflikten.

Gewerkschaften

Es gibt mehrere Gewerkschaften mit insgesamt schwacher Mitgliedschaft. Die CGT ist besonders beim Nicht-Pflegepersonal die Mehrheitsgewerkschaft, während SUD Santé innerhalb des Pflegepersonals bedeutender ist. Bei den meisten Flugblättern der Gewerkschaften – egal welchen Inhalts – fällt auf, dass man sie genau so gut in jeder anderen Fabrik verteilen könnte. Ihre Herangehensweise hat keinen Bezug zu den realen Problemen im Gesundheitswesen: man spricht weder von den Kranken noch vom Krankenhaus als einer innerhalb der Gesellschaft eigenständigen Struktur. Beim ersten großen Streik der KrankenpflegerInnen (und anderen Krankenhausbeschäftigten) 1988 entstanden Koordinationen, die außerhalb der Gewerkschaften den Kampf organisierten. Diese Koordinationen wurden von Linken, aktiven Gewerkschaftern, die von der Praxis der Gewerkschaften enttäuscht waren (aber sie nicht unbedingt in Frage stellten) und insbesondere von Hunderten von PflegerInnen an der Basis getragen. Diese Koordinationen wurden anerkannt und durften an Verhandlungen teilnehmen, lösten sich aber wieder auf, als der Kampf zu Ende war. Im Oktober 1991 entstand eine zweite von den Koordinationen ausgelöste Bewegung, aber mit deutlich geringerer Ausweitung und weniger mobilisierenden Kampfmitteln (mehrmonatige Mahnwachen vor dem Ministerium).

SUD Santé (1989 als Abspaltung der CFDT entstanden) hat die Koordinationen absorbiert, bzw. viele Aktive in den Koordinationen haben seit 1995 in SUD ein Mittel gesehen, den Kampf der Koordinationen fortzusetzen.[5] Nach 14 Jahren muss man konstatieren, dass SUD eine Gewerkschaft wie jede andere geworden ist, wenn sie sich auch in ihrem Diskurs und ihrem Anliegen geringfügig von den anderen Gewerkschaften unterscheidet.

Streik

Im Krankenhausbereich erscheint es absurd, im Sinne eines Produktionsstops von Streik zu sprechen. Die Arbeit der KrankenpflegerInnen wird durch vielerlei Gesetze geregelt und das Streikrecht durch die Dienstverpflichtung stark eingeschränkt. So ruft die Direktion eines Krankenhauses im Streikfall das Personal aus dem Urlaub zurück, verringert die Leistungen für die Kranken und reduziert sie auf die wichtigsten Aufgaben. Das führt dann zu folgender paradoxer Situation: Bei einem Streik gibt es mehr anwesendes Personal und weniger Arbeit zu tun, also weniger Stress für das Pflegepersonal. Bei diesen Streiks trägt das Personal Plaketten mit Aufschriften wie »Wir streiken«, Transparente werden am Eingang des Krankenhauses aufgehängt und mit Erklärungen um Solidarität bei der Bevölkerung außerhalb und den Kranken

Frankreich nicht mehr als 40 bis 65% für Behandlungen und Medikamente erstattet (für bestimmte Medikamente wird gar nicht, für andere höher erstattet) und bestimmte Leistungen (Brillen, Zahnversorgung) werden nur mit 10 und 20% erstattet. Unter diesen Bedingungen kann man kostenlose medizinische Versorgung nur erhalten, wenn man eine Versicherung abschließt, die den Aufschlag auf die Leistung der »Sécurité Sociale« erstattet. Für die Beschäftigten der mittleren und großen Unternehmen läuft das von alleine (Das Unternehmen schließt einen Vertrag mit der Versicherung und zieht die Prämien direkt vom Lohn ab). Für die Beschäftigten der kleinen Unternehmen und für Arbeitslose und bestimmte Rentner läuft das viel weniger.

[5] SUD (72 Gewerkschaften) meldet 3000 Mitglieder. Die CFDT meldet 110 000 Mitglieder und die CGT 150 000. Aber diese Ziffern sind unzuverlässig, denn man kommt damit auf einen Organisationsgrad von mehr als 30%. Stellt man den schwachen Organisationsgrad im privaten Bereich in Rechnung, käme man im öffentlichen Bereich auf mehr als 50%, was schon sehr hoch wäre.

innerhalb der Kliniken geworben. Betrifft ein Streik alle Personalkategorien, kann das Nicht-Pflegepersonal nicht dienstverpflichtet werden und stellt so die Mehrheit unter den Streikenden (man findet dort vor allem Männer). Bei den PflegerInnen können durchschnittlich 25–30% am Streik teilnehmen. Ohne kollektive Kampfbewegung und mangels anderer Möglichkeiten läßt sich das Personal vermehrt krankschreiben und vermehrt damit die Arbeit derjenigen, die noch anwesend sind, und verschlechtert damit die Stimmung innerhalb der Teams.[6]

Es gab zwar seit der Niederlage der Bewegung gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche vor vier Jahren keine allgemeinen Kämpfe des Pflege- und Servicepersonals mehr (die Beteiligung an den nationalen Aktionstagen des Öffentlichen Dienstes im Mai und Juni war sehr schwach, wenig mehr als durchschnittlich 10%), aber das Krankenhaus ist dennoch ein Ort ständiger Konflikte, die oftmals nur einen Dienst oder ein Team betreffen und nur von kurzer Dauer sind (weniger als ein Tag im Durchschnitt). Es geht dabei um Personalmangel, Mangel an technischen Hilfsmitteln oder Protest gegen die Gewalt. Es gibt ebenfalls allgemeine aber lokal begrenzte Bewegungen gegen die Schließung des einen oder anderen Dienstes oder Krankenhauses.

[6] Es passiert auch in bestimmten Dienstbereichen, wo der Kollektivgeist noch vorhanden ist, dass das Personal seinen Absentismus selbst verwaltet.

[7] Diese Gründe sind in der Reihenfolge nach abnehmender Bedeutung aufgeführt.

[8] Zum Beispiel können die Krankenpflegerinnen den Krankenhausträger finanziell treffen, indem sie die Zirkulation der Krankenblätter blockieren, denn diese sind Grundlage für die Abrechnung der Behandlung.

Perspektiven

Die Situation der PflegerInnen und PflegehelferInnen verbessert sich vor dem Hintergrund der Entwicklung im Gesundheitswesen nicht und ist eine tägliche Quelle von Missstimmung, Unzufriedenheit, Empörung und Verzweiflung. Es stellt sich die Frage, warum diese Situation nicht öfter (über die alltäglichen Konflikte hinaus) zu größeren Kämpfen führt.

Der erste, immer wieder auftretende Grund[7] ist der enorme moralische Druck, der von den Krankenhausleitungen auf das Pflegepersonal ausgeübt wird. Dieser Druck beruht auf einem objektiven Sachverhalt: Die PflegerInnen arbeiten nicht mit Metall oder Papier, sondern mit »menschliches Material«. Die PflegerInnen, so abgestumpft und angewidert sie auch sein mögen, können die Kranken, um die sie sich kümmern (und das häufig viel besser als die Ärzte), nicht unversorgt lassen. Dieser permanente Druck ist das Haupthindernis.

Der zweite Grund ist, dass der Status der PflegerInnen die Dienstverpflichtung beinhaltet, was eine allgemeine und starke Kampfbewegung verunmöglicht.

Der dritte Grund ist die Niederlage bei den Kämpfen gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche. Nicht so sehr in den Kämpfen selbst (die Beteiligung an den Kämpfen war geringer als 1988 oder 1991), aber in der Zeit danach. Das Absurde an diesem Gesetz ist (aus der Sicht der Beschäftigten), dass die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden freien Tage vom Personal in der Praxis aufgrund der dauernden Unterbesetzung gar nicht genommen werden können und sie stattdessen das Chaos bei den Diensten verstärken.

Der vierte Grund ist das Ventil, das der Absentismus (Krankschreibungen) darstellt. Die Beschäftigten können sich zwar individuell davonmachen, aber es spaltet die Teams und hemmt die Kampfmöglichkeiten auf grundlegender Ebene; die Abwesenden vermehren die Arbeit für die anderen.

Schließlich ist der fünfte Grund die bremsende Rolle der Gewerkschaften, wenn die Beschäftigten anfangen, zu kämpfen (auch wenn er nicht so wichtig ist, wenn es ohnehin keine Kämpfe gibt). Zur Zeit sind kaum mehr als 30% der Beschäftigten im öffentlichen Sektor gewerkschaftlich organisiert.

Auch wenn sich die Bedingungen nicht verbessern und aktuell auch keine Aussicht darauf besteht, wird es weiter vor sich hinbrodeln und die Selbstbestimmung der Arbeiter wird sich weiterhin behaupten. Hinter der scheinbaren Abwesenheit von Kämpfen wird allmählich – gewiss noch sehr zaghaft und sehr minoritär – über die Art und Weise nachgedacht, wie Kämpfe geführt werden können, die die gewohnten Bahnen[8] verlassen und – wer weiß – zu einer radikalen Kritik des Krankenhauses führen können.

Weiter(Bildung) in der Krise

In der letzten Nummer hatten wir als einen Bestandteil des Sozialstaatsumbaus herausgestellt, daß das Arbeitsamt die Ausgaben für Weiterbildung, Fitmachen für den ersten Arbeitsmarkt u.ä. zurückfährt. Ein Genosse, der selber in diesem Sektor arbeitet, analysiert im folgenden die Veränderungen. Diese Einschätzung wird ergänzt durch einen Bericht aus dem Innenleben einer zwangsweisen »Beschäftigungsförderungsmaßnahme«...

Eine boomende Branche seit den 70er Jahren

Mitte der '70er stieg die Arbeitslosigkeit in der BRD erstmals über eine Million, seit Beginn der '80er (mehr als zwei Mio Arbeitslose) wird von struktureller Arbeitslosigkeit gesprochen. Aber auch in dieser Krise gibt es Gewinner: Schon Mitte der '70er begann der Boom der Unternehmen, die für das Arbeitsamt Maßnahmen durchführen, da klar war, dass in diesem Bereich längerfristig sozialpolitisch investiert würde. Spätestens die Wiedervereinigung brachte dann der ganzen Branche einen warmen Regen, Anfang der '90er lebten vier von zehn Mio. ArbeiterInnen in den »fünf neuen Bundesländern« vom arbeitsmarktpolitischen Budgettransfer, ein Großteil davon durfte an Fortbildungen, Umschulungen oder ABS-Gesellschaften teilhaben. Der Umsatz beläuft sich auf allein fünf Mrd. DM (2001).[1]

Will man sich diese Branche genauer angucken, steht man vor einem Problem[2]. In einem unübersichtlichen Gelände sind schätzungsweise 30 000 - 35 000 Träger tätig (allein im Land Berlin geht man z.B. von ca. 1000 Trägern aus). Hier tummeln sich große Bekannte wie Deutsche Angestellten Akademie (mit der damaligen Deutschen Angestellten Gewerkschaft im Rücken, deren VertreterInnen praktischerweise auch gleich im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes sitzen), Siemens, DEKRA, TÜV[3], Caritas und kleine private Klitschen mit 10 MitarbeiterInnen (einige haben sich im Verband Deutscher Privatschulen zusammengeschlossen). Allein der VDP spricht von 30 000 Weiterbildungseinrichtungen und über 100 000 Mitarbeitern.

Festangestellt sind nach ver.di-Schätzungen derzeit über 100 000, dazu kommt ein Vielfaches an Honorarkräften (im gesamten Weiterbildungssektor sollen mehr als eine Mio. Honorarkräfte beschäftigt sein). Unübersichtlich ist auch die Entlohnung: Es gibt keinen Branchentarifvertrag, die Konditionen schwanken zwischen Haustarifverträgen, die dem BAT angelehnt sind (eher die Minderheit), hoch bezahlten Fachdozenten, prekären freiberuflichen Dozenten, vielfältigen Einzelverträgen und maßnahmeabhängigen Arbeitsverträgen, welche die Willkür der Mittelvergabe des Arbeitsamtes an die Beschäftigen durchreichen. Ein neues Modell hat die DAA entwickelt: Sie hat eine Personalvermittlungsagentur ausgegliedert, die die eigenen ArbeiterInnen flexibel ausbeuten kann.

Bildung für den Arbeitsmarkt?

Das Arbeitsamt bezahlt Umschulungen, technische und kaufmännische Qualifizierungen, Sprachkurse, Bewerbungstraining, Berufsvorbereitung usw..
Damit soll der Arbeitsmarkt »flexibel« gehalten werden, die Statistik wird gedrückt, denn TeilnehmerInnen in Weiterbildungsmaßnahmen gelten nicht als arbeitslos; nachgefragte Qualifikationen sollen gesichert werden, und die Arbeitslosen sollen sich nicht allzu sehr vom Arbeiten entwöhnen, teilweise mit Schikane und Drohungen. Letztendlich sind die Maßnahmenträger der verlängerte Arm des Arbeitsamtes. Doch das hat auch in der Vergangenheit – als noch Konjunkturaufschwünge in Sicht waren – alles nicht so ganz geklappt:

- Nicht nur Teile der linksradikalen Szene haben ihre Arbeitslosenkarriere aufgebaut (Arbeitslosenhilfe, Jobben, Schwarzarbeit, viel Zeit für andere Sachen), es wird geschätzt, daß 25-30% der Arbeitslosen sich so durchschlagen (wollen und/oder müssen). Diese Zahl konnte auch durch noch so beschissene Maßnahmen der Trägerlandschaft nicht wesentlich abgesenkt werden.
- In den letzten 20 Jahren Förderdschungel sind Milliarden in sinnlose Maßnahmen geflossen, die TeilnehmerInnen haben sich schnell drauf einge-

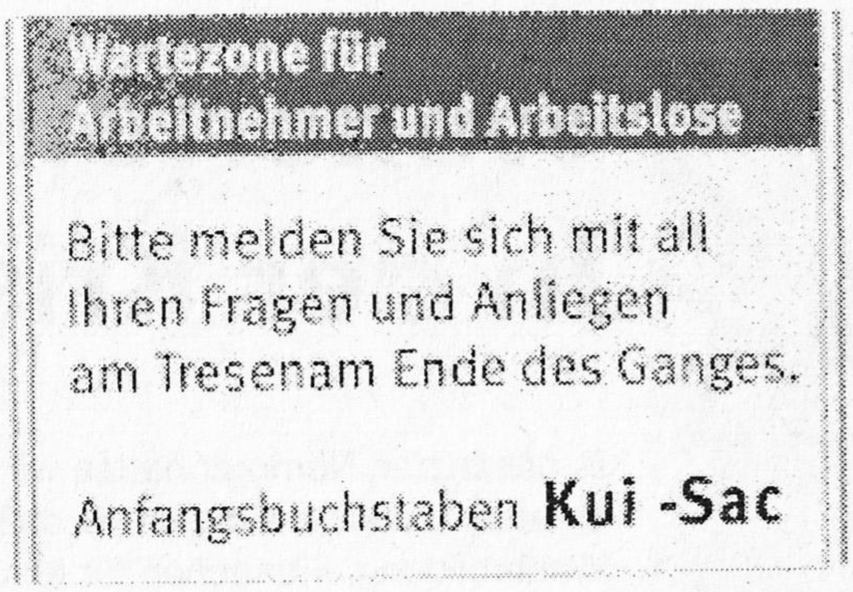
[1] siehe: *http://www.gew-nordhessen.de/prekaer/prekaer6_2002/WB_Markt/Die_Branche_WB.htm*

Die FAZ vom 19.02.03 schreibt von einem Etat von 6,7 Milliarden Euro für 2002, von dem ca. 2,2 Mrd. direkt an die Träger geflossen seien. Die Presseinformation Nr. 56/03 des Arbeitsamtes gibt allein für den Jugendbereich 4,4 Milliarden Euro für 2002 an.

[2] »Der Weiterbildungsmarkt ist statistisch eine Grauzone. Versucht man sich einen Überblick zu verschaffen, stößt man auf Nebelwände. Weder das statistische Jahrbuch noch das »Berichtssystem Weiterbildung« geben hinreichend Auskunft über die tatsächliche Zahl der Lernenden, Programme und Institutionen oder Finanzen oder gar Personal. Diese Unkenntnis verschärft sich noch, wenn es um Länder oder einzelne Regionen geht. Als Gegenbeispiel kann man auf die Landwirtschaftsstatistik verweisen. Wir wissen genau, wieviel Ferkel in Deutschland geboren werden und wie groß die Zuckerrübenanbaufläche ist, aber wir wissen nicht, wieviel Weiterbildungsanbieter es gibt und wie die Lernbeteiligung nach sozialen Milieus ist. Wobei wir nicht alle Weiterbildungsanbieter mit Ferkeln vergleichen können.« Peter Faulstich (Hrsg.): Lernzeit – Für ein Recht auf Weiterbildung, Hamburg 2002, Seite 130-139

[3] Viele der »Großen« sind im Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) organisiert, siehe:

http:// www.bildungsverband-online.de/



stellt, erfolgreich konnte mensch diese Maßnahmen auch oft mit 30% Fehlzeiten abschließen.

- Die Unternehmen nutzten das Dienstleistungsangebot des Arbeitsamtes gerne, viele Bürokräfte der letzten Jahre haben ihre Office-Kenntnisse arbeitsamt-finanziert erlangt, 10 000e Staplerführerscheine wurden finanziert, CAD, SAP, Microsoft-Office-Pakete. Von 1991-2000 wurden 365 255 Ausbildungsverträge für Bürokräfte abgeschlossen, das Arbeitsamt finanzierte 119 570 Umschulungen, bei Datenverarbeitungsfachleuten wurden gar mehr Umschulungen (42 134) als Erstausbildungen (41 699) abgeschlossen.
- Bei vielen Maßnahmen ist ein Betriebspraktikum integriert, das die Unternehmen gerne nutzen, um Arbeitslose für bis zu sechs Monate kostenlos auszubeuten.

Disziplinierung jetzt im Sonderangebot?

Sinn und Qualität waren jedoch nie Kriterien dieser Maßnahmen, es geht eher darum, die aus dem offiziellen Arbeitsmarkt herausgefallenen oder geflohenen Menschen zu disziplinieren und ruhigzustellen. So sind es nicht Erfolglosigkeit und Mitnahme-Effekte, die die Weiterbildungsbranche bedrohen, sondern allgemeine Kürzungszwänge und die lang andauernde Krise. Angesichts dieser Situation haben Unternehmer und Regierung die Hoffnung, dass die Arbeitslosen weiterhin still halten: sie haben keine Angst (mehr) davor, daß in den Betrieben und unter den Arbeitslosen Unruhe darüber aufkommt, daß man für die Risiken des Arbeiterlebens im Kapitalismus (Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Krankheit, Alter) immer schlechter abgesichert ist. Das führt im Weiterbildungssektor dazu, daß im letzten Halbjahr die Maßnahmen massiv zusammengestrichen wurden. Schon zuvor hatte sich die Zusammenarbeit der Träger mit dem Arbeitsamt schwieriger gestaltet, die Forderungen wurden frecher, der Verwaltungsaufwand größer. Laut Job-Aqtiv-Gesetz sollten sich ab 2002 alle Träger zertifizieren lassen, Qualitätsstandards sollten gesetzt werden. In der konkreten Arbeit zeigte sich, dass die tollen Ideen der vom Arbeitsamt angeheuerten Unternehmensberater jedoch in den Strukturen der Ämter hängen blieben und nur als willkürliche Entscheidungen bei den Trägern ankamen. Anfang 2003 wurde eine Medienkampagne gegen Qualität und Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen gestartet. Da das Arbeitsamt diese Maßnahmen konzipiert bzw. bewilligt und kontrolliert, wurde es selbst Ziel dieser Kampagne, besonders nachdem laufende oder zugesagte Maßnahmen abgesagt wurden und die TeilnehmerInnen an die Öffentlichkeit gingen.[4]

Für 2003 wurden Mittelkürzungen zwischen 20% und 40% angedroht. Die Bildungsgutscheine wurden beschränkt ausgegeben, nur teilweise eingelöst und viele Maßnahmen »platzten« mangels TeilnehmerInnen. Zusätzlich wurde für alle neuen Maßnahmen eine sogenannte Verbleibquote (Vermittlung in Arbeit) von 70% festgelegt. Verdi-Chef Bsirske stellte für Februar fest, dass die Zahl der Arbeitslosen, die eine vom Arbeitsamt finanzierte Weiterbildungsmaßnahme begonnen haben, im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat im Westen um 46%, im Osten um 52% zurückgegangen sei.

Das Argument »wir bilden doch nicht in die Arbeitslosigkeit aus« zeigt die Hilflosigkeit (oder Weisheit) der Politik in der Krise, an einer Stelle, die sonst als »aktive Arbeitsmarktpolitik« antizyklisch eingesetzt wurde. Eine bundesweite Tendenz ist darin nicht zu erkennen, da die Arbeitsamtsbezirke wohl eine relative Autonomie haben. Teilweise sind Umschulungen betroffen (»wenn bereits Ausgebildete schon Schlange stehen«), häufig Maßnahmen für »benachteiligte« Jugendliche (und damit städtische und karitative Träger; »das ist doch Sozialarbeit, die haben später keine Chance«), höherwertige IT-Fortbildungen erscheinen dem Arbeitsamt angesichts der besonders harten Krise dieser Branche sinnlos.[5]

In den fünf neuen Bundesländern wird die Situation vielleicht am deutlichsten. Es gibt keine Jobs und keinen Aufschwung; der Weiterbildungssektor hatte letztendlich die Aufgabe, einen Arbeitsmarkt (und eine Lebensperspektive) zu simulieren, deshalb schlagen die Kürzungen unmittelbar auf die Arbeitsmarktstatistik

[4] z. B. 11 Frauen, denen das Arbeitsamt die Umschulung zur Fremdsprachen-Korrespondentin gestrichen hat

http://www.berlinonline.de/berliner-kurier/berlin/767.html

[5] Laut Wirtschaftswoche vom 31.07.03 sind beispielsweise Kurse im IT-Bereich in Düsseldorf »gnadenlos zusammengestrichen« worden.

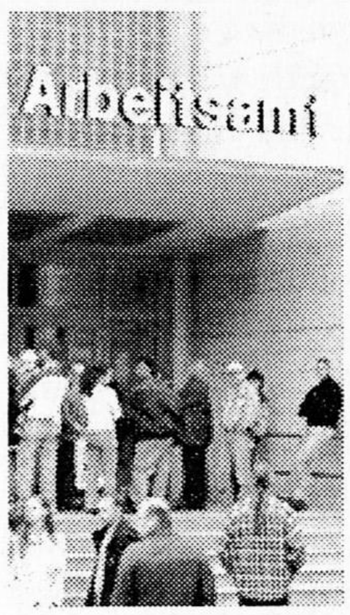
http://www.wiwo.de/

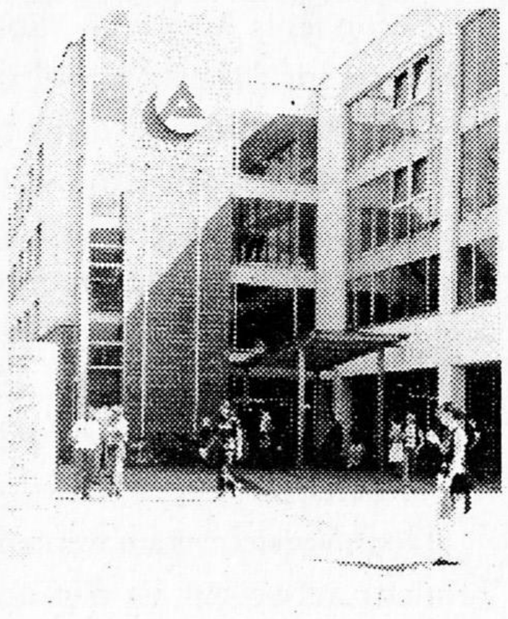
[6] Allein für die FNL wird ein jährlicher Kaufkraftverlust von 1 Milliarde Euro befürchtet. Selbst im Hartz-Bericht, der hauptsächlich auf »Integration in den ersten Arbeitsmarkt« setzt, wird darauf hingewiesen, daß in den Neuen Bundesländern ABM u.ä. in absehbarer Zeit nicht wegzudenken sind.

http://www.mv-regierung.de/

http://de.news.yahoo.com/030901/12/3m54k.html

[7] ver.di befürchtet allein für 2003 den Verlust von ca. 20 000 Arbeitsplätzen; der VDP rechnet mit einem Stellenabbau von 30-40% bei den Dozenten





durch, so dass die Forderung nach mehr ABM-Stellen[6] schon ein Zurückrudern ankündigen könnte. Dies drückt das ganze Dilemma einer tiefen Krise, einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und einer gesellschaftlichen (ökonomischen, politischen) Perspektivlosigkeit aus.

Einige Träger wackeln zwar, und es gibt auch schon erste Kündigungen[7], aber es soll nicht die gesamte Struktur zerschlagen werden. Teilweise floß in der zweiten Jahreshälfte doch wieder Geld für vorher in Frage gestellte Maßnahmen. In dieses uneinheitliche Bild paßt auch Clements Drohung, jedem Jugendlichen, der dieses Jahr keine Ausbildung gefunden hat, eine berufsvorbereitende Maßnahme anzubieten (oder keine Leistungen zu zahlen). Das erinnert sehr an die Milliarden, die 1999 mit dem JUMP-Programm plötzlich nach Schröders Wahl als inszenierte Politshow in Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gepumpt wurden.

Das Personal: zwischen Idealismus, Zynismus und vorsichtiger Gegenwehr

Die Dozenten sind Meister (in gewerblichen Qualifizierungen), SpezialistInnen (IT), LehrerInnen (mit Examen für Sekundarstufe II), aber auch Angelernte, QuereinsteigerInnen bzw. ehemalige TeilnehmerInnen und SozialpädagogInnen. Die Arbeitsbedingungen (bis zu 8 Stunden täglicher Unterricht, kurze Pausen, keine bezahlte Unterrichtsvorbereitung) haben aus diesen zumeist »Einzelkämpfer« gemacht. In den letzten fünf Jahren ist eine Verdichtung der Arbeit festzustellen, Freistunden, Vorbereitungszeit und eigene Weiterbildungsmöglichkeiten schmolzen dahin. Angeblich sollen die Kostensätze pro TeilnehmerIn seit 1996 um 30 % heruntergefahren worden sein. Bei den nebulösen Strukturen im Weiterbildungssektor und der Verquickung mit dem Hauptauftraggeber Arbeitsamt ist davon auszugehen, dass dies im Einvernehmen mit den jeweiligen Geschäftsleitungen auf die ArbeiterInnen in der Branche und die »Qualität« abgewälzt wurde. Hinzu kommen schlechte Konzepte und ein schwieriger werdendes Klientel, welches einige mit Idealismus auszugleichen versuchen. Viele SozialpädagogInnen und Dozenten sitzen der Illusion auf, den Arbeitslosen zu »helfen«, in der alltäglichen Arbeit mit Menschen produziert mensch auch immer wieder diese Illusion, um nicht zum Zyniker zu werden. Doch genau dieser Idealismus wird angegriffen, wenn jeglicher »soziale Aspekt« (so fragwürdig dieser innerhalb von Arbeitsamtsmaßnahmen auch ist) hinter einer Forderung nach 70% Vermittlungquote verschwindet. Andere versuchen sich kleine Freiräume zu schaffen und vor der Arbeit zu fliehen, wieder andere werden zu zynischen Menschenverwaltern. Dies alles stört die jeweiligen Geschäftsleitungen kaum, da die tatsächliche Qualität des Unterrichts niemanden interessiert – so lang Statistiken geschönt und Arbeitslose kontrolliert werden und die Beschäftigten in der Weiterbildungsbranche dies still mitmachen.

Jedoch erlauben es die konkreten Arbeitsbedingungen kaum, gemeinsame Erfahrungen zu machen und Widerstand zu organisieren. Die bisherigen Streiks und Protestaktionen – die es besonders 2002 gab – waren alle gewerkschaftlich initiiert und gingen um Gehaltsauseinandersetzungen: mit mehreren bundesweiten Warnstreiks wurde bei der DEKRA-Akademie über Monate (bis in 2003 hinein) um einen Haustarifvertrag gekämpft; beim Internationalen Bund für Sozialarbeit in Reutlingen und beim Bildungswerk des DGB in Hochdahl gab es 2002 Auseinandersetzungen und bei der Stiftung Berufliche Bildung (SBB), eine der größten Firmen in der Hamburger Weiterbildungsbranche, wurde drei Tage gegen eine geplante Lohnsenkung gestreikt. Solche Kämpfe sind in dieser Branche besonders selten, und in den Vorjahren ist Unmut in der Regel durch individuelles Jobhopping gelöst worden. Da dieser »Ausweg« inzwischen immer mehr verbaut ist und die Illusion einer »sozialen Arbeit« zu bröckeln beginnt, könnte die Unzufriedenheit in Zukunft eher am aktuellen Arbeitsplatz durchschlagen.

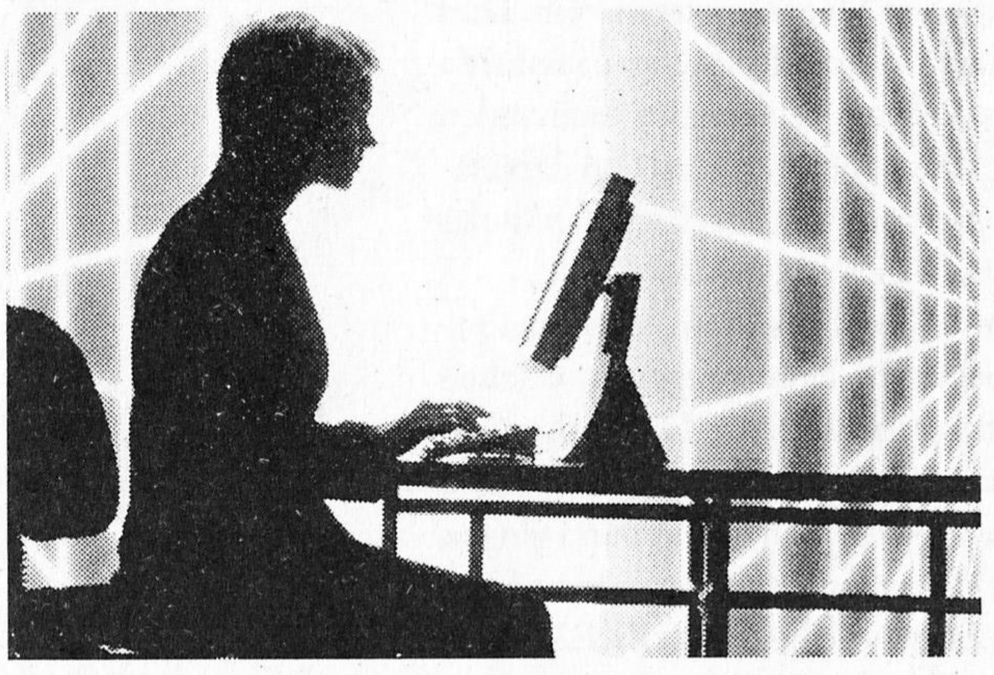
Bisher lebten die Unternehmen im Weiterbildungssektor ganz gut von ihrem Monopolauftraggeber, die diversen Umstrukturierungsversuche der letzten Jah-

[8] Ein Hinweis darauf ist die massive Zunahme der Sperrzeiten um 24% im Westen bzw. 42% im Osten im ersten Halbjahr 2003

re wurden gerne mitgetragen, so weit sie auf die ArbeiterInnen in dieser Branche abzuwälzen und die Gewinne gesichert waren. Doch nun scheint diese »heile Welt« in Gefahr zu sein, die ersten Kürzungen sind so massiv und scheinbar unabgesprochen gewesen, dass die Träger laut aufschrien und sich öffentlich beschwerten. Das Verhältnis scheint nachhaltig gestört zu sein: So wirft ein Landesarbeitsamtvertreter den Trägern vor, die Situation zu benutzen, um Personal abzubauen und Löhne zu senken. Tatsächlich würde es auch dieses Jahr genug Fördergelder geben. Die nächsten Monate werden auch in diesem Bereich zeigen, ob wirklich nachhaltig einschneidende Veränderungen durchgesetzt werden (ob sie nun Hartz, Agenda 2010 oder sonstwie heißen werden), oder ob doch an anderer Stelle wieder Geld reingepumpt wird (wenn die Arbeitslosenstatistik trotz Bereinigungen über fünf Millionen aufweist, wenn die »Fünf Neuen Länder« zum Ghetto werden, wenn ein Politiker eine neue mediale Inszenierung benötigt).

Besonderes Augenmerk sollten wir auf die Veränderungen im Arbeitsamt selbst werfen, der Umbau zu einer Agentur wird nicht nur Teil eines Angriffs auf die Arbeitslosen sein,[8] sondern auch ein Angriff auf die 90 000 Arbeitsamtsbeschäftigten. So könnte eine »schlanke« Bundesagentur für Arbeit Verwaltungstätigkeiten an die viel (Personal)- kostengünstigeren Weiterbildungsträger »outsourcen«, die damit noch deutlicher als Bestandteil des Repressionsapparats Arbeitsverwaltung funktionieren würden.

Doch Vorsicht, auch wenn die Beobachtungen eine Tendenz aufweisen, ist dies noch kein ausgemachtes Spiel. Bisher haben sich die verschiedenen Lobbyisten bewegt, die skizzierten Einschnitte betreffen jedoch unmittelbar Tausende ArbeiterInnen, und es wird sich zeigen, ob sich auch hier die Einschätzung durchsetzt, in der Krise nehmen »die« alles hin. *G.*

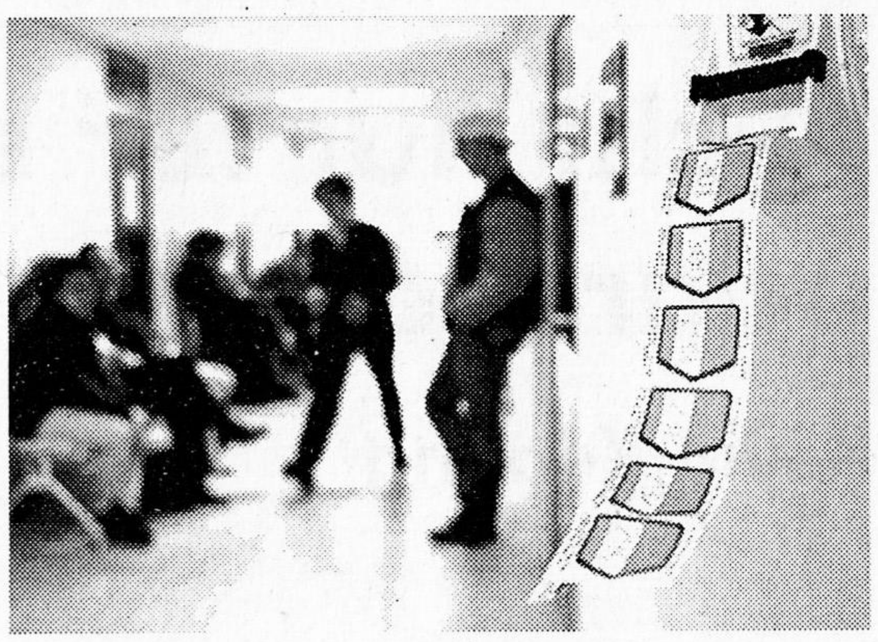


Träge Bildung

Hier ein kurzer Bericht über eine fünfmonatige Maßnahme bei einem privaten Bildungsträger, die mir das Arbeitsamt dieses Jahr reindrückte. Eigentlich sollte die Maßnahme sechs Monate gehen, wurde dann aber auf fünf Monate reduziert. Der Hintergrund: nach sechs Monaten in einer vom Arbeitsamt geförderten Maßnahme oder Fortbildung entfällt die automatische Kürzung der Arbeitslosenhilfe um 6% p.a.. Als weiteres Schmankerl ist das Unterhaltsgeld seit Januar 2003 genau so hoch wie die Arbeitslosenhilfe.

Angefangen hat alles mit einem Wechsel in der »Betreuung« meiner Person vom ganz normalen, eher peacigen Sachbearbeiter zum Mitglied einer Sondereinheit, dessen Klientel nach Aussagen des Bildungsträgers aus den hartnäckigsten Arbeitslosen der Stadt besteht. Nach einem (sehr einseitigen) »Gespräch« mit dieser Person war klar, dass ich um die Maßnahme nur durch Arbeitsaufnahme, Sperre oder Krankheit rumkommen würde. Einen Tag später hatte ich das verbindliche Angebot im Briefkasten und einen Termin zu einem Gruppenvorgespräch. Es fanden nach Aussagen des Veranstalters drei verschiedene Vorgespräche mit jeweils 20 TeilnehmerInnen statt. Zuerst wurde kurz der Bildungsträger vorgestellt, wobei unter anderem die formalen Abläufe geschildert und seine Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gerühmt wurden. Alles in allem wurde die Autorität besonders rausgestellt, was wohl der erste Filter war, Unwillige in Richtung Sperre oder Arbeitsaufnahme zu drängen. Danach gab es noch Einzelgespräche, in denen du gefragt wurdest, ob du gewillt bist, die Maßnahme zu absolvieren und welchen beruflichen Background du hast.

Die Maßnahme selber sollte aus einem theoretischen Unterricht von zwei Monaten bestehen, mit anschließendem dreimonatigen Praktikum. Beim Kursbeginn waren wir etwa 25 Personen, die sich auf den ersten Blick in Nichtkademiker und Akademiker teilten. Soweit ich weiß alle mit deutschem Pass, aber viele aus Osteuropa, ein Ossi, dazu einige alteingesessene Langzeitarbeitslose, die sich alle kannten. Von diesen 25 blieben 19 übrig, sechs fielen dem A-amt



also nicht mehr zur Last. Was diese sechs machten, konnte ich nicht herauskriegen, einer jedenfalls ging in die Berufsunfähigkeit, falls er seine Gesundheitsprobleme nur vorspielte, tat er das verdammt professionell. Ansonsten klassische Verteilung in der Herangehensweise an den Kurs und im Verhalten. Akademiker eher kooperativ, (ham se halt gelernt), Prols abweisend, aber nicht bis zur ultima ratio (ham se halt auch gelernt).

Das Alter lag zwischen 28 und 54 Jahren, die meisten Mitte Vierzig. Gerade am Anfang konnte man sich kaum vorstellen, dass diese Leute drei Monate auf engstem Raum zusammengepfercht werden können, ohne dass es zur Massenschlägerei kommt, Konfliktlinien: Akademikerfrauen – Prollmänner (blödes Gequatsche – dumme Machos); Lehrerin – gegen den Rest (eigentlich bin ich was besseres, aber die Welt ist schlecht – kann die nicht mal ruhig sein); vorne sitzen – hinten sitzen (mach das Fenster auf - nö, es zieht); Kooperation – Desinteresse (lass uns das beste aus der Zeit machen – lass uns heim gehen, Bier trinken, schwarz arbeiten). Hört sich ziemlich trivial an, einige Male hat es aber fast gekracht.

Die Betreiber des Etablissements hatten am Anfang noch mit der Sinnfrage der Teilnehmer zu kämpfen: - »wozu sind wir hier, das bringt doch nix« -, mit der Zeit bekam die ganze Sache jedoch eine gewisse Normalität, und die alltäglichen Konflikte bekamen Oberwasser. Der Unterricht ging von morgens 8.30 Uhr bis um 16 .15 Uhr. Mittagspause eine Stunde. Krankmeldung ab dem ersten Tag, Fehlzeiten nur mit Begründung, Schreiben vom Arzt etc.. Es gab Unterricht in BWL, Psychologie, Bewerbungstraining, Profiling. Für jeden was dabei, alles in allem aber so konzeptlos, dass rasch der Eindruck aufkam, alles wird nur gemacht, um den Tag einigermaßen füllen zu können.

In den ersten vier Wochen sollte den Leuten vor allem klar gemacht werden, dass sie sich dieVergangenheit und ihre Qualifikationen an den Hut stecken und jetzt den harten Realitäten des Arbeitsmarktes in die Augen sehen müssten. Mindestens fünfmal am Tag musste man sich das anhören, und ich glaube, dieses »vor Augen führen« der eigenen Wertlosigkeit war ziemlich erfolgreich. Z. B. versuchte eine ältere Sozialarbeiterin (mit vielen Zusatzqualifikationen) am Anfang noch, durch einen Job aus dem Ganzen rauszukommen, und – nachdem das gescheitert war – wenigstens noch einen guten Praktikumsplatz zu ergattern; dabei wurde sie von Tag zu Tag desillusionierter. Bei einigen Prolls stießen sie mit ihrem Verhalten aber auf Granit, weil die ihr Leben um Schwarzarbeit und Stütze organisieren und einen festen Job gar nicht wollen, bzw. wissen, daß sie nur Scheißjobs kriegen würden.

In dem Laden gibt es zwei Chefs, einen festeingestellten Vollzeitler, der Pädagogik studiert hat, dazu zwei Teilzeit-Sozialarbeiter/innen auf Honorarbasis. Die Dozenten werden stundenweise bezahlt und zwar sehr unterschiedlich. Die Qualifikation der Chefs bestand wohl in ihrem unstillbaren Zwang, Geld zu scheffeln, aber das dürfte ja normal sein bei Chefs. Es gab einen PC-Raum mit alten Rechnern, Balkon für die Raucher, und einen Seminarraum, viel zu eng für die vielen Leute. Im Juni war die Stimmung bei ihnen ziemlich gedrückt, weil sie aufgrund Hartzreform und Agenda 2010 nicht wussten, ob es weiter Aufträge vom A-amt gibt. Beim letzten Termin schien sich das aber gelegt zu haben. Es schwirrten wieder massig Leute rum, und der Chefsozialarbeiter meinte, wir wären noch glücklich dran gewesen, mittlerweile hätten sie »Keulenkurse«, wo die Leute nur noch Praktika in Branchen mit hoher Einstellungsrate machen dürften, und das wäre halt das Reinigungsgewerbe. Bei uns »durfte« man sich das Praktikum noch aussuchen. So schnell wird Agenda 2010 von den Privaten umgesetzt, obwohl noch gar nicht beschlossen.

Die Zeit des schnellen Geldes in dem Gewerbe dürfte trotz allem vorbei sein, es haben sich wohl die großen Firmen durchgesetzt, die die wechselnden Auflagen des Arbeitsamtes am schnellsten umsetzen können. Und dazu wird wohl einiges an Investitionskraft nötig sein, und natürlich an Beziehungen.

Von den Zwanzig, die bis zum Schluss blieben, haben vier Leute einen Job gefunden, drei mit Lohnkostenzuschuß vom Amt: Abfallwirtschaft, Fachkraft in einer Elektroklitsche, Baumarkt, Büro.

Die Praktika waren in der Mehrzahl billige Arbeit für die Chefs, es gab natürlich auch das interessante Praktikum, nette Chefs, viel gelernt und so weiter. Und manche haben es hingekriegt, das Praktikum nur auf dem Papier zu machen. Den Leuten hat am Kurs die Kommunikation gefallen, viele fallen jetzt wieder zurück in die Einsamkeit der Arbeitslosigkeit. Zum Schluss kam so richtige Schmusestimmung auf, auch gegenüber den Chefs.

Aber, nur keine falschen Sentimentalitäten :-) *M.*

Nicht nur für ein paar Dollar mehr

Kevin Keating

Aus dem Amerikanischen übersetzt. (Originaltitel: The Poor, the Bad and the Angry)

Ich ging über die Verladerampe rein. Arschloch kam vom Eingang her auf mich zu. Ich stempelte meine Stechkarte und steckte sie zurück. Ich spürte, wie er an mir vorbeihastete, als ich ins Büro ging.

Ich saß an seinem Schreibtisch und zählte das Geld in meiner Kassenlade. Als er hereinkam und im Raum herumging, hielt ich meinen Blick auf ihn gerichtet, ohne mit den Augen zu blinzeln, denn ich weiß, daß er das nicht ausstehen kann.

»*Du bist schon wieder zu spät, Max.*«

»*Ja, morgen komme ich rechtzeitig.*«

»*Weißt du, du bringst Unordnung in den Laden.*«

»*Nein, das ist nicht wahr. Ich bin nur ein bißchen zu spät gekommen, das ist alles.*«

»*Naja...*« Er räusperte sich. »*Da muß ich wohl einen Vermerk machen.*«

Ich nahm die Kassenlade zur Kasse zwei. Miller war auf der vier.

»*Okay, der hier ist leicht*«, sagte er, indem er unser Gespräch in der Bar letzte Nacht wieder aufnahm und, mit einem Finger in der Luft, leise zu singen begann: »*Like a summer with a thousand Julys...*«

»*Hm. Miles Davis, oder? `Bitches Brew´?*«

Er schüttelte den Kopf.

»*Ach scheiße! Ich bin halt einfach ein alter Punkrokker.*« Ich nickte in Richtung Büro und sagte: »*Er geht mir mal wieder auf den Sack.*« Miller schnaubte: »*Ach, scheiß auf ihn! Heute ist Sonntag.*« Er grinste, zog ein albernes Gesicht und verschwand in einem der Gänge.

Der Laden war früher mal ein A&P gewesen. Jetzt ist er ein Naturkostsupermarkt, ein großer teurer Laden mit verschiedenen Abteilungen für Lebensmittel, Massenartikel, Vitamine, Delikatessen sowie Getränke. Wir arbeiten unter hellen Lampen, die weite, schwarz-weiß geflieste Gänge beleuchten. Durch die großen Fenster sieht man den Parkplatz vor dem Laden. Die Stereoanlage des Ladens dudelt einen modernen Rocksender, mit Musik zum Einkaufen und Schlafwandeln. Miller war um neun gekommen. Leslie und Susanne hatten ihren Schichtbeginn um elf. Arschloch würde vermutlich in einer halben oder dreiviertel Stunde abhauen. Dann konnten wir uns zurücklehnen. Sobald die Frauen hier waren, konnten wir mit dem Potlatsch anfangen.

Sonntag ist der Tag des Angestellten-Klau-Marathons. Die loyalen Angestellten haben heute keinen Dienst. Wenn der Laden erst geöffnet ist, ist der Besitzer bis Montag früh weg, und so können wir vier soviel Geld, Lebensmittel und Alkohol abziehen, wie wir für unbedenklich halten. Natürlich ziehen wir jeden Tag was ab, aber sonntags geht es richtig los. Es ist ein Spiel, ein Wettbewerb unter Freunden. Wir finden heraus, wer am meisten ticken kann, ohne daß es auffällt: der Schlüssel liegt in der intelligenten Planung. Miller gewinnt natürlich meistens, denn er legt wesentlich mehr Fleiß an den Tag als wir anderen, und für ihn ist alle Tage Sonntag. Letzte Nacht in der Bar zeigte er mir die Rollen aus seiner Schicht: ein dickes Bündel Kassenbons, mit Gummis zusammengehalten. Hauptsächlich Chipkartenumsätze, denn da liegt das dicke Geld, und Miller hat da echt ein Händchen für. Miller ist Meister darin, ich kann nicht wirklich mit ihm mithalten. Er behauptet, er hätte das in der Army gelernt. Auf dem Stützpunkt in Deutschland, sagt er, hieß es: »*Wenn du es nicht mitnehmen kannst, mach's kaputt.*«

Wenn ich es halte wie Miller, verdoppelt sich mein Einkommen, und da ist noch nicht inbegriffen, was ich an Sachwerten rausschleppe: die Biere aus den Kleinstbrauereien oder aus Belgien, Bio-Säfte, genialer Käse, Delikatessen, frische Pasta und Vitamin C-Pulver. Ich liebe diesen kanadischen Lachs für 40 Dollar das Kilo und die Eleganz, mit der er dir auf der Zunge zergeht, und ich habe Geschmack gefunden an exzellent samtigen Merlots und an Cabernets aus dem Alexander Valley, Weinen, die auf meinem Gaumen schon beim ersten Schluck eine Galaxie von Geschmackseindrücken entstehen lassen. Ich bin schon so drauf, daß ich den billigen Kram einfach nicht mehr ausstehen kann. Bestimmte Jahrgänge und Weingüter mag ich besonders, kann ich sogar empfehlen – aber ich bin ja nicht hier, um Werbung zu machen! Wir kleben auch nicht an unserem Reichtum, außer Miller. Ich meine, ich hab versucht, was davon abzugeben, aber die Volvofahrer wollen nicht mitmachen. Gerade gestern wurde ein alter Mann richtig böse, als ich versuchte, ihm weniger als den Ladenpreis abzunehmen, mit seinen gepflegten weißen Zähnen knurrte

er mich richtiggehend an. Aber ich kann die Leute in dieser Gegend eh nicht ausstehen, also scheiß drauf!

Der erste Kunde des Tages betrat den Laden: ein Mann in italienischen Klamotten, und an ihm dran hing eine Frau mit einer Frisur wie Woody Woodpecker. Ich beobachtete ihre verschwommenen Bilder im Überwachungsspiegel hinten an der Wand. Die Stimme des Mannes war undeutlich, die Frau lachte, ein törichtes »*Ha!-ha-ha!*« tönte durch den Gang heran, Klänge von Grundbesitzern, die jeden Sommer nach Paris oder Mailand fahren, um sich neue Schuhe zu kaufen. Sie kamen zu mir an die Kasse mit einem einzigen Artikel, einem Chardonnay aus dem Napa Valley. Ich nahm die Flasche in die Hand, las das Etikett, tippte 15.99$ ein und fragte: »*Wie ist der denn so?*«

Er nahm einen zerknitterten Zwanzig Dollar-Schein aus seiner Brieftasche und schnurrte: »*Prächtig.*«

Ich haute auf die Löschtaste, tippte 1.99$ ein, drückte auf »Verkauf« und die Kasse ging auf. Im Kopf rechnete ich die Steuer hinzu, gab schnell das Rausgeld und tütete die Flasche ein. Mir war klar, daß er mit ihr am Arm nicht nach dem Bon fragen würde. Er lächelte mir zu, und dann zogen sie ab.

Der Zwanziger in der Kasse war meiner. Nach ein oder zwei weiteren Operationen dieser Art könnte ich den Schein in meine Tasche stecken. Allerdings hätte ich warten sollen, bis Arschloch aus dem Laden war, aber dieser Umsatz von 16$ mit einem einzigen Artikel war zu cool, um ihn einfach durchzulassen.

Die Chardonnay-Trinker waren noch nicht aus dem Laden raus, da tauchte Arschloch schon an meiner Kasse auf und sagte mit finsterem Blick: »*Laß mich da noch mal ran.*«

Ich trat beiseite. Er drückte die »Kein Verkauf«-Taste, und die Kassenlade sprang auf, bis sie an seinem Bauch zum Halt kam. Der fragliche Zwanziger flatterte, als würde er ihm zuwinken. Wenn er das Bargeld durchzählen und den Kassenstand mit der Bonrolle vergleichen würde, wäre ich geliefert. Ich sah mich um.

Miller war verschwunden, er war wohl irgendwo hinten. Das war mir ganz recht so. Diesen Anblick hätte ich ihm nicht gerne zugemutet.

In früheren Zeiten wären es Ultravox gewesen oder Gang of Four, aber jetzt dachte ich an eine Zeile aus einem Bluessong: »All the doctors in Wisconsin sure can't help her none...«

Dann entspannte ich mich und versuchte so auszusehen, als ginge mich das alles nichts an. Ich bekam eine Art Kopfweh im Nacken, aber dann erinnerte ich mich an einen Banditen in einer Geschichte aus Rußland, und wie der tapfere Dieb, als er dem Gesetz in die Hände gefallen war, bis zu seinem Tod am Ende eines Seils seine Unschuld beteuerte. Ich würde dem Kerl hier die Hucke volllügen. Dann würde ich meinen Job verlieren. Ohne Einkommen und ohne Ersparnisse und mit der Miete fällig nächste Woche müßte ich mich von meiner fensterlosen Wohnung im Keller verabschieden. Bald würde ich in meinem Auto schlafen müssen.

Das alles ging mir in einer Sekunde oder zwei durch den Kopf. Kein Rumgealbere mehr mit der Gang. Ich würde sie vermissen, die geschäftige Weihnachtssaison mit all unseren Freunden und Nachbarn, die wegen der großen Schnäppchen kamen. Für besondere Kunden wird der Preis bis auf Null reduziert. Das brennende Gefühl der Wut wich langsam. Noch mehr als meine Beute würde ich diese kleine Diebsgemeinschaft vermissen, die ich mit meinen Arbeitskollegen aufgebaut hatte. Ich war wütend deswegen, aber gleichzeitig fühlte ich in diesem Augenblick eine seltsame Klarheit und Freiheit, denn ich hatte eine schöne Zeit gehabt beim Ausplündern dieses Ladens. Und während ich unter dem Streß zunehmend philosophisch draufkam, sagte ich mir, ein schlechtes Gewissen ist Feindes Waffe und Schuld ist was für Weicheier.

Er stand einfach nur da und starrte auf die Belege in der Kassenlade. Dann öffnete er die Plastikklappe über der Belegrolle, nahm die Spule raus und wickelte die Rolle langsam auf, wobei er sie mit einem Stück aus der Rolle der vergangenen Nacht verglich. Dann atmete er laut aus.

»*Du hast hier ein Problem. Du warst letzte Nacht an dieser Kasse, stimmt's?*«

»*Ja.*«

»*Was machen diese ganzen Doppelnullen hier?*«

»*Versteh ich nicht.*«

Er antwortete nicht. Nach einer Minute sagte er: *»Du machst die Kasse auf, ohne was zu verkaufen.«*

»Ja, und? Die Leute wollen Kleingeld für die Zeitung...«

»Das kaufe ich dir nicht ab. Hier läuft irgendeine krumme Scheiße ab. Du hast »Kein Verkauf«getippt statt »Verkauf« und dann das Geld rausgenommen.«

»Auf keinen Fall. Das ist für die Leute, die Kleingeld für die Zeitung oder den Bus wollen. Die Leute kommen hier rein und möchten Kleingeld, das ist alles. Das ist die Wahrheit, Mann.«

Ich drehte mich weg von Arschloch. Da stand dieser alte Kerl mit den Zähnen von gestern und gaffte mich an, als hätte er gerade mitgehört und wollte mich jetzt verpfeifen. Einen nichtendenwollenden, kalten, schrecklichen Moment lang starrten wir uns an. Er zischte: *»Junger Mann!«* Arschloch sah erst mich an als stünde ich vor Gericht, dann den alten Kerl, dann wieder mich, blickte finster drein, und dann rief er mit einem ganz neuen, warmen Unterton in der Stimme: *»Miller, Herr Bergen hätte gerne etwas Unterstützung.«* Miller tauchte auf, und die beiden trotteten davon in Richtung Körperpflegeabteilung.

Arschloch wickelte die Rolle auf, bis sie auf den Boden hing, und sah sie eine lange, lange Zeit durch. Aber er kapierte es immer noch nicht. Ich wäre nie so blöde, die Kasse aufzumachen ohne einen Verkauf und dann Geld rauszunehmen. Diese Doppelnullen kamen daher, daß ich Leuten Scheine kleingemacht hatte, genau wie ich es gesagt hatte. Wenn ich die Kasse aufmache, um mir Geld rauszunehmen, tippe ich immer einen kleinen Betrag ein. Den ziehe ich dann von meiner Entnahme ab. Das Kopfrechnen hilft mir dabei, die Herrschaft der Langeweile im Laden zu überleben. Es hat Aufregung und Glücksgefühle in meinen Arbeitstag gebracht – bis jetzt. Ich richtete meinen Blick auf ihn und weg von dem Zwanziger in der Kasse.

»Ich hab nicht gesagt, daß du für diese Zeitungskästen Geld wechseln sollst. Das sind nicht meine. Sie bringen mir keinen Cent.«

»Ja, aber die stehen direkt vor dem Laden...«

»Das ist mir scheißegal! Ich verdiene nichts an diesen Automaten! Sie gehören mir nicht, und ich gebe kein Kleingeld raus dafür, und ich möchte nicht nochmal sehen, daß du ohne Umsatz die Kasse aufmachst.«

»Die Leute erwarten sowas aber. Wenn ich ihnen kein Kleingeld gebe, ärgern sie sich über mich, über dich und über den Laden, und dann hauen sie ab und kommen nicht wieder.«

Er schob die Kassenlade zu und gab mir die Rolle mit dem Band. Und dann sagte er mit ruhiger Stimme: *»Ist mir scheißegal, was die wollen. Du kannst einem zahlenden Kunden Kleingeld geben, aber sonst niemand. Ich will nicht, daß irgendjemand in diesem Laden hier eine Kasse aufmacht, ohne einen Umsatz einzugeben oder eine Lieferung zu bezahlen.«*

»In Ordnung, hab ich verstanden.«

»Gut. Schönen Tag noch.«

Er vergaß, das Geld in der Kasse zu zählen. Als nächstes sah ich ihn über den Parkplatz gehen zu seinem Geländewagen. Zwei der üblichen Sonntagmorgen-Kunden betraten den Laden, und wir grüßten uns höflich, während ich versuchte, das Band wieder auf die Spule zu fummeln, was fast schon ans Jonglieren grenzte. Ich atmete erstmal durch, und dabei entstand ein Geräusch der Nervosität, wie ich es glaube ich noch nie zuvor von mir gehört hatte, eine Mischung aus Lachen und Seufzer aus tiefster Pein. Ich sah mich um, und alles war wie eine Viertelstunde zuvor. Miller schwebte herum und machte irgendwo im Hintergrund Lärm, und Kunden platzten zur Tür herein mit ihren Brieftaschen voller Plastikkarten und gekleidet in nagelneuen Eddie Bauer-Klamotten, mit dunklen Sonnenbrillen und großen Daunen-Anoraks, wie wenn sie auf Elchjagd gingen. Dann war der Kick, dass ich nicht gekündigt worden war, weg und ich fragte mich, inwieweit das jetzt ein Sieg war. Er wußte, daß etwas lief. Und wie es auch immer weitergehen würde, wir mußten immer noch für ihn arbeiten. Und wir bekommen etwas weggenommen, das wir uns niemals zurückholen können. Selbst wenn wir den Laden komplett ausräumen würden, würde das immer noch nicht wettmachen, um was er uns bestiehlt.

Miller kam strahlend zu seiner Kasse zurück, mit dem alten Kerl im Schlepptau, der einen Einkaufswagen vor sich her schob. Miller spielte einen Akkord auf einer unsichtbaren Gitarre und sang: *»She's got Elgin movements from her head to her toes/Breaks in on a dollar 'most, anywhere she goes...«*

Ich zeigte auf seine Kasse, sagte *»Robert Johnson!«* und schüttelte den Kopf. Entweder konnte Miller Gedanken lesen oder unsere Schwingungen hatten sich jetzt auf dieselbe einzigartige Wellenlänge eingestimmt. Vor dem Laden schälte sich der Cherokee-Jeep mit dem Greenpeace-Aufkleber auf der Stoßstange wie ein PS-Protz aus dem Parkplatz und beschleunigte Richtung Schnellstraße, um unseren Brötchengeber zu seinen anderen Geschäftsinteressen zu bringen oder zu seinem Fitnessclub oder damit er sich irgendwo ein Football-Spiel in der Glotze ansehen konnte, oder mit was er halt sonst so seine Sonntagnachmittage vertrödelt, und ich lachte und sagte mir, daß das trotzdem noch ein guter Tag würde.

Nach Adorno

Grenzen und (Neben-)Wirkungen der Kritischen Theorie

Wenn Adornos Name irgendwo überlebt hat, dann in Musikkritiken und Zeitdiagnosen der Kulturseiten. Gerne werden seine Betrachtungen zur Kulturindustrie aus der *Dialektik der Aufklärung* zitiert, einer philosophischen Schrift, die im Angesicht des Faschismus geschrieben eine radikale Herrschaftskritik formulierte. Das Feuilleton reißt Zitate in der Regel aus dem Text- und dem historischen Zusammenhang und lässt die Passagen, wo Adorno die Geschichtlichkeit des Kapitalismus und die Möglichkeit seiner Überwindung betont, einfach weg. Um seinen 100. Geburtstag herum war Adorno extrem in und droht genauso schnell wieder out zu sein. Die Bürger würdigen heute die Leistung der Kritischen Theorie zur »Zivilisierung« der deutschen Gesellschaft, entsorgen sie also zum »großen demokratischen Modernisierungsschub«. *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher geht einen Schritt weiter und lässt Adorno in einem Kommentar zum 11. September nur noch als großen Ästheten gelten. »Adorno ist das, was seine Adepten ungerne hören, Kunst.« Dabei war Adorno auch als Kultur- und Kunstkritiker Gesellschaftskritiker, der nicht müde wurde, in der Kultur selbst das Klassenverhältnis aufzuspüren und den »Verblendungszusammenhang«, in den Kunst und Kultur verstrickt sind, zu kritisieren.

Erneuerung des Marxismus

Adorno (und die Kritische Theorie) war(en) Teil des sogenannten westlichen Marxismus, der in kritischer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in den 20er Jahren entstanden war. In den 60er Jahren wurde sein subversives Potenzial neu entdeckt, sämtliche Erscheinungen des Kapitalismus kritisch zu durchdringen und anzugreifen.

1914/1918 war eine doppelte Niederlage: die Arbeiterbewegung versagte angesichts des Ersten Weltkriegs, integrierte sich mittels »Burgfrieden« und Patriotismus in den kriegsführenden Staat. Die Rätebewegung nach dem Krieg zersetzte sich rasch von innen heraus und wurde blutig zerschlagen. In der Sowjetunion entwickelte sich eine staatskapitalistische Despotie, die den Marxismus als Legitimationsideologie benutzte. Die II. Internationale, der Parteimarxismus und der sowjetische Staatsmarxismus sind auf der Seite der rationalisierten, verwalteten Welt angekommen. Deshalb entstanden in den 20er Jahren eine ganze Reihe von abweichenden marxistischen Strömungen wie der Rätekommunismus, der Bordigismus u.v.a.. Der Philosoph Georg Lukacs etwa rückte die Kategorien »(Klassen-)Bewußtsein« und »Verdinglichung« ins Zentrum seiner Überlegungen. Wilhelm Reich suchte Antworten auf die Frage, warum sich zwischen Arbeiterverhalten und Krise eine Schere auftat, warum die Krise nicht automatisch zu revolutionären Taten führte. Für seinen Versuch, Psychoanalyse und Marxismus zusammenzubringen, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Die frühen Studien von Erich Fromm zu den »Arbeitern und Angestellten am Vorabend des Dritten Reichs« stehen in dieser Tradition und führten zur Entdeckung der »autoritären Persönlichkeit« bzw. des »autoritären Charakters«, den der Parteikommunismus mehr förderte als bekämpfte. In dem Sinn ist die Kritische Theorie keine Revolutionstheorie, sondern eine Theorie, die über das Scheitern der Revolution nachdachte. Sie bleibt mit der beherrschten Klasse verbunden, allerdings in kritischem Abstand zu ihr.

Aus diesem Bündel von Versuchen, den Marxismus zu erneuern (das sich im übrigen in anderen Gebieten der Welt in den 50er Jahren weiter anreicherte, erwähnt seien CLR James und *Socialisme ou Barbarie*), wurde in der Studentenbewegung der 60er Jahre in Deutschland fast ausschließlich die Kritische Theorie rezipiert. Das lässt sich zum Teil mit der Zeit erklären: Psychoanalyse – als in Deutschland verfemte

Literaturhinweis:

Hans-Jürgen Krahl
Konstitution und Klassenkampf
Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution
Frankfurt 1971

»Sein Standpunkt ist elitär, aber das heißt nicht, dass er notwendig falsch ist.« ;-)

und verfolgte Wissenschaft – war zur Bloßstellung autoritärer Strukturen attraktiv. Zum anderen lagen die Texte der Kritischen Theorie eben größtenteils in deutscher Sprache vor. Ihre Quasi-Monopolstellung in der deutschen Studentenbewegung – während »Frankfurtismus« z.B. in der revolutionären Linken Italiens zu der Zeit ein Schimpfwort war – erklärt sich vor allem mit dem Zerreißen fast aller revolutionären Traditionen durch den Nationalsozialismus. Dass es »nichts anderes gab«, verlieh der Kritischen Theorie eine Strahlkraft, die so weit ging, dass die Radikalen in den 60er Jahren die alten Texte aus den 30er und 40er Jahren wieder ausgruben. Adorno machte im sogenannten Positivismusstreit den Begriff stark, der zur Wahrheit und zur Veränderung drängt. Das gab den aufmüpfigen Schüler- und StudentInnen das Handwerkszeug, um sich gegen Lehrer, Profs, Eltern und die Bild-Zeitung zu wehren. Wissenschaft sollte nicht der Verwaltung einer als falsch erkannten Welt, sondern deren Kritik dienen.

1968 zeigte die Beschränktheit der Kritischen Theorie

Die 68er Bewegung war eine weltweite antikapitalistische Revolte, die in der Bundesrepublik stark von der Kritischen Theorie inspiriert war, sich aber von ihr löste. Dieser Konflikt geht tiefer als die hinreichend erzählte Geschichte der Besetzung des *Instituts für Sozialforschung* durch SDS-Studenten und der vom Institutschef Adorno angeordneten polizeilichen Räumung.

Zum einen hatten die kritischen Theoretiker selbst eine Veränderung durchgemacht. Nach dem Krieg bekam das Institut, das sich wiederum in Frankfurt ansiedelte, trotz der scharfen Kritik an den restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik eine systemstabilisierende Funktion. Man integrierte sich in den Kultur- und Universitätsbetrieb und verschrieb sich nicht mehr der fundamentalen Kritik, sondern der Korrektur und Reform. Als es in der zweiten Hälfte der 60er Jahre um die Möglichkeiten und Bedingungen der Revolution ging, zeigte eine Theorie sich als hinfällig, die den Geschichtsoptimismus des traditionellen Marxismus letztlich bloß in Pessimismus verkehrt und die Möglichkeit verändernder Praxis zunehmend bestritten hatte.

Adorno und Horkheimer waren in ihrem Denken stark von der Erfahrung des Faschismus geprägt, was den ungeheuer genauen und sensiblen Blick der Kritischen Theorie ausmacht. Horkheimers Schriften *Autoritärer Staat* und *Die Juden und Europa* (»Wer vom Kapitalismus nicht reden will…«) halfen, den Faschismus theoretisch einzuordnen und ihn nicht aus der Geschichte des Kapitalismus zu eskamotieren. Andererseits hat aber »die Erfahrung des Faschismus auch Erkenntnisgrenzen gesetzt«, wie Hans-Jürgen Krahl, militanter SDS-Theoretiker, treffend bemerkte. Das gesamte Dilemma des hilflosen Antifaschismus, der die bürgerliche Gesellschaft gegenüber ihrer faschistischen Brut retten will, kommt in der späten Kritischen Theorie zum Ausdruck. Revolutionäre Spontaneität erinnerte die Frankfurter an die konterrevolutionär entstellte revolutionäre Spontaneität, die der Faschismus zu Herrschaftszwecken spektakulär inszenierte. Habermas' Anwurf des »Linksfaschismus« an die revoltierenden Studis ist so weit von Adornos und Horkheimers Ängsten nicht entfernt gewesen. Denn »Adornos gesellschaftstheoretische Einsicht derzufolge das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie anzusehen sei, ließ seine progressive Furcht vor einer faschistischen Stabilisierung des restaurierten Monopolkapitalismus in regressive Angst vor den Formen praktischen Widerstands gegen diese Tendenzen des Systems umschlagen.« (Krahl, Der politische Widerspruch der Kritischen Theorie Adornos, in: Konstitution und Klassenkampf, S.285)

Die Proteste der Studierenden lagen noch voll auf der Linie ihrer Frankfurter Lehrer, als sich im Protest

lediglich die »Trauer um den Tod des bürgerlichen Individuums« (Krahl) ausdrückte. In der Gesellschaft des bundesrepublikanischen »Spätkapitalismus« wurde durch die »konzertierte Aktion« die in den Streiks der 50er Jahre angekratzte Sozialpartnerschaft modernisiert. Unter den Augen der protestierenden Studentinnen und Studenten (»Notstandsgesetze«) wurde die »formierte Gesellschaft« eines Kurt Georg Kiesinger immer mehr vom Staat besetzt, kontrolliert und administriert. Der Protest dagegen war gleichzeitig eine Revolte gegen die Präsenz des Faschismus, der diese Formierungsleistung mit bewerkstelligte.

Trauer um den Verlust des bürgerlichen Individuums

Adorniten der ersten Stunde radikalisierten diese Haltung »nach hinten« in den Kulturbetrieb, Habermas integrierte die Kritische Theorie in den Staat, Krahl versuchte, ihr subversives Potential in eine revolutionäre Klassenperspektive zu transformieren.

Nach dem Scheitern der Revolte entstanden Schriften voller Trauer über die vermeintliche Auflösung des Gebrauchswerts (Wolfgang Pohrt) bis hin zu Bildern einer restlos subsumierten Gesellschaft eines Stefan Breuer, der Marx und Adorno mit dem reaktionären Systemtheoretiker Luhmann versöhnen wollte.

Es war Verdienst des SDS-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl, genau diese bürgerliche Beschränktheit der Kritischen Theorie und ihrer Adepten anzugreifen. Seine Schriften von 1967 bis 1970 sind ein Zeitfenster zwischen Radikalisierung/Überwindung der Kritischen Theorie und ihrer Verdrängung durch den Dogmatismus der ML-Gruppen. Ihre praktischen Auswirkungen waren '68 radikaler als ihre Protagonisten. Sie hatte auf die Studierenden enorm mobilisierende Kraft. Adorno hat etwas vermittelt, »das für die Studentenbewegung (...) geradezu umgekehrt nicht resignations- sondern aktionskonstitutiv war: eine Ohnmachtserfahrung gegenüber den technologisierten und bürokratischen Institutionen und Administrationen der spätkapitalistischen Welt.« (Krahl, Kritische Theorie und Praxis, a.a.O. S.297) Es ist eine tolle Ironie der Geschichte, dass gerade für die neue linke Bewegung in der BRD Vorstellungen vom übermächtigen Staatsmoloch, vom übergreifenden Verblendungszusammenhang, der totalen Manipulation usw. eine so zentrale Rolle spielten – während sie die geschichtspessimistischen Theorien durch ihre Praxis selbst widerlegte: nicht nur in der Springerkampagne 1967/68, sondern auch in ihren vielfältigen Fortsetzungen in subversiven Jugendbewegungen der 70er Jahre.

Krahl versuchte, die Phase der antiautoritären Proteste in eine der »Organisation des Klassenkampfs« zu überführen, ohne in den Leninismus abzugleiten. Er sah einen dringenden Bedarf, die Kritische Theorie zu überschreiten, da sie die kapitalistische Totalität nicht in ihrer »klassenantagonistischen Dualität« wirklich begreifen konnte. »Das bedeutet, mit der bürgerlichen Tradition des Deutschen Idealismus teilt die Kritische Theorie die Einsicht in den Totalitätsbegriff. Mit der proletarischen Tradition teilt sie die Materialisierung dieses Totalitätsbegriffs im Hinblick auf Warenproduktion und Tauschverkehr. Aber der praktische Klassenstandpunkt, um es einmal so verdinglicht zu sagen, ist nicht theoretisch konstitutiv in die Theorie eingegangen«. (Krahl, a.a.O., S.289)

Ganz Klasse

Der Begriff der Klasse ist bei Adorno in der Tat mehr als vage. Obwohl er die Behauptung einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky) kritisierte und an den Begrifflichkeiten »Kapitalismus« und »Klasse« festhalten wollte, landete Adorno bei einem unbestimmten Begriff von Kapitalismus als spezifischer Produktionsweise und Klassenverhältnis. Dies lässt sich an seinen »Reflexionen zur Klassentheorie« zeigen, die er 1942 verfasst hat, in einer Zeit, in der viele den Klassenkampf als gescheitert ansahen. Adorno will am Klassenbegriff festhalten, weil »sein Grund, die Teilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete, nicht bloß ungemindert fortbesteht, sondern an Zwang und Festigkeit zunimmt.« Wenige Sätze zuvor liest man: »Der unermessliche Druck der Herrschaft hat die Massen so dissoziiert, dass noch die negative Einheit des Unterdrücktseins zerrissen wird, die im neunzehnten Jahrhundert sie zur Klasse macht. Dafür werden sie unmittelbar beschlagnahmt von der Einheit des Systems, das es ihnen antut. Die Klassenherrschaft schickt sich an, die anonyme, objektive Form der Klasse zu überleben.« Die Gesellschaft der 40er Jahre sei eine »klassenlose Gesellschaft der Autofahrer, Kinobesucher und Volksgenossen«. Das sind zu Beginn der 40er Jahre weitsichtige Anmerkungen zu den veränderten Klassenverhältnissen. Aber Adorno kann nichts daraus machen, weil er am Klassenbegriff des *Kommunistischen Manifests* hängt: die Bourgeoisie

Bei der Besetzung des Institutes durch revoltierende StudentInnen mussten dem Adorno schon auch mal die Bullen helfen.

»erzeugt« die Arbeiterklasse (bei Adorno: der Klassenbegriff habe sich am »Modell der Bourgeoisie gebildet«, denn diese sei, »als anonyme Einheit der Eigentümer von Produktionsmitteln und ihres Anhangs, die Klasse schlechthin.«). So kommt Adorno zu der Einschätzung, dass der »gesellschaftlich-totale(n) Aspekt des Kapitals« dem Proletariat »die Möglichkeit zur Klassenbildung objektiv versperrt.« Adorno hielt den Kapitalismus der 40er Jahre für monopolistisch verfasst und somit krisenfrei. Der Liberalismus, der Markt und die Zirkulation seien restlos liquidiert. Er folgte darin dem Ökonomen des Frankfurter Instituts Friedrich Pollock. Empirische Untersuchungen, wie die des weniger beachteten Franz Neumann, kamen zu einem vollkommen anderen Ergebnis: die Zirkulationssphäre und die Marktmechanismen waren keineswegs liquidiert, von Krisenfreiheit konnte keine Rede sein. Mit dem Liberalismus und dem Markt verschwand für Adorno aber auch die Klasse. In dem Maße, wie im Monopolkapitalmus die herrschende Klasse sich in Gangs auflöst, löse sich auch die proletarische Klasse in Gangs auf: »Nach dem Bilde der manifesten Usurpation, die von den einträchtigen Führern von Kapital und Arbeit heute verübt wird, ist … (die Geschichte) die Geschichte von Bandenkämpfen, Gangs und Rackets.«

Die ganze Unentschiedenheit Adornos bezüglich des Klassenbegriffs fasst sich in dem Satz zusammen: »In solcher Abschaffung der Klassen kommt die Klassenherrschaft zu sich selber.« Obwohl es seiner Analyse widerspricht, will Adorno am Klassenbegriff festhalten. Von Klasse solle gesprochen werden, weil nach wie vor Herrschaft existiert. Und hier liegt die zweite Verdrehung vor: Adorno hat nicht die Psychoanalyse und den Marxismus zusammengebracht, sondern die Kritik der politischen Ökonomie in eine allgemeine philosophische oder psychoanalytische Herrschaftskritik verwandelt. Damit verliert er den kritischen Stachel der Marxschen Methode: die Ware aus dem (Opfer-) Tausch zu erklären, macht die gesamte menschliche Geschichte zu einem Verblendungszusammenhang. Die Besonderheit der kapitalistischen Produktionsweise geht dann aber verloren.

»Geistige Arbeit«

»Von einer Verdummung des Proletariers, der den eigentlichen Arbeitsprozess nicht mehr begriffe, kann gar keine Rede sein. Die höchstgesteigerte Arbeitsteilung hat zwar den Arbeiter dem zusammengesetzten Endprodukt, wie es dem Handwerker vertraut war, immer ferner gerückt, zugleich aber die einzelnen Arbeitsvorgänge in ihrer Disqualifikation einander immer mehr angenähert, so dass, wer eines kann, virtuell alles kann und das Ganze versteht«, urteilt Adorno in den »Reflexionen zur Klassentheorie«. Marx hatte das schon mal radikaler gefasst: »Die Entwicklung des *capital fixe* zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, *knowledge*, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des *general intellect* gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind.« Bei Marx eröffnet sich hier die Möglichkeit der frei verfügbaren Zeit und der Entwicklung eines Reichtumsbegriffs jenseits des Werts, des Reichs der notwendigen Arbeit und der Arbeitszeit. So tritt der Ausbeutungscharakter des Kapitalverhältnisses deutlich zu tage.

Daran anknüpfend wollte Hans-Jürgen Krahl, »[die] Wissenschaft als Produktivkraft, … die Veränderung des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit, etwa im Rahmen der lohnabhängigen Klasse« untersuchen. Damit bezog er sich auf den gestiegenen Bedarf an Technikern und einer ausgebildeten Schicht der wissenschaftlichen Intelligenz für den Produktionsbereich, und gab einen positiven Ausblick: »Gerade aufgrund der positivistischen Zerstreuung der Einzelwissenschaften kann geistige Arbeit sich sehr viel eher als ausgebeuteter Produzent erfassen, dem sein wissenschaftliches Produkt als fremde Macht gegenübertritt, und nicht im Grunde genommen als privilegierter Teilnehmer am Kulturprodukt.« (Krahl, a.a.O., S.296) Doch genau dieser privilegierte Teilnehmer am Kulturprodukt, als der der Bürger des 19. Jahrhunderts fungierte, war für Adorno der Statthalter des Positiven, mit seinem Verschwinden blieb nur noch Resignation: »Dem Künstler, den Adorno als Statthalter des gesamtgesellschaftlichen Subjekts begriff, traute er (…) die authentische Einsicht noch zu, wie auch ihm allein die Formulierung von Hoffnung«, schrieben mehrere Adorno-SchülerInnen nach seinem Tod 1969 in der Erklärung *Kritische Theorie weiterführen*.

Mit der Durchsetzung der Kulturindustrie, die Herrschaft, falsche (Ent-)sublimierung und Tauschlogik gleichermaßen verkörpere, war für Adorno die-

se Hoffnung endgültig verschwunden. Er konnte nicht in den kooperativ und in hohem Maße mit immaterieller Arbeit erstellten Produkten der Kulturindustrie den ideologisch verzerrten Vorschein auf eine befreite Gesellschaft sehen, der doch von der Klassenrealität tagtäglich dementiert wird. Kulturindustrie ist bei Adorno nur falscher Schein, an dem es nichts zu retten gibt.

»Das Ganze ist das Unwahre«

Heute geht es den meisten Anhängern der Kritischen Theorie darum, alle Schritte des Transzendierenden abzulehnen. »Das Ganze ist das Unwahre«, Adornos meistzitiertes Statement aus den *Minima Moralia*, wird dann zu einem Bekenntnis, das fast schon eine wohlige Atmosphäre verbreitet. Es zwingt nicht zur Bekämpfung des ganzen Falschen, der kapitalistischen Totalität. »Es gibt unter Linksradikalen eine Spezies von Adornojüngern, die Adorno gerade dadurch entschärfen, dass sie sich seinen Texten bedingungslos unterwerfen. Mit der Rigidität typisch autoritärer Charaktere werden Adornosche Theoreme für sakrosankt erklärt (...) statt der realen Verstrickung wenigstens in Gedanken etwas entgegenzusetzen, suhlt man sich begeistert in der Aussichtslosigkeit der Lage«, schrieb Michael Koltan unlängst in Hinblick auf die jüngste Generation meist antideutsch inspirierter Pseudo-Adorniten. (Michael Koltan, *Adorno gegen seine Liebhaber verteidigen*, in: Kritische Theorie und Poststrukturalismus. Theoretische Lockerungsübungen, Hamburg 1999, S.15)

Auch ein großer Teil linker Publizisten und die Szene der Antideutschen wollen hinter das zurückgehen, was Ende der 60er Jahre an einem erneuerten Marxismus entwickelt und gleich darauf durch die MLer zerstört wurde. Selbst geistige Kinder dieser ML-Elite, bringen sie nun den Abschied vom Klassenkampf, einen elitären Habitus in der Verachtung der Massen und Geschichtspessimismus in Anschlag. Für ihre Entscheidung, die Verhältnisse zu verteidigen, so wie sie sind, wollen sie sich zumindest radikal klingendes theoretisches Rüstzeug holen und mit kritischen Autoritäten versehen. Die antideutschen Adorno-Fans betreiben nun selbst, was Adorno 1942 (!) als die »verlogene Leugnung der Klassen« kritisierte. Der bürgerliche Antifaschismus und die Lobpreisung des Individuums ist das einzige, was sie bei der Kritischen Theorie entdecken.

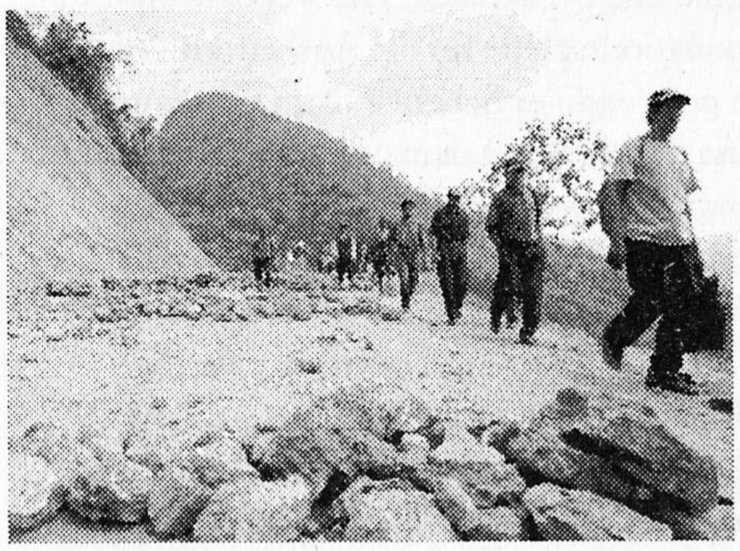
Gerade die Antisemitismus-Theorie in *Elemente des Antisemitismus*, einem Kapitel in der *Dialektik der Aufklärung*, wird von ihnen begierig aufgegriffen. Laut Adorno/Horkheimer hat der bürgerliche Antisemitismus einen spezifischen ökonomischen Grund: »die Verkleidung der Herrschaft in Produktion«. Der Fabrikant, »der wahre Shylock«, kann sich – so schreiben Adorno/Horkheimer in der Tradition der Marxschen Ideologiekritik der Trinitarischen Formel aus dem Dritten Band des *Kapital* – zum Produzenten ernennen und den Profit als Unternehmerlohn deklarieren. Die Arbeiterklasse betrachtend kommen sie zu einer merkwürdigen Ideologiekritik: Aufgrund des Arbeitsvertrags hätten sich die Arbeiter mit Haut und Haaren der Produktion und Ausbeutung ausgeliefert. »Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können... Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die andern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.« Derartig argumentierend muss der Arbeiter dem Schein aufsitzen und zum Antisemiten werden. So kann aber nicht die Frage beantwortet werden, warum tatsächlich viele deutsche Arbeiter in den 30ern die Nazi-Partei wählten. Historisch ist diese Kritische Theorie des Antisemitismus falsch: Gerade die Erfahrung der Ausbeutung machte die Arbeiterschaft weniger anfällig für den Antisemitismus, der Hass auf diejenigen, die den Profit abschöpfen, bezog sich auf den jeweiligen Kapitalisten und nicht auf »den Juden«. Die Personifizierung des sozialen Ausbeutungsverhältnisses im »Kapitalisten«, die die Geschichte der Arbeiterbewegung durchzieht, mag falsch und verkürzt sein, antisemitisch ist sie damit noch nicht. Die Arbeiter der 30er und 40er Jahre haben weder den Lohnzettel geschluckt und erst beim Kaufmann gemurrt, noch ist mit der Unterschrift unter den Arbeitsvertrag der Arbeiter zum willfährigen Bestandteil des Kapitals geworden. Dieser Kurzschluss von Adorno/Horkheimer ist ihrer Nichtbeachtung der Produktion und ihrer Zirkulationsfixiertheit geschuldet. Nach dem Arbeitsvertrag beginnt nämlich erst die Ausbeutung und mit ihr eine Erfahrung, die sich mannigfaltig verarbeiten lässt: als Auflehnung gegen das Fabrikkommando, als Hass auf die Maschinen, auf den Chef, auf die Kollegen, als Identifikation mit dem Aggressor... Diese Verarbeitung passiert keineswegs nur in Form des Antisemitismus.

Die heutigen Pseudo-Adorniten wollen solchen Fragen nicht nachgehen. Ihnen kommt diese »Antisemitismustheorie« gerade recht, um ihren Abschied vom Proletariat wenigstens »politisch korrekt« zu gestalten.

H.

Bolivien, September 2003

»Das Gas wird nicht verkauft!« In **Bolivien** führt der Plan der Regierung, Gas in die USA zu exportieren, im September zu neuen Unruhen.



Seit dem 15. September blockieren Bäuerinnen und Gewerkschafter die Überlandstraßen mit Steinen und Barrikaden.

Das Gas soll als unverarbeiteter Rohstoff exportiert werden. Seit der Privatisierung der Gasvorkommen fließen 82% der Gewinne ins Ausland.

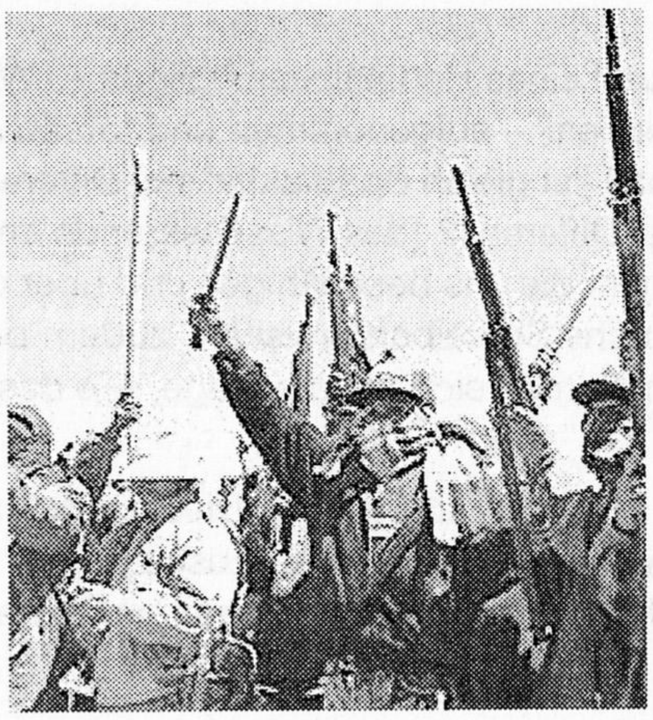
Am 19.9. gehen 150000 BolivianerInnen in den Städten auf die Straße und erklären den »Krieg um das Gas«. In Cochabamba beschließt eine Versammlung von 40 000 DemonstrantInnen den unbefristeten Generalstreik und Straßenblockaden, falls die Regierung nicht innerhalb eines Monats auf die Forderungen eingeht.

Am 20.9., während Regierungsvertreter noch mit den Bauernorganisationen des Hochlandes am Verhandlungstisch sitzen, rücken Polizei und Militär aus, um Touristen zu befreien, die wegen der Blokkaden in der Ortschaft Sorata festsitzen.

Die BewohnerInnen von Cochabamba haben Erfahrung im Kampf gegen Ausverkauf und Privatisierung. Mit dem »Wasserkrieg«, einem einwöchigen Aufstand, haben sie im April 2000 die geplante Privatisierung der Wasserversorgung verhindert.

Auf dem Rückweg des Konvois kommt es zu Auseinandersetzungen bei Blockaden, wo DemonstrantInnen einen Graben durch die Straße gezogen und eine Brükke gesprengt haben. Fünf Zivilisten, darunter ein achtjähriges Kind, werden durch Kugeln getötet. Zwei Militärs erleiden tödliche Arbeitsunfälle.

Wütende BäuerInnen verwüsten daraufhin den Ort Sorata (150 km von La Paz entfernt), greifen die Polizeistation an und plündern das Hotel Copacabana. Sie reden von Bürgerkrieg.



Bergarbeiter unterstützen die DemonstrantInnen. Wie üblich gehören Dynamitstangen zu ihrer Demo-Ausrüstung. Seit der Privatisierung der Bergwerke 1985 ist das neoliberale Modell in Bolivien immer wieder blutig gegen die ArbeiterInnen durchgesetzt worden.

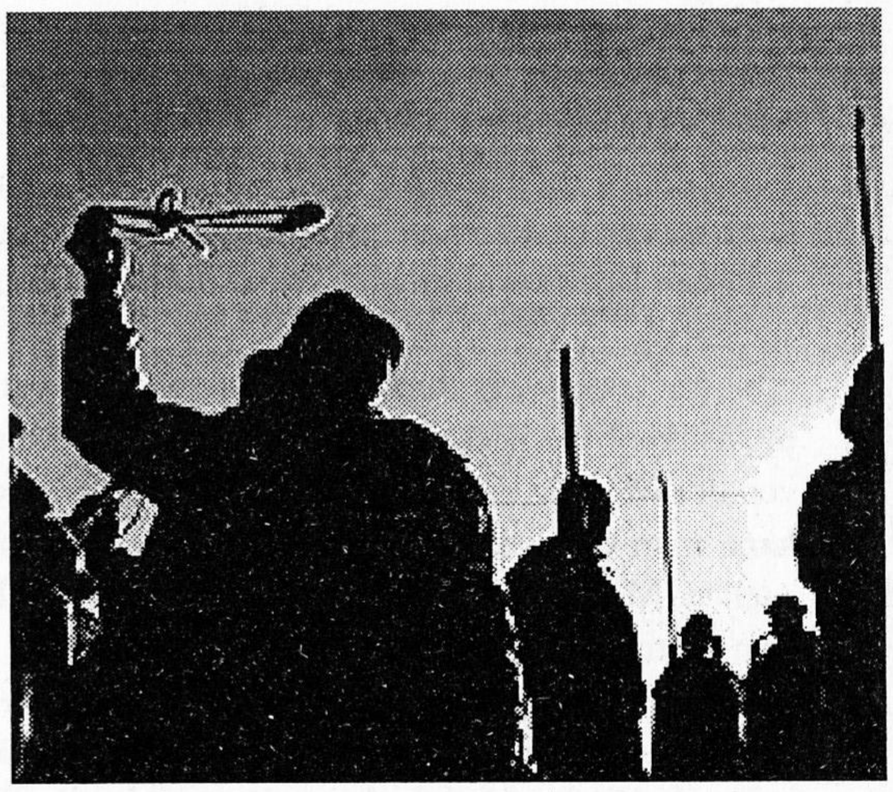
Der letzte große Aufstand hat in Bolivien Mitte Februar diesen Jahres stattgefunden. Anlass der Proteste war die Ankündigung einer drastischen Steuererhöhung. Polizisten schlossen sich dem Protest an und meuterten.

Regierungsgebäude gingen im Februar in Flammen auf. Dreissig Menschen sind in dem Aufstand und bei Auseinandersetzungen um die Blockaden der Koka-BäuerInnen gestorben.

Die Koka-BäuerInnen hatten wieder mit massiven Straßenblockaden gegen die Zerstörung ihrer Pflanzungen protestiert. Ein Zentrum dieser Kämpfe ist das Tropengebiet Chapare in der Nähe von Cochabamba. Nach der Schließung der Bergwerke fanden ehemalige Bergarbeiter hier als Kokabauern ein neues Auskommen. Jetzt sind sie mit täglicher Repression von bolivianischen und US-Militärs konfrontiert.

Seit 1985 sind in Bolivien 190 Menschen in Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär gestorben, mehr als 6000 wurden verletzt und mehr als 10 000 verhaftet.

In Bolivien bewegen sich unterschiedliche Bewegungen in verschiedenen Welten. Verarmte weiße Mittelschichten in La Paz, Aymara-BäuerInnen mit ihren traditionellen Strukturen auf dem Andenhochland, ehemalige Bergarbeiter, einst die Protagonisten der Arbeiterkämpfe in Bolivien, die sich heute als Kokabauern im tropischen Tiefland durchschlagen oder als Selbständige und Kooperativisten unter unsäglichen Bedingungen weiter in den Minen schürfen, LehrerInnen, RentnerInnen, arbeitslose Jugendliche in den Vorstädten...



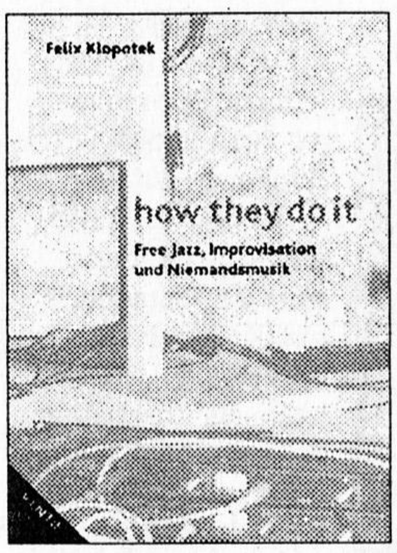
Eine Einheit der Bewegungen in Bolivien ist noch nicht sichtbar. Aber der Ruf nach dem Sturz der Regierung, die sich nur mit Repression an der Macht hält, wird lauter.

»Von Tiefe, Dub und Körperpolitik raunen...«

Es sollte eine einmalige Sache bleiben, als wir im letzten Heft den Zuruf eines Redaktionsmitglieds – »Wenn Ihr an Pfingsten nicht zum BUKO fahrt, dann müsst Ihr schon einen Artikel schreiben« – aufgenommen und tatsächlich einen Artikel über das Moers-Festival geschrieben haben. Dann hat es uns viel Spaß [ist gleich Spaßfaktor mal Differenz1 {des fertigen Artikels zum ersten Rohentwurf; wobei SP = *flow* beim Herstellen mal Differenz2 {des Wissensstands am Ende zum Wissensstand am Anfang}] gemacht, wir konnten Sachen zu Papier bringen, die uns beschäftigen und über die wir in kleinem Kreise immer wieder mal diskutiert hatten... Dieser Kreis hat sich durchs Schreiben erweitert, zudem bekamen wir viele Reaktionen, so dass wir jetzt weiter machen! Die meisten Reaktionen drehten sich um die Frage, wie das überhaupt geht: »Musik bewerten«. Dazu später mehr.

Wir sind grad' erst am Anfang. Das sind erste Gehversuche, »über Musik zu schreiben«. Diesmal schreiben schon vier Leute: Einen Artikel über Reggae, Dancehall und die Folgen, der versucht, an der Stelle einzusetzen, wo im Moers-Artikel »Weltmusik« und ihre KonsumentInnen kritisiert und belächelt wurden. Und zwei Besprechungen: eines Dub-Samplers (*Wild Dub – Dread meets Punkrocker*) und eines Buchs – die kommt gleich jetzt:

»Wären diese Zeiten aufrührerisch...«



Felix Klopotek
how they do it
Free Jazz, Improvisation und Niemandsmusik

Broschiert, 221 Seiten
Ventil, Oktober 2002
ISBN: 39-30559-75-7
13,90 Euro

28 Texte, zwischen 1996 und 2002 für ganz verschiedene Medien entstanden, zu so unterschiedlichen MusikerInnen wie *Cecil Taylor*, *Christian Marclay*, *Derek Bailey* und *Godspeed you Black Emperor!* (um nur ein paar aus ca. 97 zu nennen), ohne Quellenangabe in einem Buch versammelt... wie soll man so was besprechen?

Man könnte das Buch als Nachschlagwerk zu improvisierter Musik empfehlen: Der Autor hat Ahnung von der Materie, mit dem Index am Ende des Buchs kann man nach einzelnen MusikerInnen und Bands suchen. Man könnte auch die etwas schlampige Edition kritisieren, die einen nicht vor Leersätzen wie diesem bewahrt: »Entgegen einer landläufigen Auffassung ist Improvisation eine materialistische Tätigkeit.« (S. 15). Und bei der bei weitem nicht alle Tippfehler korrigiert sind – dafür ist das Buch aber schön gesetzt...

Anstatt sich aber weiter über die Auswahl und den Stil des Autors, über Satz- und Tippfehler auszulassen oder einen *beliebigen* Artikel des Sammelbandes rauszupicken, nehme ich einen Text, der den inhaltlichen Bruchpunkt des Buchs markiert: »*Kanonisierung. Authentische Stimmung tiefgefroren.*« (S. 204-208). Das Erscheinen der luxuriösen 5CD-Box *Grow Fins* mit Musik von Captain Beefheart und deren phänomenalen Verkaufserfolg nimmt Felix Klopotek zum Anlass, über das Verhältnis (des Erlebens) von Musik und ihrer Einordnung zu räsonieren. Ganz nebenbei bespricht er so eins der besten Alben der Rockgeschichte – »Trout Mask Replica« von *Captain Beefheart and his Magic Band*. Drittens hat der Artikel einen – nicht allzu versteckten – Subtext: einen Schlussstrich unter die Zeit ziehen, »in der man in *Spex* schreiben konnte«.

»... würde man nicht über Kanonisierung schreiben...«

Die *Grow Fins*-Box solle offensichtlich das Bild von Beefheart und seiner Musik »vervollständigen«. Dabei sei aber die Musik »zweitrangig«, da »redundant«. »Die *Trout Mask Replica*-Sessions fügen dem Bild, was wir von dieser legendären Platte haben, nur Nuancen hinzu. Wir hören jetzt, was wir schon aus zig Erzählungen wussten ...« (S. 205). »Allerdings sind diese rationalen Einwände für die Käufer und Fans uninteressant. Die Suggestionskraft dieser Box« verdankt sich einer tieferen Ebene, der des »unmittelbaren Genusses« (S. 205). »Aber diese Ebene ist instabil, leicht zu verwirren ... Schon die nächste Musik, ein anderer Sound ... verwischen den ursprünglichen Impact...« (S. 205). »Auf Dauer stellt sich die Unmittelbarkeit nur vor einem stabilen, kanonisierten Hintergrund dar, der uns ermöglicht, Wichtiges von Unwichtigem zu

unterscheiden, das Feld für den Genuss von Störungen, Zweifeln und Beiläufigem frei räumt. Historisierung ist Stabilisierung« wird da behauptet. Fußnote: »Das ist die zentrale These des Textes und sie ist ... problematisch, weil sie von einem linearen Modell des Hörens ausgeht. Erst **erlebt** man den *Impact of Sound,* dann gilt es, ihn zu stabilisieren. Dass das Hören sehr stimmungsabhängig ist und in dem Sinne nicht auf Wieder-Erinnerung beruht, sondern auf Neu-Aneignung (das Phänomen, dass man beim Hören alter Jimi-Hendrix-Alben immer wieder neue Sachen entdeckt), wird von ihr nicht reflektiert.« (beides S. 206) Das ist nun pikant: ein Text, dessen zentraler These der Autor in einer Fußnote widerspricht?

Dies sei eine Zwickmühle, deutet Felix Klopotek an, aus der nur die Revolution einen Ausweg weisen könnte. Diese stünde aber »realpolitisch gesehen nicht auf der Tagesordnung« – ein wunderbarer Nonsense: wann stünde eine Revolution »realpolitisch« auf der Tagesordnung?

Ein Textteil wurde bei der Wiederveröffentlichung in eine Fußnote verschoben, hier hatte Klopotek sein Thema auf *Spex* selber bezogen: »*Spex* wurde immer auch vor dem Hintergrund rezipiert, wen die Redaktion in den Kanon (der ästhetischen Subversion, der politischen Korrektheit, der historischen Wahrheit – welcher Kanon eigentlich? Schon hier fangen die Probleme an) holt und wen nicht. ... Kein Grund zum Jammern übrigens, solange man (als Redaktion) eine kritische, reflektierte, transparente Linie verfolgt. Was einfacher gesagt als getan ist...« (Fußnote S. 206)

»... das zusammenfassen, was *Spex* zu selten auszeichnete...«

Damit wären wir beim »Sub-Text«: dieser Artikel beschloss inhaltlich (nicht chronologisch!) die Phase, in der alle anderen 27 Texte verfasst wurden: Laut Fußnote 1 wurde er »für die letzte Ausgabe von *Spex* geschrieben«. Denn »exakt zum Milleniumswechsel wechselte die Zeitung den Besitzer ... das Ende des alten Verlages bedeutete auch eine Zäsur in der Mitarbeiter- und Redaktionsstruktur ... Die letzte Ausgabe, die Doppelausgabe Dezember/Januar ... sollte irgendwie alles das noch mal zusammen fassen, was *Spex* in den Jahren zuvor auszeichnete. Die Idee für den Text kam aus der Motivation, das zusammenzufassen, was *Spex* zu selten auszeichnete: kritische Reflexion der Kanonbildung.«

Ein Schlussstrich und Abschied also. Aber der Text macht einen Anlauf – und springt dann nicht: Klopotek kritisiert die *Spex*-Redaktion implizit sehr hart, wenn er in Beantwortung der oben aufgeworfenen Frage schreibt: »Für den Kanon reicht das Gerücht«. (S. 207) In einer Fußnote von heute fügt er hinzu: »Es wurde immer viel von **Tiefe,** von **Dub** und **Körperpolitik** geraunt.« (Fußnote 6 S. 207) Aber auch bei aufmerksamem Lesen wird nicht klar, welche Schlussfolgerungen Klopotek aus dieser Kritik gezogen hat.

Eine aktuelle Nachfrage ergibt folgendes:

»... Kurze Zeit später verlor ich dann die Lust, mich weiter mit *Spex* auseinanderzusetzen. [...] Als Medium kritischer Reflexion taugt Musikjournalismus nur bedingt. Es wird schier unfassbarer Unsinn geschrieben [...] Mich interessiert das nicht mehr. Zum schlechten Erbe der 80er Jahre zählt der Selbstermächtigungsdiskurs im Dienste einer schmissigen Originalität und einer ironisierten Kritik: [...] Deshalb hat sich das auch mit der *Spex* totgelaufen.«

Hat sich da nur was »totgelaufen« – und wenn ja: wann? und warum? Geht es nur um den »Ort« des Schreibens, oder wäre etwas auch inhaltlich zu beenden? Der Text von Diederichsen »The kids are not alright« , der Ende 1992 in *Spex* erschien, wurde zu einem Manifest der Selbstermächtigung für die kulturalistische Linke. Einleitend hieß es dazu in der selben Nummer: »Ende der Fünfziger wurde sie erfunden, in den Neunzigern ist es Zeit, sich von ihr zu verabschieden: die Jugendkultur. Nicht nur für *Spex* bildeten Pop, Revolte und Abgrenzung die Basis der täglichen Existenz. Doch plötzlich funktioniert das Spiel mit den Selbstverständlichkeiten nicht mehr.« In der Folge wurde »The kids ...« zu einem Manifest der Selbstermächtigung für die kulturalistische Linke: nun war nicht mehr »Identität«, sondern intellektuelle »Kanonbildung« angesagt.

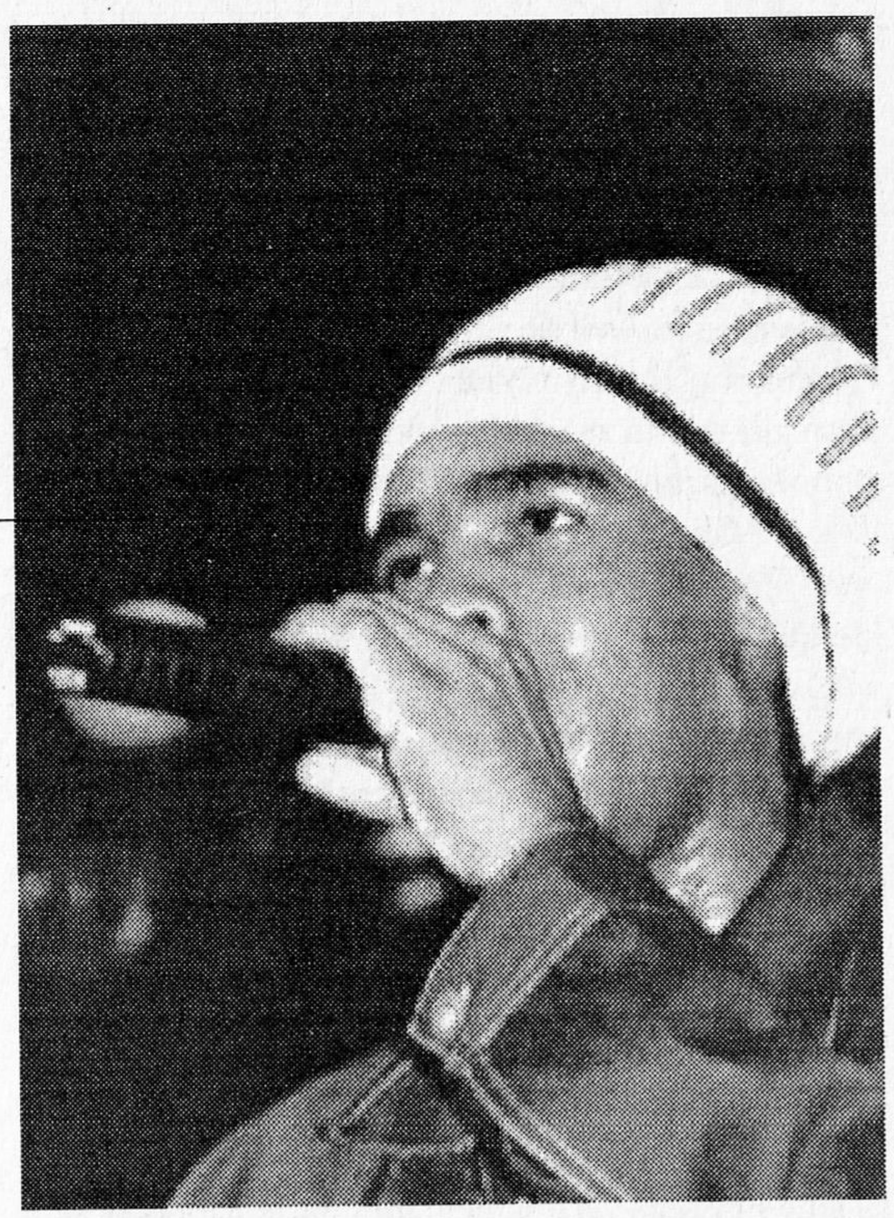
Das hat die 90er Jahre über doch prächtig funktioniert, könnte man sagen. *Warum* sind Ende der 90er die Möglichkeiten der kulturalistischen Selbstermächtigung erschöpft? Man könnte sagen: weil wir seither in einer anderen Welt leben: Das Scheitern der WTO in Seattle und die seither nicht mehr abreißende *no global*-Bewegung; das Platzen des Aktienbubbles und der *New Economy* im Jahr 2000, der 11.9. und der »war on terror« bezeichnen einige der äußeren Koordinaten. Und MusikerInnen positionieren sich auch neu in diesen Zuspitzungen – einige haben sich wie Neil Young (Let's roll) auf die Seite von Bush geschlagen, von Tori Amos (»wir sind alle Patrioten«) bis zu Ex-Sepultura-Frontmann Max Cavalera, der auf seiner letzten Platte mit seiner Band Soulfly »zu den Waffen« ruft (»Your Jihad's a joke, revenge is our fight«). Viele andere MusikerInnen haben sich gegen den Irak-Krieg sehr viel deutlicher wieder politisch – und auch sozial (siehe z.B. www.axisofjustice.org) – positioniert als es in den 90er Jahren üblich war. Klopoteks Buch beleuchtet die Zeit des Umbruchs im linken Diskurs sozusagen von innen. Nachdem sich die *Spex*-Szene in den 80er in der Provo gefiel, in den 90er Jahren die kulturalistische Selbstermächtigung zelebrierte, wäre es nun an der Zeit, den kulturalistischen Diskurs wieder aufs Hier und Jetzt zu beziehen. Eine Ansicht, der Felix Klopotek sicherlich zustimmen wird.

Was *Captain Beefheart* mit diesem Artikel zu tun hat, verraten wir *vielleicht* im nächsten Heft

Empfehlung!
Wer sich für das Thema *improvisierte Musik* interessiert -> lesen! Mir hat das Buch sehr viel gebracht. Wir behalten uns ausdrücklich vor, nochmal darauf zurückzukommen, da diese Besprechung natürlich voll am Thema vorbei war! <g>

WILD DUB

Dread meets Punk Rocker Downtown



WILD DUB – DREAD MEETS PUNK ROCKER DOWNTOWN
(Select Cuts, EFA - 2003)

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in England aufgewachsenen karibischen Migrantenkinder gaben sich nicht mehr zufrieden mit ihrer Rolle in einem rassisch segregierten Arbeitsmarkt, der ihnen die Drecksarbeit am Rande der britischen Ökonomie zuwies. Schwer und schlecht bezahlt. Abgesichert wurde das durch rassistische Rechtsprechung, vollzogen durch die Polizei und immer öfters begleitet durch Übergriffe der faschistischen »Nationalen Front«. Im Gegensatz zum »Out of Babylon« des Rastafarismus, der ihnen eine ferne Zukunft in Afrika versprach, machten sie ihr »Recht auf Kapitalismus« geltend. Die Unzufriedenheit entlud sich in Aufständen in vielen britischen Städten. Im Mittelpunkt stand dabei der »karibische Karneval« im August in Notting Hill. Begleitet wurden die Riots vom Donnern der Bässe aus den Boxen der *sound systems*. In den »West Indian House Partys« entwickelte die Jugend eine eigene Version jamaikanischer Musiktradition, den Dub. Nicht mehr als reine Unterlegung für die MCs in den Dance-Halls, sondern mit den Bässen in der tragenden Rolle.

Mit den Aufständen überschritt der Dub die Grenzen der karibischen Gemeinschaft und traf dabei auf eine andere (kulturelle) Rebellion, den Punkrock. Inspiriert durch die *sound systems* wandten sich Punk-Bands, wie die *Clash*, ganz dem Dub zu oder veröffentlichten als B-Seiten ihrer Platten Dub-Versionen ihrer Stücke. **13 solcher Punk-Dubs wurden nun auf einen Sampler des Labels *Select Cuts* wiederveröffentlicht.** Der Titel **»Wild Dub. Dread meets Punk Rokker Downtown«** ist angelehnt an »King Tubby meets Rockers Uptown«, eine Huldigung an den jamaikanischen B-Seiten Produzenten King Tubby, der wie ein mythischer Held verehrt wurde und wird.

Neben allgemein bekannten Stücken, wie »Bankrobber« von den *Clash*, werden aber auch Raritäten veröffentlicht, wie z.B. eine abgedrehte Dub-Version von *Grace Jones*' »Privat Life«. Hier wird deutlich, dass der Begriff »Punk« nicht ganz so eng gesehen wird. Auch die lärmende *Pop Group* ist ja keine Punk-Band im Sinne des drei Akkorde Dogmas. Aber ihr »Where there is a will« ist ein gutes Beispiel, wie Dub Bestandteil des eigenen Musikstils wird.

Aber auch abschreckende Beispiele der Dub(ofonie) sind auf der Platte zu hören. Die Dub-Version von »One of the lads« von *4 be 2* (anscheinend eine Folk-Punkband mit irischen Einschlag) ist ein abschreckendes Beispiel für die lustlose Benutzung des Dub. Das Orginalstück wird einfach nur leiser gespielt, unterlegt mit einem müden Dubrhythmus. Im Gegensatz dazu die *Slits:* Ihr »Typical Girls« ist ein vollkommen eigenes Stück. Ein weiterer Anspieltip ist »Turn to Red« von *Killing Joke*.

Die Platte ist keine reine Nostalgie. In einer Zeit, in der Bass und Drums zu den wichtigsten Elementen der Tanzmusik gehören (auf die Linie weist »Private Life« hin) kann es nicht schaden, sich mal alte Sachen anzutun – und die Stücke haben die Zeit im großen Ganzen auch unbeschadet überlebt. Mensch muss schon auf das Veröffentlichungsdatum des beigefügten Waschzettels schauen, um zu erkennen, dass die Teile schon über dreißig Jahre auf dem Buckel haben. Und sie wenden den Blick auf eine Zeit, die auch politisch nicht ganz uninteressant war. Und darauf, dass neue Musikstile weniger aus »authentischen« *communities* kommen, und mehr mit Revolte, Aufbegehren und Vermischung zu tun haben. Punktum.

Night over Kingston

Reggae zwischen Schmelztiegel und Essenzialismus

Im Artikel über das Moers-Festival in der Nr. 66 schrieben Mayer&Vorfelder: »*(...) Moers wurde dafür bekannt, dass schwarze Musiker auf der Bühne nimmerversiegende Lebensfreude versprühen und in die Jahre gekommene Studienräte dazu abwippen.*« Sie wollen damit ironisierend herausstellen, dass in Deutschland das Jazzpublikum seit fast drei Jahrzehnten eher »älter«, »akademisch« und »sozial abgesichert« ist, und sein Blick auf die »WeltmusikerInnen« stark mit der Konstruktion ethnischer Identitäten arbeitet. Wünsche, Begehren, »nimmerversiegende Lebensfreude« werden auf andere projiziert, in Moers wie anderswo repräsentiert durch »die Schwarzen« – wahlweise »die Kubaner«, »die Brasilianer« oder auch »die wunderbaren Zapoteken-Frauen«. Wer zu solchen Sounds tanzt, hat diese Projektionsflächen nicht erfunden, hält sie aber, wie andere Fetische, lebendig – also untot. Die Frage gilt auch umgekehrt: inwiefern *produziert* dieses Publikum mit seinen Erwartungen eine bestimmte Art von Musik, z.B. »Weltmusik«? Musik ist einerseits Medium und Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen, andererseits schafft sie Beziehungen zwischen Menschen – selbst wenn sie uns auf die vorgegebenen Funktionen als »ProduzentInnen« und »KonsumentInnen« reduziert. Ich selber spiele Gitarre in einer Reggaeband – und das oft mit einem Unbehagen wegen der Wechselwirkungen zwischen einer Musik, die ich sehr gerne mag, der Erwartungshaltung des Publikums und unserer Neigung als Band, dieser Erwartungshaltung zu entsprechen. Das Folgende ist mein Versuch, am Beispiel »Reggae« eine (notwendige) Kritik solcher Projektionen zu formulieren und gleichzeitig auf den Sound, die Entstehungsgeschichte und ProduzentInnen von Reggae einzugehen.

»Natürlichkeitsannahmen haben einen fiktionalen, archaisierenden Charakter. Sie entstehen in der Gesellschaft als Reaktion auf Gesellschaft. Mit ihrer Hilfe greifen Menschen in Gestalt nostalgischer Rückgriffe auf vergangene Gegenwarten zurück, in denen es den Menschen und ihren Vorfahren scheinbar besser ging, weil sie 'natürlicher' und 'ganzheitlicher' leben konnten. Annahmen dieser Art gebrauchen die Kritik an den zivilisatorischen 'Errungenschaften' um eigene Ansprüche zu verdeutlichen. Erst vor diesem Hintergrund erhalten Sinnangebote, die Alternatives anpreisen, ihre soziale Attraktivität.«

Karl-Heinz Bette: *Körperspuren - Zur Semantik und Paradoxie moderner Körperlichkeit*

»Don't watch the tool ... watch the man right behind it!« ***(The Gladiators)***

Reggae ist klasse! Seine vielen Löcher und Auslassungen bringen jedem bornierten Rockhörer das kalte Grausen. Pumpende Basslines, die gleichzeitig drohen und versprechen, Beats, in denen die Betonungen an Stellen gesetzt sind, wo sie scheinbar überhaupt nichts zu suchen haben, aufblitzende Melodiefragmente, die in sich zusammenfallend wieder im Riddim verloren gehen. Guter Reggae entsteht immer dann, wenn die ProduzentInnen mit den »Löchern« spielen, ganze Längen des Sounds leer lassen, an anderer Stelle durch Effekte verfremdete Geräusche einsetzen. Reggae ist nicht festgelegt auf eine bestimmte Art der Produktion, sowohl das Kollektiv »Band« als auch der einsame Computerfrickler können seine Möglichkeiten nutzen. Du brauchst keine herausragenden Instrumentalisten, das schränkt ja auch in Bezug auf Kellerbands problematische (musikalische) Egotrips schon mal ein. Es geht nicht darum, auf den Instrumenten rumzugniedeln, es geht darum, aufeinander zu hören, den anderen ihren Platz zu lassen, den Groove zusammen hinzukriegen.

Reggae ist komplette Scheiße! Endloses Wiedergekäue musikalischer und textlicher Klischees, der Soundtrack für drei Wochen Urlaub im Süden unter Palmen mit Rumpunsch, Sinsemilla, heterosexistischen Eindeutigkeiten und allgemeiner Hirnfäule. Das Publikum erwartet dunkelhäutige Männer mit Dreadlocks, die zwischen den Stücken »Rastafari!«, »One love« und ähnlichen Blödsinn brüllen, also lassen sich

dunkelhäutige Männer Dreadlocks wachsen und brüllen zwischen den Stücken... aber auch die dunkelhäutigeren der Musiker, die hierzulande Reggae machen, kommen meist nicht aus Jamaika, sondern aus Afrika, also daher, wo die Rastas angeblich hinwollen. Meist aber ist ihr Teint vergleichsweise bleich, die Staatsangehörigkeit ist deutsch, und sie leben in Gegenden, wo in der Regel sehr selten »One love« oder ähnliches gebrüllt wird, um Lebensfreude auszudrükken.

Once upon a time in the Westindies...

»Dass ausgerechnet der Sohn eines weißen Plantagenbesitzers, Bob Marley nämlich, mittels Reggae der erste schwarze Weltstar werden sollte, ist vielleicht das beste Symbol dafür, dass es keine schwarze Essenz hinter den vielfältigen Erscheinungen gibt, die Reggae heute an die Clubnächte der Welt legt«.
Jens Petz Kastner in »No woman, no cry«, »Der Mythos von Reggae als schwarzer Kultur der Befreiung«; in Testcard #12: Linke Mythen.

Jamaika wurde 1493 von Kolumbus »entdeckt« und lange Zeit von Spaniern besiedelt. 1655 wurde es vom Britischen Empire erobert und unter deren Herrschaft zum größten Sklavenmarkt der Erde. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kommen vermehrt indische Vertragsarbeiter in die Karibik, u.a. nach Jamaika. Nach der nationalen Unabhängigkeit 1962 war und ist Jamaika der Hinterhof der USA. Eine international konkurrenzfähige Industrie wurde nicht aufgebaut, die Insel lebt nach wie vor vom Export von Bodenschätzen und von Arbeitskraft, vom Tourismus, dem Narkobusiness und eben auch von Reggae.

In den 60ern gab es in Kingston lediglich eine Handvoll Studios, deren Besitzer die MusikerInnen in der Regel ausquetschten wie Zitronen, ihnen Hungerlöhne zahlten, sie mit Verträgen beschissen usw. Populäre Sänger und Toaster lebten und leben gefährlich.

Mitte der 70er Jahre eskalierte der Wahlkampf zwischen der »sozialistischen« National Party und der »konservativen« Labour Party zum offenen Bürgerkrieg, beide Parteien unterhielten Todesschwadrone, denen hunderte Menschen zum Opfer fielen.

Auf einer solchen Basis entstehen zwangsläufig Mafia-Strukturen, die ihre Interessen mit Terror durchsetzen. »*Die Hauptursache für die Slackness-Texte (...) im aktuellen Reggae ist die Vorherrschaft der jamaikanischen Drug Barons über das Musikgeschäft. Der jamaikanische Reggae steht weitgehend unter Kontrolle von Kriminellen. Viele Rap-Texte, soweit sie nicht religiös sind, glorifizieren die Ghettogewalt, inklusive der Gewalt gegen Frauen. Wo bitte gibt es das noch, außer in faschistischen Staaten, dass Dutzende von Musikern von Gunmen ermordet werden?*« (Linton Kwesi Johnson, in Günther Jacob: Agit Pop – Schwarze Musik und weisse Hörer, Edition ID-Archiv, Berlin 1993)

Man kann ihm nur zustimmen: Das Potenzgeprotze und der offene Frauen- und Schwulenhass der Slackness-DJs sind nicht Ausdruck »authentischer« »schwarzer« Coolness, sondern von Klassen- und Geschlechtsbeziehungen in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation.

Das Land der verbrannten Gesichter

Rastafari ist eine obskure, heterogene karibische Sekte, die – unter (post)kolonialen Bedingungen entstanden – verschiedene Elemente vermischt, die aber nicht verbindlich oder zwingend sind: Das Christentum, Einflüsse aus der indischen Philosophie (»I and I«) und die reaktionäre »back to africa«-Ideologie des Garveyismus ebenso wie die Verweigerung der Lohnarbeit, diverse Nahrungstabus, Homophobie, die Reduzierung von Frauen auf »Natürlichkeit«, die Verehrung eines verstorbenen äthiopischen Diktators als Gott, die Erhebung des Gebrauchs von Hanfdrogen in den Stand des Sakraments, das Gebot, sich das Haupthaar wachsen zu lassen und nicht mehr zu kämmen. Wer Rastafari und Reggae als Synonyme betrachtet, wird weder dem einen noch dem anderen gerecht.

Sekten gibt es viele, aber außer den Rastas ist es keiner gelungen, daß ein ganzes Segment moderner Popmusik mit ihr identifiziert wird. Das liegt wohl weniger an einer perfiden Unterwanderungsstrategie der Rastas, eher an der Erwartungshaltung der ZuhörerInnen, deren Sehnsucht nach eindeutigen Identitäten damit bedient wird.

Reggae ist nicht der authentische Ausdruck einer bestimmten Ethnie ...

Wie die meisten afrokaribischen Musikstile entstand Reggae aus der Verschmelzung »afrikanischer« Rhythmen mit »europäischen« Harmonien. Vorläufer finden sich in den Nyabinghi-Trommelritualen, seine ersten »modernen« Formen waren der Pocomania-Kult der 50er Jahre sowie von jamaikanischen Musikern in den 60er Jahren nachgespielte US-amerikanische R'n'B-Hits.

Von da aus führt eine Linie vom Ska der frühen 60er über den Rock Steady bis hin zum Früh-Reggae am Ende jenes Jahrzehnts. In den 70ern explodierte die Sache, es entstanden Roots, Dub, Lovers Rock etc., Bob Marley feierte seine ersten Welthits. Der Talkover-Style, den Radio DJs entwickelten, indem sie über die instrumentalen B-Seiten der Singles brabbelten, war unter anderem ein Impuls für die Entstehung von Rap bzw. HipHop, der wiederum in den 80ern die Entstehung von Raggamuffin und Dancehall auslöste.

Der Sound wurde ständig dadurch weiter entwickelt, dass MusikerInnen und ProduzentInnen auf die neuesten Trends der US-Musikszene reagierten und diese als musikalische Inspirationsquelle nutzten. Marley wurde außerhalb Jamaikas nicht deswegen populär, weil er regionale »ethnische« Musik spielte, sondern weil er Soul und 70er-Hippierock mit jamaikanischem Offbeat verband.

Reggae hat sich vor allem aber deshalb über Jamaika hinaus verbreitet, weil jamaikanische ArbeitsmigrantInnen verstärkt seit Mitte des 20. Jahrhunderts nach Großbritannien auswanderten und dadurch diverse musikalische Rückkopplungseffekte auslösten: Musik karibischer Herkunft verschmolz mit einheimischer Musik, entwickelte sich weiter und strahlte u.a. in die Karibik zurück.

Reggae erreichte in den frühen 80ern auch Westafrika: Aus den Proberäumen zwischen Dakar und Lomé erklingt der Offbeat, nach der sog. Revolution von Sankara 1983 und der Umbenennung in Burkina Faso 1984 können die Orchester zwar die neue Nationalhymne nicht fehlerfrei wiedergeben, dafür aber Hits von Bob Marley und Peter Tosh.

Dieser kurze Überblick zeigt schon, daß wir es mit einem vielschichtigen Genre mit vielen Querverbindungen und wechselseitigen Beeinflussungen zu tun haben. Nicht unterschätzt werden sollte auch sein Einfluss auf spätere musikalische Entwicklungen:

In Großbritannien entwickelt sich in den 90er Jahren Jungle, eine extrem aufgespeedete Mischung aus Roots, Dub und Raggamuffin, aus der später Drum&Bass entsteht. Auch ein Großteil heutiger Dancemusic, ob HipHop oder Techno, wäre ohne Reggae, ohne Techniken, die jamaikanische Produzenten entwickelt haben, nicht in der uns bekannten Form entstanden.

Seit den 60er Jahren wurde Reggae auch zum Soundtrack von Kämpfen und Riots, von Verweigerung und Revolte – was seine Verbreitung weiter beschleunigte.

Reggae feiert die kleinen Siege und besingt die großen Niederlagen, er thematisiert das frische Liebesglück ebenso wie das Loch im Hausdach. Er war

---

Linton Kwesi Johnson: *»Die Burn down Babylon Rhetorik dieser Tage (Mitte/ Ende der 70er) wurde jedoch gerade in England gerne in einem antikapitalistischen/ antiimperialistischen Sinn interpretiert. Babylon war in England natürlich weitaus realer als auf Jamaica. Die jamaikanischen Songtexte waren aus der Dritte-Welt-Perspektive geschrieben, aber in den Straßen von London dachte man bei dem Wort Babylon an die Sozialbehörde oder den rassistischen Chef in der Firma«*
(Johnson, a.a.O.)

»Wir haben uns, nicht zuletzt wegen der Riots zwischen 1975 und 1986, einen gewissen Respekt verschafft ... Die schwarzen Engländer leben heute in größerer Sicherheit vor physischer Gewalt und sie genießen einen weitaus besseren rechtlichen Schutz als alle anderen Schwarzen in Europa.«
(Johnson, a.a.O.)

»In den 70er und auch noch in den frühen 80er Jahren zählte die Demonstration des Nichtstuns zur Kultur der schwarzen Viertel. Die Leute standen den ganzen Tag an einer Ecke oder vor einem Plattenladen und weigerten sich, sich für fragwürdige Konsumartikel für andere zum Idioten zu machen. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit siehst du heute niemanden mehr an der Ecke stehen. Viele Leute haben einen oder gar zwei Jobs in der Schattenwirtschaft. Alle arbeiten wie verrückt, sind mit legalen und/oder illegalen Geschäften beschäftigt«
(Johnson, a.a.O)

---

slackness – wörtlich »schlaffheit, lockerheit«. bezeichnung für meist offen pornografische texte, die über raggamuffin-tracks getoastet (**toasting:** die reggae- entsprechung zum rappen) werden. wurde in den 80er jahren populär, bei gleichzeitiger entfernung aller irgendwie kritisch-politischen inhalte aus den texten.der »harte« gegenpol zu den süßlich-romantisierenden love-lyrics im eher melodiösen gewand des dancehall-reggae.

inhaltlich beschränk(t)en sich die slackness-deejays (**deejay** bezeichnet im reggae nicht den menschen, der die platten auflegt – der heißt **selecta** – sondern den toaster/ rapper) auf zwei bereiche: 1. die ausführliche beschreibung (heterosexueller) sexpraktiken und das prahlen mit der (eigenen) potenz. 2. der genauso ausführlichen darlegung des hasses des jeweiligen interpreten auf schwule (batty boys) und lesben (zombie queens). *»god almighty himself hates homosexuals. in jamaica, if a homosexual is being found in the community, then we stone him to death.«* (*shabba ranks*) da homophobie auch ohne »echte« homosexuelle funktioniert, lassen sich die entsprechenden lyrics als drohung an alle lesen, die aus den grenzen der vorgegebenen definition von »geschlecht« ausbrechen wollen. so sind mit dem begriff »zombie queen« nicht bloß lesbische frauen, sondern gleichzeitig alle feministinnen gemeint. den wenigen frauen, die es schafften, im raggamuffin bekannter zu werden, wie z.b. die *virtuose lady saw*, wurden entsprechend über das image der aggressiven und nimmersatten schlampe verwertet.

Interessant ist die karriere *buju bantons*.der erreichte mit seiner getoasteten mordphantasie gegen schwule, dem track »boom bye bye« den spitzenplatz der jamaikanischen charts. textauszug: *»send for the automatic uzi. shoot dem now – come, let dem shot me.«* durch dieses öffentliche abfeiern seiner homophobie wurde *buju* auch international bekannt. kurze zeit später konvertierte er zum rastafarismus und distanzierte sich sehr halbherzig von seinem hit. niemals habe er irgendjemanden umbringen noch andere dazu auffordern wollen, irgendjemand umzubringen, aber man müsse doch einsehen, daß homosexualität weder gottgewollt noch natürlich sei. *bujus* hinwendung zur religion stand für einen starken trend mitte der 90er, die auch musikalisch ihren ausdruck im recyclen religöser roots-tracks aus den 70ern fand.

riddim: patois für »rhythm«. im gegensatz zur »europäischen« musiktradition sind im reggae nicht die melodien, die songs tonangebend, sondern eben die »riddims« – das zusammenspiel von bass und schlagzeug.

»...Um Authentizität geht es uns eigentlich nicht, da wir fast alle aus Deutschland kommen und unsere eigenen Einflüsse haben. Wir sind eben elf Leute mit elf unterschiedlichen Musikgeschmäckern.«

(DJ Illvibe von Seeed in Keyboards, Recording& Computer 10.03)

»... in keinem anderen Land hat Sunshine Reggae, der dämliche Disco-Hit des dänischen Duos LAID BACK, wohl schlimmere Folgen für das Verständnis dieser Musik und Kultur gehabt als in Deutschland: Baccardi-Feeling, Sunshine-Schunkel, Sommer-Musik.«

(aus Testcard #12: Linke Mythen: Dem Gone, Dub & Delay. Wie spricht Reggae in Deutschland, Olaf Karnik)

und ist ein heterogener und offener Stil, der über identitäre Spaltungen hinweggeht. Der Skinheadkult entstand in den 60ern unter anderem als Übernahme »schwarzer« Musik und »schwarzer« Kleidungscodes durch »weiße« Jugendliche, und die punky reggae party blieb nicht nur auf die Musik beschränkt.

Rastamann? Neckermann? Mannesmann?

Reggaesongs tauchten in den 80ern auf Alben deutscher MusikerInnen vorwiegend als gewollte und ungewollte Persiflage auf: Von BAP über Nina Hagen bis zur Schwabenrocklegende Schwoisfuaß (*Bin I selber Rastamann?*) fand sich immer mal wieder Platz für eine Offbeatnummer mit Bacardi-Feeling. 1987 belegten Wind mit »Laß die Sonne in dein Herz«, einer Reggaeadaption, als deutscher Beitrag beim Grand Prix d'Eurovision den zweiten Platz. Erst über die aufkommende Popularität von HipHop, Drum& Bass in den 90er Jahren faßten Reggae und Dancehall auch in Deutschland Fuß. Es entstand eine eigene Szene deutscher Reggae- und Dancehall-Produzenten, Gentleman, Seeed und Jan Delay sind nur einige der bekannten Beispiele. Mittlerweile sind Reggaebands aus Deutschland auch in den Charts und ertönen aus unzähligen deutschen Teeniezimmern. Internationale Dancehall-Produzenten wie Sean Paul haben die Sommerhits des Jahres 2003 produziert und scheinen HipHop als die angesagte Musik jugendlicher Adoleszenz abzulösen. Bei der deutschen Tonträgerindustrie ist Aufatmen angesagt: Reggae ist einer *der* Hoffnungsträger, um wieder aus der Krise rauszukommen: Seit sechs Jahren sinken ihre Umsätze, 2002 gingen sie um 11 Prozent, im ersten Quartal 2003 nochmal um 25% zurück. Bei EMI wurden im vergangenen Jahr 1800 Leute entlassen. BMG und Warner haben seit 2001 jeweils mehr als 1000 Mitarbeiter gefeuert. Sony Music will in diesem Jahr 10 Prozent der Belegschaft vor die Tür setzen. Die etwas helleren Köpfe haben kapiert, daß sich die Musikindustrie dieses Problem selbst geschaffen hat mit synthetischen Superstars, austauschbaren Girlie- und Boy-Groups ... Das Gelaber, an der Misere seien die Raubkopierer schuld, ist pure Propaganda. Stattdessen will die Branche künftig stärker auf »glaubwürdige Künstler« setzen. Und bei dieser strategischen Umorientierung spielt deutscher Reggae eine wichtige Rolle. Bands und Interpreten wie Seeed, Gentleman, Jan Delay, Sam Ragga Band werden zur Zeit von den Plattenfirmen verstärkt nach vorne gepusht.

I and I: »Idioten und Identitäten«? Back to sender!

Als Fan und Freizeitmusiker ärgere ich mich maßlos darüber, daß die Vielgestaltigkeit des Reggae einerseits hinter blöden Identitäten und der Reduzierung auf eine Handvoll von Klischees verschwindet, andererseits von geschickten Produzenten in zeitgenössischen Varianten auf den Markt geschmissen wird, um die Glaubwürdigkeitslücke zu schließen, die durch gecastete Teeniebands und Superstar-Inszenierungen entstanden ist.

Ebensowenig will ich mich zwischen einem Essenzialismus ersten und zweiten Grades entscheiden müssen: Dem Bezug auf eine vermeintlich authentische erste Natur und einer zweiten Natur, die strategischen Interessen dient. Denn hinter all diesen Fetischisierungen steckt eine lebendige Praxis, mit vielerlei Möglichkeiten und Potentialen. Und ich weigere mich, diese kampflos den »I-and-I«s, den »Idioten und Ideologen« zu überlassen.

Yamma Matman

Zweierlei Linke, zweierlei Kritik, zweierlei Bücher

Moshe Zuckermann
Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L.Gremliza und Volker Weiß,
konkret texte 34,
Hamburg 2003,
139 Seiten, 12 Euro

Das Interview-Buch mit Moshe Zuckermann, dem jüdischen linken Israel-Kritiker, lässt sich auf zwei Arten lesen: zum einen als hoffnungsloser und über weite Strecken anstrengender Dialogversuch zwischen Zuckermann und antideutschen Deutschen, die an ihrem Gesprächspartner vorbeireden und die Prämissen linker Sozialkritik nicht mehr teilen; zum anderen als eine lehrreiche Darstellung der Konflikte in Israel durch einen Theoretiker, der als Psychoanalytiker, Historiker und linker Außenseiter seiner Gesellschaft von den spezifischen Problemen des Staates Israel zu berichten vermag. Es ist Zuckermann hoch anzurechnen, dass er trotz der Fragen, die ein hochgradiges Desinteresse am Zustand der israelischen Gesellschaft transportieren und hauptsächlich linksdeutsche Befindlichkeiten thematisieren, im Stande ist, die Komplexität des Nah-Ost-Konflikts und die innere widersprüchliche Verfasstheit Israels darzustellen. Daß sich angebliche Linke, für deren politische Positionsbestimmung in den letzten Jahren Israel eine dermaßen zentrale Rolle gespielt hat, für die reale Situation in diesem Land nicht die Bohne interessieren, läßt tief blicken und macht schlagartig die ganze Ideologielastigkeit des antideutschen Diskurses klar.

So misslingt auch ein Dialog zwischen kritisch-theoretischen Linken, die aus verschiedenen Ländern kommen, sich aber auf universalistische Kategorien verständigen können. Während Zuckermann des öfteren auf das Ende von Leiden, Herrschaft und Ausbeutung als verbindende linke Prämisse abstellt, treiben die (anti-)deutschen Gesprächspartner das Interview nur weiter in partikularistische Befindlichkeiten hinein. Eine wie auch immer verstandene »Deutschlandkritik« und eine mehr theologische als theoretische Überhöhung von »Auschwitz«, vor der jedes andere Leiden verblasst, treibt den Diskurs der drei Deutschen an. Sie empfinden jede deutliche Kritik von Zuckermann an der israelischen Gesellschaft als Angriff auf ihre Kritik an den deutschen Verhältnissen.

Während Zuckermann analysiert, wird auf der anderen Seite bloß munter assoziiert. Zwei Beispiele hierfür: Zuckermann spricht von der Instrumentalisierung des Holocaust in der israelischen Politik, seine deutschen Gesprächspartner kontern mit Walsers Rede von der Instrumentalisierung von Auschwitz. Zuckermann erwähnt die Vertreibung der Palästinenser, die drei Hamburger kontern mit vertriebenen Schlesiern, deren revisionistische Ansprüche es abzuwehren gelte. Während sich Zuckermann an einer objektiven Analyse der Situation in Israel versucht und beispielsweise zwischen der tatsächlich geringen militärischen Gefahr, die Israel im Golfkrieg 91 drohte und der (verständlichen) gefühlten Angst innerhalb der israelischen Gesellschaft unterscheidet, ergehen sich die drei Deutschen in Angst- und Schreckensszenarien jenseits jeder Analyse. Öfters raunen sie zwischen Zuckermanns Versuche, die israelische Gesellschaft zu beschreiben, Horrorvisionen wie auswendig gelernte Selbstversicherungen über die deutsche Gesellschaft: Das antisemitische Ressentiment sei heute so verbreitet wie im Kaiserreich, trotz Auschwitz, trotz 68, trotz Vergangenheitsbewältigung.

Zuckermann kann angesichts solcher Szenarien nur höflich nachfragen: »Ihr meint also, dass in Deutschland eine Konstellation fortbesteht, wie sie zur Zeit des Nationalsozialismus bestand?« Dass die ehemalige Internationalismus-Zeitung iz3w, die sich selbst immer mehr einem reform-antideutschen Standpunkt verschreiben will, angesichts solcher Ärgernisse in einer Rezension zu dem Ergebnis kommt, Zuckermanns Positionen seien »im besten aufklärerischen Sinne antideutsch« und die »größtenteils klugen Fragen und Statements« seiner drei Gesprächspartner hätten ihn »angespornt«, ist lächerlich. Umgekehrt: *trotz* seiner Gesprächspartner gestaltet Zuckermann das Gespräch lehrreich. Er hätte allerdings die Schwierigkeiten des Gesprächs thematisieren sollen; die offensichtliche Unfähigkeit seiner Gesprächspartner, auf seine Thesen und Beschreibungen einzugehen und ihre linksdeutschen Befindlichkeiten hinter sich zu lassen.

Zuckermann ist kein Antizionist, er sieht die historische Berechtigung des Zionismus, bezeichnet sich jedoch als Nicht-Zionist. »Heute ist das jüdische Individuum nirgendwo auf der Welt so bedroht wie in Israel«, stellt er fest. Dennoch hält er daran fest, dass nach 1945 das zionistische Projekt Israel nicht nur kein Fehler, sondern eine »historische Notwendigkeit« geworden ist. Jegliches Lamentieren über das Existenzrecht hat keine Berechtigung. Mit Deutschen – so Zuckermann – kann und will er über das Existenzrecht Israels ohnehin nicht reden. An anderer Stelle macht Zuckermann deutlich, dass natürlich im Sinne

einer kommunistischen Kritik alle Staaten verschwinden müssen.

Über die inhaltsleeren Großbegriffe wie »Existenzrecht« oder »der Zionismus« will Zuckermann berechtigterweise nicht verhandeln, so sucht er immer wieder die konkrete Ebene der heutigen zionistischen Politik und der israelischen Gesellschaft. Er hält die Entwicklung zur momentanen zionistischen Realpolitik der Besatzung keineswegs für zufällig, er sieht im Ursprungszionismus bereits die nun kenntlich gewordenen Momente eines aggressiven Nationalismus. Er zitiert im Gespräch den israelischen Politologen Zeev Sternhel, dem zu folge der Zionismus nie wirklich sozialistisch war, sondern immer vor allem nationalistisch.

Diese Aussage scheint mir allerdings zu pauschal zu sein, Zuckermann selbst erwähnt im Verlauf des Gesprächs des öfteren die sozialistischen Inhalte der Kibbuz-Bewegung, deren Verschwinden im heutigen Israel allerdings zu konstatieren ist.

Das zionistische Bild von Israel als »Staat der Juden« konfrontiert Zuckermann in bester ideologiekritischer Manier mit der Wirklichkeit des israelischen Staates. Hier hebt er immer wieder auf die Ethnisierung der Klassen ab: »Aus dem schönen Postulat, alle Diaspora-Gemeinschaften zu vereinen, aus dem modernen Projekt eines Staates, der für alle Juden da sein sollte, wurde eine ethnisch strukturierte Klassengesellschaft«. Dies kommt u.a. in der 1984 gegründeten Schas-Partei zum Ausdruck. Sie wird vor allem von orthodoxen, orientalischen Juden gewählt, die meist zu der israelischen Unterklasse gehören. Sie rebellieren ethnisch begründet, religiös-fundamentalistisch gegen das aschkenasische (also das westlich-osteuropäische) jüdische Establishment. Dieser Aufstand der Massen ist reaktionär und folgt, so Zuckermann, einem »notwendig falschen Bewusstsein«, weil sich keine linke aufklärerische Form der Rebellion anbieten würde. Er hält fest, dass gerade diese orientalischen Wähler, die entweder in der Schas-Partei ihre Heimat finden oder zu Begins Likud-Partei tendieren, sich in besonderem Maße durch antiarabischen Rassismus auszeichnen, um sich in der Klassenhierarchie absetzen zu können.

Sehr informativ sind Zuckermanns Ausführungen zu den Kriegen um Israel. Der Krieg unmittelbar nach der Staatsgründung Israels von 48 war ein aufoktroyierter, notwendiger Krieg für die Existenz Israels. Gleichzeitig stellt Zuckermann mit Verweis auf den post-zionistischen Historiker Benny Morris fest, dass dieser Verteidigungskrieg verbunden war mit Landnahme und Vertreibung.

Der Sieben-Tage-Krieg (als Israel nach Kriegsdrohungen Nassers in Form eines Präventivkrieges Ägypten, Jordanien und Syrien angriff) war nach Zuckermann der zweite große Versuch, Israel zu beseitigen. Jedoch war nach 24 Stunden der Krieg entschieden und es stand fest, dass Israel eine Selbstverteidigungspotenz entwickelt hatte, die die Auslöschung von Israel auch in Zukunft unwahrscheinlich macht. Den Krieg von 1973 gegen Ägypten und Syrien nennt Zuckermann den nach 48 schlimmsten Krieg mit fast 3000 Toten allein auf israelischer Seite. In seiner Folge kam es zur Besiedelung der Westbank, die bereits 67 besetzt wurde und einer Zunahme religiöser Motive im ursprünglich säkularen staatsoffiziellen Zionismus. Den Krieg von 1982 hält Zuckermannnicht für aufoktroyiert, es war eine Initiative Israels. Damals wurde ein Terroranschlag in London als Vorwand genommen und Israel marschierte in den Libanon ein, wo im Süden die PLO-Lager angegriffen wurden.

Zuckermann weist allerdings für alle Kriege linke Verschwörungstheorien über das zionistische Projekt zurück: »Viele Linke meinen, die Israelis seien da einem Masterplan gefolgt. Das ist hanebüchen. Es gab keinen Masterplan, sondern man ergriff eine Gelegenheit, in der die Mythen des Zionismus 'Besiedlung, Expansion, Dominanz' aufleben konnten«.

Zuckermann bezeichnet sich selbst als Anhänger des Oslo-Prozesses, also des von den USA durchgesetzten und den Israelis vorgesetzten Friedensplans, der jedoch scheiterte und nach weiterem Siedlungsbau, Al Aqsha-Intifada und 3. Golfkrieg Geschichte ist.

Zuckermann erkennt durchaus, dass Oslo ein Projekt der kapitalistischen Durchdringung ist (wie es beispielsweise die Gruppe *Aufheben* in der Beilage von Wildcat-Zirkular Nr.62/2002 herausgearbeitet hat), doch gegenüber der Barbarei des Nationalen und Religiösen, in anbetracht von Besatzung und Terror, sieht Zuckermann darin einen historischen Fortschritt: »was geschafft werden muss, ist nicht ein jüdischer Staat, sondern ein israelischer Staat, der sich in den Nahen Osten integriert, der in dem was man den neuen Nahen Osten genannt hat, aufgeht. Mit dem neuen Nahen Osten meine ich ein Modell, bei dem Know-How, Kapital und billige Arbeitskraft eine neue Phase von Globalisierung feiern, um zunächst nur diesen kapitalistischen Abschnitt (der dann natürlich überwunden werden muss) ins Auge zu fassen.«

In dieser Perspektive würde der Friedensschluss zwischen Israel und den Palästinensern und eine palästinensische Staatsbildung zwar originär kapitalistischen Interessen folgen, jedoch ein neues Terrain vorbereiten, auf dem sich Kämpfe erheben könnten, die jenseits der nationalistischen Logik sich befinden - diese Perspektive teilen eher *Mouvement Communiste* in ihren Ausführungen zu Israel-Palästina (Wildcat-Beilage zum Kriegssonderheft). Demnach steht nicht als erstes die Kritik des Oslo- Settlements, also des kapitalistischen Friedens, an - wie es *Aufheben* betreibt, die auf einen irgendwie sozialrevolutionären Umschwung der Intifada setzen - sondern ein Friedenschluss wäre die Voraussetzung für eine qualitative

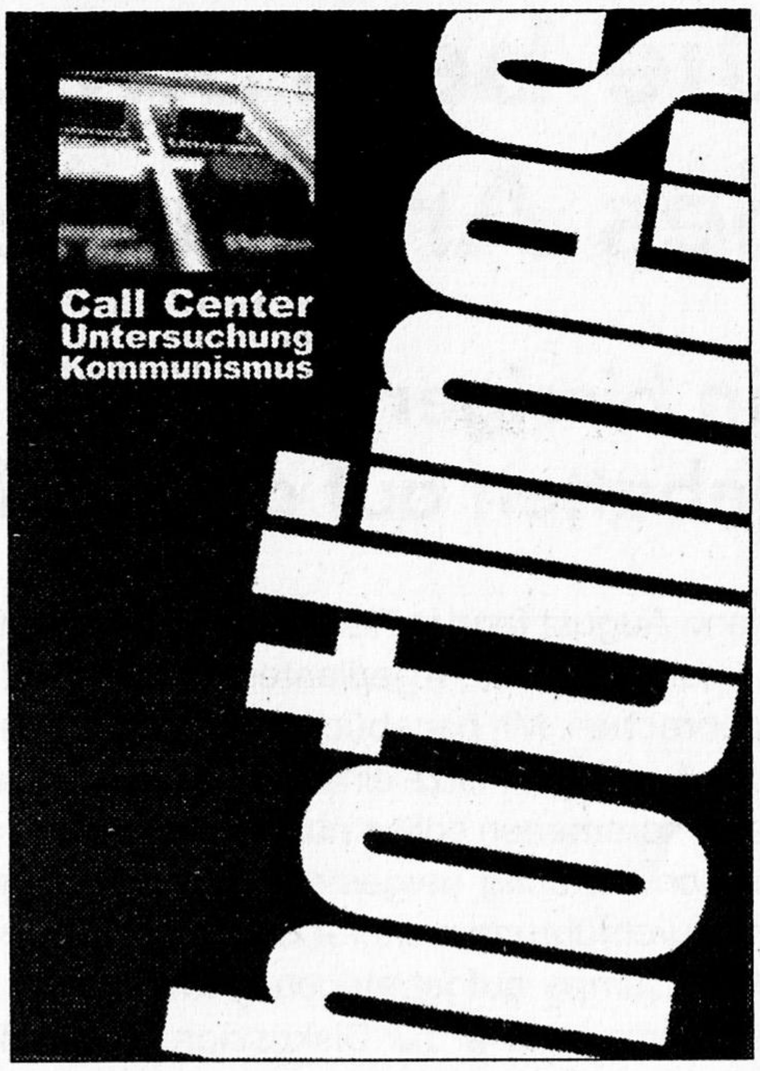
Veränderung der Kämpfe und eine neue Ausgangsbedingung für den Klassenkampf.

Zuckermann weist auch auf neue Erscheinungen hin, so stellt er fest, dass es im Oktober 2000 zur »Solidarisierung der israelischen Palästinenser mit ihren Brüdern in den besetzten Gebieten« kam. Die alte Spaltung zwischen den in Israel gebliebenen Palästinensern und den ins Exil geflohenen scheint aufgrund der realen Diskriminierung der arabischen Israelis überwunden zu sein. Anders sieht es jedoch mit den Spaltungen zwischen Israelis und Palästinensern aus. »Ich habe es nie geschafft, einem Palästinenser zu verklickern, warum die nationale Selbstbestimmung keine so tolle Sache ist.«

Die jüngste aggressive und mörderische Wendung des palästinensischen Staatswerdungskampfs versucht Zuckermann zu verstehen: nicht der von seinen deutschen Gesprächspartnern unterstellte (antisemitische) Todestrieb sei hier am Werk, sondern Verzweiflung, die jedoch keineswegs alle Taten entschuldbar macht: »Man kann verstehen, dass die Palästinenser aus ihrer Leiderfahrung eine Aggression entwickeln, aber wenn sie wie in Ramallah, nachdem sie Juden gelyncht haben, ihre bluverschmierten Hände in einem Volksfest feiern, diese kannibalistische Barbarei kann (...) überhaupt kein Mensch gutheissen.« Auf Fragen nach der Kontinuität des arabischen Antisemitismus antwortet er klar, aber nicht immer schlüssig. Für die dreißiger Jahre will Zuckermann zum Beispiel keinen Antisemitismus auf arabischer Seite sehen, sondern ausschließlich einen Kampf ums Land, obwohl Teile der arabischen Oberschicht mit den Nazis kooperierten und hier auch der Antisemitismus als europäischer Exportartikel entdeckt wurde.

Zuckermann beschränkt sich darauf, sehr deutliche Worte über die israelische Gesellschaft zu verlieren, als Kritiker der palästinensischen hält er sich merklich zurück. Eine universalistische Position müsste aber alle Gesellschaften auf dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeiten im kapitalistischen Weltsystem kritisieren, egal ob ein israelischer, finnischer, deutscher oder palästinensischer Kritiker spricht. Obwohl Zukkermann mit Feuerbach, Marx und Freud Religion als Zivilisationsneurose bezeichnet und an der unbedingten Abschaffung aller Religion festhält, verharmlost er den Islam zum »Instrument im Kampf großer Teile der Dritten Welt mit der Ersten«. Doch die Etikettierung Dritte-Welt und Erste-Welt sagt nichts über den Inhalt des Kampfes selbst aus.

Diese Kritik sei jedoch nur am Rande vermerkt. Im allgemeinen wünscht man sich für die palästinensische Seite einen vergleichbar kritischen und scharf beobachtenden Theoretiker. Dass für die weltweiten wie die spezifisch deutschen Zustände ähnlich genaue Kritiker nicht aus dem Hamburger konkret-Verlag kommen werden, hat das Buch ein weiteres Mal vor Augen geführt. *H.*



hotlines –
Call Center Untersuchung Kommunismus
September 2002, 223 Seiten + CD

»Ich drückte die 'Halten'-Taste, um wieder mit dem Kunden zu sprechen. Der außerordentlich erfreuliche Sound toter Luft empfing meine Ohren. Er hatte aufgelegt.«

Eine Auswertung der Erfahrungen in über zehn verschiedenen Call Centern. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse von Gesprächen mit Leuten aus England und Italien, die auch in Call Centern gearbeitet haben. Ein Beitrag zum Prozess auf der Suche nach revolutionären Möglichkeiten.

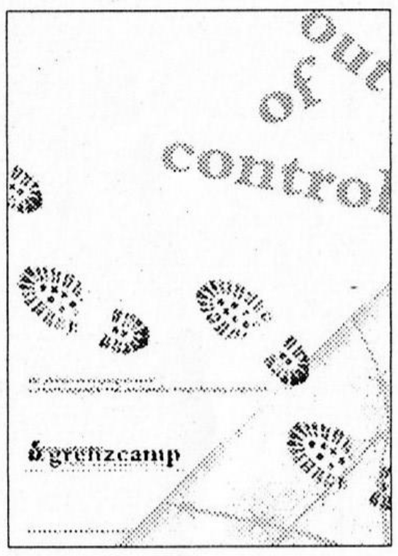
- Konzept und Ablauf der Untersuchung
- Flugblätter und Website
- Call Center: Dienstleistungshölle, oder wie?
- Der Arbeitsalltag
- Streiks und kollektive Kämpfe
- Vorschlag zum weiteren Handeln

kolinko@prol-position.net
www.prol-position.net

Einzelbestellung: Überweisung von 11 Euro (incl. Porto und Verpackung),
Rotes Antiquariat,
KtoNr.: 777 844 102,
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin,
Verwendungszweck:"hotlines" *und* Postadresse (!)

Die bedrohlichen Kehrseiten des Antirassismus

Ein bissiger Nachtrag zu den unbeendeten Debatten auf dem Kölner Grenzcamp



Anfang August fand in Köln das sechste, »antirassistisch« genannte Grenzcamp statt. Dieses wurde einen Tag vor dem geplanten Ende von 2 500 Bullen das erste Mal in seiner Geschichte vorzeitig abgebrochen. Mit hanebüchenen Begründungen zogen die Bullen mit Hilfe eines 17stündigen Kessels in brütender Hitze eine Totalerfassung durch ED-Behandlung von rund 500 Leuten durch. Den Festgenommenen sollen nun Strafverfahren angehängt werden. Allerdings taugt die durch die Repression vorläufig hergestellte Homogenisierung der Campistas für die inhaltliche Bestimmung und Durchführung weiterer Grenzcamps absolut nicht. Die in der Vorbereitung und im Verlauf des Kölner Camps aufgetretenen gravierenden politischen Widersprüche stellen den Charakter der Grenzcamps selber zur Diskussion. Einige der zentralen Debatten auf dem Kölner Camp können so nicht noch einmal wiederholt werden. Der nachfolgende Beitrag wird einen Teil der Debatte zwischen Antirassisten und Autonomen im Zusammenhang mit den Grenzcamps nachzeichnen – der Verfasser rechnet sich dem autonomen Lager zu.

Weitere Informationen zum Kölner Grenzcamp im Internet unter: *http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/index2.html*

Bereits in der Vergangenheit wurden mit den Grenzcamps sehr unterschiedliche Perspektiven verbunden: der eine Flügel betrachtete die alljährliche Versammlung von ein paar hundert Leuten als Optimierungsreservoir für seine ansonsten eher kümmerliche Praxis von Antirassismus. Ein Missverständnis dabei ist der Glaube, Antirassismus sei umstandslos Teil einer gegen die Verhältnisse gerichteten antagonistischen Bewegung. Antirassismus besitzt in Begriff wie politischer Praxis seine ganz eigenen produktiven Seiten zur Macht. Hier spielen in den Abwehrkämpfen der 90er Jahre erlittene Ohnmachterfahrungen zusammen mit einer lobbyistisch interessierten und zuweilen auch staatlich protegierten Verkürzung von Konflikten gegen Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Diskriminierung und Unfreiheit. Die in diesem Land politisch handlungsrelevante Spielart von Antirassismus versucht sich in letzter Instanz die Welt aus dem Rassismus selbst zu erklären. Dabei besorgt dieser einfältige dichotomische Zugriff eine gesellschaftstheoretische Selbstentwaffnung, die der Errichtung eines autoritären Moralregimes voran geht: wer es überhaupt wagt, den Antirassisten zu widersprechen, besitzt nicht die geringste Legitimität für einen anderen Blick auf die Welt, sondern kann nur ein Rassist sein. Der Anspruch auf fundamentale Gesellschaftskritik bleibt ein Lippenbekenntnis, Antirassismus wird so zu einer Kümmerform der Gesellschaftskritik. Für diese ist es nur ein kleiner Schritt, jegliche gesellschaftskritischen Ansprüche zugunsten der in der bürgerlichen Gesellschaft auf ihre Art immer wirksamen Ideale von Gleichheit aufzugeben. Spätestens hier wird aus einem begrifflichen Problem eine handfeste, zum Teil verstaatlichte oder finanziell alimentierte Praxis von Antirassismus. Solange es noch Abschiebeknäste gibt, wird dazu immer eine – ruhig auch mal »antirassistisch« genannte – sozialfürsorgerische Betreuung und Verwaltung gehören. Der in diesem Land existierende Modus von Facharbeit umgreift dann auch den Antirassismus zum Kleinarbeiten politischer Konflikte. In der Geschichte der Grenzcamps ist klar geworden, dass nicht nur mit dem Rassismus, sondern auch mit bestimmten Spielarten des Antirassismus politische Geschäfte gemacht werden können. Exemplarisch hierfür war die zum Frankfurter Grenzcamp 2001 lancierte Kampagne unter dem zwielichtigen Motto »Jeder Mensch ist ein Experte«. Hiermit glaubten Antirassismusexperten, an die von der Bundesregierung betriebene *Green-Card*-Debatte anschliessen zu können. Diese Praxis hat sich zwischenzeitlich auch in die (berufliche) Biographie einzelner Antira-AktivistInnen eingeschrieben, für die »gute« Sache stehen sie heute im Sold einiger Antifa- und Antiraprogramme der Bundesregierung.

Der bewegungsautonome Flügel verband mit den Grenzcamps die Idee direkter kollektiv-politischer Vergesellschaftung der unterschiedlichsten Leute. Der Schwerpunkt war nicht »Antirassismus«, sondern die Reflexion und die Zirkulation um den vielschichtigen Begriff »Grenze«. In dieser Konzeption werden die

auch gegen Rassismus mobilisierten Leute nicht als tote Gefäße zur Auffüllung längst beschlossener Kampagnen betrachtet, sondern mit ihnen selbst ist im Verlaufe des Camps in die Kommunikation, in die Aktion und in den Streit mit der Perspektive des Kampfs für eine bessere Welt zu treten. Diese Konzeption eröffnet auch die Perspektive auf eine *Kritik* von Antirassismus. Hinzu kam die attraktive Möglichkeit, mit ein paar hundert Leuten einmal im Jahr aus dem eigenen, zwischenzeitlich ziemlich privat gewordenen Alltag herauszutreten und einen aktivistisch-experimentellen Ferienkommunismus zu probieren.

Für das Durchführen der Grenzcamps nicht zu unterschätzen ist eine nicht von vornherein falsche politische Praxis des Verwaltens und Moderierens einer spannenden Form der Assoziation vieler Leute. Jede politische Praxis, die den Bereich der Kleingruppe oder des Zirkels verlässt, muss neu Hinzukommende in die Sozialität einer Assoziation aufnehmen können. Man braucht dafür einen organisatorischen Konsens, in den Leute einbezogen werden müssen, die sich nicht umstandslos den politischen Positionen der AktivistInnen zuordnen lassen. Andererseits macht die Herstellung und Praktizierung einer Organisierungsmacht manchmal denen, die sie in mühevoller Kleinarbeit herstellen, jenseits aller Inhalte auch Spass. Wenn aber die Macht der Form und ihrer Verwalter zum alleinigen Inhalt wird, ist das nicht nur Ausdruck konservativer Politik, sondern auch das Ende der Bewegung.

In dieser Konstellation, die zumindest in organisatorischer Hinsicht auch ein Bündnis zwischen Antirassisten, Autonomen und ModeratorInnen war, konnte das Projekt Grenzcamp von 1998 bis 2001 eine Aufwärtsbewegung, zumindest hinsichtlich der Beteiligung, realisieren. In den Grenzcamps traf sich ein sonst nicht übliches Gemisch, das nicht in geschlossenen Räumen, sondern auf der Feld- und Campingplatzwiese für eine lange Woche alle Fachöffentlichkeiten der Politik-Zirkel, der Kampagnenunternehmer und der Sub-Sub-Identitätskulturen sprengte. Es reichte von *Kein Mensch ist illegal*-Aktivisten, Antifas, Antirassisten, Autonomen, Bauwagen-Leuten und Hippies bis zu Flüchtlingen, Frauen/Lesben, MusikerInnen, linken Intellektuellen, Menschenrechtlern, Migranten, *No globals,* Punks und Volksküchenaktivisten. Mit einem nicht geringen Quentchen an Unvorhersehbarkeit konnten in dieser Zusammensetzung immer mal wieder spannende Debatten und zum Teil pfiffig-militante Aktionen gegen das Abschiebungsregime, gegen Nazis und Rassisten durchgeführt werden.

Dieses prekäre Bündnis wurde nach dem Grenzcamp in Frankfurt von Vertretern des antirassistischen Flügels liquidiert. In einem Modus bürgerlicher Politik, die allen alles verspricht, wurde mit erklärtem Kurs auf »Erfolg« die Durchführung des nächsten Grenzcamps in Jena ausschließlich auf der Basis von Antirassismus organisiert. Die Alternative, mit einem Grenzcamp in Hamburg gegen Rechtspopulismus und autoritäre Formierung zu mobilisieren, wurde in Form einer Abstimmung auf einem Treffen in Göttingen abgeschmettert. Natürlich ist das Wagnis, etwas Unvorhersehbares zu organisieren, machtpolitisch leicht auszuhebeln. Aber der Grenzcampvorbereitungskreis hatte sich mit der trickreichen Durchsetzung eines formalen Abstimmungsverfahrens von der Bewegungs- in die Machtfrage manövriert. Wo vielen Leuten in diesen bedrückenden Verhältnissen fast nichts mehr, geschweige denn noch irgendetwas anderes vorstellbar ist, bleibt ihnen immer noch der Antirassismus.

Danach kam es aus der Perspektive des autonomen Bewegungsflügels zu einer Trennung, aus der Perspektive des Antirassismus-Flügels zu einer Spaltung des Projekts Grenzcamp. Im Sommer 2002 fand das offizielle fünfte antirassistische Grenzcamp in Jena statt. In Hamburg veranstaltete der autonome Bewegungsflügel ein »ordnungswidrig« genanntes »Land-in-Sicht-Camp« (LiS) gegen Rechtspopulismus und autoritäre Formierung. Für beide Camps war von vornherein klar, dass der unter den günstigen lokalen wie globalen Bedingungen mit dem Grenzcamp in Frankfurt erreichte Erfolg nicht wiederholbar war.

Überraschenderweise wurde das Camp in Hamburg vom Schill-Senat komplett ignoriert. Darüber hinaus hatte es in der Vorbereitung mit der Obstruktionspolitik orthodox-autonom-antiimperialistischer Gruppen zu kämpfen. Diese spürten, dass eine zentrale Idee des Camps auch gegen die von ihnen gehütete übersichtlich starr-autoritäre Anti-Ra-Sex-Kap-Imp-Ordnung gerichtet war. Mit »Argumenten« aus dem Arsenal des rechten politischen Zeitstroms wurde Front gemacht gegen öffentliche Veranstaltungen zu Fragen der Sexualität und zum Bezug von Linken in diesem Land zu Antisemitismus, Israel und Palästina. Zudem war das LiS-Camp mit einer alternativautonomen Beliebigkeit vieler TeilnehmerInnen konfrontiert, von denen die wenigsten über politische Organisierungserfahrungen verfügten. In einer zunächst antiautoritär-konsumistisch erscheinenden Haltung nahmen sie die mühsam erarbeiteten Camp-Strukturen in Beschlag, um sich ausgerechnet darin zu überlegen, was man als »dominant« empfinden könnte. Diese »Erwartung« erfüllte sich natürlich sofort, sind doch auf einem Camp leicht Leute auszumachen, die frecherweise politisch unbequeme Positionen vertreten und das mit Leidenschaft, d.h. mit »unerträglicher Dominanz«. Beide Probleme sind tükkische Varianten des herrschenden gesellschaftlichen Autoritarismus, und es war eine Schwäche der LiS-Initiatoren, auf dem Camp dagegen nur sehr mühsam den Streit organisiert zu haben.

Zur Debatte um Rassismus und Antirassimus finden sich weitere Texte auf unserer Webseite im Dossier **»Migration, Arbeiterkämpfe und Rassismusdebatte«**, u.a.:

In **» RAT - und wie der schwarze Kampf auf den Hund gekommen ist«** analysiert A. Sivanandan, wie der antirassistische Klassenkampf in Großbritannien durch die Ethnisierung und das Projekt der »multikulturellen« Gesellschaft zersetzt wurde. Zugleich handelt es sich um einen historisch fundierten Beitrag zur Kritik von »Identitätspolitik«.

Der Text **»Die Rassismusfalle«** im Wildcat-Zirkular Nr. 14; April 1995, wies darauf hin, wie im Antirassismus die Gefahr angelegt ist, die von der Gegenseite aufgezwungenen Grenzziehungen zu übernehmen, statt sie zu überwinden – angesichts der Debatten auf dem Grenzcamp ein immer noch sehr aktueller Text.

Aus ganz praktischen, eigenen Erfahrungen heraus geschrieben ist der Beitrag **»Antirassistische Politik zwischen 'sozialarbeiterischer' Betreuungspolitik und militantem Widerstand«**, den wir 1992 in der Wildcat abdruckten.

Darüberhinaus finden sich in dem Dossier viele weitere Berichte über Kämpfe von Migranten, die Auseinandersetzung mit der Razzienpolitik und Erfahrungen von Flüchtlingsgruppen.

Dossier: *www.wildcat-www.de/dossiers/migration/migration.htm*

Auch wenn mit dem LiS-Camp enorme Geldgewinne gemacht werden konnten, war es aus der Sicht der InitiatorInnen »kein Erfolg«. Jena schien unter den ungleich schwereren Voraussetzungen des polizeidiktatorischen Regimes in Thüringen mit ähnlichen Problemen konfrontiert zu sein. Überraschenderweise wurde es aber von seinen OrganisatorInnen kurzerhand zum »Erfolg« erklärt. In dieser überraschenden Konstellation erstarb auf einem gemeinsamen Nachbereitungstreffen im Herbst letzten Jahres in Meuchefitz/Wendland ein Wiederannäherungsversuch beider Lager in dröhnender Sprachlosigkeit. Hier hatten die OrganisatorInnen des Hamburg-Camps etwas ungläubig den Anwurf der Jena-Camp-OrganisatorInnen zu schlucken, ihre Trennung vom Grenzcamp sei eine »rassistische Spaltung von den Flüchtlingen« gewesen. In sträflicher Weise wurde es versäumt, diesen Anwurf entweder bedingungslos aus der Welt zu schaffen oder restlos aufzuklären.

Mit diesem nach Nirgendwo verschleppten Konflikt war schon alles wieder zuende, gäbe es hier nicht die ungeheure Macht der Form und die filigrane Praxis der Moderatoren und Verwalter. Auf einem weiteren Vorbereitungstreffen zeichnete sich ab, dass der Antirassismusflügel mit einer wesentlich von Flüchtlingsorganisationen geführten Anti-Ausreisezentren-Kampagne in Nürnberg auf eine schlichte Wiederholung von Jena setzte. Die für den Ort Nürnberg auf einem Grenzcampvorbereitungstreffen in Berlin im Februar vorgetragenen Antirassismus-Begründungen, die implizit auf eine völkisch-nationale Grundlage reflektierten (»In der Stadt Nürnberg gibt es auch Türken, Kurden und Afrikaner ...«) lösten bei den wenigen nach dem Meuchefitz-Treffen noch verbliebenen Hamburg-Camp-Aktivisten sprachloses Staunen aus. In dieser trostlosen Konstellation »dachte« sich die ModeratorInnenströmung mit dem Argument »zusammen bleiben« zu wollen, einfach den Ort Köln aus. So wurde es dann beschlossen ... und nahm seinen Lauf. Für die Leute, die das Hamburg-Camp auf die Beine gestellt hatten, verband sich mit Köln kein Traum mehr. Damit verschwand auch die organisatorische Präsenz einer wesentlichen Frage, die auf das in den vorangegangenen Camps aufgetauchte Problem der Autonomie vieler TeilnehmerInnen reagierte. Dieses Problem bestand schlicht darin, dass vielen unorganisierten CampteilnehmerInnen die Voraussetzungen fehlen, gegenüber den herrschenden Verhältnissen eine eigenständige politische Position und oppositionelle Praxis zu entwickeln. Der Jena-Flügel überklebte dieses gravierende Autonomie-Problem mit dem leeren Slogan einer »Autonomie der Migration«. Fast ist es überflüssig zu erwähnen, dass in den Köln-Vorbereitungen weder der Gedanke der Ordnungswidrigkeit geschweige denn die Problematik der autoritären Formierung eine Rolle gespielt haben.

In Köln versuchten dann die Leute, die das Camp in Jena organisiert hatten, das zu wiederholen, was bereits während des Frankfurter Camps auf einer Großveranstaltung exemplarisch gescheitert war. Auf einem dreitägigen Auftaktforum unmittelbar vor dem Camp sollte doch tatsächlich der »Antirassismus ausbuchstabiert« werden. Dieser Zugriff wirkte nicht nur in der Form kleinbürgerlich und beflissen. Die aus vielen guten wie schlechten Gründen kümmerliche Praxis unterschiedlicher Antira-Initiativen wurde einfach zu »Ansätzen« aufgeblasen und in universitären Räumlichkeiten mit gewohnt elendiger Atmosphäre repräsentativ im Saal verteilt. Ich bin bereits nach dem ersten Vortrag gegangen, als ein Vertreter der Gruppe *Elexir-A* statt der vorgesehenen 10 für 40 bitter lange Minuten eine Aneinanderreihung von Merksätzen wie: »Es ist wichtig, gleichberechtigt mit Flüchtlingen zusammenzuarbeiten« zum Besten geben konnte, ohne dass die Moderation eingriff. Es war absurd, wie sich 200 antirassistisch gesonnene Leute stundenlang solche Aussagen anhörten, die meilenweit an ihren politischen Erfahrungen vorbeigehen. Der weitgehend gedankenlose Vortrag wie auch die apathische Reaktion des Publikums weisen auf den beunruhigenden Sachverhalt hin, dass im Antirassismus zwar viel beflissene Verwaltung, Beratung und leerer Anspruch, aber weder Leidenschaft noch eine eigene Frage stekken. Ein Genosse schrieb, dass auf diesem Forum »Spezialisten (...) auf Podien in einer Hochschule (sassen) und (...) mäßige Vorträge zum Besten (gaben). Aber vor allem schafften es die beteiligten Gruppen wie *Kein Mensch ist illegal*, *Elexir-A*, *Kanak Attak*, *Karawane*, *The Voice*, die Flüchtlingsinitiative Brandenburg und auch das Campvorbereitungsteam nicht, die grundlegenden Widersprüche ihrer Analysen und ihrer politischen Arbeit zur Sprache zu bringen. Die Angst davor, die Einheit der Bewegung zu gefährden, spielte dabei wohl eine große Rolle. So blieb es (...) bei der Fixierung auf die rassistischen Verhältnisse.«

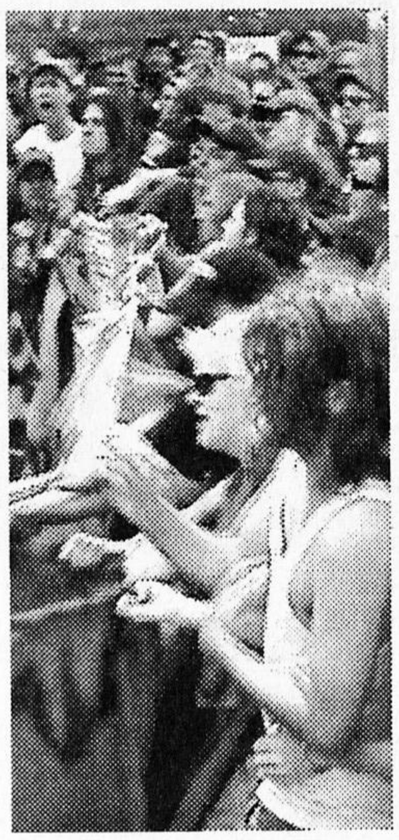
Diese Sprachlosigkeit setzte sich in das »inhaltliche Eröffnungsplenum« am Montag hinein fort. Dort suchte eine geringe TeilnehmerInnenzahl für drei lange Stunden ziellos nach einem »Inhalt« für das Grenzcamp. Kurz bevor schon fast alle gegangen waren, attackierte ein Autonomer (der Verfasser dieser Zeilen) doch noch die Plattitüden des Antirassismus und spitzte seine Erfahrungen der »gleichberechtigten« Zusammenarbeit am Beispiel der Organisation *The Voice* dahingehend zu, dass diese zumindest mit ihm nie »gleichberechtigt« zusammengearbeitet hätte. Man habe ihn ständig als eine Art »Kampagnensoldat« zum Zwecke der bloßen Auffüllung eben dieser angesprochen. Dieser Anwurf war zwischen den Kontrahenten lange bekannt und provozierte erregte Gegenreaktionen der Angesprochenen. Er reflektiert auf die politische Praxis der Gruppe *The Voice*, das latent schlechte Gewissen und das individualpsychologische

Rassismus-Trauma deutscher Antirassisten für die ausschließlich von ihnen bestimmte Kampagnenpolitik gegen die Residenzpflicht zu funktionalisieren. Diese von *The Voice* in der Struktur zynisch exekutierte Politik, die selbstredend anti-autonom ist, wird nicht akzeptabler dadurch, dass sie in zynischen Verhältnissen stattfindet.

The Voice-Aktivisten nutzten dann mit einer von »allen Flüchtlingen auf dem Camp« unterstützten Erklärung, mit der der abstruse Vorwurf eines »racist attack«, der »Konsequenzen« haben müsse, erhoben wurde, die Gelegenheit, sich in die zentrale Sprechposition in der Moralordnung des Antirassismus zu bugsieren. So wurde eine politische Kritik schlicht durch das Stellen der Machtfrage beantwortet. In der autoritären Ordnung des Antirassismus kann politischer Widerspruch nicht als konstitutiv aufgefasst werden, sondern muss in einer Art Gehäuse der Hörigkeit als bedrohliche Abweichung ausgeschlossen werden. Die besagte Erklärung wurde dann auf dem Dienstags-Plenum vorgetragen und vom Publikum engagiert beklatscht. Die Brandmarkung einer Person als »rassistisch« plus Ausschlussforderung, die von profilierten Antira-Aktivisten eingebracht wurde, die sich mit dem Begriff »Flüchtlinge« verkleideten, schien bei dem Publikum den Reflex auszulösen, sich für Momente in eine Art von Meute zu verwandeln, die Witterung aufgenommen hat.

So wurde dann für Mittwoch-Abend das erste und einzige substanzielle Plenum des Camps angesetzt, zu dem sich für weit über vier Stunden über zweihundert Leute konzentriert versammelten. Die Diskussion verlief zwischen der impliziten Ausschlussforderung auf der einen Seite und der expliziten Forderung, den Anwurf »racist attack« umstandslos zurück zu nehmen, auf der anderen Seite. In der Debatte waren zwei wesentliche politische Fiktionen präsent: erstens, dass es auf dem Camp Leute geben könnte, die es von vornherein »falsch finden«, überhaupt mit Flüchtlingen zusammenzuarbeiten; zweitens, dass jeder, der nicht bereit ist mit Flüchtlingen zusammenarbeiten, selbst »rassistisch« sei. Wer sich auch nur einen halben Meter außerhalb des angemieteten Grenzcampgeländes bewegt hätte, würde diese Fiktionen sofort als absurd erkannt haben. In der Phantasielosigkeit der Diskussion machte sich aber hinterrücks die autoritäre Formierung geltend. Und somit waren solche Fiktionen leider handlungs- und denkrelevant für dieses Plenum. Während die Seite des Antirassismus in der Art einer Gerichtsverhandlung ihr Moralregime durch Ausschluss zu objektivieren versuchte, tastete die andere Seite nach einer politischen Argumentation, die sowohl auf der Höhe der Zeit als auch der tatsächlichen materiellen Interessen war. Die Worte einer furchtlosen *Sans-Papiers*-Aktivistin aus Frankreich waren besonders erfrischend: sie sprach von einer sie beunruhigenden »Terrorisierung der Bewegung durch moralische Erpressung« und machte geltend, dass »alle Menschen unabhängig denken und handeln« sollten; sie sehe sich mitnichten als Antirassistin, »da es ausreichend andere Analysestränge« gäbe. Und sie hoffe nicht, »dass *The Voice* nach Frankreich« fahre, um die »*Sans-Papiers*-Kollektive, die sich nicht als Antirassisten sehen, des Rassismus (zu) bezichtigen.«

Produktiv war an diesem Plenum im Unterschied zum Forum, dass sich die Protagonisten in sehr direkter Weise sagten, was sie voneinander halten und damit, was sie über die Gesellschaft denken. Und das war alles andere als schön. Es steckt wohl eine tiefere Wahrheit dahinter, dass einem Flüchtling als Reaktion auf den politischen Widerspruch vom Montag nur noch die eigenen traumatischen folterähnlichen Erfahrungen im Abschiebeknast einfielen, die er in sadistischer Weise dem Widersprechenden an den Hals wünschte. Ergänzt wurde eine derartig beunruhigende Aussage unter anderem dadurch, dass ein anderer Flüchtling sagte, er sei »gerne ein Soldat des Grenzcamps«, ein anderer Flüchtling zeigte sich »froh« darüber, hier auf dem Camp bereits »eine Mehrheit hinter sich« zu wissen. Schliesst man für einen kurzen experimentellen Moment die erste und die dritte – von völlig verschiedenen Leuten gemachten – Aussagen in polemisch-unsachlicher Weise zusammen, dann wird eine makabre Wahrheit daraus: es scheint derzeit in diesem Land in der Tat eine Mehrheit dafür zu geben, Leute, die massiv nerven, zu foltern. Hierzu passte dann die Aussage eines deutschen Flüchtlingsunterstützers: an die Adresse des Delinquenten liess dieser unter Hinweis auf ein wesentlich aus »Frauen bestehendes Schutzkommando« für den Bösewicht seinem Sexualneid freien Lauf. Es waren Beiträge wie diese, die einen Genossen von *Kanak Attak* zu der Aussage provozierten, es sei bitter, einer Situation beizuwohnen, in der »sadistische Phantasien in den Raum kriechen«. Er erlebe hier eine »autoritäre Formierung, wie sie unsere Eltern nicht besser hinbekommen hätten«.

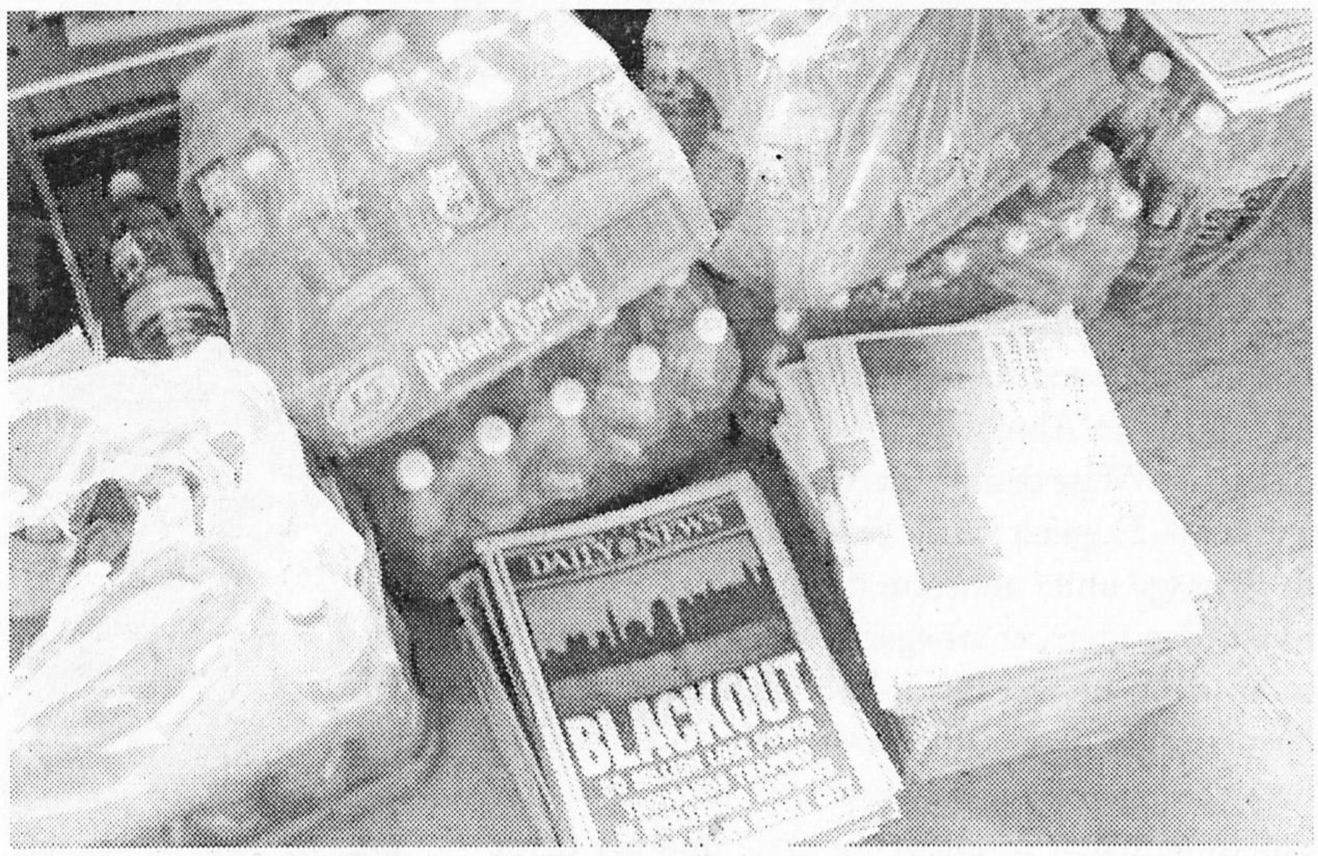


Weder gingen die Autonomen kollektiv vom Camp, noch wurde der Anwurf des »racist attack» zurückgenommen. Zur nicht unwichtigen Form ist noch zu sagen, dass die in aller Regel cool vorgetragenen Argumente auch durch die Moderation, die Übersetzung und ein zentrales Mikro in fast halb-parlamentarischer Weise ausgetauscht wurden. Diese Form der in weiten Phasen ohne Irritationen, Erschütterungen und letztlich vor allem auch ohne weitere Neugier von etwa 30 Personen vorgetragenen Verlautbarungen verweist darauf, dass zwischen den Grenzcamp-ProtagonistInnen etwas unwiderruflich zuende gegangen ist. Verliert man dabei den Inhalt des aus der Ordnung des Antirassismus Ausgesprochenen (siehe oben) nicht aus dem Auge, dann ist das aber – und wenigstens am Schluss soll doch noch etwas Positives gesagt werden – gut so.

Kurt Rotholz

Über fiktives Kapital

Loren Goldner



Nur wenige Begriffe aus dem Dritten Band von Marx' *Kapital* beschreiben die heutige Welt so treffend wie der vom »fiktiven Kapital« [MEW 25, S. 413-428]. Jeden Tag bewegen sich eineinhalb Billionen Dollar durch die Devisenmärkte, und nur ein kleiner Teil davon ist direkt an Investitionen und Handel geknüpft. Ein immer größerer Teil des Labyrinths der neuen Finanzformen (Hedgefonds, Derivate) kann nur mittels fortgeschrittener Mathematik verstanden werden. Der Anteil von Gesamtzins und Grundrente (der berühmte FIRE-Sektor: finance, insurance and real estate – Finanzen, Versicherung und Immobilien) beansprucht Jahr für Jahr einen immer höheren Anteil am Gesamtprofit und wirft einen düsteren Schatten auf die Profite aus der Produktion.

Dieser Text ist die Übersetzung einer stark gekürzten Version eines Artikels in englischer Sprache, der online in voller Länge erhältlich ist:
http://home.earthlink.net/~lrgoldner/onceagain.html

Beim aktuellen Revival der marxschen Kritik der Politischen Ökonomie könnte viel Verwirrung vermieden werden, wenn die Marxisten der Tatsache mehr Aufmerksamkeit schenkten, dass die Bände I und II des *Kapital* ein »geschlossenes System« darstellen, in dem es nur Kapitalisten und Proletarier gibt, und dass »das Kapital« für die Kapitalisten in der Form von auf Papier festgehaltenen Ansprüchen auf Reichtum erscheint (Aktien, Anleihen, Grundbesitztitel), die erst im Dritten Band des *Kapital* eingeführt werden. Noch mehr Verwirrung entsteht aus dem Problem, das »geschlossene System« in ein richtiges Verhältnis zu nichtkapitalistischen Schichten (etwa den Kleinproduzenten der Dritten Welt) und dem »kostenlosen Input« aus der Natur zu setzen. Schließlich lesen die meisten schnell über die Tatsache hinweg, dass Marx das Hauptproblem der Akkumulation (die erweiterten Reproduktionsschemata) nie gelöst hat. Diese Problematik hat vor allem Rosa Luxemburg aufgegriffen. Sie fand Nachfolger bei ihrem Versuch , dafür eine Lösung zu finden (wie fehlerhaft dieser auch sein mag), und besonders, als sie darauf bestand, dass die »ursprüngliche Akkumulation« ein permanenter Bestandteil des Kapitalismus sei.

Mit diesem kurzen Aufsatz will ich versuchen, fiktives Kapital genauer zu definieren.

Kapital geht nicht nur durch den Verwertungsprozess hindurch, der in den (unvollständigen) Bänden des *Kapital* beschrieben wird, es ist nicht nur abhängig von dem Mehrwert, der im »unmittelbaren Produktionsprozess« produziert wird, es stützt auch die auf dem Papier bestehenden Ansprüche auf Reichtum in der Form von Profit, Zinsen und Grundrente durch unbezahlten Input aus der ursprünglichen Akkumulation – sprich: Plünderung – sowohl innerhalb als auch außerhalb des »geschlossenen Systems«.

Das Kapital plündert die Kleinproduzenten der Dritten Welt aus, indem es sie ins Proletariat integriert, in der »Peripherie« und im »Zentrum«, und zwar als Arbeitskraft, deren vorherige Reproduktion vom Kapital nicht bezahlt wird. Das Kapital plündert die Natur aus, indem es Ressourcen nicht ersetzt und indem es die Umwelt nicht ersetzt, die durch die Produktion verbraucht wird, ohne dass das Kapital für die Kosten aufkommen muss.

Das Kapital plündert manchmal die Lohnarbeiterschaft innerhalb des »geschlossenen Systems« aus, indem es den Gesamtlohn unter die Reproduktionskosten der Arbeitskraft drückt. Manchmal plündert das Kapital seine eigene Maschinerie und Infrastruktur aus, indem es sie weit über den Punkt hinaus am Laufen hält, an dem sie normalerweise abgeschrieben wären, oder mittels anderer Machenschaften (siehe Enron, World.com, Tyco).

All diese Formen der Plünderung steigern den Gesamtmehrwert, der zur Verfügung steht, um auf Papier bestehende Ansprüche der Kapitalisten auf Reichtum zu stützen, die über den Mehrwert hinausgehen, der im geschlossenen System durch den Aus-

tausch von Äquivalenten produziert wird (die Grundannahme in Band I und II des *Kapital)*. Diese Ansprüche auf Profit, Zinsen und Grundrente können ihren Verwertungsprozess (G-W-G') solange fortführen, wie innerhalb und außerhalb des geschlossenen Systems genügend Mehrwert produziert wird, um sie zu stützen. Das Kapital in seiner Gesamtheit kann eine Weile lang expandieren, während die gesellschaftliche Reproduktion schrumpft, genauso wie ein lebender Organismus am Leben bleiben kann, während er vom Krebs aufgefressen wird. Wenn der weltweit verfügbare Gesamtmehrwert die Gesamtheit der Anspüche von Profit, Zinsen und Grundrente an ihn nicht mehr erfüllen kann, gibt es direkt einen deflationären Zusammenbruch wie denjenigen, den wir heute (Sommer 2003) vielleicht gerade erleben.

Fiktives Kapital ist die Kluft zwischen dem Gesamtpreis und dem Gesamtwert im Weltmaßstab. Untersuchen wir diesen Gedanken im Lichte des bisher Gesagten etwas näher. (Die bürgerliche Ökonomie – eine andere gibt es nicht – kennt einen ähnlichen Gedanken bei »Tobins Q«, dem Verhältnis der Gesamtbewertung aller Werte zu den Kosten, wenn sie auf heutigem Niveau ersetzt werden müssten.)

Wir können die kapitalistische Akkumulation nur in Gesamtheiten verstehen, wie etwa in der Gesamtheit eines Konjunkturzyklus. Preis und Wert stimmen nur auf der Talsohle eines deflationären Crashs wie 1929 (oder vielleicht dem, den wir gerade erleben) weitgehend überein, wenn alles oder das meiste fiktive Kapital vernichtet ist.

Der »Gesamtwert« ist dann gleich den Kosten – in heutiger gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit – der Reproduktion der bestehenden Arbeitskraft und Produktionsmittel auf weltweiter Ebene innerhalb des »geschlossenen Systems«, das nur aus Kapitalisten und Arbeitern besteht. Der Gesamtwert ist das, was heute beim Druck auf die Preise nach unten in einer möglichen Deflationskrise wirksam ist. Alles, was über diesen Wert hinausgeht, ist fiktiv.

Einige der heutigen Marxisten geben zu, dass das fiktive Kapital eine wichtige Rolle spielt, aber sie verneinen, dass das irgendetwas mit überbewertetem fixem Kapital im »geschlossenen System« der Bände I und II zu tun hat. Angesichts vieler rivalisierender Theorien über fiktives Kapital in der bürgerlichen Theorie (z.B. Hyman Minsky, Doug Noland, »Tobin's Q«, Doug Henwood) halte ich es für unbedingt notwendig, das fiktive Kapital mit der allgemeinen »Selbstentwertung« des Kapitals im »geschlossenen System« zu verknüpfen und es nicht einfach als ein von außen kommendes Produkt des Kreditsystems zu sehen.

Unter »allem anderen« liegt der grundlegende Widerspruch des Kapitals darin, dass es sich mit lebendiger Arbeit mischen muss, um sich als Kapital auszuweiten, während es gleichzeitig dazu tendiert, die lebendige Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess auszuschließen. Das Kapital braucht die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft als den allgemeinen Standard für den Tausch, und gleichzeitig schafft es diesen Standard periodisch wieder ab aufgrund genau jenes technologischen Fortschritts, der durch die Notwendigkeit der Innovation durch Einzelkapitale vorangetrieben wird. An einem bestimmten Punkt wird das Kapital selbst zum Hindernis seiner eigenen Ausweitung. Mit der Zeit werden die Kosten der Reproduktion des variablen Kapitals v im Verhältnis zum konstanten Kapital C zu klein, um als allgemeiner Standard, als »numeraire« (gemeinsamer Nenner) zu dienen, und der Wert wird zum Hindernis für die weitere gesellschaftliche Reproduktion.

Das fiktive Kapital kommt ins Spiel, wenn wir dieses (durchaus reale) geschlossene System von Kapitalisten und Arbeitern verlassen, und die Interaktion zwischen dem geschlossenen System und seiner Verwertung des Gesamtkapitals in den kapitalistischen Ansprüchen auf Reichtum untersuchen.

Denn trotz der Logik des Verhältnisses von C zu v im reinen System ist das real existierende Kapital in der Form von auf Papieren festgehaltenen Ansprüchen auf Reichtum nicht nur ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis wie die W-G-W'-Bewegung des Kapitals im reinen Modell. Es sind papierne Ansprüche auf zukünftigen Reichtum, woher auch immer der kommen soll.

Desweiteren können diese papiernen Ansprüche aus der realen Welt, anders als das im reinen Modell der Bände I und II beschriebene Kapital, nur in einem Kapitalmarkt existieren, der von einem Staat und seiner Zentralbank (die wiederum erst in Band III eingeführt werden) reguliert, d.h. von der bewaffneten Macht des Staates sowie dessen Fähigkeit, Steuern zu erheben, gestützt wird. Aktien, Wertpapiere und Titel auf Einkommen aus Grundbesitz gingen der vollen Vorherrschaft des eigentlichen Kapitalismus weit voraus. Im protokapitalistischen Übergang in Europa zwischen dem 15. und dem 19. Jahrhundert, der er-

sten Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals auf feudalistischer Grundlage, waren solche papiernen Ansprüche im wesentlichen vom Staat unterstützte Lizenzen zum Plündern, wie bei den Freibriefen, die die merkantilistischen Staaten an die Steuereintreiber, die der französischen Bauernschaft die Steuern abpressten, an die afrikanischen Sklavenhändler, an die spanischen Plünderer der Neuen Welt oder an die englischen *sea dogs* ausgaben, die Piraten, die die spanischen Plünderer ausplünderten. Zeitgenössische Marxisten vergessen manchmal, dass Aktien, Wertpapiere, Ratenverträge, Hypotheken, Versicherungen, Staatsverschuldung und sogar Zentralbanken der Vorherrschaft der Wertbeziehungen im unmittelbaren Produktionsprozess historisch vorausgingen. Was den Kapitalismus vom merkantilen Proto-Kapitalismus unterscheidet, ist eben die herausragende Stellung des unmittelbaren Produktionsprozesses bei der Herstellung des Reichtums (als Mehrwert) zur Verwertung der papiernen Ansprüche. Doch aufgrund der weiter vor sich gehenden ursprünglichen Akkumulation im Weltkapitalismus haben diese papiernen Ansprüche ihren ursprünglichen Charakter als vom Staat gedeckte Lizenzen zum Plündern von Reichtum, ob von innerhalb oder außerhalb des reinen Systems, weitgehend bewahrt.

Diese Plünderungen sehen wir heute in der Form von Billionen an Schulden, die auf den Volkswirtschaften der Dritten Welt lasten. Wir sehen sie in der massiven Umweltzerstörung. Wir sehen sie in der weltweiten Klimaerwärmung durch Emissionen aufgrund der Verwendung fossiler Treibstoffe, Emissionen aufgrund von Technologien und Treibstoffen, die eine gesunde Gesellschaft schon vor langer Zeit verschrottet und überwunden hätte. Wir sehen sie in der Flut von Einwanderern aus den in den Bankrott getriebenen Regionen der Welt, die durch Jahrzehnte des Schuldendienstes ruiniert wurden. Wir sehen sie in der Verbreitung von Zwangsarbeitsprogrammen Marke USA und von Arbeitsarmut.

In all diesen Fällen von Nicht-Reproduktion ist fiktives Kapital am Werk.

Sehen wir uns nun die Geschichte dieser von der bewaffneten Staatsmacht gedeckten Lizenzen zum Plündern an und wie sie ihre gegenwärtige Form entwickelten.

Beim »Dreißigjährigen Krieg« von 1914 bis 1945 handelte es sich im wesentlichen um die Verschiebung des Weltfinanzzentrums von England in die USA. Das wurde in den Verträgen von 1944 bis 1947 erreicht, mit denen die Grundlagen des IWF und der Weltbank geschaffen wurden und auf die der Marshall-Plan folgte.

Nach den Abwertungen, die England, Frankreich und Deutschland nach 1945 aufgezwungen wurden, erlangten die USA durch das System von Bretton Woods (1944-1973) eine nie dagewesene Fähigkeit, mittels eines überbewerteten Dollar den Reichtum der Welt anzuzapfen.

Alle in die USA kommenden Waren aus Europa und Japan (von der unterentwickelten Welt ganz zu schweigen) enthielten einen Anteil der oben beschriebenen »Plünderung«. Alle amerikanischen Einkäufe an Produktionsanlagen, Grundeigentum usw., vor allem in Europa, waren ein Stück weit Plünderung. Dieser Reichtum wechselte in die Bilanzen des US-Kapitalismus, sowohl des privaten als auch des öffentlichen, und zwar ziemlich unabhängig von den Profiten, die im unmittelbaren Produktionsprozess in den USA selbst produziert wurden und wie man sie mittels der Mechanismen erzielt, die im ersten Teil des III. Bandes des *Kapital* beschrieben werden.

Zwar waren die USA nach 1945 offensichtlich die am weitesten fortgeschrittene kapitalistische Ökonomie, doch in Wirklichkeit übten sie kontinuierlich eine Sogwirkung auf Kapital aus, die für unsere Geschichte von ziemlicher Bedeutung ist. 1948/49, 1953/54 und vor allem 1957/58 waren sie von Rezessionen betroffen. Wir sehen den Zusammenhang zwischen überbewertetem fixem Kapital und dem internationalen Kreditsystem als Ganzen in der Auflösung dieses Systems von Bretton Woods.

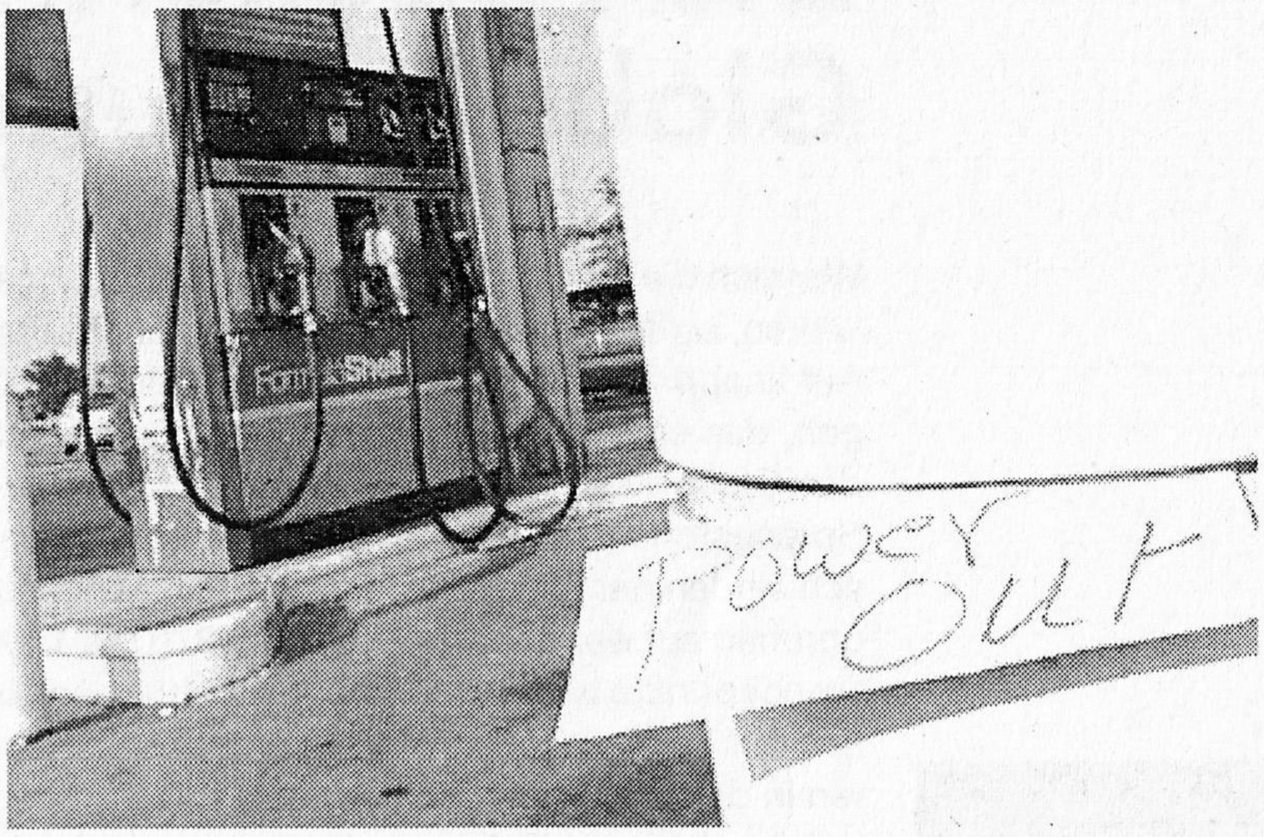
Seit 1950 weisen die USA eine negative Zahlungsbilanz auf (während die Handelsbilanz noch bis 1971, dem Jahr, in dem das System von Bretton Woods zusammenbrach, im Plus blieb). Zuerst waren diese Dollar, die sich im Ausland anhäuften, nützlich für den Aufbau in Europa und Asien. Aber nach der Rezession von 1957/58 wurde langsam eine Schwemme daraus, und die Krise des überbewerteten Dollar wurde offenbar. (Als 1958 das »Dollarproblem« zum Thema wurde, belief sich der Betrag an vom Ausland gehaltenen »Nomaden«-Dollar auf 30 Milliarden. Heute sind es insgesamt 10 Billionen.) So hat dieser Prozess angefangen – der heute hoffentlich seinen Endpunkt erreicht –, in dem die ausländischen Besitzer dieser »Nomaden«-Dollar sie in US-Kapitalmärkte reinvestierten, was es den USA ermöglichte, weitere Defizite gegenüber dem Ausland aufzuhäufen und mit überbewerteten Dollar ausländische Werte zu kaufen. Im Kern kauften sie ausländische Werte mit ihren eigenen Schulden.

Diese Finanzierung der US-Ökonomie mithilfe ihrer eigenen Zahlungsbilanzdefizite überschnitt sich mit dem fiktiven Element des fixen Kapitals in den USA auf folgende Weise. Als der Rest der Welt beim Wiederaufbau nach dem Krieg mit modernster Technologie immer mehr Sektoren der relativ stagnierenden US-Industrie zuerst ein- und dann auch überholte, stand das fixe Kapital dort, gemessen an seiner Reproduktion zu aktuellen Kosten, schon zur Entwertung bereit. Aber ganz anders, als es Marxisten gerne hätten, die im reinen Modell des Kapitals leben, wo es ausschließlich Kapitalisten und Arbeiter gibt, wehren sich die Kapitalisten heftigst gegen die unmittelbare Entwertung ihrer Kapitalwerte, wo und wann immer ihnen das möglich ist. (Wir müssen uns nur mal Japan in den letzten zehn Jahren betrachten, wo die Zentralbank mittels des Bankensystems den aufgeblähten Papierwert riesiger Immobilien- und Industriewerte hochhält.)

Noch einmal: die tiefe Rezession von 1957/58 in den USA markierte den Anfang der Krise von Bretton Woods und damit des US-dominierten »Dollar-Imperialismus«. Sie markierte auch den Beginn der De-Industrialisierung der USA, profitorientierte Investitionen in die US-Industrie nahmen dramatisch ab und verlagerten sich nach Übersee. Ein leuchtendes Beispiel dafür, wie überbewertetes fixes Kapital verschuldeter Konzerne nicht unmittelbar abgeschrieben wird, sondern durch das Kreditsystem in den allgemeinen Kreislauf gelangt. Dort zirkuliert es so lange als heiße Luftblase potentieller Zahlungsunfähigkeit (da es in einer Verkaufspanikkrise nicht in Bargeld umtauschbar ist), wie die Kombination von Mehrwert und Beute aus den Plünderungen (wie oben definiert) den auf Papier festgehaltenen Anspruch, den es darstellt, aufrechterhalten kann.

1971 entkoppelten die USA den Dollar vom Gold, und 1973 wurde das System fester Wechselkurse endgültig verschrottet. Die Welt versank im schwersten konjunkturellen Abschwung (1973-75) seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Welt ging, um es mit Michael Hudsons prägnanter Formulierung zu sagen, von einem »Papiergold«-Standard zum »Papierpapier«-Standard über, und seither war sie de facto auf einem Dollarstandard. US-Dollar wurden weiterhin im Ausland angehäuft, heute schätzt man eine Nettoverschuldung von 2 Billionen US$-Dollar (acht Billionen an US-Anlagen im Ausland gegen zehn Billionen im Besitz von Ausländern). Wie vorher schon England sind die USA zu einer riesigen Rentierökonomie geworden, und damit muss jeder Versuch, die Profite von US-Konzernen in einem reinen Modell mit ausschließlich Kapitalisten und Arbeitern zu isolieren, als irregeleitete empirizistische Übung scheitern.

Im Kern ist unsere Geschichte damit vorgestellt, auch wenn die USA es 30 Jahre lang geschafft haben,



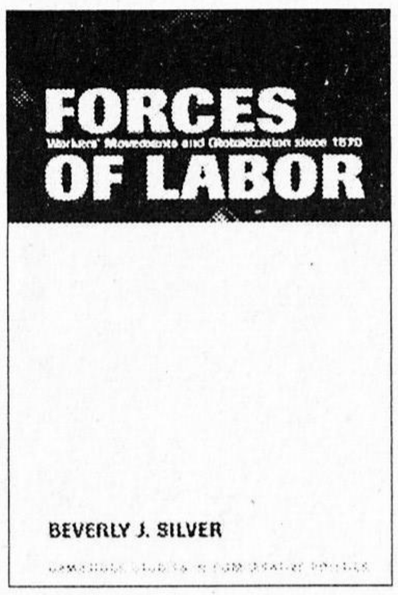
den Tag der Abrechnung hinauszuschieben. Aus dem 1973-75er Abschwung haben sich die USA durch Inflation gerettet. Als Thatcher 1979 in England an die Macht kam und Reagan 1980 in den USA, war das genauestens darauf abgezielt, die Zentralbank dafür zu benutzen, um eine allgemeine Deflation zu verhindern, indem die Reproduktion sowohl der Arbeitskraft als auch der Maschinerie zugunsten der Profitraten unterbunden wurde. 1984 war der Wendepunkt in der Entwicklung der USA vom weltweit größten Kreditgeber zum weltweit größten Schuldner, und diese Entwicklung trieben sie rücksichtslos voran. Von den Krisen 1982 in Mexiko und Brasilien zur mexikanischen »Tequilakrise« von 1994 ging es beim Krisenmanagement um die wachsende Zahlungsunfähigkeitsblase, die ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die materielle Reproduktion im Weltmaßstab durch die G-W-G'-Bewegung zirkuliert. 1997/98 kam die Asienkrise. 1998 der Bankrott Russlands und die Notmaßnahmen für den Long Term Capital Management-Risikofonds (bei dem es alles in allem um eine Billion US-Dollar potentiell fauler Werte ging). Im Jahr 2000 kam das Ende der »High Tech«-Blase und der Anfang von (bis jetzt) drei Jahren rückläufiger Aktienmärkte und möglicher weltweiter Deflation. 2001 kam der Bankrott Argentiniens. Während ich dies schreibe, unternimmt die Federal Reserve Bank massive Versuche, das Kreditsystem der USA wieder aufzublähen, und spricht offen über die Möglichkeit eines deflationären *meltdowns* [dt. u.a. Kernschmelze; sozusagen ein »FinanzGAU«, ein größter anzunehmender Unfall in der Finanzsphäre. A.d.Ü.].

Wir haben diese Geschichte noch nicht bis zu ihrem Ende gehört, dem Abschluss dieser (hoffentlich letzten) Phase kapitalistischer Entwicklung.

Forces of Labor:

Die ArbeiterInnen und die Globalisierung

Wer sich die Frage stellt, warum die Bewegungen der ArbeiterInnen auf der Welt heute so schwach wirken, sollte sich die gerade veröffentlichte Untersuchung von Beverly Silver genauer anschauen. Auf knapp 200 Textseiten findet sich ein dichtes Kondensat aus über zwanzigjährigen Forschungen, das eine Unmenge Anregungen und Anstöße für die weitere Debatte über die Perspektiven der Klassenkämpfe enthält und zu verblüffenden neuen Erkenntnissen führt. Silver packt eine Menge Sprengstoff mitten in die aktuellen Debatten über »Globalisierung«, »Postfordismus« oder das »Verschwinden der Arbeiterklasse«. Ihr Ausgangspunkt ist eine umfassende Datenbank über Arbeiterunruhen auf der ganzen Welt von 1870 bis 1996. Die daraus sichtbar werdenden Tendenzen und Wendepunkte in den internationalen Klassenkämpfen bringt sie mit Forschungen zu den Dynamiken des kapitalistichen Weltsystems zusammen, die sie gemeinsam mit Giovanni Arrighi und anderen in den letzten Jahren vorgelegt hat. Zudem hat sie sich die wichtigsten Kampfzyklen und Umbrüche der kapitalistischen Produktionsweise im Detail angeguckt, so dass der Blick aus der Vogelperspektive nicht zu schematischen Vereinfachungen führt. Sie stellt sich die schwierige Aufgabe, die räumlich und zeitlich weitumspannenden Entwicklungslinien mit dem Universum von Konflikten und Unruhen zusammenzubringen, die das Klassenverhältnis im Kapitalismus ausmachen. Sie nähert sich diesem Ziel schrittweise an, indem sie ausgehend von einigen theoretischen Hypothesen mehr und mehr Ebenen dieser Dynamik in ihre Darstellung einbezieht. Auf diese Weise erhalten wir ein sehr komplexes und materialistisch fundiertes Gesamtbild, das die Diskussionen über die Zukunft des historischen Kapitalismus auf eine neue Grundlage stellt. Aber das Buch ist vor allem ein großartiger Wurf, der uns dazu auffordert, diese Art und Ebene der Untersuchung einer globalen Klassendynamik weiterzuentwickeln.



Beverly Silver:
Forces of Labor
Workers' Movements and Globalization since 1870
Juni 2003, Cambridge University Press,
Paperback,
ISBN 0-521-52077-0
£16.95

Das Buch kann über *Missing Link* in Bremen bestellt werden – für Wildcat-LeserInnen zum Sonderpreis von **22 Euro** bei portofreier Lieferung. Bestellung per Brief, Fax, E-mail oder Formular auf ihrer Webseite – mit der Bemerkung »Wildcat Sonderpreis«, an:

Missing Link
Versandbuchhandlung
Westerstr. 114-116
D-28199 Bremen
Tel: 0421-504348
Fax: 0421-504316
e-Mail: *info@missing-link.de*
Webseite: *www.missing-link.de*

Pendel und Stufen – Polanyi und Marx als theoretischer Rahmen

Die Geschichte von Arbeiterkämpfen und Kapitalakkumulation wird bei Silver so lebendig, weil sie diese nicht als schematische Abfolge von fertigen Modellen wie »Fordismus«, »Post-Fordismus«, »Toyotismus« usw. präsentiert (siehe die Kritik dieser Begriffe bei Ferrucio Gambino in diesem Heft), sondern als Entwicklung der Widersprüche, die mit der kapitalistischen Produktionsweise unweigerlich verbunden sind. Dadurch wird bei ihr ständig sichtbar, wie die Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation auch vom Verhalten der ArbeiterInnen bestimmt werden.

Silver geht davon aus, dass die historische Besonderheit des *Arbeiter*widerstands darin besteht, sich gegen alle Versuche aufzulehnen, die Arbeitskraft als bloße Ware zu behandeln. In den Theorien von Karl Marx und von Karl Polanyi findet sie die These, dass Arbeitskraft eine fiktive Ware ist: bei Marx werde ihr fiktiver Charakter am Ort der Produktion klar, da sie nicht wie jede andere Ware »gebraucht« werden kann, sondern an menschliche Wesen gebunden ist, die sich gegen ihren beliebigen Gebrauch zur Wehr setzen. Für Polanyi wird ihr fiktiver Charakter schon auf dem Arbeitsmarkt sichtbar, da Arbeitskraft keine für den Verkauf produzierte Ware sei, sondern die Gesellschaft selbst ausmacht, die so gewaltsam und zerstörerisch den Marktgesetzen unterworfen wird. Daher müsse es immer wieder zu Gegenbewegungen kommen, die die Gesellschaft vor ihrer liberalen Selbstzerstörung bewahren.

Silver benutzt diese beiden Ansätze, um zwei Typen von Arbeiterkämpfen zu unterscheiden. Der Kritik von Polanyi entsprechen Bewegungen, die auf die Zerstörung bestehender und anerkannter Formen der Reproduktion reagieren und schließlich zu neuen Formen der Regulierung von Märkten führen. Silver sieht hierin einen Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen *Profitabilität* und *Legitimität*: die Kapitalisten drängen auf Entregulierung, um ihre Profite steigern zu können, untergraben damit aber die Legitimität des Kapitalismus. Diese muss dann mit neuen Regulierungen der sozialen Sicherheit gerettet werden, deren

Kosten in der Folge wieder die Profite einklemmen. Historisch deckt sich dies mit der Ausweitung des Freihandels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die schließlich zur Unregierbarkeit des Weltsystems, Krieg und sozialen Revolten führte. Erst durch die allgemeine Einführung von Marktregulierungen und sozialen Sicherungssystemen nach dem Zweiten Weltkrieg, durch diese »große Transformation« (Polanyi), konnte die Legitimität des Kapitalismus wieder hergestellt werden. Die Kosten dieser Legitimationsbeschaffung führen aber ab den 70er Jahren zu einer neuen Profitklemme, auf die die führenden kapitalistischen Staaten mit der Ausweitung des Freihandels reagieren. Wir erhalten so das Bild einer *Pendelbewegung* zwischen einer stärkeren Durchsetzung des fiktiven Warencharakters der Arbeitskraft und den unvermeidlichen Gegenreaktionen darauf.

In der Theorie von Polanyi vermisst Silver aber einen Begriff von »Macht«, der erklärt, warum die Kapitalisten immer wieder in Schranken gewiesen werden können. Marx hingegen analysiere die Grenzen des Kapitals gleichermaßen als Frage der Legitimität wie der Macht. Bei ihm produziere das Kapital gleichzeitig wachsendes Massenelend und wachsende proletarische Macht. In der Arbeiterbewegungsliteratur ist diese These auf viel Kritik gestoßen, zumal sie als das Bild einer linearen und unvermeidlichen Entwicklung hin zu mehr Klassenbewußtsein und revolutionären Aktionen verstanden wurde. Bei einer genauen Lektüre des ersten Bandes des *Kapital* ergibt sich nach Silver aber ein ganz anderes Bild: Im Zentrum des Buchs stehe eine dialektische Bewegung zwischen dem Arbeiterwiderstand gegen die Ausbeutung und den Versuchen des Kapitals, diesen Widerstand durch eine beständige Umwälzung der Produktion und der gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Durch die Umwälzungen der Produktion werden alte Formen der Arbeitermacht zerstört, aber das Kapital wird noch umfassender von den ArbeiterInnen abhängig. Alte Identitäten von »Arbeiterklasse« werden zersetzt, aber neue ArbeiterInnen werden in neue Formen von Produktion hineingespült. In deren Kämpfen bildet sich dann ein neues Gesicht von Arbeiterklasse heraus. Silver wendet sich mit dieser Lesart von Marx ganz ähnlich wie die frühen, vorideologischen Operaisten (siehe die Kritik am ideologischen Operaismus im letzten Heft) gegen einen dogmatischen und identitären Klassenbegriff. Klasse ist eine in den Umwälzungen der Produktion sich ständig neu herausbildende Größe, die nicht statisch festgehalten werden kann. Sie existiert nur in einer beständigen Dialektik von »technischer« und »politischer Klassenzusammensetzung«, wie es Anfang der 60er Jahre in den *Quaderni Rossi* bezeichnet wurde.

Ergänzend zu der Pendelbewegung erhalten wir so eine Abfolge von Brüchen und *Stufen* in den weltweiten Arbeiterkämpfen: die Macht des globalen Proletariats entwickelt sich nicht gradlinig, aber von Kampfzyklus zu Kampfzyklus erweitert sich ihre materielle Basis. Diese Kombinationen von Pendel- und Stufenbewegungen dienen Silver als Hypothesen für die langfristigen *zeitlichen* Dynamiken der Klassenkämpfe.

Diesen stellt sie Hypothesen zur *räumlichen* Entwicklung zur Seite, um die *ganze* Welt in ihrem *Zusammenhang* in den Blick zu bekommen. Sie knüpft an dem an, was Wallerstein als »Problem auf Systemebene« bezeichnet hat: der historische Kapitalismus kann den Widerspruch zwischen Profitabilität und Legitimität vorübergehend lösen, wenn es ihm durch »Grenzziehungen« gelingt, die sozialen Zugeständnisse auf einen kleinen Teil der weltweiten ArbeiterInnen zu beschränken. Marx habe gehofft, das Kapital werde in seinem Streben nach Ausbeutung selber alle diese Grenzen niederreißen, dabei aber übersehen, wie sowohl von Arbeitern bei der Verteidigung bereits bestehender Rechte als auch von Staaten und Kapitalisten zur Kontrolle des Klassenkonflikts beständig neue Grenzen errichtet und verteidigt werden. Es sei zu vermuten, dass ArbeiterInnen mit etablierten sozialen Sicherungen eher zur Strategie des Ausschlusses greifen werden, während neu sich herausbildende Arbeiterklassen in ihren Kämpfen bestehende Grenzziehungen niederreissen. Für die Frage, wie schnell sich Krisen der Legitimität oder der Profitabilität zuspitzen, spiele die Wirksamkeit bzw. das Zusammenbrechen solcher Grenzziehungen eine zentrale Rolle.

Die Arbeiterunruhen *fixieren* – ein unlösbares Problem des Kapitals

Im nächsten Schritt nimmt sich Silver *den* zentralen Sektor des 20. Jahrhunderts vor und beschreibt auf zwanzig Seiten die Jagd der Automobilproduktion um den Globus – ständig vorwärtsgetrieben von den Unruhen und Aufständen der AutoarbeiterInnen, was sie als »spatial fix«, also etwa »räumliche Fixierung / Regulierung«, bezeichnet. In den 30er Jahren kippt das autoritäre Regime von Fords Fließbandproduktion durch die Welle der Sit-Down-Strikes. Zunächst flieht das Kapital von Detroit, das ursprünglich gerade wegen seines gewerkschaftsfeindlichen Klimas zum Zentrum der US-Autoproduktion wurde, in die Südstaaten. Ab 1958, mit der Wiederherstellung des Weltmarkts durch die Währungskonvertibilität in Europa, wird West- und Südeuropa zur neuen Boomregion. Als das Autokapital dort in den 70er Jahren von Arbeiterrevolten heimgesucht wird, wandert es nach Brasilien und Südafrika weiter – nur um dort eine neue Phase von Klassenkämpfen zu initiieren, die eine ganz andere Durchschlagskraft entwickeln, als dortige Arbeiterkämpfe in den 50er und 60er Jahren, die noch mit Repression erstickt werden konnten. Anfang der 80er Jahre boomt daraufhin die Autoproduktion in

In den letzten Jahren hat die 1944 erschienene Untersuchung »The Great Transformation« von Karl Polanyi wieder vermehrt Beachtung gefunden, weil sie sich gegen die Idee von selbstregulierten Märkten richtet. Polanyi zeigt, dass der historisch völlig neue Versuch, Gesellschaft in Form einer »Marktwirtschaft« zu gestalten, die Grundlagen der Gesellschaft zerstört. Daher werde es zwangsläufig zu einer Gegenbewegung zum »Selbstschutz der Gesellschaft« kommen. Das Buch ist lesenwert, weil es anhand der englischen Sozialgeschichte eindrucksvoll schildert, wie zerstörerisch die Durchsetzung des Kapitalismus verlaufen ist. Seine theoretische Schwäche besteht allerdings darin, diese Prozesse vor allem an der Form des Marktes festzumachen. Daher können heute Kritiker des »Neoliberalismus« und der »Globalisierung«, die lediglich eine Stärkung der »Politik« gegenüber der »Ökonomie« herbeiführen wollen (attac, linke Sozialdemokratie usw.), an seinen Thesen anknüpfen. Im Vergleich zu solchen Kritikformen ist Polanyi, der selber in der Arbeiterbildung aktiv war und der Idee eines Gildensozialismus anhing, allerdings oft deutlich radikaler in seiner Kritik des Lohnsystems und des Arbeitsmarkts.

Karl Polanyi [1944]
The Great Transformation
Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen
Suhrkamp-Taschenbuch,
ISBN 3-518-27860-6,
15 Euro

Eine ausführlichere Würdigung und Kritik von Polanyi's »The Great Transformation« findet sich bei:
Beverly J. Silver und Giovanni Arrighi
Polanyi's »Double Movement«: The Belle Époques of British and U.S. Hegemony Compared
im Internet:
http://sociology.berkeley.edu/faculty/evans/silver_arrighi_polanyi_dec_2002_rev.pdf

Südkorea, was zu einer für Asien neuen Dynamik von anhaltenden Industriearbeiterkämpfen führt. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, so wären Mexiko und China die aussichtsreichsten Kandidaten für die nächste Runde der Militanz von Autoarbeitern.

Auffällig an dieser ständigen Wiederkehr von Kämpfen an neuen Orten sei ihr ähnlicher Charakter, unabhängig von den jeweiligen regionalen und kulturellen Besonderheiten: die Kämpfe überraschen die Zeitgenossen jedesmal mit ihrer Plötzlichkeit und Stärke; sie erzielen trotz der feindlichen und repressiven Einstellung der Unternehmer deutliche Erfolge; sie benutzen unkonventionelle Kampfformen wie Sit-Downs und Besetzungen, bei denen sie die Verwundbarkeit der komplexen technischen Arbeitsteilung in dieser Industrie für sich nutzen; Träger der Kämpfe sind Migranten der ersten oder zweiten Generation, die auf Rückhalt in ihren Communities zugreifen können – und diese Kämpfe gewinnen überall eine allgemeine politische Bedeutung über den Sektor hinaus, sie werden zu Wendepunkten in den Klassenbeziehungen für das jeweilige Land.

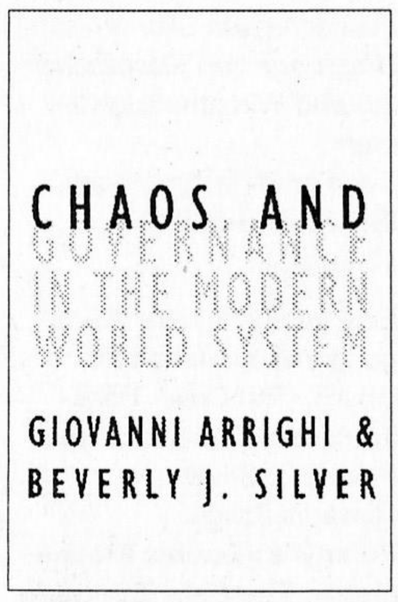
Mit diesen Zyklen der Autoarbeiterkämpfe widerlegt sie einen typischen Mythos aus der Antiglobalisierungsdiskussion: die Klassenkämpfe seien so schwach, weil das Kapital sich heute an jeden beliebigen Platz bewegen und so alle erreichten Erfolge unterlaufen könne. Die räumliche Bewegung der Autoindustrie zeigt das Gegenteil: dort wo es tatsächlich zu massiven Produktionsverlagerungen kommt, entstehen sofort neue Orte von Klassenbildung und von Arbeiterunruhe.

In seinen Versuchen, die Arbeiterunruhen zu fixieren, wechselt das Kapital nicht nur seine Standorte, sondern auch die Produkte, die im Zentrum seiner Akkumulation stehen. Was die Autoproduktion für das 20. Jahrhundert, das war die Textilproduktion für das 19. Jahrhundert – und damit stellt sich die Frage, was nach dem Automobil eine ähnlich zentrale Rolle für Kapitalakkumulation und Arbeiterkämpfe im 21. Jahrhundert spielen könnte. Zur Bestimmung langfristiger Dynamiken wendet sich Silver im nächsten Schritt dem »product fix« zu und fragt danach, wie sich die Grundlagen der Arbeitermacht innerhalb eines Produktzyklus und beim Übergang von einem zum anderen Produkt verändern. Neue Produkte werden zunächst in Hochlohnländern eingeführt, und aufgrund der anfänglich hohen Monopolprofite können Arbeiterunruhen durch weitgehende Zugeständnisse abgefedert werden. Mit der Ausweitung der Produktion steigt die Konkurrenz, wobei die Ausbreitung der Produktion von den Klassenkämpfen vorangetrieben wird – was umgekehrt zu immer neuen Herausbildungen von Arbeiterklasse führt. Die am Autosektor dargestellten Zyklen von räumlichen Verlagerungen sind keine einfachen Wiederholungen, der Bewegungsspielraum der Kapitalisten für stabile Klassenkompromisse wird zunehmend enger. Daher beschleunigt sich das Tempo der Verlagerungen, und die Stabilität der jeweiligen sozialen Übereinkünfte wird brüchiger.

Einen ganz ähnlichen Produktzyklus analysiert Silver bei *dem* zentralen Sektor des 19. Jahrhunderts, der Textilindustrie: ausgehend von ihrer Innovation in England in der industriellen Revolution kommt es ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Verlagerungen in Niedriglohnländer. Das Ende ihres Zyklus mit weitverbreiteten militanten Arbeiterkämpfen in den 20er und 30er Jahren überlappt sich mit dem Beginn des Autozyklus. Aber es gibt wesentliche Unterschiede: die Kämpfe der TextilarbeiterInnen waren sehr viel militanter und heftiger als die in den Autofabriken, endeten aber fast überall mit Niederlagen. Die Textilproduktion war weit weniger auf eine komplexe technische Arbeitsteilung angewiesen, Verlagerungen waren wegen des geringeren Kapitalaufwands einfacher und das Kapital konnte überall auf der Welt ArbeiterInnen finden, die bereits mit der Herstellung von Textilien vertraut waren. Die Niederlage der Textilarbeiterkämpfe und die Herausbildung der Automobilproduktion bestätigen die aus Marx herausgelesene Stufenkonzeption: das Kapital krempelt die gesamte Produktion um, indem es zusammen mit der Einführung eines neuen Produkts neue Maschinerie und Arbeitsorganisation durchsetzt. Die alten Avantgarden der Arbeiterbewegung werden geschwächt, aber es entsteht ein neuer Typus von Arbeiterklasse, der das Kapital auf einer höheren Stufenleiter herausfordert.

Läßt sich diese Entwicklung ins 21. Jahrhundert fortschreiben? Was könnten die neuen Produkte und Produktionsmethoden sein, die nach dem Automobil ein Zentrum von Kapitalakkumulation und Arbeiterunruhen bilden? Als Kandidaten für einen neuen Produktzyklus nimmt Silver vier Sektoren unter die Lupe, in denen ein starker Beschäftigungszuwachs festzustellen ist: die Halbleiterindustrie, produktive Dienstleistungen wie Telekommunikation oder Reinigungskräfte, die Bildungsindustrie und personale Dienstleistungen (leider fehlt hier eine Auseinandersetzung mit dem Sektor von Krankenhaus und Pflege, der gerade in Europa zu einem wichtigen Zentrum von neuen Arbeiterkämpfen geworden ist). Aus dieser Analyse entsteht kein einheitliches Bild, Bereichen mit hoher Arbeitermacht in der Produktion stehen viele Bereiche entgegen, in denen die ArbeiterInnen ihre strukturelle Schwäche an den Orten der Produktion nur durch die Macht ihrer Vereinigung ausgleichen können. Dabei diskutiert sie unterschiedliche Quellen von Arbeitermacht sehr genau, hier sei nur das Beispiel der »Bildungsindustrie« angeführt: Von 1950 bis 1990 ist die Zahl der LehrerInnen weltweit von 8 auf 47 Millionen angewachsen, was von einem parallelen Anwachsen ihrer Kämpfe begleitet wurde. Dabei ge-

Vor vier Jahren haben Arrighi und Silver ein Buch herausgebracht, in dem die heutige Umbruchsituation des kapitalistischen Weltsystems mit zwei früheren verglichen wird: dem Übergang von der Niederländischen zur Britischen und von der Britischen zur US-Amerikanischen Hegemonie im Weltsystem. Dies dient ihnen als Grundlage, um im Vergleich zu den langfristigen Tendenzen die Bedeutung des heutigen Niedergangs der US-Hegemonie einschätzen zu können. In dem Kapitel über »Die sozialen Ursprünge von Weltmächten« arbeiten Beverly Silver und Eric Slater heraus, wie von Umbruch zu Umbruch die Rolle der proletarischen Kämpfe eine zunehmend größere Bedeutung für die Gestalt des neuen Weltsystems gespielt haben.



Giovanni Arrighi / Beverly Silver
Chaos and Governance in the Modern World System
University of Minnesota Press, 1999,
ISBN 0-8166-3152-2

Aus einem Gespräch mit Beverly Silver 1995:
»Dass ich in Detroit in den 60er Jahren, in einer Zeit wichtiger sozialer Unruhen, aufgewachsen bin, hat wahrscheinlich mein Interesse an sozialen Bewegungen entzündet. In den 70er und 80er Jahren habe ich dann ein stärkeres theoretisches Interesse an der Arbeiterbewegung entwickelt, vor allem an den stattfindenden globalen Umwälzungen – Verlagerung der Produktion in Niedriglohngebiete, Automatisierung und zunehmende Benutzung von unregulierten Arbeitsverhältnissen wie Heimarbeit in der Industrie und migrantischer Arbeitskraft zu Schwitzbudenbedingungen. (...)
Heutzutage hörst du in den Sozialwissenschaften und den Studien zur Arbeiterbewegung viel über einen *allgemeinen* Rückgang der Arbeiterbewegung. Aber wenn du über Westeuropa und die USA hinaus schaust, dann wirkt dieser Eindruck eines Rückgangs der Arbeiterbewegungen ziemlich eurozentristisch. In Ländern, die manchmal als »sich neu industrialisierend« bezeichnet werden, sind wichtige und starke Arbeiterbewegungen entstanden. Ich denke da an Länder wie Spanien, Brasilien, Polen, Südkorea und Südafrika. (...)
Diese ganzen Ereignisse in den 70er und 80er Jahren, der Rückgang der Arbeitermilitanz in den Kernländern und ihre gleichzeitige Zunahme in anderen Ländern, können tatsächlich als ein einziger zusammenhängender Prozess betrachtet werden. (...) Brasilien, Südafrika, Südkorea und sogar Polen wurden zu Orten für Investoren, die unter anderem vor den militanten ArbeiterInnen in den Kernländern flohen. (...)

Mir wurde klar, wenn du den zeitlichen Horizont so weit erweiterst, dass Du feedbacks über die Zeit hinweg erkennen kannst, und wenn du den räumlichen Horizont der Untersuchung über den Nationalstaat hinaus ausweitest, dann fängst du an, die Dinge anders zu sehen. Dann kannst du z.B. die Streikwellen in Detroit in den 30er Jahren, in Turin in den späten 60er Jahren und in Sao Paolo und Ulsan in den späten 70er und in den 80er Jahren als einen einzigen weltweiten Prozess von Arbeitermilitanz und kapitalistischer Antwort erkennen. (...)

Als ich an die Uni SUNY-Binghamton kam, die damals der Hauptsitz für Weltsystemanalysen war, schloß ich mich einer neuen Forschungsgruppe über Arbeiterbewegungen im Weltsystem an, die World Labor Research Working Group. Ein Kritikpunkt, der gegen die früheren Schriften zum Weltsystem angeführt wurde, war, dass sie die Ursachen für die historische Entwicklung der modernen Welt zu sehr bei den Handlungen von oben, von Kapitalisten und den Kernstaaten suchten. Entsprechend wurde kritisiert, dass die Weltsystemtheorie die Rolle des Widerstandes von unten für die Ausprägung der historischen Ergebnisse unterschätzte. (...)
Unsere bisherigen Untersuchungsergebnisse weisen in viele neue Richtungen für zukünftige Forschungen. So fanden wir eine enge Beziehung zwischen Weltkriegen und großen weltweiten Ausbrüchen von Arbeiterunruhen. Darüber hinaus sahen wir, dass explosive Arbeiterunruhen ein allgemeines Kennzeichen der Phase von Krise und Niedergang der Britischen Welthegemonie waren. Daraus ergibt sich die Frage, ob es hier ein zyklisches Muster gibt. Wird sich der Trend der letzten Jahrzehnte, also die zunehmende geographische Verschiebung des Konflikts zu immer mehr Gebieten der Peripherie, fortsetzen? Oder wird es stattdessen mit dem Niedergang der Macht der USA auf Weltebene eine Rückkehr zum Muster der explosiven weltweiten Unruhen geben? Solche Fragen lassen sich nur aus einer globalen Perspektive stellen.«

<mi>http://www.jhu.edu/~igscph/win94sil.htm

hört die Bildungsindustrie zu den wenigen Sektoren, in denen die Arbeiterunruhen auch in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts noch zugenommen haben, während sie in fast allen anderen Bereichen zurückgingen. Im Vergleich zu Autoarbeitern ist ihre Macht am Arbeitsplatz begrenzt, da der Ausfall des Unterrichts in einem Klassenraum keine Auswirkungen auf andere Klassenräume hat. Gesamtgesellschaftlich bringen ihre Streiks aber das Funktionieren der Gesellschaft durcheinander und können die notwendige Sozialisierungsfunktion der Schule untergraben. Einer schwachen Stellung in der technischen Arbeitsteilung steht hier also eine starke Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gegenüber.

Insgesamt scheint es aber noch zu früh, um Thesen über einen neuen »product fix« aufzustellen. Die heutige Situation erinnere stärker an die Textilarbeiter des 19. Jahrhunderts, die ihre schwache Macht am Arbeitsplatz durch die Stärke und Militanz ihrer Vereinigungen kompensieren mußten, als an die der Autoarbeiter des 20. Jahrhundert. Aber damals spielte noch eine weitere Ebene eine überragende Rolle für die Entwicklung der Arbeitermilitanz, der sich Silver abschließend zuwendet: die Dynamik der Weltpolitik.

Krieg als Motor des Klassenkampfs: auf dem Weg zu einer neuen Unregierbarkeit der Welt?

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte Wellen von Arbeitermilitanz und revolutionären Aufständen, die sich nicht allein aus den materiellen Veränderungen der Arbeitermacht an den Orten der Produktion erklären lassen. Die gestiegene Abhängigkeit des Kapitals von den ArbeiterInnen auf der Welt bildete die Basis und das Bedrohliche dieser Kämpfe, für ihren Ausbruch war aber entscheidend, dass der durch den Weltmarkt vermittelte Zusammenhang des Kapitalismus und die staatliche Regierbarkeit des Weltsystems in eine schwere Krise geraten waren. In den ersten Analyseschritten hatte Silver die räumlichen Verlagerungen und die Wechsel zwischen zentralen Produkten auf ihre Bedeutung für die Entwicklung von Arbeitermacht und -militanz hin untersucht, dabei aber eine funktionierende Ordnung von Weltmarkt und staatlicher Regierbarkeit vorausgesetzt, die für diese kapitalistischen Gegenstrategien erforderlich sind. Für einen Umbruch wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es entscheidend, dass dieser ganze Rahmen ins Wanken geraten war. Seinen zugespitzen Ausdruck fand die Krise in den beiden Weltkriegen, weshalb sich Silver genauer mit dem Zusammenhang zwischen Krieg, Rüstungsproduktion und Arbeiterunruhen auseinandersetzt. Während die Dynamiken der räumlichen Verlagerungn innerhalb von Produktzyklen sich auf das weltweite Niveau der Arbeitermilitanz glättend auswirken – das Ansteigen der Kämpfe an einem Ort wird durch ihre Schwächung an einem anderen ausgeglichen –, führten die Weltkriege zu einem »cluster«-Effekt: am Ende beider Weltkriege und danach schoben sich gleichzeitige Kämpfe überall auf der Welt zusammen und führten zu einem historisch völlig neuen Einfluss des Klassenkonflikts auf die Weltpolitik. Silver zeichnet dann die schwierige und von Anfang instabile und mit Widersprüchen behaftete Herausbildung einer neuen Weltordnung unter Führung der USA nach, um abschließend die Frage zu stellen, ob wir uns heute mit dem Niedergang dieser Hegemonialmacht wieder in einer Phase zunehmender Unregierbarkeit der Welt befinden. Ihre Analyse hat gezeigt, dass dann erneut eine weltweite und gleichzeitige Eskalation von Arbeiterunruhen zu erwarten ist.

Was bisher geschah

Im letzten Heft ist uns ein Fehler unterlaufen. Amiris Artikel: *Barbaren und Haushaltskürzungen* fängt an: »Ich fing im Winter an, die amerikanische Ausgabe von *Weltmacht USA – Ein Nachruf* zu lesen, und war davon so geschockt, dass ich gleich noch *Die neoliberale Illusion* lesen muste….« Dabei gibt es gar keine amerikanische Übersetzung von Todds Büchern! Amiri hatte sie im französischen Original gelesen, »amerikanische Ausgabe« war eine Interpretation und Hinzufügung des Übersetzers, weil Amiri beide Titel nur in Englisch angegeben hatte.

Wir möchten diese Richtigstellung auch nochmal zum Anlass nehmen, auf diesen tollen Artikel in der letzten Wildcat hinzuweisen, den offensichtlich viele überlesen haben – zumindest haben wir dazu keine Reaktionen gekriegt. Eine längere Version des Artikels in englischer Sprache gibt es unter dem Titel *Barbarians and Budget Cuts* auf *http://www.munism.com*

Beide Bücher von Emmanuel Todd sind in Deutsch erschienen, *Weltmacht USA – Ein Nachruf* (Piper München 2003), sowie: *Die neoliberale Illusion – Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften* (Rotpunktverlag Zürich 1999). (Originalausgaben: *Après L'Empire: Essai sur la décomposition du système américain* (Gallimard, 2002) sowie *L'Illusion Économique: Essai sur la stagnation des societés développées* (Gallimard, 1998)

FreundInnen und LeserInnen haben uns auf weitere Fehler im letzten Heft hingewiesen, z.B. L aus M: »…. (im) Artikel *Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?* hätten zumindest ein paar Fußnoten bzw. Anmerkungen in den Randspalten (oder auch in separaten Kästen) hinzugefügt werden müssen. (Proletaritätsdebatte, Polanyi, Panzieri, Wallerstein – das dürften für die meisten böhmische Dörfer sein und sollte zumindest in 2-3 Sätzen erklärt werden).«

Das war ja genau unsere Idee mit den Marginalspalten: da kann man jede Menge Zeugs reinpacken, Quellenangaben, Worterklärungen, Verweise auf weiterführende Literatur usw. usf. Uns ist im Nachhinein auch aufgefallen, dass wir uns beim Operaismusartikel diese Möglichkeit verschenkt haben – und gerade hier wäre sie ziemlich nötig und sehr leicht realisierbar gewesen! Auf Wallerstein gehen wir jetzt nicht näher ein; Panzieri und die Proletaritätsdebatte werden im nächsten Heft wieder ausgiebig diskutiert werden. Aber vielleicht ein kurzer Nachtrag zu Polanyi. Er wird im Artikel *Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?* so erwähnt: »Die Vorstellung einer Epoche des Konkurrenzkapitalismus lässt sich historisch nicht halten, womit sich auch die theoretischen Probleme in einem neuen Licht zeigen. Polanyi hat gezeigt, dass es in der Geschichte keine den Märkten selber innewohnende Tendenz gibt, sich auszuweiten, dass die Ausweitung von Märkten nur durch gezielte und gewaltsame Eingriffe zustandekam.« Dabei ist Polanyi selbst durchaus widersprüchlich: so schreibt er in seinem Hauptwerk *The Great Transformation (S.292)*, aufgrund des »Versagens der Marktutopie«, sei zu Beginn dieses Jahrhunderts eine Transformation in Gang gekommen, in der den »selbstregulierten Märkten« (insbesondere für Arbeit, Boden und Geld) Fesseln angelegt wurden. Die meisten Leute, die sich seit den 90er Jahren auf Polanyi beziehen, meinen diese falsche Entgegensetzung und nicht seine wichtigen historischen Einsichten in den Charakter von Märkten als geschaffenen Institutionen – was er selber wieder vergisst oder nur als historische Entstehungsgeschichte behandelt, wenn er die Ideologie der »selbstregulierten Märkte« für bare Münze nimmt.

Polanyi kommt in diesem Heft auch in der Besprechung von Beverly Silvers Buch *Forces of Labor* (S. 56 ff.) vor.

Erhältliche Ausgabe: *Karl Polanyi* (2001; englisches Original: 1944), **The Great Transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen** Frankfurt/M: Stw, 15 Euro.

Zum dritten ist uns nach Diskussionen über den Artikel zur Agenda 2010 in der letzten Nummer klar geworden, dass wir die sozialen Auswirkungen der neuen Gesetze und Verordnungen zu wenig in den Vordergrund gerückt haben. Vor allem das Ende des Artikels liest sich so, als ginge es um neue (sportliche) Herausforderungen für die Arbeitslosen, die aber mit ein wenig Phantasie durchaus zu meistern wären. Das wird auch für viele, vor allem aus der Linken zutreffen, und wir hoffen, dass sich die neuesten Tips und Tricks auch über diese Szene hinaus schnell verbreiten.

Aber eine ganz andere Ebene ist auch wichtig: Arbeitslose werden auf den Ämtern verstärkt *eingeschüchtert*, ihre Unkenntnis der Gesetzeslage ausgenutzt, sie werden gezielt in Sperrzeiten getrieben usw. Die triumphierenden Meldungen der Bundesanstalt für Arbeit sprechen für sich: im ersten Halbjahr 2003 hat sie im Vergleich zu 2002 die Sperrzeiten im Westen um 24 und im Osten um 42 Prozent gesteigert. Viele Leute kriegen das gar nicht mehr hin nach Jahren der Arbeitslosigkeit mehrere Bewerbungsversuche pro Monat zu machen usw.. Das Anziehen dieser Schrauben ist ein sozialer Auslese-prozess!

Viertens sind natürlich viele Geschichten weitergegangen, über die wir im letzten Heft berichtet hatten (Bauarbeiter Berlin, Streik-Ende bei Panasonic und Heidelberg, Lehrerstreiks in Italien und Frankreich ...), dazu im Anschluss die Berichte.

Witzig fanden wir fünftens den Brief eines Lesers, so etwa in dem Ton *habt Ihr Euch ja schön angestrengt, was zur Musik zu schreiben, aber hehe, die Sache ist wieder mal viel einfacher:* »Warum haben die Free Jazzer irgendwann nicht mehr in Moers gespielt? Weil sie Ende der 70er Jahre nicht mehr

bereit waren, zu den Moers-typischen Hungerbedingungen zu spielen. Der Veranstalter hat dann einfach die genommen, die nix kosteten. Musik? Egal. Ein Glücksgriff war das schon, denn es war die New Yorker Down-Town-Szene, die damals noch am Hungertuch nagte. Als die Musiker – von Sharp bis Zorn – etabliert waren, und also angemessenere Gagen wollten, kam halt die nächste Generation. Im Prinzip muss man in Moers das Geld zum Spielen selber mitbringen.« Der letzte Satz sei natürlich eine satirische Zuspitzung ... tatsächlich hatten wir auch diskutiert, ob der Trend zu »Weltmusik« in Moers nicht ganz banal (andere würden sagen »materialistisch«) solche Gründe hat – nur haben wir uns nicht getraut, das auch so zu schreiben.

Sechstens – und jetzt kommt's – haben wir uns überlegt, dass das ja immer so sein wird: es gibt Fehler zu berichtigen, Informationen nachzutragen, Kommentare von LeserInnen ... Deshalb haben wir uns überlegt, mit einer Rubrik »Was bisher geschah« zu experimentieren. Hier sollen alle diese Sachen rein – und nicht irgendwo im Heft ins »Kleingedruckte«. Und vielleicht führt das ja auch dazu, dass wir mehr LeserInnenbriefe kriegen, die auch ausdrücklich zum Abdruck bestimmt sind...?

Die Rubrik ist eröffnet!

»Es gibt ein Leben nach Heidelberg«

(aus einem Streikflugblatt bei den Heidelberger Druckmaschinen)

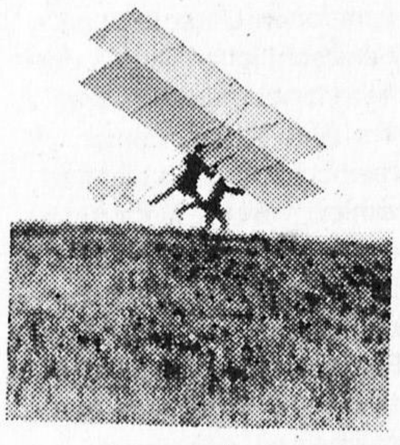
Im letzten Heft berichteten wir über einige Streiks gegen Massenentlassungen. Hier die Resultate im Nachtrag.

Im Kieler Werk der *Heidelberger Druckmaschinen* haben sich die ArbeiterInnen inzwischen für ein Sozialplanangebot mit relativ hohen Abfindungen ausgesprochen (mit ca. 62 Prozent in einer Urabstimmung). Dabei spielen Alter und Beschäftigungsdauer der ArbeiterInnen die wesentliche Rolle. Hinzu kommt eine »Arbeitsmarktzulage« von 2500 Euro, für jedes Kind weitere 2500 Euro. Schwerbehinderte bekommen ebenfalls 2500 Euro. Die Höchstgrenze für die Abfindungen wurde auf 80 000 Euro festgelegt. Zusätzlich zahlt eine Transfergesellschaft – gestaffelt nach Lebensjahren - Kurzarbeitergeld plus 10% des letzten Monatsbruttolohnes.

Im Werk Neumünster von *Panasonic* nahmen ca. 80 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ein Abkommen an: Die 400 Gekündigten werden in zwei Qualifizierungsgesellschaften verschoben. Nach mindestens zweimonatiger Kündigungsfrist betragen die Abfindungen 90% eines Monatslohnes pro Beschäftigungsjahr. Sie erhöhen sich um 10% eines Monatslohnes pro Beschäftigungsjahr bei Ausscheiden aus der Transfergesellschaft in den ersten sechs Monaten. Zusätzlich gibt es 750 Euro pro unterhaltspflichtigem Kind und 1500 Euro für Schwerbehinderte.

Bei Panasonic gelang es den Kapitalisten, ab der dritten Streikwoche die Produktion mit 250 Streikbrechern (LeiharbeiterInnen, aber auch Beschäftigte des Werkes) wieder anlaufen zu lassen. Allerdings mit geringer Stückzahl und schlechter Qualität. Geködert wurden die Streikbrecher mit der Zahlung von 10 Euro netto pro Streiktag, was 200 Euro für die gesamte Streikzeit bedeutet.

Die ArbeiterInnen haben den Streikbruch vor dem Tor zwar verbal angegriffen, aber nicht behindert. Die Auseinandersetzung wurde der Gewerkschaft überlassen, die »juristisch« gegen den Streikbruch vorgegangen ist.



Was bleibt?

Obwohl bei beiden Streiks die Ergebnisse hinter den ursprünglichen Forderungen zurückblieben (bei *Heidelberg* »Erhalt aller Arbeitsplätze zu Lasten der Profite«, bei *Panasonic* zwei Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr Abfindung), konnte erheblich mehr herausgeholt werden, als es inzwischen üblich ist. Damit stehen die beiden Streiks eindeutig dafür, dass nicht Verzicht was bringt, sondern Kampf.

In beiden Betrieben hatten die ArbeiterInnen sich vorher auf schlechtere Arbeitsbedingungen eingelassen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Dass diese Zugeständnisse wenige Monate später in die Werksschließungen mündeten, hat sicherlich zur Kampfbereitschaft beigetragen. In beiden Betrieben hat es eine starke eigenständige Mobilisierung in der Belegschaft gegeben. Dennoch ist es der Gewerkschaft gelungen, die Kontrolle über die Kämpfe zu bekommen. Trotzdem stechen beide Streiks aus dem sonst üblichen Gejammer über den Verlust von Arbeitsplätzen hervor.

Lohnraub an Berliner Baustelle:

Fortsetzung folgt...

Was bisher geschah: 19 Bauarbeiter afrikanischer Herkunft wurden bei Abrissarbeiten an den Rathauspassagen Berlin/Alexanderplatz zu 6,25 Euro/Std. angeheuert und am Ende um 13 500 Euro geprellt. Verschiedene Bemühungen (Anwälte, Pressearbeit...) gipfelten fast ein Jahr später in einer Demonstration vor der Baustelle und Verhandlungen mit dem Bauauftraggeber, der *Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM)*, die einwilligte, ihren Auftragnehmer dazu zu bewegen, die ausstehenden Löhne zu bezahlen.[1]

In den Verhandlungen hatte sich die *WBM* darauf eingelassen, den ausstehenden Lohn auf das Konto einer Unterstützergruppe zu zahlen und von dieser verteilen zu lassen. Dieses Geld ist tatsächlich angekommen und verteilt worden. Dieser erstaunliche Erfolg hat sich herumgesprochen: Zum einen hat das Arbeitsamt mit Unterstützung der Polizei[2] am 2. 7. 2003 eine Razzia auf dieser Baustelle durchgeführt. Die antirassistischen Initiativen hatten im Vorfeld der Kampagne um die ausstehenden Löhne an der Baustelle in mehreren Sprachen auf mögliche Razzien hingewiesen[3]. Über die konkreten Folgen der Razzia bzw. die Wirkung der Warnung ist nichts bekannt.

Zum anderen haben sich weitere 23 Bauarbeiter, die zwischen Mai und Oktober 2002 für 5 verschiedene Subunternehmen an derselben Baustelle gearbeitet haben und um Teile ihres Lohns, insgesamt über 32 000 Euro, geprellt wurden, gemeldet. Immer noch ist unklar, wieviele Arbeiter allein auf dieser Baustelle um Teile ihres Lohns geprellt wurden. Die Geschichten dieser Arbeiter zeichnen ein klares Bild von der Situation am (Berliner) Bau: Wie von einer unsichtbaren Hand gesteuert übernehmen nacheinander verschiedene Subunternehmen die Abbrucharbeiten an der Baustelle Rathauspassagen immer genau dann, wenn das vorhergehende Subunternehmen pleite macht oder dessen Arbeiter nicht mehr länger ohne Lohn arbeiten. Lohnraub und illegal untertarifliche Entlohnung[4] haben System. Das ist den Arbeitern auch bekannt, die verschiedene Wege beschreiten, um doch an ihr Geld zu kommen. In einem Fall nahmen Arbeiter dieser Baustelle die Werkzeuge als Pfand und erzwangen so die sehr schnelle Auszahlung ihres ausstehenden Lohnes.

So schnell werden die 23 Arbeiter ihr Geld nicht bekommen: Am 23.09.2003 fand ein Gespräch zwischen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, der Gruppe *Elexir-A* und einigen Arbeitern einerseits und der Geschäftsführung und PR-Abteilung der WBM andererseits statt. Neben den ausstehenden Löhnen ging es bei dem Gespräch auch um die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Arbeitssicherheit auf dieser Baustelle. Nach Aussagen von Gesprächsteilnehmer-Innen zeigte sich die Geschäftsführung der WBM von der *Nachweisbarkeit* des Lohnraubs beeindruckt und durchaus kooperativ. Die WBM will den Fall intern prüfen, ein weiterer Gesprächstermin ist für Anfang Oktober angesetzt.

Am Abend des 23. fand eine erste Gesprächsrunde mit potentiellen UnterstützerInnen statt, bei der verschiedene Strategien im Umgang mit dem Thema allgemein und der WBM im besonderen erörtert wurden. Dieses Treffen hätte besser besucht sein können, es zeigten sich aber sowohl Verknüpfungsmöglichkeiten mit »angrenzenden« Problematiken (wie der Kampagne gegen die Weigerung von ca. 70 % der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, an Flüchtlinge zu vermieten; die Arbeitssituation am Bau allgemein...), als auch Möglichkeiten der Öffentlichkeits-, Mobilisierungs- und Lobbyarbeit für diesen konkreten Fall des Lohnraubes. Fortsetzung folgt...

Dienstag, der dreiundzwanzigste, MM

[1] *Probieren kann man's ja mal...*; wildcat Heft 66/6

Ausführlicher: *...tausendmal ist nichts passiert ...*; express 08/2003;

http://www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/wbm-mueller.html

[2] Eine Umständlichkeit in der Arbeitsteilung der Staatsorgane, die durch die rot-grüne Regierung beseitigt wird: Künftig wird nicht mehr das Arbeitsamt, sondern der Zoll für die Verfolgung von Schwarzarbeit zuständig sein.

[3] **An die Arbeitenden der Baustelle „Rathauspassagen"!**

Auch hier wurden Arbeitende schon um ihren Lohn betrogen, wie es auf vielen Baustellen vorkommt. Oft versuchen Unternehmen, den rechtlichen Status der Arbeitenden auszunutzen. Der (Sub-)Unternehmer meint, er brauche nicht zu zahlen, weil die Betroffenen sich nicht wehren könnten. Doch er täuscht sich. Deshalb wird mehr zu dieser Praxis auch in den nächsten Tagen in der Presse erscheinen, dabei wird möglicherweise auch diese Baustelle genannt. Nicht die Herkunft der Arbeitenden ist das Problem, sondern ihre Ausnutzung und Illegalisierung. Das sehen die zuständigen Behörden jedoch anders. Deshalb kann in nächster Zeit wieder verstärkt mit Kontrollen oder ähnlichen Schikanen gerechnet werden. Aber auch mit solidarischen Demonstrationen.

[4] Die Tarifverträge für das Baugewerbe sind bundesweit gesetzlich für allgemein gültig erklärt, untertarifliche Entlohnung ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit Geldbußen bis zu 500 000 Euro belegt werden.

Wie man sich vor Lohnbetrug schützen kann

- Arbeitstagebuch: Stundenzahl, Überstunden, Wochenend- und Nachtarbeit, Tätigkeiten....
- Kenne deine KollegInnen: Namen; wie kann man sie erreichen...
- Kenne deinen Arbeitgeber: Firmenname, Sitz, Kontaktperson... Auf dem Bau: Name des Bauleiters oder des Generalunternehmers.
- Mach Fotos vom Arbeitsplatz und von dir bei der Arbeit als Beweis, dass du gearbeitet hast
- Mach Notizen von Absprachen mit dem Chef. Notiere Zeugen.
- Mahnbescheide gibt´s beim Amtsgericht oder in Berlin am Kiosk

Kontakt:

Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB)
Tel.: 0177 - 720 16 29;

Elexir-A
(eine aus der Anti-Residenzpflichtkampagne hervorgegangene antirassistische Gruppe); erreichbar über:
Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin,
Tel.: 030 - 785 72 81, *ari-berlin@gmx.de*

Italien:

»Emergenza precaria«

Das neue Schuljahr beginnt in Italien mit dem was als »prekärer Notstand« bezeichnet worden ist. Mit dem einfachen System, zwei Jahre lang keine Neueinstellungen vorzunehmen, hat die Regierung Zehntausende von festen Stellen gestrichen und gleichzeitig die Masse der an der Schule prekär Beschäftigten aufgeblasen: dazu gehören Lehrer sowie Beschäftigte in der Werkstätten, in der Verwaltung und in der Reinigung. Die strategische Hypothese der Regierung ist deutlich: das Personal reduzieren ohne jemanden zu entlassen. Es reicht, die Prekären nicht einzustellen.

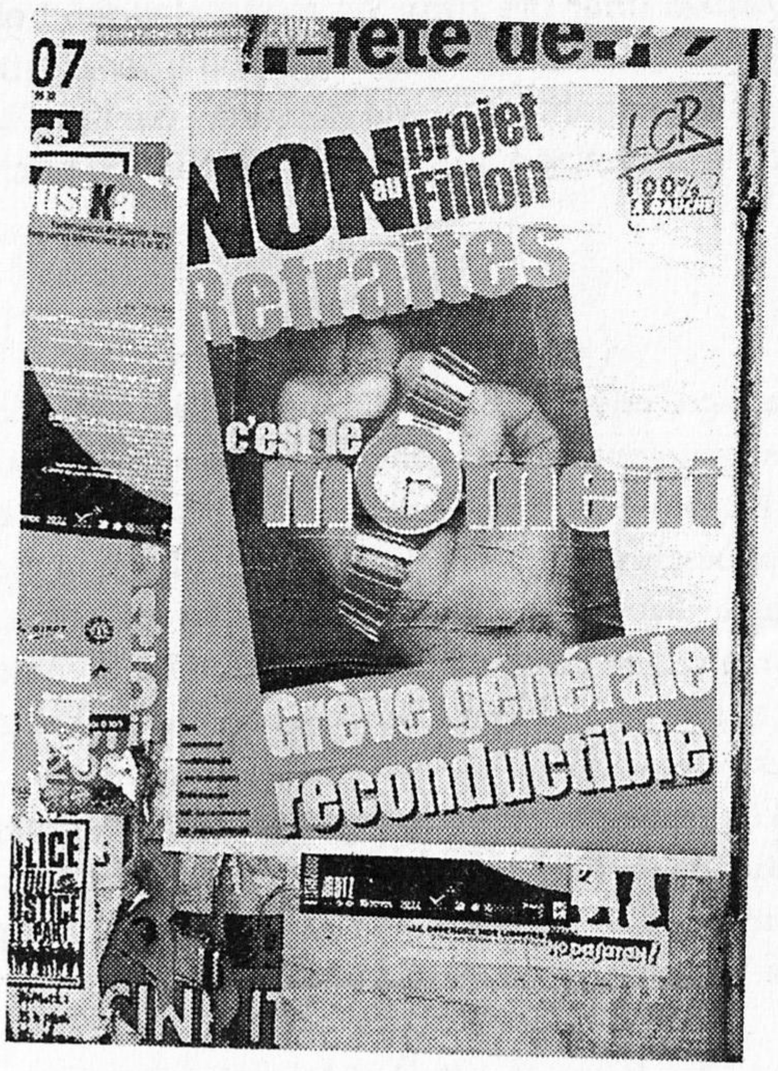
Andererseits – die Welt ist grausam – produziert diese Schulpolitik wachsende Widersprüche. Der Anteil der Prekären an den Schulen ist auf 20 Prozent des Personals gestiegen, wobei der Schwerpunkt im Süden liegt, wo die Schule wie der öffentliche Dienst insgesamt der privilegierte Ausweg aus der Arbeitslosigkeit bleibt. Die große Mehrheit der Prekären, das dürfen wir nicht vergessen, hat einen oder mehrere »Concorsi«[1] gewonnen und damit eigentlichdas Recht auf Festeinstellung erworben; das wird nun zum gesellschaftlichen Problem.

Man braucht nur daran zu denken, dass in Sizilien die Rechte bei den letzten Parlamentswahlen 61 von 61 Wahlkreisen gewonnen hat, wenn man verstehen will, welches Bedürfnis nach Konsens und sozialem Frieden die politische Schicht der Rechten selbst und vor allem ihre christdemokratischen und faschistischen Komponenten hat, was mit der Politik der »Härte« seitens des Zentrums kollidiert.

Die Prekären haben ein überaus dichtes Netz von Komitees, Koordinationen und Gruppen, die sich als Info-Mailliste organisieren, geschaffen. Sie machen mit ihren Initiativen Druck auf die Schulverwaltung, die Gewerkschaften und die Parteien.

Die institutionalisierten Gewerkschaften und die parlamentarische Linke, deren frühere Personalpolitik sich nicht sehr von der der Rechten[2] unterschied, verschreiben sich nun der Sache der Prekären und versichern, dass die Beschäftigten Schutz benötigen.

Paradoxerweise nehmen an den Mobilisierungen nicht allzu viele Leute teil. Es sind eher Tumulte vor und in den Verwaltungsbüros, aber die Zeitungen veröffentlichen Hunderte Briefe von Prekären. Die Regierung hat daraufhin ein Dekret erlassen, das die Festeinstellung neu regeln soll, aber bisher werden keine Festeinstellungen vorgenommen, man wartet möglicherweise bis zum nächsten Wahlkampf damit.



Andererseits zeigen Mobilisierungen wie die im Mai/Juni in Turin, dass eine Front möglich ist, die Prekäre und Festangestellte vereint: denn viele befürchten, aus der Schule rausgeschmissen zu werden oder in andere Regionen oder private Einrichtungen ausgelagert zu werden.

Die Situation ist also in Bewegung, mit allen Schwierigkeiten, die in der Sache selbst liegen, d.h. in erster Linie in der Spaltung der verschiedenen Gruppen von Prekären. Kurz gesagt, mit den Streiks an den Schulen werden wir feststellen, ob auf das Donnern der Proteste entsprechende Blitze folgen werden.

[1] Concorsi sind Stellenausschreibungen für Jobs im öffentlichen Dienst, die aber ähnlich einer Lotterie ablaufen: Hunderte von Bewerbern kommen an einem Ort zusammen und legen ein Prüfung für wenige Stellen ab. Aber auch wer die Prüfung besteht, bekommt nicht sofort einen Job, sondern muss warten, bis der Staat wirklich einstellt.

[2] Die Rechte muss die Interessen der privaten und Konfessionsschulen schützen und hat diesbezüglich einiges unternommen, aber sie war dabei wesentlich kohärenter und entschlossener als die Linke.

Die Waffe der Kritik ...

grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte

"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."

Aus dem Editorial der Nr. 1

probenummer? Bestellungen an: grundrisse@gmx.net oder an "grundrisse", Antonigasse 100/8A - 1180 Wien.
weitere Infos: http://www.grundrisse.net

Frankreich, im September 2003:

Der Artikel über die zum Teil monatelangen LehrerInnen-Streiks und Schulbesetzungen in Frankreich im letzten Heft hat ausführlich über die beteiligten Kräfte und ihre Motivation berichtet. Die Regierung schaffte es – wie geplant – die Konflikte durch die lange Pause der Sommerferien stillzulegen. Hier Notizen aus Paris zur Situation nach den Ferien.

Katerstimmung?

Eine erste Feststellung: Die Kämpfe wurden zwar wiederaufgenommen, aber trotz der Streiks und massiven Demonstrationen – teilweise auf bestimmte Bereiche beschränkt – steht das Kräfteverhältnis immer noch zu Gunsten der Regierung (auch wenn sie momentan wegen der Zahl der Hitzetoten im Sommer und der katastrophalen »Behandlung« dieses Ereignisses geschwächt ist).

Für die beiden Hauptbewegungen, die Bewegung im Bildungsbereich und die Bewegung der Befristeten im Beschäftigungsprogramm, gibt es bis jetzt bei ihren Hauptzielen keinen Erfolg.

Zur Bewegung der befristet über das Jugendbeschäftigungsprogramm Eingestellten

Die beiden Reformprojekte (Verschlechterung der Ruhestandsregelung und der Arbeitslosenunterstützung für Techniker im Kulturbereich und Kunstschaffende) sind offiziell »durchgegangen«. Die Bewegungen gegen diese Reformen bleiben in erster Linie defensiv, aber die Betroffenen leisten noch Widerstand: Möglicherweise deswegen, weil sie sich auch auf Koordinationen stützen und nicht vollständig von Gewerkschaftsorganisationen kontrolliert werden.

Der Kampf der Befristeten führte in diesem Sommer zur Störung oder Absage zahlreicher Festivals. Sie sehen sich einer noch viel härteren Situation gegenüber: Die Reform ihres besonderen Arbeitslosensystems tritt in Kürze in Kraft, und die klare Ablehnung jeglicher Konzessionen durch die Regierung zeigt, wie begrenzt ihre Aktionsmittel sind. Die Positionen beider Seiten, des Ministers und der kämpfenden Befristeten, sind jetzt offensichtlich verhärtet. Ein Teil der Kämpfenden will den Kampf ausweiten und verdeutlichen, dass der Angriff auf sie alle Prekären betrifft. Aber zur Zeit scheint das keine Zusammenführung der Kämpfe auszulösen.

Ein weiterer Plan der Regierung zielt auf alle Leute, die im Beschäftigungsprogramm sind, und noch stärker auf die Arbeitslosen. Es handelt sich dabei um die Einführung des »Mindesteinkommens für Aktivität«. Es zwingt die Arbeitslosen, jede Beschäftigung anzunehmen, egal was es ist. Andernfalls wird ihnen der Unterhalt gestrichen.

Die Kampfperspektiven der Befristeten.

Die 35 regionalen Koordinationen setzen ihre Vollversammlungen fort. Anfang September fand eine erste Demonstration mit ziemlich vielen Teilnehmern statt. Die Aktionen werden überall in Frankreich fortgesetzt: Besetzungen von kulturellen Gebäuden, Verwaltungsgebäuden, des MEDEF (Arbeitgeberorganisation, die Hauptanstifter der Reform ist), Störungen von Filmen und Sendungen ...). Die letzte Aktion: Eine Direktübertragung eines staatlichen Senders mit dem Minister persönlich und anderen geladenen Teilnehmern wurde fast eine Viertelstunde lang unterbrochen ... offiziell auf Grund eines »technischen« Problems.

Die Forderungen der Befristeten sind nicht immer sehr klar, sie fluktuieren zwischen materiellen Forderungen und nebulösen Debatten über die Kultur. Dennoch, die Weigerung des Ministers, die Reform rückgängig zu machen, und die Begrenztheit ihres Kampfes treiben sie zur Radikalisierung. Vor jeder Verhandlung beharren sie auf ihrer Vorbedingung: Die Aufhebung (oder ein »Moratorium«) der Reform. Das allerneueste Beispiel der Verhärtung der Konfrontation: Ein Teil der Koordinationen wurde zusammen mit den Gewerkschaften zu einem Treffen mit dem Minister eingeladen. Sie beschlossen, nicht hinzugehen. Bei den letzten Treffen ist ihnen klar geworden, dass man eh nicht auf sie hört (»man sagt die richtigen Sachen, man macht Vorschläge, und dem Minister ist es scheißegal«). Es ist ein Bewusstsein entstanden, dass diese Art von Zusammenkünften zu nichts taugt.

Die Intendanten der Theater und kulturellen Stätten haben sich mehr oder weniger für die Aufhebung der Reform ausgesprochen. Der Minister, der sie dazu einlud, an der »Tagung für ein lebendiges Theater« teilzunehmen, reagierte auf ihre Ablehnung mit einer Erpressung. Entweder ihr kommt, oder ihr bekommt für die Aufrechterhaltung eures Betriebs keine Subventionen mehr (mindestens das ist eindeutig).

Bei den Befristeten wird zur Zeit diskutiert, was die Gründe für den bisherigen mangelnden Erfolg sind und welche anderen Kampfmöglichkeiten mehr Erfolg versprechen. Bringen die gewerkschaftliche Ohnmacht in den letzten Kämpfen (die Reformen sind durch)und die unterschiedlichen Repressionsformen

der Regierung (Druck auf Demonstrationen, Gehaltsabzüge, weniger Urlaubstage ...) die Beschäftigten jetzt dazu, andere Kampf- und Aktionsformen zu entwikkeln? Wenn man mit Streik eine Reform nicht stoppen kann, was ist dann zu tun?

Zur Lage der Bewegung im Bildungsbereich

Dort sind die Dinge weniger klar. Die Forderungen der Streikenden waren: Ablehnung der Ruhestandsreform, mehr Mittel für die Bildungseinrichtungen, keine Dezentralisierung von Personal und die Beibehaltung der Hilfserzieher-Posten. Die Regierung scheint die Dezentralisierung des Personals momentan verschoben zu haben, aber die anderen Auseinandersetzungspunkte bestehen immer noch: die Hinausschiebung des Renteneintrittalters, der Mangel an Mitteln und Personal.

Doch die Lehrer haben gerade nach den Ferien wieder die Arbeit aufgenommen und warten ab, bis sie sich ein Bild darüber machen können, wie ihre wirklichen Arbeitsbedingungen jetzt sind. Aber die ersten Vollversammlungen finden guten Zulauf, und die Koordinationen kommen in Gang. Die Grundschullehrer versammelten sich schon vor dem Ferienende. Von Lehrern oder Eltern wurden auch wegen Personalmangel oder drohenden Schließungen Schulen besetzt.

Die Diskussionsthemen bei den Vollversammlungen und Treffen:

Als erstes, die Gehaltsabzüge wegen Streiks sind bei den verschiedenen Einrichtungen, Departements und sogar unter den verschiedenen Lehrern ein- und derselben Einrichtung unterschiedlich hoch! (Die Lehrer haben nie ihre Gehaltsabrechnung erhalten, alles ist höchst unklar). Es scheint, dass das Durcheinander, das herrscht, gleichzeitig willkürlich dafür benutzt wird, die Streikenden, die sich besonders in der Bewegung eingesetzt haben, abzustrafen (manchen Lehrern wurden 1000 Euro, anderen nur 75 Euro abgezogen!).

Als zweiter Punkt: Der derzeitige Zustand der Einrichtungen: Mangel an budgetierten Stunden, Personalmangel (Bsp.: Zwei Klassen mehr als im letzten Jahr ohne entsprechendes zusätzliches Budget). Im Fall der Bildungsassistenten (die die Hilfserzieher ersetzen): Die Einrichtungen, die dagegen waren, werden gar kein Personal erhalten.

Strike-Ticker aus Angel-Sachsen, September 2003

Es ist streikmäßig wieder mehr los auf der anderen Seite des Kanals, zumindest quantitativ. Die Anzahl der von Streiks betroffenen Firmen verdoppelte sich im letzten Jahr. Obwohl die meisten Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Sektor stattfanden, Tony B.'s defizitärer Jobmaschine - zwei Drittel aller in den letzten vier Jahren geschaffenen Arbeitsplätze sind »öffentlich«.

Wilde Schalterdamen in Heathrow

Anfang August verweigerte ein Grossteil der SchalterarbeiterInnen am *Flughafen Heathrow* spontan den Service. Offizieller Grund dieser inoffiziellen Arbeitsniederlegung war die vom *British Airways* (BA) Management geplante Einführung von »swipe cards« (Magnetstreifenkarten) für die Arbeitszeitregistrierung. Zuviele ArbeiterInnen sollen die Schichtzettel für ihre KollegInnen unterschrieben haben, die dann statt hinter dem Check-in-Schalter zu stehen, sich an den Tresen der umliegenden Kneipen vergnügten. Verbunden mit der individuellen Arbeitszeitkontrolle soll ein neues flexibles Arbeitszeitmodell werden, das dem Unternehmen erlaubt, die rund 2500 ArbeiterInnen in Heathrow und Gatwick zu Flautezeiten kurzfristig nach Hause schicken zu können. Die hauptsächlich jungen Frauen haben wenig Vertrauen in *British Airways*: in den letzten zwei Jahren wurden aus »Krisengründen« rund 10 000 der insgesamt 56 000 *BA*-ArbeiterInnen entlassen. Der spontane, unangekündigte Streik hatte ordentliche Wirkung: *British Airways* konnte keine Gegenmassnahmen einsetzen und viele Passagiere sassen stundenlang fest, insgesamt gut £50 Millionen Kosten laut *BA*. So blieb es in erster Linie an der Gewerkschaft hängen, die Sache wieder in geordnete Rollbahnen zu lenken. Sie stimmte der Einführung der modernen Stempeluh-

ren zu, versprach den ArbeiterInnen aber, dass es nicht zu Schichtänderungen kommen wird, wenn sie jetzt zurück hinter ihren Schalter gehen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, wenn auch mit Verzögerungen, der Konflikt scheint allerdings nicht beendet. Der *BA*-Chief war sehr froh über den glimpflichen Ausgang und schrieb einen öffentlichen Dankesbrief an die *GMB*-Gewerkschaftsführung, für friedensschaffende Massnahmen.

British Airways muß gegen Vertrauensverlust kämpfen

Streiks kosteten bis zu 40 Millionen Pfund / Quartalsverlust von 45 Millionen Pfund

British Airways plc., London. Die britische Fluggesellschaft hat durch die zweitätigen wilden Streiks am Londoner Flughafen Heathrow vor zwei Wochen zwischen 30 und 40 Millionen Pfund (42 bis 56 Millionen Euro) verloren. Dies teilte das Unternehmen, das sich am Vortag mit drei Gewerkschaften in der Auseinandersetzung über neue Arbeitsabläufe am Flughafen Heathrow geeinigt hatte (F.A.Z. vom 31. Juli), bei der Bekanntgabe seiner jüngsten Quartalsergebnisse mit. Die Streikkosten sind eine schmerzhafte Belastung, zumal das Geschäft schlecht genug läuft. Im zweiten Quartal 2003 wies British Airways einen Verlust von 45 Millionen Pfund aus. Das war zwar weniger als das vielfach erwartete Minus von 60 Millionen Pfund, stelle aber dennoch einen Einbruch in der Ertragskraft dar, denn im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren noch 65 Millionen Pfund Gewinn vor Steuern erzielt worden. Die Gründe sind vor allem im Irak-Krieg, der Sars-Epidemie und dem weltweit schwachen Wirtschaftswachstum zu finden, die das Flugaufkommen schwer belasteten. Der Umsatz ist um 11 Prozent auf 1,8 Milliarden Pfund gesunken.

Nach den Streiks, durch die das Unternehmen mehr als 500 Flüge streichen mußte, hat British Airways nun mit einem Vertrauensverlust zu kämpfen. Man werde hart arbeiten, um den Ruf von British Airways bei seinen Kunden wiederherzustellen, sagte Rod Eddington, der Chief Executive des Unternehmens, das sich in der Werbung gerne als „beliebteste Fluggesellschaft der Welt" feiert. Bei den Vorausbuchungen haben Konkurrenten wie Virgin Atlantic und EasyJet deutlich Marktanteile gewonnen, wie Luftfahrtexperten berichten. Das Bodenpersonal am Flughafen Heathrow hatte sich mit einer spontanen Arbeitsniederlegung ohne vorheriger Urabstimmung gegen die Veränderung von Arbeitsprozessen gewehrt. Dabei ging es unter anderem um die Einführung von elektronischen Stechuhren, mit denen British Airways die Personalausstattung enger an die Auslastung anpassen will. Die Mitarbeiter befürchteten jedoch, ihre Arbeitszeiten wären dann nicht mehr planbar. Für die Einigung mit den streikbereiten Gewerkschaften mußte British Airways der Belegschaft weit entgegenkommen. Die jüngste Lohnerhöhung wird nun nicht an die Bedingung von weiteren Produktivitätssteigerungen geknüpft. Dafür wird das Stechkartensystem von September an aber für alle Beschäftigten eingeführt.

British Airways war im Laufe der Auseinandersetzung vorgeworfen worden, die Belegschaft nicht genügend konsultiert zu haben. Der Streik hätte sich vermeiden lassen, hieß es. In den vergangenen zwei Jahren hat British Airways die Konzernkosten aggressiv gekürzt, indem mehr als 10 000 Stellen abgebaut wurden. Eddington kündigte an, daß die Sparmaßnahmen fortgeführt würden. *(chs.)*

48 038 zu 46 391: Post-Kapitalistischer Konflikt

Der Konflikt bei der Post kohlte schon den ganzen Sommer vor sich hin. Es geht um Lohn und Entlassungen, rund 160 000 ArbeiterInnen in ganz Großbritannien sind betroffen. *Royal Mail* hat in den letzten Jahren viele ArbeiterInnen entlassen und will dies weiter tun. Die Unternehmensleitung bietet 18% Lohnerhöhung über 18 Monate an, wenn die ArbeiterInnen Änderungen im Arbeitsablauf akzeptieren, z.B. die Streichung der täglichen zweiten Briefaustragung. Diese und andere Maßnahmen würden rund 30 000 weitere Stellen kosten. Die *CWU* (Kommunikationsgewerkschaft) rief zu einem landesweiten Streik auf, dem ersten offiziellen seit sieben Jahren. Darauf folgte eine ziemliche Propaganda-Schlacht von *Royal Mail* und Teilen der Presse, der die *CWU* nichts entgegensetzte, sie wollte sowieso nur auf bestimmte Regionen reduzierte kurze Streiks machen. Die Urabstimmung Mitte September fiel gegen den Streik aus: 48.038 zu 46.391.

Auf lokaler Ebene stellt sich die Geschichte anders dar: vor rund anderthalb Jahren entwickelte sich aus einem selbstorganisierten Streik in einem Briefverteilzentrum ein inoffizieller Streik, der sich landesweit ausweitete. Am Freitag nach der »verlorenen« offiziellen Streikabstimmung traten 400 PostarbeiterInnen in einem Verteilzentrum Oxford in einen wilden Streik. Sie wurden am Samstag von einer weiteren Posteinheit unterstützt. Auf einem »emergency meeting« am Sonntag konnten *CWU*-VertreterInnen die Leute zwar zum Abbruch ihrer Aktion überreden, allerdings wurde der Streik am darauffolgenden Dienstag wieder aufgenommen, nachdem die Bosse einige ArbeiterInnen »suspendiert« hatten.

Gewerkschaft und Bosse gegen Öl-ArbeiterInnen

Mitte September legen 600 LeiharbeiterInnen auf einer der größten europäischen *Texaco*-Öl-Raffinerien in Pembroke die Arbeit nieder. Ihrer Ansicht und wohl Erfahrung nach ist die Arbeit auf der Raffinerie nicht sicher. Vor einigen Monaten kam es auf einer Raffinerie in Wales zu ähnlichen Aktionen, nachdem ein Malocher durch austretenden Dampf an einer schadhaften Rohrleitung schwer verletzt wurde. Auf der Raffinerie sind rund 2 800 LeiharbeiterInnen für die Dauer einer Umbauarbeit beschäftigt. Der regionale *T&G* Gewerkschaftsvertreter sprach von »unbegründeten Gerüchten über Sicherheitsmängel, die von unbekannten Personen über das werkseigene Kommunikationsnetz verbreitet werden«. »Wir haben versucht, die Urheber aufzuspüren, die diese falschen Berichte auch an Radiostationen weitergegeben haben«. Im übrigen »ist dies kein Streik, die Aktion ist nicht offiziell«.

Wildcat auf der Werft

Auf der *Swan Hunters* Werft in North Tyneside sind 100 LeiharbeiterInnen von *C and D Industrial Service* nach einem wilden Streik Anfang September gefeuert worden. Sie hatten gleichen Lohn wie die Festbeschäftigten gefordert, also gut £2 mehr pro Stunde. Einige von ihnen arbeiteten schon 20 Jahre auf der Werft. Die Gewerkschaft *Amicus* sagt, dass die Männer »über den Verhandlungsprozess frustriert« gewesen seien und sich dann zu einem inoffiziellen walkout entschieden hätten. Gewerkschaftsvertreter David Harrison: »Wir unterstützen die Entlassenen, können aber den Streik nicht gutheißen. Sie müssen zurück, den formal rechtlichen Weg gehen, nur so können wir in den Verhandlungen weiterkommen«. Aus Solidarität mit den Gefeuerten stoppten insgesamt rund 2.800 ArbeiterInnen auf drei anderen Werften der Gegend die Arbeit, wodurch die eh verspätete Fertigstellung eines Schiffs der Kriegsmarine weiter verzögert wurde. Dazu Jaap Kroese, Chef der *Swan Hunter* Werft: »Bei mir steht ein Treffen mit dem Verteidigungsminister an, auf dem ich ihm zeigen wollte, über was für eine qualifizierte und erfahrene Arbeitskraft wir verfügen, und dass wir fähig sind, noch mehr Aufträge anzunehmen. Jetzt tritt die Arbeitskraft in Streik und lässt mich wie einen Idioten dastehen«. Obwohl die Wiedereinstellung der Entlassenen nicht gesichert war, sagte die Gewerkschaft am 15. September weitere Aktionen ab.

Der Fordismus der Postfordisten

Ferruccio Gambinos Kritik am Postfordismus-Begriff der Regulationsschule

In den 100 Monaten ohne Wildcat haben wir im *Wildcat-Zirkular* eine Menge wichtiger Texte zugänglich gemacht, die nicht von uns waren. Auch solche Texte – meist Übersetzungen – wollen wir in lockerer Folge in der Rubrik »Best of – reloaded« vorstellen. Diesmal soll es um einen Vortrag gehen, den Ferruccio Gambino 1995 gehalten hat.

Wir haben den Text in Zirkular 28/29 veröffentlicht, dieses Heft ist schon lange vergriffen. Der Text liegt aber auf Italienisch, Englisch und Deutsch auf der Wildcat-Website.

Ferruccio war nicht damit einverstanden, dass wir seinen Vortrag auf ein Drittel gekürzt veröffentlichen, weshalb wir ihn an dieser Stelle nur ausführlich besprechen. Die Besprechung hat auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll Euch Lust machen, den ganzen Artikel zu lesen.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre war das »japanische Modell« in aller Munde. Die Unternehmer nutzten überall die Krise, um die Fabriken umzustrukturieren, Pausen zu streichen, die Arbeit zu verdichten – und begründeten das mit der großen Überlegenheit des »Toyotismus«. Deshalb sprach man dann überall von »Gruppenarbeit«, »Kanban«, »zero defect« usw.. Die Linke hinterfragte das nicht, sondern übersetzte diese Unternehmerpropaganda in das Geplapper vom »postfordistischen Zeitalter«, in dem wir nun leben würden: alles flexibler, moderner und irgendwie »immaterieller«. Gambinos kurze Anmerkung im Text, das japanische Modell bröckele bereits, konnte 1995 fast als sensationell gelten! Heutzutage ist »Postfordismus« (der damals seine Legitimation eben aus der angeblichen Erfolgsgeschichte des japanischen »Modells« bezog) zu einem beinahe schon selbstverständlichen Begriff im linken Jargon geworden – während die damalige »Begründung«, das »japanische Modell« dermaßen Schaden genommen hat, dass niemand mehr davon redet. Noch immer bereitet es Vergnügen nachzulesen, wie Ferruccio Gambino Mitte der 90er dem Gelaber von Postfordismus beide Beine wegzog: die historische Verankerung in einem modellhaft idealisierten »Fordismus« und den Bezug auf den Toyotismus – einfach indem er sich anguckte, was wirklich lief! Inhaltlich steckt nach wie vor Sprengstoff drin – vor allem in seiner zentralen Behauptung: die Arbeiterkämpfe in den 30er Jahren in den USA haben verhindert, dass sich auch dort der Faschismus durchsetzte.

Das erste Bein

Die Regulationisten sehen im Fordismus eine erfolgreiche Kopplung von hohen Löhnen, rationalisierter Produktion und Massenkonsum dauerhafter Konsumgüter. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei darauf basierend die keynesianische Nachfrage in den USA ausgeweitet und seit Ende der 40er Jahre ein stabiles *Sozialstaats*regime eingerichtet worden. In den 50er Jahren habe der Fordismus von den USA auf Westeuropa und Japan übergegriffen. Seine große Zeit war also recht kurz, nämlich von Ende der 40er bis Ende der 60er Jahre, dann geriet er in die Krise. Seitdem sollen wir uns im Postfordismus befinden.

Gambino macht nun darauf aufmerksam, dass der Begriff »Fordismus« früher etwas anderes bezeichnete. Die Industriesoziologie der 20er Jahre, die real untersuchte, was in den Fabriken Henry Fords vor sich ging, hatte nämlich ein völlig anderes Bild gezeichnet. Zur Unterscheidung nennt Gambino diesen Fordismus der 20er und 30er Jahre »vorgewerkschaftlichen Fordismus«. Er war ein autoritäres Produktionssystem, das vom Fließband »objektiv« durchgesetzt wurde und in dem die Arbeiter nicht kollektiv über Lohn und Arbeitsbedingungen verhandeln konnten, in Fords Fabriken waren alle Gewerkschaften verboten – sogar die »gelben«. Es herrschte ein Klima der Repression seitens der Manager, Werkschutz-Schläger griffen die Arbeiter körperlich an, Entlassungen aus »disziplinarischen Gründen« waren an der Tagesordnung. Den Arbeitern war sogar verboten, während

Vortrag auf dem Kongreß über »Nationalstaat, Arbeit und Geld im integrierten Weltsystem« an der Universität von Salerno vom 3.-4. Oktober 1995

http://www.wildcat-www.de/en/zirkular/28/z28e_gam.htm – http://www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28fordi.htm

[1] Irving Bernstein, *Turbulent Years: A History of the American Worker* 1933-1941, Boston, Houghton Mifflin, 1969, p. 737.

der Arbeit miteinander zu reden. Irving Bernstein beschrieb das größte Ford-Werk *River Rouge* als »großes Konzentrationslager, das auf Angst und körperlicher Gewalt beruhte«.[1]

Gambino arbeitet deutlich heraus, dass weder in Bezug auf die »kommunikativen skills« noch auf die berühmten »hohen Löhne bei Ford« das Idealmodell vom »Fordismus« etwas mit der historischen Realität zu tun hat: Der Arbeiter bei Ford produziert mit dem Auto ein Mittel zur Vervielfachung der Kontakte zwischen Menschen, »aber paradoxerweise produziert er es gerade dank seiner eigenen stundenlangen Einkerkerung am Ort der Produktion, wo ihm in einem bis dahin unbekannten Ausmaß alle Rechte sich zu bewegen genommen sind, gerade so wie die mit seiner täglichen Reproduktion beschäftigte Frau an die Rhythmen der Industrieproduktion gebunden und gleichzeitig im gesellschaftlichen Halbschatten der Hausarbeit eingeschlossen ist.«

Und die fünf Dollar pro Arbeitstag gab es ab 1914 nur für Arbeiter, die von der soziologischen Abteilung von Ford nach Durchschnüffeln ihres Privatlebens für tauglich befunden wurden, und nur während der Hochkonjunktur, als die Arbeiter scharenweise der Fabrik den Rücken kehrten. 1921, in der Rezession nach dem Ersten Weltkrieg, wurden über 30 Prozent der Fordarbeiter entlassen. Die Übriggebliebenen erhielten nun sechs Dollar am Tag – was wegen der Inflation kein sonderlich hoher Lohn mehr war – dafür wurden nochmal die Taktzahlen erhöht.

Mitte der 20er Jahre wurde Ford von General Motors überholt, wo man von seinen autoritären Methoden gelernt hatte, aber gleichzeitig die Produktpalette erweiterte und jährliche Modellwechsel einführte.

Gambino arbeitet jedoch heraus, dass der vorgewerkschaftliche Fordismus in den USA letztlich weder an General Motors noch an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert ist, sondern »Es sind zunächst die Arbeiterrevolten und die Fabrikbesetzungen in den 30er Jahren und danach die gewerkschaftliche Organisierung der Großindustrie, welche die anderen Automobilunternehmen und schließlich auch Ford politisch einkreisen, bis zu seiner regelrechten Kapitulation vor der Autogewerkschaft UAW im Gefolge des großen Streiks im Frühjahr 1941«.

In den 20er Jahren griff der Fordismus auf Europa über, Lenin war z.B. ein großer Fan dieser neuen wissenschaftlichen Produktionsmethode. Gambino meint, der Fordismus sei in den 20er und 30er Jahren »eines der wesentlichen Elemente im langsamen Aufbau des Konzentrations[lager-]Universums ausmachte, das gerade dabei war, seine ersten Klauen in die stalinistische UdSSR auszufahren und bald danach auch ins nazistische Deutschland.« »Man kann die Behauptung aufstellen, dass im 20. Jahrhundert das Fließband zusammen mit den totalitären Maschinen des Staates und des rassistischen Nationalismus eine der originären Strukturen ist, die in weitem Maß die industriemäßig verübten Konzentrations[lager]-Untaten erklären. Damit möchte ich sagen, dass im vorgewerkschaftlichen Fordismus, und vorher im Taylorismus, nicht schon potentiell sein Gegenteil enthalten war: weder [...] der Aufbau der Industriegewerkschaft CIO, noch der Zusammenbruch der rassistischen und sexistischen Arbeitsteilung, und schon gar nicht das Streikrecht. Der Faschismus und der Nazismus waren nicht von Anfang an die Verlierer des Fordismus, sondern sie wurden von den gesellschaftlichen und Arbeiterkämpfen der 30er Jahre in den USA in diese [Verlierer-]Rolle gezwungen, von denselben Kämpfen, die bereits eine herrschende Klasse aufgehalten hatten, die 1932-33 während der Bildung der ersten Roosevelt-Regierung auf dem Weg zu korporativen Lösungen gewesen war.« Ford selber war bekanntermaßen ein wütender Antisemit und Hitlerverehrer. Erst die Kämpfe der US-ArbeiterInnen brachen dieser Art des Fordismus das Genick: Nach dem großen Streik im Frühjahr 1941 kapitulierte auch Ford und musste die Gewerkschaften im Betrieb zulassen. Als die Streikposten von bewaffneten Werkschützern angegriffen wurden und nicht nachgaben, sondern Verstärkung bekamen und erfolgreich zurückschlugen, war der vorgewerkschaftliche Fordismus erledigt. Der UAW-Organizer Emil Mazey schrieb: »Es war, als könnte man zusehen, wie Halbtote plötzlich zu Menschen werden.«[2]

Im Nachkriegsboom änderte Ford seine Strategie, ab 1946 versuchte man, die UAW zu kooptieren und für die Integration der ArbeiterInnen in den Betrieb einzuspannen. Hierin sieht Gambino den Übergang vom Fordismus als einem »autoritären System der Massenproduktion am Fließband« zu der Art von Fordismus, wie ihn die Regulationsschule kennt: »Diese Interpretation werde ich ›regulierten Fordismus‹ nennen.«

Gambino erklärt diesen idealisierenden Blick vor allem damit, dass sich die Regulationsschule von Anfang an mit der Frage beschäftigt, warum der US-Kapitalismus nach 1968 und trotz der Niederlage in Vietnam weitermachen konnte bzw. *mit welchen Institutionen* die Strukturen der USA und der anderen westlichen Länder ihre Stabilität bewahren konnten. Laut Gambino steckt darin schon die falsche Behauptung, die westlichen Strukturen seien stabil geblieben, die Kämpfe der ArbeiterInnen seien chancenlos gegen den *unaufhaltsamen* Marsch der Akkumulation. Mit dieser falschen Optik untersuche die Regulationsschule nur »die Gesetze des Weiterlebens des westlichen Kapitals«.

Es ist nicht nur dieser resignierte Blick, sondern es liegt auch am strukturalistischen Erbe der Regulationisten, mit dem sie geschichtliche Prozesse in aufeinander folgende Aggregatzustände einfrieren, dass

Anfang der 70er Jahre in Frankreich von Aglietta, Boyer, Coriat und Lipietz begründete Denkschule, die die Phasen kapitalistischer Entwicklung als Aufeinanderfolge von Akkumulationsmodellen erklärt, wobei jeder Produktionsweise eine bestimmte »Regulationsweise« bezüglich Arbeitsorganisation, Reproduktion und Staatsform entspreche. Ihr ursprünglicher Ausgangspunkt war die Frage, warum der Kapitalismus die weltweiten Klassenkämpfe 1968ff. überlebt hat. Politisch landeten sie bei linkskeynesianischen Reformmodellen. An deutschen Unis ist die Regulationsschule die verbreitete marxistische Sichtweise.

[2] Bernstein, *Turbulent Years,* a.a.O.

Sowjetunion, 1930: der erste am Fließband gefertigte Traktor verlässt die Fabrik.

sie so schnell auf den Begriff des Postfordismus setzten. Meistens können sie überhaupt nicht angeben, wie es denn von dem einen zu dem anderen Aggregatzustand kam. In diesem Fall überbrückten sie das mit einer ziemlich unkritischen Sicht der neuen Informationstechnologien: Diese hätten eine »Hyperindustrialisierung« ausgelöst und die Produktion revolutioniert; die »elektronische Revolution« verändere grundlegend die Arbeit, zersplittere den »tayloristischen Massenarbeiter« und sorge für eine Neuaufteilung der Arbeitskraft in eine schmale Oberschicht von Hochqualifizierten und eine massenhafte Unterschicht von Befehlsempfängern. Damit entziehe sie kollektiven Verhandlungen letztlich den Boden. Wir stehen am Anfang einer langen Phase des »Turbokapitalismus«, der keine ernsthaften Gegner mehr habe. Denn die Arbeiter im Postfordismus seien atomisiert, flexibilisiert, nicht organisiert, individualisiert usw. usf.. Der Staat sichere nicht mehr die materiellen Reproduktionskosten der Arbeitskraft und lasse den Arbeiterkonsum verfallen, d.h. es gebe einen totalen Bruch mit der »fordistischen Konsumgesellschaft«. Seit den 70er Jahren seien die Investitionen in den warenproduzierenden Sektor der Industrieländer stärker als die Produktivität gestiegen und hätten damit eine Krise ausgelöst, die das Kapital jetzt durch die Suche nach neuen Produktionsstätten und Absatzmärkten in der Dritten Welt zu lösen versuche. Dadurch ziehe sich der Staat aus der Gesellschaft zurück und werde schlanker, die Arbeiter sparten bei sich selbst, um zu überleben, die alten Organisationen seien kaputt und neue Formen von kollektiver Solidarität nicht erkennbar. Streiks und Konflikte in der Produktion seien theoretisch unerhebliche Relikte.

Das zweite Bein

Als Beleg für die Existenz des Postfordismus wurde Ende der 80er Jahre der Toyotismus entdeckt. Die Regulationsschule hat maßgeblichen Anteil daran, dass seit Beginn der 90er Jahre über erfolgreiche japanische Unternehmensstrategien diskutiert wurde. Ausgehend von Toyota sei ein neues »Produktions-Paradigma« eingeführt worden, das sich in seiner historischen Bedeutung mit dem Taylorismus und dem Fordismus vergleichen lässt. Im Toyotismus nehme der Postfordismus Gestalt an. Er zeichne sich vor allem durch die Produktion ohne Lager (*just in time*), die schnelle Reaktion auf den Markt, das Anlernen eines Arbeiters an mehreren Maschinen und die Qualitätskontrolle schon während der Arbeit aus. In dieser Perspektive bedeute der Toyotismus neue und höher entwickelte Produktionsverhältnisse, ja eine neue Gesellschaftlichkeit mit neuen Formen von industrieller Demokratie.

Gambino führt dagegen zwei Argumente an:

1) »Die erste Annahme geht von der Feststellung aus, dass die materielle Produktion im allgemeinen und insbesondere die mechanische – die diskontinuierlicher als die in Fließprozessen organisierte ist – heute in kleinen Serien vonstatten gehe, denn dank der Flexibilität der Werkzeugmaschinen, angefangen mit den NC-gesteuerten der 50er Jahre, wird die Diversifizierung des Produkts erleichtert, insbesondere bei der Produktion langlebiger Güter. Diese Diversifizierung macht es nicht nur möglich, den Wünschen der Konsumenten nach Unterscheidung nachzukommen, sondern erlaubt es auch, Geschmacksrichtungen zu bilden und allgemein die Veränderungen und die ›persönliche Note‹ hervorzuheben, die dann als teure Innovationen gelten. Kurz gesagt ist diese Tendenz nichts anderes als der Diversifizierungsschub, den General Motors seit Beginn der 20er Jahre unterstützt und gefördert hatte und mit dem es GM gelungen war, Ford zu schlagen, während Henry Ford geprahlt hatte, ›der Kunde kann das Auto in jeder Farbe kaufen, vorausgesetzt, sie ist schwarz‹.«

In den Jahren 1927 - 1932 führten Elton Mayo (1880-1949), Fritz Jules Roethlisberger (1898 - 1974) und William John Dickson (geb. 1904) in den Hawthorne Werken der Western Electric Company in Chicago Untersuchungen durch zur Verbesserung von Arbeitsleistung, Verhalten und Gesundheit einer Gruppe von Frauen durch Veränderung verschiedener Umweltbedingungen.

2) Wenn Nissan nicht die Autogewerkschaft Zenji zerschlagen hätte, hätte Toyota vielleicht nicht einmal die Streiks von 1949 und 1953 überstanden. Bis in die 60er Jahre war die Modellpalette auf wenige Modelle beschränkt und die Qualität so schlecht, dass die Autos nicht exportiert werden konnten. Erst danach begann die Experimentierphase, in der einerseits auf vielen Maschinen geschulte mobile Gruppen eingesetzt wurden und andererseits wegen des Exports stärker auf Qualität geachtet wurde. Die Diversifizierung der Produktion beruhte letztlich auf dem Erfolg eines einzigen Modells (des Kleinwagens Corolla) in den 70er Jahren – nicht umgekehrt. Und diesen Erfolg hatte Toyota vor allem im Ausland. Bis in die 80er Jahre blieb die Modellpalette von Toyota begrenzt, und erst als in den 80er Jahren der Binnenmarkt ins Stocken geriet, erweiterte das Unternehmen die Produktpalette, um neue Marktanteile im Ausland zu erobern. *Ohnos Experiment bei Toyota erklärt sich nicht aus der Modellvielfalt, sondern aus der Mobilisierung der Arbeitskraft nach einer historischen Arbeiterniederlage.*

Danach geht Gambino auf die einzelnen Behauptungen ein:

Die Produktion ohne Lager ist z.B. keine »Weiterentwicklung«, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses im Klassenkampf. Bereits in den 20er Jahren hatte die US-Autoindustrie damit experimentiert. Die »Freistellung« ohne Lohn wegen der saisonal schwankenden Nachfrage »wurde eines der entscheidenden Kampfterrains für das Entstehen der Autogewerkschaft in den Vereinigten Staaten. Im Kampf 1936-37 zwischen der UAW und General Motors erreichte die Gewerkschaft einen Sieg nach Punkten in der Frage der Planung der Lager und der Abschaffung der saisonalen Arbeitslosigkeit.«

Werbung für die Einführung des Taylorsystems, Deutschland, 1920er Jahre

Das Argument der »sehr hoch entwickelten Kommunikation« zwischen den Subjekten in der Produktion vergesse, dass auch während des vorgewerkschaftlichen Fordismus in der Fabrik geflüstert wurde, und das Flüstern nicht nur produktiv war, sondern unverzichtbar, damit Umstrukturierungen der Fabrik, Modellwechsel und technische Neuerungen überhaupt funktionierten.

Auch der Versuch, Arbeitsrhythmen von oben durchzusetzen, ist nach dem Ende des vorgewerkschaftlichen Fordismus nicht verschwunden; gerade heute ist dies angesichts der Steigerung der Arbeitsproduktivität verstärkt zu beobachten. In vielem ähneln die Verhältnisse dem vorgewerkschaftlichen Fordismus der 20er Jahre: unsichere Arbeitsplätze, keine Gesundheitsversorgung und Arbeitslosenunterstützung, Kürzung nicht nur der Reallöhne, sondern auch der Nominallöhne, Verlagerung von Produktionslinien weit weg von den »alten« Industrieregionen. Längere Arbeitszeiten: Im Westen wie im Osten wird heute länger gearbeitet als vor 20 Jahren. Es wird länger und intensiver gearbeitet – auch mit Hilfe von Stoppuhr und Fließband, die angeblich »out« sind. Ironischerweise gibt es gerade aus Frankreich, der Heimat der Regulationsschule, wertvolle Daten, die für andere Länder nicht existieren und die zeigen, *dass die Arbeit am Fließband und unter automatischem Arbeitszwang zunimmt*, und zwar sowohl prozentual wie absolut: 1984 machten 13,2% aller Arbeiter (von 6 187 000) solche Arbeit, 1991 waren es 16,7% (von 6 239 000).[3]

Zuletzt weist Gambino darauf hin, dass dieses erfolgreiche System des regulierten Fordismus schließlich *von innen zerbröckelt ist*. »Ende der 60er Jahre warf der Klassenkampf in seinen gescheckten Formen die soliden Gewissheiten des Kapitals auf dem Terrain des Lohns, der Arbeitsorganisation, des Verhältnisses zwischen Entwicklung und Unterentwicklung und des Patriarchats um. [...] Die ungleichartigen Reaktionen – vom Angriff auf die Blaumänner in den Industrieländern bis zur Regionalisierung in drei große kapitalistische Gebiete (NAFTA, EU und Japan) und zum Golfkrieg – bezeichnen nicht den Übergang zu einem postfordistischen Modell, sondern die beständige Neukombination von alten und neuen Herrschaftselementen, um die Arbeitskraft rund um eine flexible Produktion politisch zu zersetzen.«

Resümee:

Die Regulationsschule sieht bei allem *das Kapital* als Motor der gesellschaftlichen Bewegung. Und so ziehen sie die einzige Schlussfolgerung, die ihnen übrig bleibt: Es hat keinen Zweck, sich gegen die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung aufzulehnen, und deshalb lohnt es sich nicht, die Risse im Gebäude der Herrschaft sichtbar zu machen.

Damit versperren sich die Regulationisten nicht nur die Möglichkeit, Konfliktprozesse zu analysieren, sondern sie nehmen auch die Subjekte nicht wahr. Anders lässt sich nicht erklären, dass sie die Arbeiterklasse in den USA gerade in der Zeit zwischen der Weltwirtschaftskrise und der neuen faschistischen Ordnung in Europa auf ein reines *fordisiertes Objekt*[4] reduzieren. Die Regulationsschule versteht nicht, wie gerade diese Arbeiterklasse entscheidend dazu beigetragen hat, den US-Kapitalismus auf Kollisionskurs zum Faschismus zu bringen. Der vorgewerkschaftliche Fordismus wurde überwunden, weil die Arbeiter selbst die stummen Zwänge der fordisierten Arbeitskraft in einer gesellschaftlichen Selbstbefreiungsbewegung sprengten. Die Regulationisten können mit ihrem Instrumentarium gar nicht verstehen, wie wichtig dies war – weltweit und lange über den Zweiten Weltkrieg hinaus.

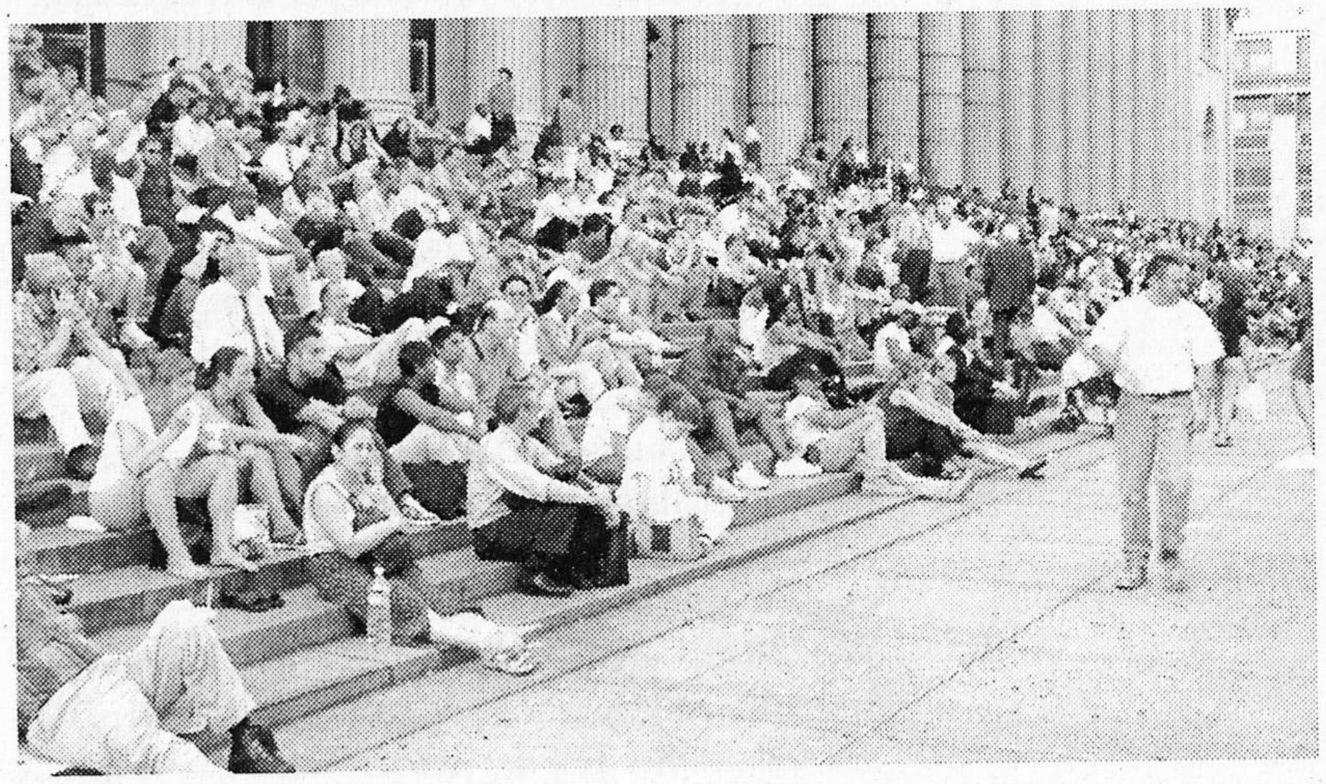
Sicher müssen wir die neuen Entwicklungen untersuchen. Wenn wir aber das Label »Postfordismus« drüberkleben, kommt wiederum die Arbeitskraft nur als reines Objekt oder als träge Masse vor. Es kann uns doch nicht darum gehen, den Kapitalismus als unvermeidbar darzustellen und sogar die Möglichkeit auszuschließen, dass überhaupt irgendeine, und sei sie noch so vorsichtige, Initiative von den Subjekten ausgeht. Die Regulationisten fahren auf die »technologische Revolution« ab – Gambino setzt dagegen, dass die »neue Zeit« nicht nur Computer und Chips bedeutet, sondern auch »starke innerimperialistische Feindseligkeiten, die im Moment noch mit Parolen wie Wettbewerb und freier Markt bemäntelt werden« – auch das eine hellsichtige Analyse, die sich inzwischen mehr als bestätigt hat!

Gambinos Vortrag endet sehr politisch: Die Frage sei nicht, ob es einen Postfordismus gäbe, »sondern ob wir weitere Opfer von ›menschlichen Maschinen‹ auf den Pyramiden der Akkumulation verhindern können.«

[3] Anonym, *Alternatives Economiques*, Mai 1994, zu den Daten Dares, *Enquêtes spécifiques Acemo: Enquêtes sur l' activité et les conditions d' emploi de main-d'oeuvre*, diesen Hinweis verdanke ich Alain Bihr.

[4] Während der ersten beiden stalinistischen Fünfjahrespläne, wurden die Arbeiter an den Fließbändern der Autofabriken vom Regime »Fordisierten« (fordirovannye) genannt.

Bubbles Defizite Rezession



...Fortsetzung von Seite 9

Wie bereits erwähnt, ist die Situation in Großbritannien strukturell der in den USA sehr ähnlich. Ein paar Stichworte dazu: Im August 2003 gab es in Großbritannien den schärfsten Einbruch bei den Industrieinvestitionen seit 1994, gut -10% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Bis Juni diesen Jahres gingen in der Industrie rund 129 000 Jobs »verloren«. Gleichzeitig gab es im Juli einen Rekordanstieg bei der privaten Kreditaufnahme für Immobilien, plus 12% zum Vormonat. Die durchschnittliche Privatverschuldung pro Haushalt liegt jetzt bei gut 130% des Jahreseinkommens und stieg in den letzten Jahren um gut 14% pro Jahr. Um 14% stiegen letztes Jahr auch die privaten Insolvenzen. Alle Experten in den Wirtschaftsblättern warnen vor einer ‚unverantwortlichen' Verschuldung, die bei Anheben der rekordniedrigen Zinssätze fatale Folgen haben könnte. Aber was bleibt anderes übrig, wenn der Privatkonsum momentan die Hauptstütze der Wirtschaft ist? Gut 2,2 Prozentpunkte des Wachstums beim Privatkonsum basiert auf Ausweitung bzw. Umschichtung beim Immobilienkredit. Insgesamt wuchs der Privatkonsum um 3,9%.

BRD

Die Verschuldung der Privathaushalte ist hochgegangen, in diesem Jahr werden mehr als 60 000 Haushalte »Insolvenz« anmelden. Etwa zehn Prozent aller Haushalte sind nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Das verfügbare Einkommen ist in den letzten zwei Jahren stark zurückgegangen. Im Sommer 2003 kam eine Verbraucheruntersuchung zu dem Ergebnis »Das frei verfügbare Einkommen pro Monat liegt bei den Mitgliedern von 43 Prozent der Haushalte unter 100 Euro... Oder andersherum: nahezu jede zweite Person in Deutschland hat finanziell kaum noch Spielraum.« Das sei »eine dramatische Entwicklung«. (dpa 9.9.2003)

Auch bei den Firmen sind die Konkurse auf Rekordhöhe: »Die Pleitewelle rollt ... ungebremst weiter. Allein im ersten Halbjahr mussten 19 953 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten, 9,1 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum...« berichtete das Statistische Bundesamt. »Bis Ende 2003 wird ein Höchststand von 40 000 bis 45 000 Pleiten erwartet.« (dpa)

Und das gilt auch für den Bundeshaushalt: Auch 2004 wird die BRD die Maastricht-Kriterien nicht erreichen.

Seit dem Sommer 2002 haben in der BRD monatlich durchschnittlich 55 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Allein im zweiten Quartal 2003 wurden 646 000 Arbeitsplätze gestrichen – davon 267 000 in der Industrie, was einem Rückgang von 3,2% entsprach. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der durchschnittlich gearbeiteten Stunden; das Gesamtarbeitsvolumen ging auf 13,1 Milliarden Stunden zurück.

Seit 30 Jahren bestehen die wirtschaftspolitischen Reaktionen der BRD-Regierung auf Krisen darin, die »Wirtschaft« noch stärker auf Export trimmen. Das heißt, Lohnstückkosten senken, nicht konkurrenzfähige Industrien abbauen, die D-Mark (oder den Euro) niedrig halten. Niedrige Währungskurse und Druck auf die Löhne heißt, die Einkommen der Lohnabhängigen werden niedriger. Aus »volkswirtschaftlicher Sicht« bedeutet das, der Binnenmarkt schrumpft. Funktionieren kann so was nur, wenn die produzierten Waren im Ausland abgesetzt werden können. Dementsprechend war die BRD ein ums andere Mal »Exportweltmeister«.

Das für die BRD typische Dreieck Banken-Staat-Unternehmen ist angeschlagen. Den deutschen Banken ging es 2002 sehr schlecht (inzwischen geht es ihnen offiziell nur noch schlecht), die größte staatliche unter ihnen, die WestLB ist in einer schweren Krise, die Dresdner Bank wäre bankrott, wäre sie nicht von der Allianz aufgekauft worden. Die deutschen Unternehmen erleben das als »Kapitalmangel« bzw. »Liquiditätsengpass«. Sie müssen immer stärker am »offenen Kapitalmarkt« Geld aufnehmen. Das macht

ja das Irre an der Situation aus: bei extrem wachsender Geldmenge wird es gleichzeitig immer schwieriger, dieses Geld in produktive Anlagen zu »kanalisieren«. Die großen Konzerne geraten damit ganz anders als bisher unter weltweiten Konkurrenzdruck und erleben, wie ihre Kreditwürdigkeit runtergestuft wird, weil sie »zu viele Leute beschäftigen«, zu hohe Rentenverpflichtungen haben o.ä.; viele kleine und mittlere Firmen gehen dabei bankrott.

Neben steigender Arbeitslosigkeit und immer mehr Sozialhilfe-EmpfängerInnen, steigender Verschuldung, sinkenden Akkumulationsraten, stagnierendem Bruttosozialprodukt und konzeptionsloser Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre dem bundesdeutschen Krisenszenario auch noch hinzuzufügen, daß ein erkleckliher Teil der herrschenden Klasse gerade vor Gericht steht – die Legitimationskrise könnte größer nicht sein.

Weltwirtschaft: Verschärfung der Konkurrenz

»Die USA erleben zweifellos den besten Aufschwung, der mit Geld zu kaufen ist. ... Viele Europäer, die einen Aufschwung sehen wollen, müssen ihn sich wohl im Fernsehen ansehen«
(Kenneth Rogoff, Chef-Volkswirt des IWF; Mitte September)

»Eichel fordert Amerika zum Sparen auf«
(FAZ, 20.9.2003)

Manchmal wissen auch Manager, wohin sie wollen, aber eben nicht, wie sie dahin kommen.

Galbraith: *The US economic model that commands around a third of the world's wealth fascinates and infuriates Europeans. But both reactions reveal ignorance of its most essential features. The keys to its success lie not in industry, but in those sectors providing social amenities to the middle class – health care, education, housing and pensions: systems of provision that have little to do with the free market.*
And if the American model is now in trouble, it will be mainly because the private sector reached the limits of its willingness to continue to borrow and spend, while the public sector may be unwilling – or unable – to take up the slack.

Wie dramatisch auch immer die Kriseneinbrüche in den letzten 35 Jahren waren – die Verteidiger des Kapitalismus machten seine relative Stabilität daran fest, dass der Welthandel (Waren- und Kapitalverkehr) nicht wie in den 30er Jahren zusammenbrach. Das ist in der aktuellen Krise zum ersten Mal anders: Laut Weltinvestitionsreport der Unctad sind die weltweiten Auslands-Investitionen 2002 gegenüber 2001 um 20 Prozent eingebrochen. Das ist nur noch etwa die Hälfte von dem, was 2000 investiert wurde. »Die Entwicklung markiert den schärfsten Einbruch in den vergangenen drei Jahrzehnten«, sagte Unctad-Generalsekretär Rubens Ricupero bei der Vorstellung des Weltinvestitionsreports. Für 2003 wird mit etwa denselben Zahlen wie 2002 gerechnet. - Nun können wir diese Zahlen nicht kritiklos übernehmen, denn sie zählen Investitionen in neue Fabriken, das Aufkaufen von alten Fabriken, Fusionen und den Ankauf von Staatsanleihen zusammen (nur deshalb kam es zu dem gigantischen Anschwellen der »weltweiten Direktinvestitionen«, was uns dann in der zweiten Hälfte der 90er Jahre als »Globalisierung« verkauft wurde). Dennoch markiert der Rückgang dieser Kapitalströme eine Trendwende. Besonders hart traf es die USA und Großbritannien: Dort gingen ausländische Direktinvestitionen um 80 bzw. 50% zurück!

Nicht nur die BRD hatte ihre Wirtschaftspolitik auf Exportsteigerung ausgerichtet, auch Japan fuhr seit drei Jahrzehnten dieselbe Strategie, und nun ist China dazu gekommen. Im letzten Jahrzehnt hat das nur darüber funktioniert, daß die USA alles aufkauften: Textilien, Autos, Elektronik... Im Kleinen lief das so ab, daß sich die »US-Bürger« enorm verschuldeten, um ihren Konsum bei fallenden Löhnen in etwa halten zu können. Im Großen führte das zu einem riesigen Handelsdefizit der USA, das in letzter Instanz dadurch bezahlt wurde, daß die ganze Welt Dollars hortet (diesen Mechanismus hat Loren Goldner in der letzten *Wildcat* als »Plündern« bezeichnet). Das Symbiotische an dieser Beziehung war, daß z.B. China zusätzlich riesige Mengen Dollar kaufte, um die eigene Währung niedrig zu halten und somit konkurrenzfähiger zu sein. Und die USA brauchten diese Kapitalzuflüsse aus China (und überhaupt aus Südost-Asien), um damit ihr Handelsdefizit zu bezahlen und ihre Schulden zu bedienen (weil die Kapitalströme aus Europa massiv zurückgehen, am stärksten die aus Großbritannien). China hielt im Juni 2003 allein US-Staatsanleihen von 290 Mrd. $; ein Kommentar der Deutschen Bank wies im September daraufhin, daß China und Japan den »Krieg gegen den Terror« (Krieg gegen Afghanistan und Irak) praktisch vollständig durch Aufkäufe von US-Staatspapieren finanziert haben.

Diese »Symbiose« hat aber auch die industrielle Basis der USA noch weiter untergraben: Computer (China), Kameras und Elektronik (Japan), Schiffe (Südkorea), Textilien (Thailand), Spitzentechnologie (Japan) ... alles kommt aus Südostasien (die Importe aus China sind im ersten Quartal 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 35% angestiegen). Die Bush-Regierung steht unter enormem innenpolitischen Druck (der Kongreß hat beschlossen, durchschnittlich 27,5% Strafzölle auf chinesische Waren zu erheben, sollte China nicht aufwerten), hier gegenzusteuern und versucht China zu erpressen, seine Währung aufzuwerten – aber selbst *wenn* sie das durchsetzen könnten, würden sie sich ins eigene Fleisch schneiden, da sie die Kapitalzuflüsse aus China damit austrocknen würden. Ein schwächer werdender Dollar führt dazu, daß

massiv Dollar verkauft werden, um sie dann billiger wieder zu kaufen (oder um die Verluste bei sinkenden Dollars zu vermeiden); angesichts der gigantischen Abhängigkeit der USA von ausländischem Kapital kann eine Abwärtsbewegung sehr schnell in eine Abwärtsspirale rutschen – die Hauptbefürchtung der »Analysten« in der zweiten Septemberhälfte 2003 war ein »Dollar-Crash«.

Es gäbe noch die Möglichkeit, die Zinsen zu erhöhen, um das in den USA angelegte Kapital zu halten bzw. neues Kapital anzuziehen – aber das würde das bißchen Aufschwung abwürgen, und schlimmer noch: die Immobilien- und Kreditblasen aufstechen, was wesentlich dramatischere wirtschaftliche und soziale Konsequenzen hätte als das Platzen der IT-Blase in den letzten drei Jahren. (Problem ist, daß ein sinkender Dollar ebenfalls tendenziell die Zinsen in den USA hochtreibt.)

Ein viel größeres Problem bei diesem Tauziehen ist die »innenpolitische« Situation in China. Der chinesische Staat hat in den letzten Jahren gigantische Infrastrukturprojekte angepackt, sie wurden über die großen Banken und durch Staatsanleihen kreditfinanziert. Die Geldmenge ist dadurch jährlich durchschnittlich 20% gewachsen, und die chinesischen Banken haben inzwischen größere »faule« Kredite als die japanischen. China könnte deshalb sehr schnell gezwungen sein, sein Kapital »heimzuholen« und damit einen weltweiten Crash triggern. Schlimmer noch: Das chinesische Regime reitet den Tiger, die Arbeiterkämpfe im Frühjahr 2002 waren mehr als ein Warnschuß, der weltweit gehört wurde. Das Abbremsen des Booms würde wahrscheinlich zu unkontrollierbaren Zuständen führen. Der Druck der USA (Strafzölle oder Aufwertung des Yuan) geht in diese Richtung...

Dazu kommt die sich zuspitzende Krise in der EU. Hier haben sich die Regierungen durch den Maastricht-Vertrag die Hände gebunden. Eine maximale Neuverschuldung von drei Prozent reicht in einer ausgeprägten Rezession bei weitem nicht aus, zumal den Regierungen auch die bisherigen Mittel zum Gegensteuern aus der Hand geschlagen sind: sie können ihre Währung nicht mehr abwerten, sie können die Zinsen nicht selbständig festsetzen (das macht nun die EZB, und deren Politik ist »anti-inflationistisch«). So liegen Frankreich, die BRD und Italien die ganze Zeit über dem »Maastrichtkriterium« von maximal 3% Neuverschuldung – und Frankreich tut das offensiv. Die EU-Bürokraten können, politisch gesehen, nicht dagegen vorgehen, das Referendum in Schweden hat noch einmal gezeigt, was die Menschen in Europa von »Brüssel« halten, Großbritannien ist der Euro-Zone noch immer nicht beigetreten usw.. Die forcierte Osterweiterung der EU bringt weitere Instabilitäten (nur ein Beispiel unter vielen: In Polen gibt es mehr Bergleute als im ganzen übrigen Europa; die meisten von ihnen werden durch den EU-Beitritt in den nächsten Jahren ihren Job verlieren – dagegen wehren sie sich gerade heftig, mit Demos, Streiks und Mollies...).

Die Weltwirtschaft hängt also am US-Aufschwung – doch der ist massiv bedroht durch die riesige Verschuldung. Platzt die Kreditblase, werden vor allem die US-Mittelschichten ruiniert – die wesentliche ideologische, soziale und wirtschaftliche Stütze des US-Kapitalismus. Wird aber China zu sehr unter Druck gesetzt, drohen dort die Klassenkämpfe außer Kontrolle zu geraten. Und zwischendrin Europa, wo überall die Regierungen zu einem Frontalangriff auf den bisherigen Sozialstaat übergegangen sind – nicht überall so erfolgreich und bisher kampflos wie in der BRD; gleichzeitig droht die Ost-Erweiterung und die zunehmende Ablehnung der »Brüsseler Bürokraten«.

Deshalb werden die Debatten unter den Herrschenden zunehmend hitziger: die USA drängen China zum Aufwerten, die EU drängt die USA zum Sparen, die USA drängen Europa zum »Liberalisieren« und hinter den Diskursen werden die diversen Handelskriege immer heftiger ausgefochten.

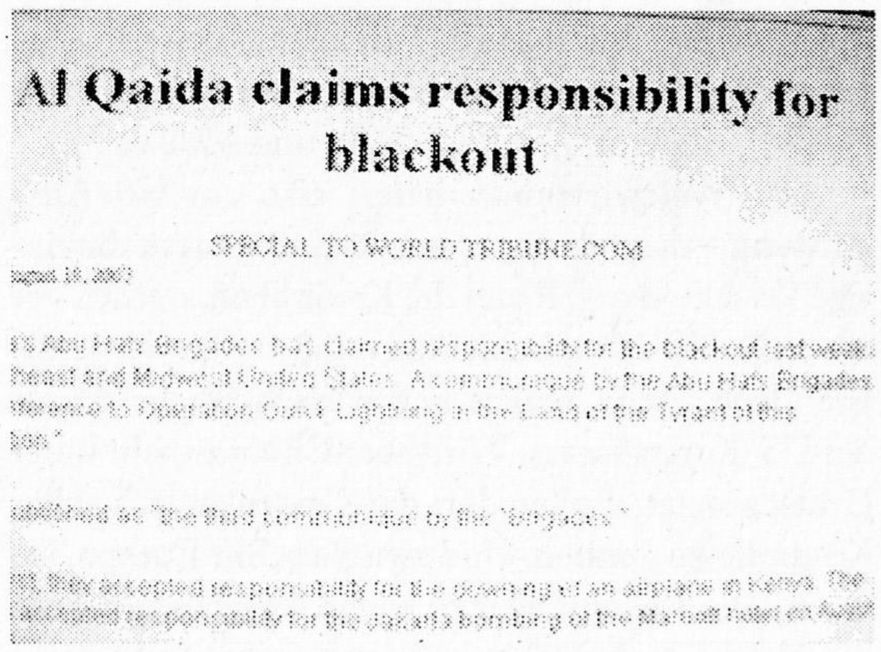
Welche Krise?

Der Kapitalismus entwickelt sich zyklisch: alle paar Jahre wechseln Aufschwung und Abschwung einander ab – nicht aufgrund »falscher« Entscheidungen, sondern aufgrund der inneren Mechanismen der Kapitalverwertung. Früher war diese Sichtweise eine kritische Breitseite gegen den Fortschrittsglauben des Kapitalismus, weil es deutlich machte, dass sein Funktionieren an zyklische Verelendung, Massenarbeitslosigkeit usw. geknüpft war. Seit langem ist diese Erkenntnis aber Bestandteil aller Volkswirtschaftslehre, und die Regierungen versuchen durch »anti-zyklische Maßnahmen« gegenzusteuern. Es gibt viele Untersuchungen darüber, dass dieses Gegensteuern in der einen Richtung ziemlich aussichtslos ist (nämlich beim Ingangbringen des Aufschwungs). In den letzten zwanzig Jahren waren die Krisenmanager allerdings recht erfolgreich im Abbremsen des Aufschwungs (im Aufschwung droht die Inflation, weil die ArbeiterInnen zu hohe Löhne erkämpfen; deshalb ist »Inflati-

Zur Situation in China:

Das Ende der Entwicklungsdiktaturen
http://www.wildcat-www.de/zirkular/65/z65endee.htm

China: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder
http://www.wildcat-www.de/zirkular/64/z64china.htm


Al Qaida claims responsibility for blackout

SPECIAL TO WORLD TRIBUNE.COM

August 18, 2003

It's Abu Hafs Brigades that claimed responsibility for the blackout last week in the East and Midwest of United States. A communiqué by the Abu Hafs Brigades with reference to Operation Quick Lightning in the Land of the Tyrant of the Sun."

Published as "the third communiqué by the 'brigades.'"

[illegible] accepted responsibility for the downing of an airplane in Kenya. The [illegible] responsibility for the suicide bombing of the Marriott hotel in Jakarta.

onsbekämpfung« das oberste Mantra der Neoliberalen). Ende der 70er und Anfang der 90er wurde durch Geldverknappung weltweit abgebremst.

Das Platzen der IT-Blase hat aber ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Wirtschaft befindet sich nicht im »normalen Auf und Ab«, sondern in einer *post bubble*-Situation wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sämtliche Versuche, die Situation unter Kontrolle zu kriegen, laufen darauf hinaus, weitere Blasen aufzupumpen, die vergangenen Kreditexzesse durch noch mehr Kredite aufzufangen – Feuer mit Benzin zu löschen. Zweitens: Alle Abschwünge der letzten 20 Jahre wurden durch Geldverknappung herbeigeführt – der aktuelle aber nicht! Er fiel in eine Phase, in der Zentralbanken und Regierungen den Kredit immer billiger machten und die Geldmenge immer stärker ausweiteten. Deshalb greifen die »Rezepte« der letzten zwanzig Jahre diesmal nicht. Drittens: In den Konjunkturzyklen haben sich früher die dem Fall der Profitrate gegenwirkenden Ursachen durchgesetzt – was Marx die »reinigende Wirkung der Krise« genannt hat – das funktioniert heute nicht mehr (siehe dazu den Artikel von Paolo Giussani).

Es gibt »Experten«, die in allernächster Zeit einen Crash erwarten, andere erwarten einen Aufschwung. Allerdings verkaufen Insider seit Monaten massenhaft und aggressiv Aktien, was normalerweise als sicherer Anhaltspunkt gelten kann, daß die Firmen schlecht dastehen. Wir wollen uns nicht an der Kaffeesatzleserei beteiligen; es kann tatsächlich sehr schnell dramatisch werden (Auslöser könnten sein: ein Dollar-Crash, Kollaps einer großen Bank, das Platzen des Immobilienbubbles...); genauso gut kann eine weitere Ausweitung des Kredits die Sache ein weiteres Mal hinausschieben. Wir wollen stattdessen festhalten, dass sich die 30jährige Stagnationstendenz des Kapitalismus verstärkt, in der tatsächlich die bisherigen Koordinaten von Zyklus, Aufschwung/Abschwung usw. nicht mehr gelten.

Ökonomische Gesetze und Öl-Kapitalismus

Winfried Wolf
Sturzflug in die Krise
Die Weltwirtschaft, das Öl, der Krieg
Konkret Literatur Verlag
ISBN 3-89458-219-7
238 Seiten, 16,50 Euro

Winfried Wolfs Buch über die Weltwirtschaft, das Öl und den Krieg

Im Mai 2003 ist Winfried Wolfs neuestes Buch zur Krise erschienen, in dem er den Bogen von der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zur heutigen Krise des Kapitalismus und zu den aktuellen kriegerischen Entwicklungen schlagen will. Dementsprechend füllen seine Überlegungen zum letzten Irakkrieg ein ganzes Kapitel: Die wichtigste Verbindung nicht nur zwischen diesem Krieg und der Krise stellt für ihn das Öl dar – wie es der Titel des Buches schon nahe legt.

Methodisch ist zu kritisieren, dass Wolf sehr oberflächlich mit Zahlen hantiert. Sie dienen ihm zum Illustrieren, an manchen Stellen zum Unterstreichen der Dramatik der Entwicklung. Aber regelmäßig fehlen Vergleichswerte zu anderen Zeiträumen – so etwa bei Wolfs Schilderung der Produktivitätsentwicklung der 20er und 30er Jahre – oder es werden einander sehr verschiedene Zahlen gegenübergestellt, z.B. Wochenlöhne, Stundenlöhne oder Reallöhne. Der Leser kann die Zahlen glauben, oder er kann es bleiben lassen...

Politisch ist zu kritisieren, dass Wolfs Welt von »ökonomischen Gesetzen« und politischen Entscheidungen von Staaten beherrscht wird. Den Kampf zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, den Widerspruch zwischen Enteignung und Aneignung hält er in der Entwicklung der kapitalistischen Krise nicht für wirkungsmächtig. Auch die Klassenkämpfe in den 60er und 70er Jahren sieht Wolf nur als Abwehrkämpfe gegen den Versuch, die Krise des Kapitals auf die ArbeiterInnen abzuwälzen.

Dennoch ist das Buch lesenswert: Wolf verzettelt sich nicht auf die gleiche Weise wie etwa Robert Brenner in »Boom und Bubble« (siehe die Besprechung in der Wildcat 66) und liefert ein übersichtliches Bild der Entwicklungen der letzten dreißig Jahre, aber auch die Schilderungen zur Weltwirtschaftskrise sind größtenteils interessant und lesbar – vor allem für Leute, die sich noch nicht ausführlich mit der Thematik beschäftigt haben.

Zum Buch: Wolf skizziert den aktuellen Kapitalismus als »Öl-Kapitalismus«. Noch 1949 wurden zwei Drittel des Weltenergieverbrauchs durch Kohle gedeckt, 1971 deckten Erdöl und -gas zwei Drittel. In diesem Zusammenhang weist der Autor auf die Simultaneität von Ölpreiserhöhungen und Kriseneinbrüchen hin. Vor dem weltweiten Kriseneinbruch von 1974 am Anfang der 30jährigen Stagnationsphase stehen der Yom-Kippur-Krieg und der darauf folgende »Ölboykott« der OPEC. Auch dem Kriseneinbruch Anfang der 80er Jahre geht eine Ölpreiserhöhung infolge der iranischen Revolution und Konterrevolution voraus. Wolf geht nicht soweit, den jeweils steigenden Ölpreis für den Kriseneinbruch verantwortlich zu machen, darin folgt er seinen Vorgängern Ernest Mandel und Elmar Altvater, die den Begriff der »Ölkrise« ebenfalls als ideologisches Manöver ablehnten. Die Ölpreiserhöhungen hätten die eigentlichen Krisenursachen allerdings begünstigt und das Aufbrechen der Krise von 1974/75 und von 1980-82 unmittelbar ausgelöst. Aber ebenso wie ein steigender Ölpreis sich unmittelbar negativ auf die Gewinne der nicht ölproduzierenden Unternehmen und Staaten auswirke, sei auch die »Bewältigung« der Krise von 1980-82 wesentlich vom Öl bzw. dem Handel mit Öl getragen worden. So seien während des ersten Golfkriegs 1980-88 zwischen dem Irak und dem Iran nicht nur die beiden kriegführenden Regimes gezwungen gewesen, ihre Rüstungsausgaben in die Höhe zu treiben, sondern auch die umliegenden Ölstaaten, wie Saudi-Arabien oder Kuweit. Diese zusätzliche Nachfrage nach Rüstungsgütern in den kapitalistischen Metropolen erzeugte – anders als die keynesianische Politik staatlich getragener Nachfrage – keine höheren Schulden und Zinslasten in den westlichen Industrieländern. So konnten die Belastungen dieser Ökonomien durch den hohen Ölpreis zumindest teilweise wieder ausgeglichen werden, da die Gewinne aus der Erdölproduktion über den Krieg quasi in ein Konjunkturprogramm für die weltweite Rüstungsindustrie flossen. Auch hinter dem dritten Golfkrieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak sieht Wolf das Interesse am Öl bzw. an der Kontrolle des Ölpreises. Der Irak solle in Zukunft die Rolle eines Swing-Producers übernehmen, mit dessen Hilfe die USA die weltweite Ölproduktion und damit den Ölpreis kontrollieren könnten.

Wenn aber das Öl bzw. sein Preis nicht die *eigentliche* Krisenursache darstellt, was steckt dann dahinter? Wolf betrachtet Unterkonsumtions- und Überproduktionserklärungen und kommt zu dem Schluss, dass beide Erklärungen zutreffend sind. Seine Illustrationen zu den existierenden Überkapazitäten sind interessant. Wolf betrachtet vier Sektoren: Automobilindustrie, IT-Industrie, Telekommunikation und Luftfahrtindustrie und beschreibt die jeweiligen Entwicklungen der letzten Jahre. Aber krisentheoretisch kratzt er an der Oberfläche: Was sollte eine Überproduktion anderes sein als eine *relative* Überproduktion – gemessen an den Möglichkeiten, die Produkte am Markt gewinnbringend abzusetzen? Insofern ist eine Überproduktionskrise immer auch Unterkonsumtionskrise. Wolf plaudert hier mit großer Geste eine Banalität aus. Zum Kern der Akkumulationskrise stößt er nicht vor. Er sieht stattdessen die kapitalistische Krisendynamik von drei Dingen geprägt:

- dem Auseinanderfallen von Produktion und Realisierung von Gewinnen;
- der »Anarchie des Marktes«, also der Nichtabstimmung der Produktion durch verschiedene, voneinander unabhängig operierende Unternehmen und der Konkurrenz dieser Unternehmen, die tendenziell zu Kapazitätsungleichgewichten in den verschiedenen Sektoren führt;
- der tendenziell unbeschränkten Entwicklung der Produktion, die im Widerspruch zum begrenzten Konsumtionsvermögen der Gesellschaft steht.

Wer jetzt argwöhnt, Wolf habe das bereits gewusst, bevor er sich in die Empirie stürzte, hat sicher recht. Es ist eine der immer richtigen Anschauungen über die kapitalistische Entwicklung, die auf der marxschen Theorie basieren. Wenn er die »entscheidende« Ursache für die Krise aber in der Bewegung der Profitrate festmachen will, verwechselt Wolf Ursache und Wirkung. Die Krise äußert sich in einer sinkenden Profitabilität des Kapitals. Eine fallende Profitrate ist also nicht die Ursache der Krise, sondern eines ihrer Symptome. Die Frage ist doch, *warum* die Profitrate sinkt. Zur Beantwortung dieser Frage gibt Wolf einen Crashkurs zur Marxschen Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate und lenkt damit den Blick auf das sich verschiebende Verhältnis von toter – also in Maschinerie und Material vergegenständlichter – und lebendiger Arbeit. Wolf erzählt von potenziell menschenleeren Fabriken, in denen sich das Kapital vollautomatisiert zugrunde richtet. Wenn er hinter der krisenhaften Entwicklung letztlich die fortschreitende Technisierung der Produktion sieht, müsste er doch irgendwann die Frage stellen, an welchem Punkt diese Entwicklung (ge)kippt (ist). Denn zunächst mal stellt sich dieser Prozess als erfolgreiche Entwicklung dar. Aber auch hier klaffen Realität und »marxistische« Theorie auseinander. So wäre in diesem Zusammen-

Winfried Wolf ist auch der (Co-)Autor anderer Bücher zu Krieg und Krise:

Ernest Mandel, Winfried Wolf
Cash, Crash und Crisis. Profitboom, Börsenkrach und Wirtschaftskrise
Juni 1991
ISBN: 3-89136-200-5

Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges
206 Seiten,
Konkret Literatur Verlag, 1999
ISBN: 3894581859

Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung
205 Seiten, 15 Euro
Konkret Literatur Verlag, April 2002
ISBN: 3-89458-209-X

»Wir haben die Produktion erfolgreich vorwärts getrieben, so dass wir vor dem Problem stehen, wie die Güter konsumieren, die wir produzieren. Wir sind genötigt, die Produktion zu verlangsamen. Wir wagen es nicht, ihre latenten Möglichkeiten zu entwickeln!«

John J. Rascob,
General Motors,
zu Beginn der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre

»Die erstaunliche Tatsache ist nicht diejenige, dass die Börsen massiv einstürzten. Erstaunlich ist vielmehr, dass die Kurse nicht weiter fallen und immer noch erheblich überbewertet sind.«

Financial Times, 2002

hang interessant gewesen, wie Wolf die »entgegenwirkenden Ursachen« aktuell einschätzt – also z.B. die massenweise Durchsetzung von Billigjobs im Dienstleistungsbereich, die Produktion in Sweatshops usw.. So oberflächlich wie Wolf sich der Sache nähert, ist über das Verhältnis von Hochtechnologie und Billiglohn leider nichts herauszufinden.

Eine andere Frage, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist: wenn die aktuelle Krise ihren Anfang in den frühen 70er Jahren hat, welche Mechanismen haben bisher ein Durchschlagen der Krise verhindert? Warum konnte die Krise ihre »reinigende Wirkung« nicht entfalten – *»massenhafte Vernichtung von Gütern, geschaffenen gesellschaftlichen Werten, großangelegte Vergeudung von Arbeitskraft und flächendeckendes Elend [17]«*? Wo Robert Brenner, in dessen Fußstapfen sich Wolf bisweilen zu bewegen scheint, die individuelle Entscheidung der Kapitalisten, niedrige Profitraten in Kauf zu nehmen, ins Feld führt, bleibt Wolf auffallend sprachlos. Auf diese Weise wird er allerdings seinem Anspruch nicht gerecht, den Bogen von der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zur aktuellen Situation zu spannen.

Wolf kommt immer wieder auf die tiefe Krise der USA zurück. Allerdings habe es zunächst einen »Wiederaufstieg« der USA gegeben, nachdem sie seit den 60er Jahren Weltmarktanteile vor allem an Japan und Deutschland verloren hatten. Auf dem Tiefpunkt dieser Entwicklung –1987 – lag der Anteil der US-Wirtschaft am Weltmarkt bei 10,3% (Deutschland 12,0%, Japan 9,4%). Seitdem hatte sich der US-Anteil am Weltmarkt bis zum Jahr 2000 wieder auf 12,4% erholt (Deutschland 8,4%, Japan 7,6%). Aktuell seien die USA vor einer vergleichbaren Situation wie Japan Anfang der 90er Jahre, als es nach einer Phase der Euphorie in ein Jahrzehnt von Stagnation und Krise eintrat. Eine vergleichbare Entwicklung für die USA sieht Wolf durch drei Faktoren begründet:

Die Zinssenkungen der US-Notenbank (Fed) und Steuersenkungsprogramme der Regierung haben bislang kaum eine Wirkung gezeigt. Zwar ist es gelungen, der taumelnden Luftfahrtindustrie unter die Arme zu greifen, und die seit dem 11.9. gesteigerten Rüstungsausgaben führten zu einem neuerlichen Boom der Rüstungsindustrie. Natürlich führt ein Bundeshaushalt, der innerhalb von drei Jahren um 500 Mrd. $ aufgestockt wird, zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Diese Steigerung ist aber nicht das Ergebnis niedriger Zinsen, sondern einer keynesianisch gesteuerten Staatsnachfrage. Vor zehn Jahren hatte auch Japan Jahren erfolglos versucht, mit ähnlich niedrigen Zinsen die Investitionen anzukurbeln…

Das ausbleibende Wachstum der Massennachfrage führe zu nur kurzfristigen kreditfinanzierten Produktionssteigerungen. Aufgrund der neoliberalen Politik, die auch in den USA zu einem Rückgang der Realeinkommen geführt hat, bleibe in den letzten Jahren die Kaufkraft der Massen hinter der Produktion zurück. Das wird seit Anfang 2001 noch durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit verstärkt. Ein – kurzfristiges – Wachstum der privaten Nachfrage habe in den USA nur auf dem Immobilienmarkt erreicht werden können. Und die Gefahr sei sehr groß, dass nach dem Ende des Immobilienbubbles Millionen Hausbesitzer überschuldet sein werden.

Die Entwicklung an den Börsen ist nach wie vor auf Verlust gerichtet. Wegen der breiten Streuung von Aktienbesitz in den USA sind von dem inzwischen drei Jahre währenden Verfall der Kurse viele Haushalte betroffen. Das Nettovermögen der Haushalte sei zwischen Frühjahr 2000 und Herbst 2001 um 12,3 Prozent gefallen. Durch den weiteren Kursverfall sei diese Entwicklung bis heute weiter gegangen.

Bezeichnenderweise bleibt Wolf in seiner Schilderung der Dramatik dieser Dynamik hinter der Realität zurück. Es ist nicht nur so, dass die Aktien weiterhin niedrig sind, an denen z.B. Pensionsfonds hängen. Nach drei Jahren Kursverfall hat sich das für die Aktienbewertung entscheidende Kurs-Gewinn-Verhältnis darüberhinaus weiterhin negativ entwickelt. Die Aktien an den US-Märkten sind heute trotz dramatischer »Kurskorrekturen« im Verhältnis zu den durch sie repräsentierten Gewinnen sogar noch stärker überbewertet als zu Höchstzeiten des US-amerikanischen Aktienbubbles. Wolfs linkskeynesianische Fixierung auf die Krise der Aktien als Krise der Einkommen verbaut ihm hier den Blick: Zu wenig kaufkräftige Nachfrage verschärfe die Krise – implizit: wenn die Einkommen wieder steigen, geht die Krise zuende. Dabei haben auch die Einkommenszuwächse, die seit den 70ern erreicht wurden, die Vertiefung der allgemeinen Krise nicht verhindert. Wenn Wolf eine seit den 70er Jahren sich fortsetzende krisenhafte Entwicklung konstatiert, kann er nicht ernsthaft meinen, höhere Einkommen könnten dieser Entwicklung gegensteuern.

Perspektivisch malt Wolf ein düsteres Bild: das Weltwährungssystem mit seiner Leitwährung US-Dollar sei äußerst labil, die Gefahr einer weltweiten Deflation steige an; die Abhängigkeit der Ökonomie vom Öl nehme weiter zu bzw. werde weiter forciert; die Tendenz zu kriegerischen Auseinandersetzungen sei besorgniserregend.

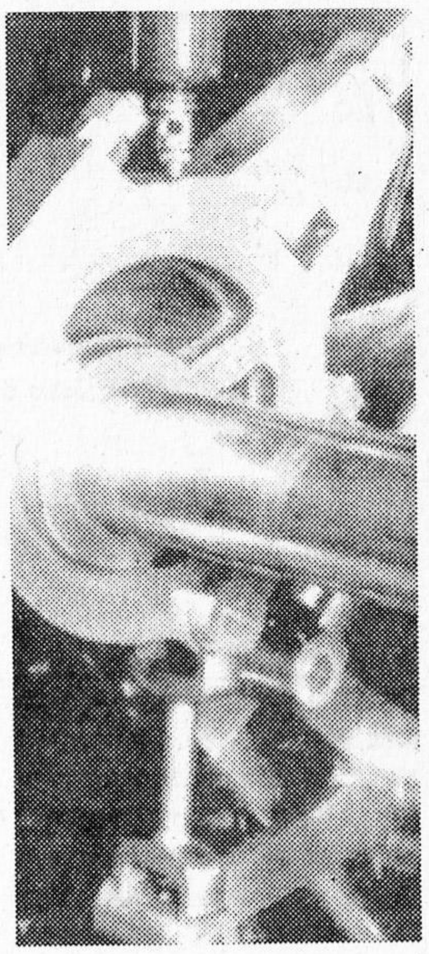
Aber Wolf ist nicht ohne Hoffnung: die weltweite Bewegung gegen den Krieg habe deutlich gemacht, dass viele Menschen nicht bereit sind, die Entwicklungen einfach als gegeben hinzunehmen. Seine Schlussfolgerung ist deswegen: »Eine andere Welt ist möglich – eine andere Ökonomie ist nötig.«

»Der Kapitalismus und seine Zivilisation mögen langsam verfallen, unmerklich in etwas anderes übergehen oder einem gewaltsamen Tode entgegengehen. Der Verfasser persönlich glaubt, dass sie das tun. Die Weltwirtschaftskrise beweist das aber nicht und hat auch als solche nichts damit zu tun. Sie war kein Symptom einer Schwächung oder eines Versagens des Systems. Sie war ein Beweis der Kraft der kapitalistischen Entwicklung, gegen welche sie die zeitweilige Reaktion war.«

Joseph A. Schumpeter, 1939

Das Bruttoweltprodukt
seit dem 2. Weltkrieg

Paolo Giussani[1]



1

paolo.giussani@fastwebnet.it
(Mailand, September 2003).

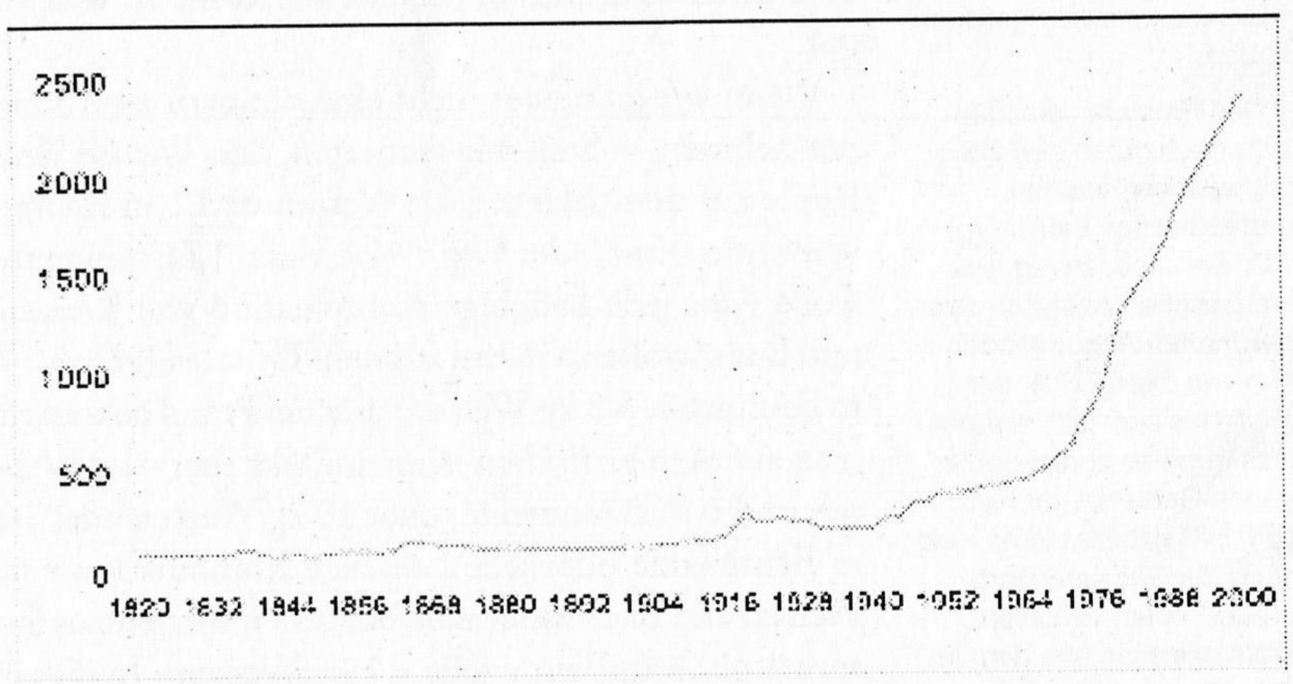
1.

Das Bruttoweltprodukt (BWP) als statistische Größe steckt voller Probleme. Als Summe der Bruttoinlandsprodukte (BIPe) aller Länder der Welt gelten für es nicht nur die üblichen Mängel und Ungewissheiten bei der Schätzung des Bruttoinlandsprodukts, sondern zusätzlich müsen die verschiedenen nationalen Währungsgrößen in eine gemeinsame Einheit konvertiert werden.

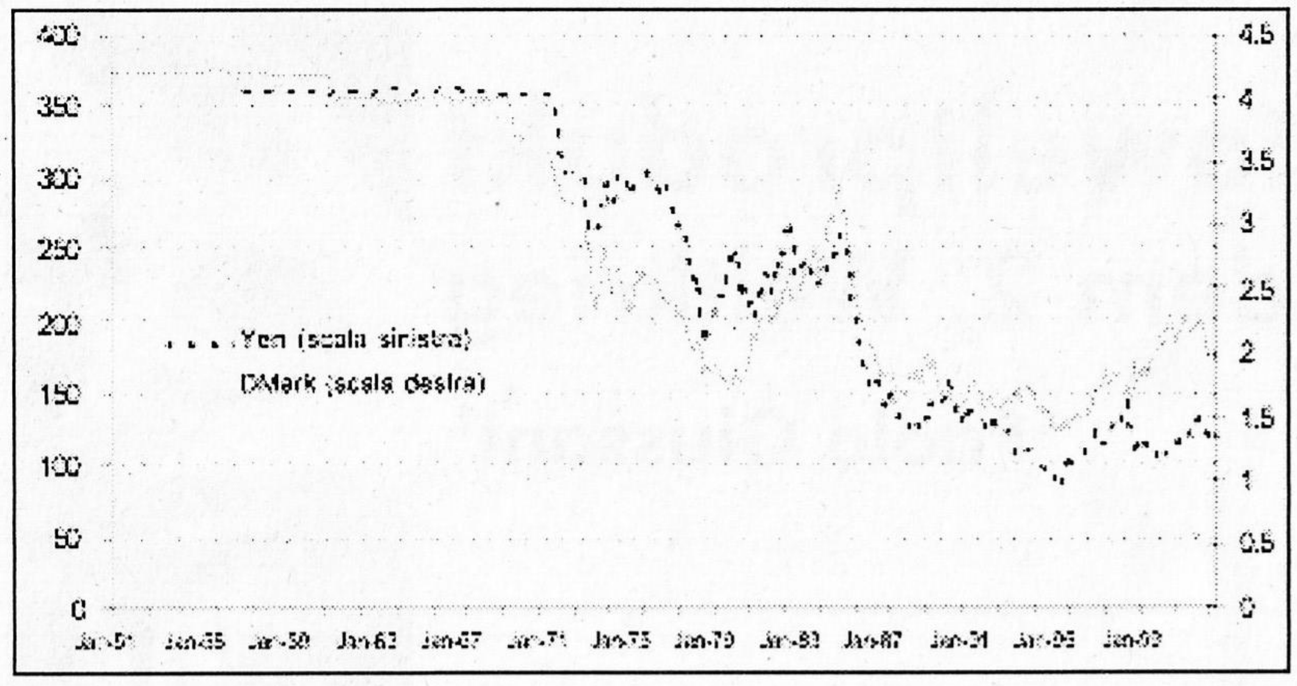
Schon bei der realen (bzw. inflationsbereinigten) Schätzung einer beliebigen Währungsgröße wird die fragliche Größe eigentlich eher verzerrt als umgerechnet. Dabei soll der wahre Preis der verschiedenen Waren sichtbar gemacht werden, indem man die inflationsbedingten Preissteigerungen herausrechnet. Die inflationsbedingten Preisschwankungen lassen sich aber nicht von Preisschwankungen aufgrund von beliebigen anderen Ursachen (wie Veränderungen in der Produktivität, in der Besteuerung oder in der Nachfrage) unterscheiden oder von den technisch-materiellen Veränderungen der produzierten Waren trennen, die sich natürlich in ihren Preisen widerspiegeln.

Waren als Einheiten von Gebrauchswert und Tauschwert sind mehrdimensional, während die Währungsgrößen natürlich eindimensional sind; mehrdimensionale Größen aber lassen sich nicht addieren und vor allem nicht quantitativ vergleichen, um zu sehen, ob sie sich über einen bestimmten Zeitraum verändern. Eben darum müssen sie in eindimensionale Größen umgewandelt werden. Diese Umwandlung ist nicht nur nichts Schlechtes, sondern im Gegenteil unbedingt notwendig, wenn man die Entwicklung des Kapitalismus untersuchen will, vorausgesetzt, man nimmt sie als das, was sie eigentlich ist: die Übersetzung von mehreren Variablen in eine einzige Variable, und hält die dabei unvermeidlichen Verzerrungen so klein wie möglich. Die Vorstellung, man könnte die Auswirkungen der Inflation aus dem Geldwert des Gesamtprodukts herausrechnen, ergibt sich aus der Behauptung, es gebe ein reines Inflationsphänomen bzw. Preisschwankungen, die nicht von der Veränderung der Eigenschaften der produzierten Waren abhängen, sondern von reinen Geldfaktoren, die erst im 20. Jahrhundert aufgetreten sind, vor allem seit dem 1. Weltkrieg, als das von den Zentralbanken in Umlauf gebrachte Geld vollkommen das von den Geschäftsbanken in Umlauf gebrachte Kreditgeld ersetzte (siehe Grafik 1).

Um ein BIP schätzen zu können, muss man zunächst die Inflationsrate jeder einzelnen Ware schätzen und daraus die Werte der realen Sektorproduktionen addieren. Sehen wir einmal ganz ab von den immensen praktischen Schwierigkeiten, die darin stekken, und konzentrieren wir uns auf den Übergang von den nationalen BIPen zu einem Aggregat, das wir Bruttoweltprodukt nennen. Bevor wir ans Addieren gehen, müssen wir die in nationalen Währungen ausgedrückten inflationsbereinigten nationalen Größen in eine gemeinsame Einheit konvertieren. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die erste Technik besteht darin, die verschiedenen Währungen zu laufenden Wechselkursen zu konvertieren. Das bringt allerdings ähnliche Probleme mit sich wie die Schätzung des realen Bruttoprodukts. Die Wechselkurse zwischen den verschiedenen Währungen unterliegen jeden Tag gewaltigen Ausschlägen, die nichts mit der Produktion, aber viel mit Wechselkursspekulationen zu tun haben. So lässt sich in der Entwicklung des Wechselkurses etwa zwischen Dollar und Yen und zwischen Dollar und D-Mark zwar eine langfristige Tendenz erkennen, die von der Entwicklung der Produktivitätsunterschiede zwischen den USA und Japan bestimmt wird, diese wird aber ständig - und zwar nicht nur kurzfristig - vom mächtigen Einfluss der Speku-



Grafik 1:
US-Verbraucherpreisindex
1820-2001 (1900=100)
Quelle: US Bureau of Labor Statistics



Grafik 2:
Yen/US$ und D-Mark/US$ (monatliche Daten: jeweils 1957-2002)
Quelle: US Federal Reserve

[2] Grafik 3 lässt sich entnehmen, dass sowohl der Umtauschkurs des Dollars zum Yen als auch der Kurs des Dollars gegenüber der D-Mark eine klar sinkende Tendenz aufweist. Diese Tendenz wird aber zweimal von einer Wiederaufwertung des Dollar unterbrochen, einmal von Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre, und dann in der zweiten Hälfte der 90er Jahre während der beiden spekulativen Booms, die Kapitale aus der ganzen Welt an die Wall Street und den amerikanischen Obligationenmarkt gezogen haben.

[3] Das Problem verschärft sich noch durch den ziemlich weit verbreiteten methodischen Fehler (vgl. z.B. die ansonsten guten statistischen Analysen des berühmten Angus Maddison von der OECD), der auch das zum BIP rechnet, was in vielen zurückgebliebenen Gebieten gar nicht zum BIP gehören kann, und auch der Subsistenzproduktion einen virtuellen Preis beimisst, aus dem im geschätzten BIP dann allerdings ein realer Preis wird.

[4] Die hier verwendete Analyse nennt sich Singular Spectrum Analysis (SSA). Die SSA ist eine ziemlich neue empirische Methode, die versucht, aus Zeitreihen sowohl den langfristigen Trend als auch alle etwaigen darin enthaltenen Zyklen herauszuziehen. Ihr immenser Wert liegt darin, dass sie im Gegensatz zur

lationsbewegungen gestört, die den Beitrag der verschiedenen nationalen Produkte zum Gesamt-BWP letztlich sichtbar ändern und damit seinen Gesamtverlauf verzerren.[2]

Um dieser Schwierigkeit entgegenzuwirken, hat die Standard-Ökonomie die Schätzung der nationalen Produktionen in einer willkürlich festgelegten Einheit namens Purchasing Power Parity (PPP) erfunden. Die Idee dabei ist, dass gleiche Güter in jedem Land gleiche Preise haben müssen und dass man mit einer Einheit einer inflationsbereinigten internationalen Währung daher überall die gleiche Menge der gleichen Dinge kaufen können müsse. Wenn man etwa für eine indische Rupie 5 kg Weizen und für ein britisches Pfund 10 kg Weizen bekommt, dann beträgt der PPP-Umtauschkurs zwischen Rupie und Pfund 2:1, und anhand dieses Umrechnungskurses kann man dann die reale Größe des indischen BIP im Vergleich zum britischen und umgekehrt schätzen. So weit so gut.

Wenn wir jetzt aber nicht eine, sondern zwei Waren nehmen, sollten wir vermuten, dass wir für eine Rupie auf dem Markt 2 kg Weizen und 1 m Baumwolle bekommt (oder 5 kg Weizen oder 1,66 m Baumwolle oder jede beliebige Kombination von Weizen und Baumwolle zu ihrem Binnen-Tauschverhältnis: 1 m Baumwolle = 3 kg Weizen). Für ein Pfund bekommt man auf dem britischen Binnenmarkt aber 4 kg Weizen und 6 m Baumwolle (oder 10 kg Weizen oder 10 m Baumwolle oder jede beliebige Kombination von Weizen und Baumwolle zum britischen Binnentauschverhältnis: 1 m Baumwolle = 1 kg Weizen). In dieser Situation gibt es keinen einheitlichen Umtauschkurs zwischen Pfund und Rupie mehr, sondern genau so viele, wie es Kombinationen von Weizen und Baumwolle gibt. Wenn z.B. in unserem Beispiel gemessen in Weizen zwei Rupien ein Pfund wert sind, dann steigt der Kurs gemessen in Baumwolle auf 3,514 Rupien pro Pfund. Dabei bedenken wir natürlich noch gar nicht, dass Indien und Großbritannien vielleicht zwei völlig verschiedene Waren produzieren. In diesem Fall lässt sich so etwas wie die PPP nicht einmal denken, da sie ja auf der Annahme beruht, dass alle nationalen BIPe genau dieselbe Warenzusammensetzung und Produktivität der einzelnen Sektoren hätten und dass daher die Binnentauschverhältnisse zwischen den verschiedenen Waren überall dieselben seien. Wenn das so wäre, wäre der internationale Handel natürlich vollkommen überflüssig.

Aber wenn die verschiedenen nationalen BIPe außer ihrer absoluten Größe identisch wären, warum müsste man sie dann noch alle in einer gemeinsamen Währungseinheit ausdrücken? Das liegt nach den Dogmen der gängigen Ideologie daran, dass die nationalen Preisniveaus ständig von der Steuer- und Geldpolitik der Regierungen, bzw. von deren verhängnisvollen (inflationistischen) Einmischungen in den spontanen Marktverlauf, verfälscht werden. Dies herauszuarbeiten ist dann die Aufgabe der ökonomischen Theorie. Wenn man die realen BIPe in PPP schätzt, wird das Gewicht der rückständigeren Länder und das Wachstum des BWP folglich im Vergleich zu anderen Umrechnungsmethoden deutlich überschätzt.[3]

Eine dritte Methode, die allerdings niemand anwendet, geht davon aus, dass sich die Schwankungen der Umtauschkurse aus der Spekulation oder anderen den nationalen BIPen äußerlichen Faktoren erklären lassen. Über lineare oder nichtlineare Regressionen, die die langfristigen fundamentalen Tendenzen darstellen sollen, werden die kurzfristigen Schwankungen ausgeschlossen, und mit Hilfe der (Jahres-, Vierteljahres- oder Monats-) Werte aus den Regressionen werden die verschiedenen realen nationalen BIPe in eine gemeinsame Einheit konvertiert.

2.

Der Verlauf des Wachstums des BWP nach dem 2. Weltkrieg weist eine ziemlich deutliche sinkende Tendenz auf; die Form des Sinkens variiert aber je nach den Verfahren der Datenmessung und je nach den Quellen der internationalen Statistiken.

WTO

Grafik 3 zeigt den Verlauf der jährlichen prozentualen Veränderung des realen BWP nach der Schätzung der Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO benutzt nicht die PPP-Methode, sondern die direkte Umrechnungsmethode anhand der laufenden Umtauschkurse zwischen den Währungen mit den Geldwerten von 1990 als Referenzpunkt für die Inflationsbereinigung. Zwischen 1951 und 1973 beträgt die mittlere jährliche Wachstumsrate 4,963 Prozent, zwischen 1974 und 2002 fällt sie aber auf 2.829 Prozent; die Volatilität des Wachstums gemessen am Variationskoeffizienten nimmt aber in den 70er Jahren stark zu, um sich dann abzuschwächen (vgl. Tabelle 1). Der Grund ist ziemlich offensichtlich: Die Wachstumszyklen werden immer breiter, vor allem aber auch länger. Während es zwischen 1951 (max.) und 1976

(max.) neun größere Wachstumszyklen (mit einer mittleren Länge von etwa 33 Monaten und einer mittleren Breite von 2,4 Prozentpunkten) gab, waren es zwischen 1975 (min.) und 2002 (min.) praktisch nur drei größere Zyklen (mit einer mittleren Länge von etwa 108 Monaten und einer mittleren Breite von 3,6 Prozentpunkten).

Dass es eine Tendenz hin zu einer wachsenden Stagnation gibt, bestätigt auch die Anwendung einer Spektralanalyse der WTO-Daten zum BWP.[4] Grafik 4 zeigt den Verlauf der beiden mittels Spektralanalyse aus den Daten von Grafik 3 gewonnenen Trends.

Der interessante der beiden Trends ist natürlich der, den die dickere Linie zeigt. Seit den 80er Jahren werden die Ausschläge länger, praktisch eine einzige große Schwankung über 16 Jahre hinweg (von 1984 bis 2000), deutlich länger als die vorhergehenden. Mit der Spektralanalyse lässt sich aus den Daten nicht nur der Trend, sondern auch der zyklische Verlauf herausziehen, wie sich in Grafik 5 beobachten lässt, wo der zyklische Verlauf vom Trend getrennt wird.

Diese Ergebnisse sind nicht unbedingt sonnenklar, trotzdem lässt sich unschwer erkennen, dass die Zyklen seit den 80er Jahren weniger stark ausschlagen und immer länger werden. Allgemein lässt sich daraus schließen, dass die Weltwirtschaft sich in Richtung einer Stagnation bzw. eines Zustands bewegt, in dem schlicht und ergreifend kein Wachstum stattfindet.

Die langfristige Entwicklung des BWP im Verhältnis zur Weltbevölkerung (bzw. des Pro-Kopf-Bruttoweltprodukts: PKBWP) unterscheidet sich nicht sehr von der des BWP. Mit den UNO-Daten zur Weltbevölkerung lässt sich der Verlauf der Wachstumsrate des PKBWP in Prozent errechnen (Grafik 6).

Dieser hat große Ähnlichkeit mit dem Verlauf des Wachstums des BWP. Beim Vergleich von Grafik 6 mit Grafik 3 sieht man, dass die Wachstumsraten des PKBWP in allen Jahren deutlich niedriger sind als die des BWP, dass sein Wachstum seit den 70er Jahren immer mehr sinkt (vgl. Tabelle 2 im Vergleich zu Tabelle 1) und dass es in sieben Jahren sogar ein negatives Wachstum gibt (außer 1957 liegen all diese Jahre nach 1973, jeweils während der internationalen Rezessionen: 1957, 1974-75, 1981, 1991-93), was es beim BWP nie gibt (im Zeitraum 1951-2002 gibt es lediglich 1958 und 1975 ein Nullwachstum).

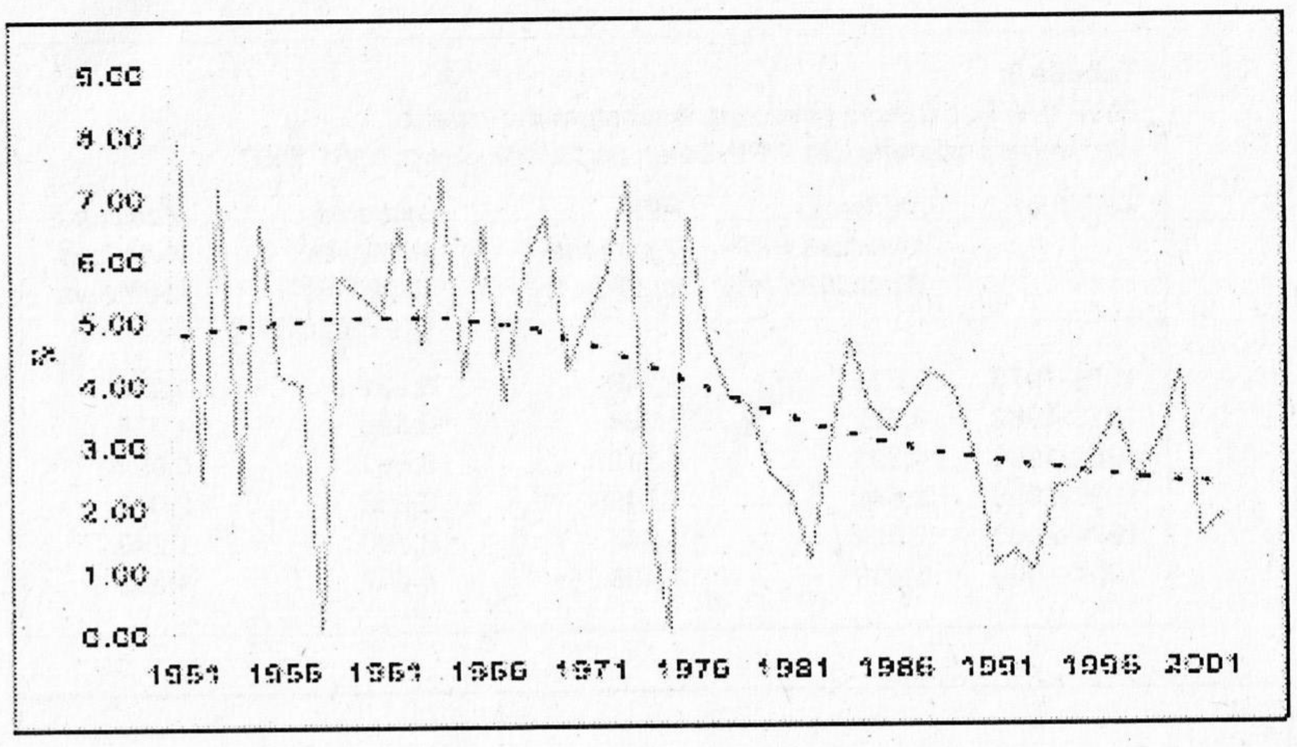
Penn World Tables

Die Penn World Tables (PWT) sind eine an der University of Pennsylvania enstandene Datenbank der Wirtschaft aller Länder der Welt (für den Zeitraum 1950-2000). Aus den PWT lässt sich das inflationsbereinigte BWP schätzen - mit der PPP-Umrechnungsmethode ebenso gut wie mit den üblichen Markt-Umtauschkursen (siehe Grafik 7).

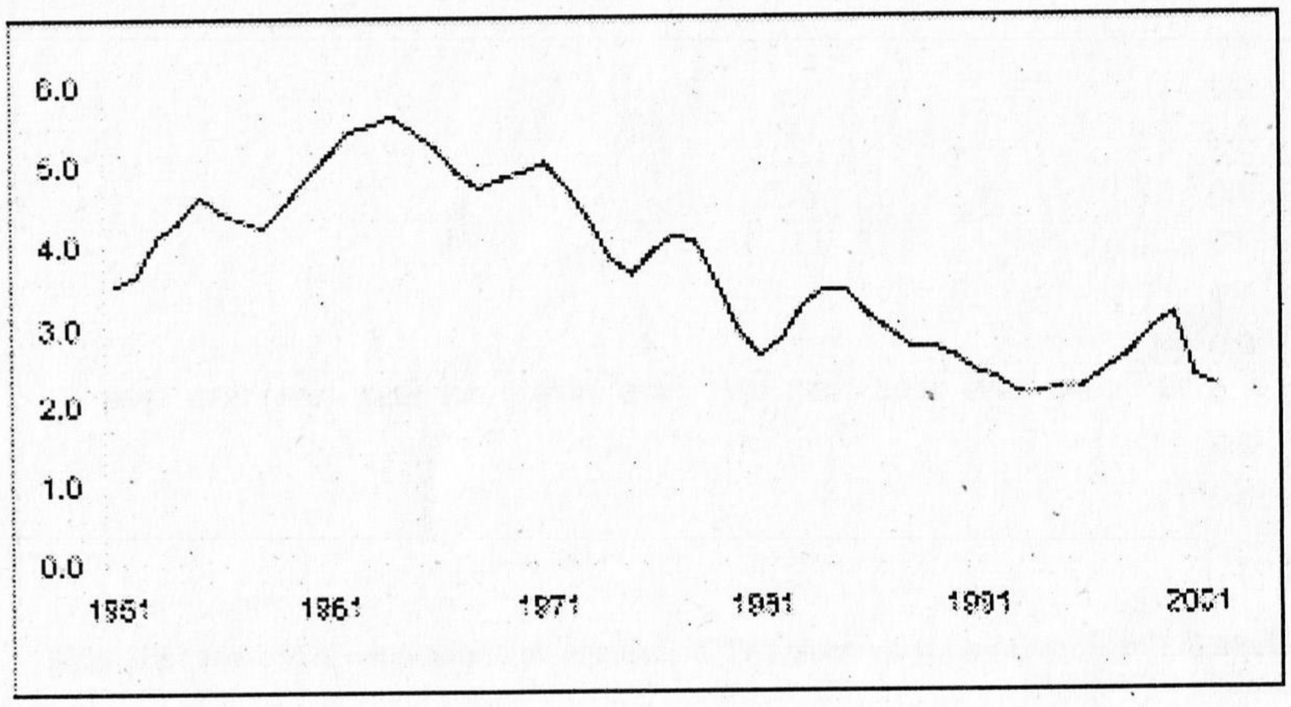
Tabelle 1:
Bruttoweltprodukt: Prozentuales jährliches Wachstum und Variationskoeffizient

Zeitraum	*Wachstum in %*	*Variationskoeffizient*
1951-1973	4,963	0,381
1973-1982	2,868	0,810
1982-1996	2,786	0,403
1996-2002	2,676	0,342
1974-2002	2,829	0,493
1951-2002	3,721	0,534

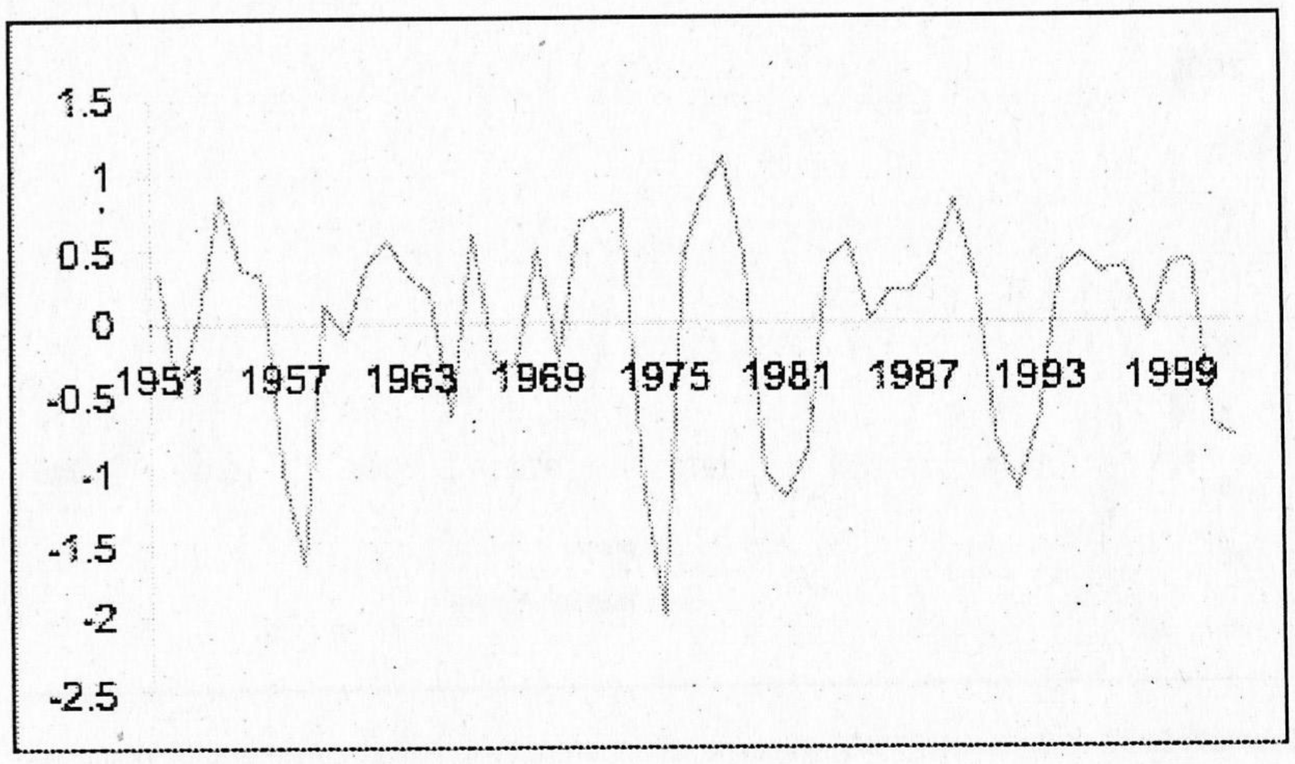
Ökonometrie der Standard-Wirtschaftstheorie nicht auf der Annahme beruht, dass man die Daten irgendeinem vorgefertigten Modell anpassen müsse.



Grafik 3: Jährliches Wachstum des Bruttoweltprodukts (WTO) 1951-2002. *Quelle: WTO*



Grafik 4: Veränderungen des Bruttoweltprodukts in Prozent: Trends aus der Spektralanalyse



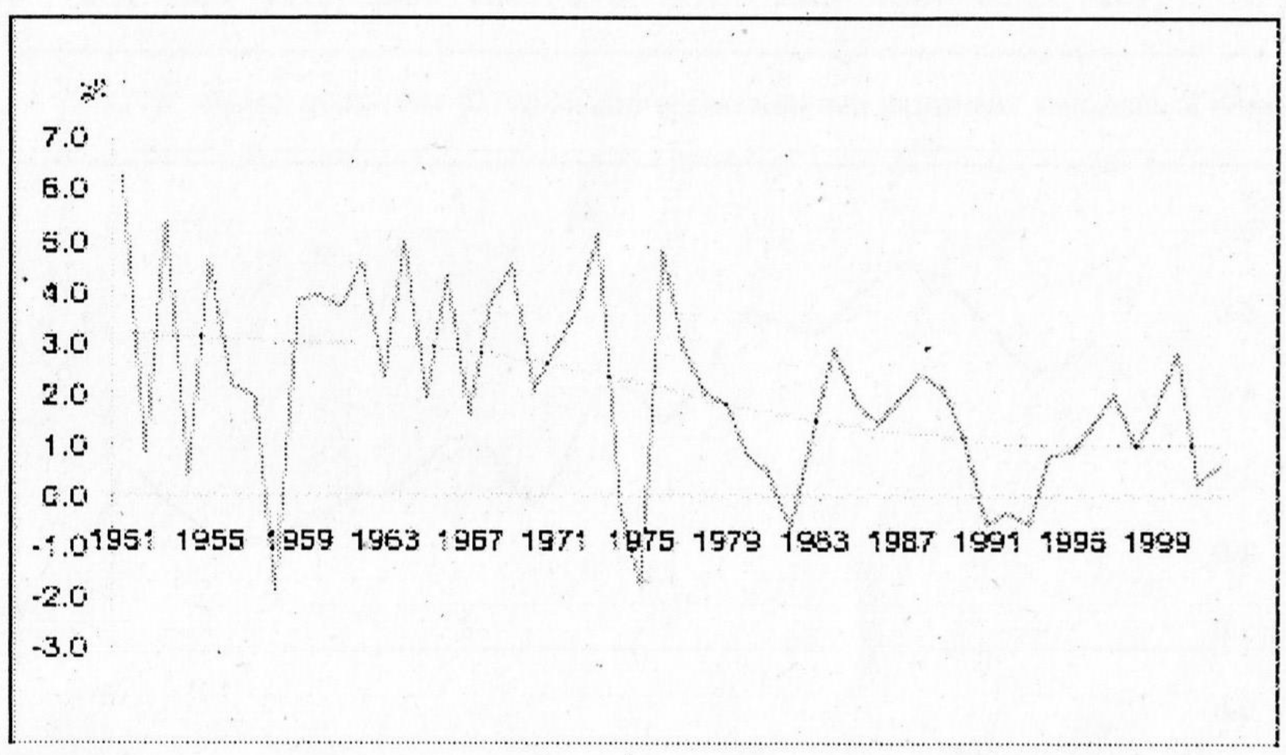
Grafik 5: Veränderungen des Bruttoweltprodukts in Prozent: Zyklen aus der Spektralanalyse 1951-2002

Tabelle 2:
Pro-Kopf-Bruttoweltprodukt (WTO): Mittleres jährliches prozentuales Wachstum und Variationskoeffizient

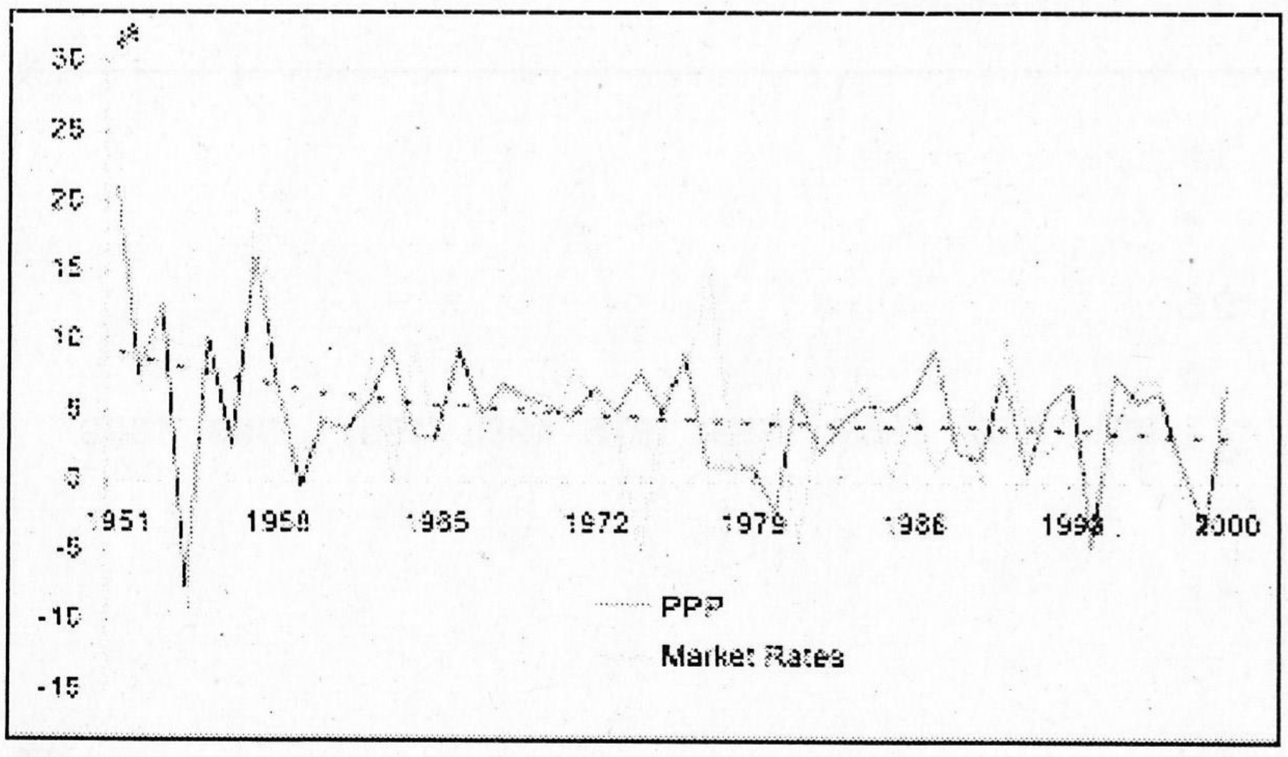
Zeitraum	*Wachstum*	*Variationskoeffizient*
1951-1973	2,987	0,630
1973-1982	1,084	2,092
1982-1996	1,159	0,928
1996-2002	1,360	0,640
1974-2002	1,228	1,104
1951-2002	1,954	0,958

Tabelle 3:
BWP (PWT): mittleres jährliches Wachstum in Prozent und Variationskoeffizient (PPP-Daten und Marktkurse): 1951-2000

Zeitraum	*mittleres jährliches PPP-Wachstum in%*	*PPP-Variations-koeffizient*	*mittleres jährliches Marktkurs-Wachstum in %*	*Marktkurs-Variations-koeffizient*
1951-1973	5,716	1,749	5,237	1,279
1973-1982	3,302	1,084	3,526	1,708
1982-1996	4,391	0,812	3,691	0,954
1996-2000	2,540	1,748	2,058	2,075
1974-2000	3,602	1,047	3,730	1,240
1951-2000	5,039	1,468	4,687	1,233



Grafik 6: Pro-Kopf-Bruttoweltprodukt (WTO): jährliche Veränderungen in Prozent 1951-2002
Quellen: WTO, UNO



Grafik 7: Bruttoweltprodukt (PWT): jährliche Veränderungen in Prozent: PPP und Marktkurse 1951-2000. *Quelle: Penn World Tables*

Auch nach den PWT sinkt das Wachstum des BWP tendenziell, allerdings schwächer als nach den WTO-Daten, die einen ziemlich gewaltigen Sprung Mitte der 70er Jahre zeigen. Die beiden mittleren Wachstumsraten sind praktisch identisch, und die PPP-Reihe liegt nur wenig (+8,7 %) höher, aber es bestehen große Unterschiede zwischen den PPP-Daten und den aus den Marktkursen gewonnenen. Die PPP-Daten blenden die Rezession von 1975 völlig aus und glätten die Rezession Anfang der 80er Jahre. Und abgesehen vom ersten und dem letzten Jahrzehnt besteht zwischen den beiden Reihen ein deutlicher Antisynchronismus im zyklischen Verlauf. Tabelle 3 fasst den langfristigen Verlauf des BWP der PWT zusammen.

Im Vergleich mit den WTO-Daten fallen einige Dinge auf: Die Volatilität des Wachstums liegt allgemein viel höher; die Performance des letzten Zeitraums (1996-2000 während es letzten amerikanischen Booms) ist deutlich schwächer (und volatiler) als die des vorigen: 42,2% für die PPP-Daten und 44,2% für die Marktkurs-Daten, während sich aus den WTO-Daten ein Fall der mittleren Wachstumsrate um nur 3,95% ergibt). Die beiden BWP-Reihen zeigen in dem Zeitraum jeweils vier (PPP) und fünf (Marktkurse) Rezessionen, die außer der ersten (1954) alle nach 1973 liegen, während in den WTO-Daten das BWP bekanntlich nie schrumpft.

Was das PKBWP angeht, so zeigen die PWT-Daten ein deutliches Sinken der Wachstumsraten und ein ebenso deutliches Anwachsen der Volatilität, sowohl für sich genommen als auch im Vergleich zu den WTO-Reihen aus Grafik 6.

Aus den PWT-Daten geht keine Veränderung der Wachstumszyklen (größere Länge und Breite) hervor, die der BPW-Schätzung der WTO widersprechen würde.

IWF

Auch die Daten des IWF liegen sowohl in einer PPP- als auch in einer Marktkurs-Version vor, aber nur für den Zeitraum 1970-2002. Wenn man zur Schätzung der realen nationalen BIPe die nationalen Inflationsbereiniger benutzt, die Währungen zu Marktkursen konvertiert und die nationalen BIPe addiert, erhält man die in Grafik 9 dargestellte Reihe von Wachstumsraten des BWP (zusammen mit der PPP-Reihe aufgeführt).

Zwischen diesen beiden Reihen bestehen große Unterschiede. Während der aus den Marktkursen berechnete Verlauf des BWP praktisch identisch mit der WTO-Reihe aus Grafik 3 ist und einen kontinuierlich sinkenden Trend aufweist, sinkt das nach PPP berechnete Wachstum des BWP nur bis Anfang der 90er Jahre; dann hört der Fall auf, und der Trend bleibt konstant. Von 1970 bis 1990 lassen sich die beiden

Reihen kaum unterscheiden, ab 1991 sind die Wachstumsraten der PPP-Reihe spürbar höher als die der Marktkurs-Reihe (Tabelle 5).

Woher rührt dieser Unterschied, der in den PWT-Daten nicht auftaucht? Zum guten Teil aus dem Umgang mit der Volksrepublik China und den anderen südostasiatischen Ländern. Während die PWT den offiziellen chinesischen Daten nicht trauen und die BIP-Daten der VR China nach unten korrigieren, nimmt der IWF die offiziellen chinesischen Daten für bare Münze und überschätzt mit seiner PPP-Prozedur angesichts des relativ kleinen Produktionsmittelproduktionssektors und der relativ hohen offiziellen Wachstumsraten Chinas und Südostasiens das absolute und relative Gewicht dieser Region.

Tabelle 4:
Pro-Kopf-Bruttoweltprodukt (Penn World Tables): jährliche Veränderungen in Prozent 1951-2000

Zeitraum	*mittleres jährliches PPP-Wachstum in %*	*PPP-Variations-koeffizient*	*mittleres jährliches Marktkurs-Wachstum in %*	*Marktkurs-Variations-koeffizient*
1951-1973	3,727	2,638	3,256	2,034
1973-1982	1,509	2,303	1,730	3,434
1982-1996	2,739	1,278	2,050	1,687
1996-2000	1,188	3,680	0,713	5,880
1974-2000	1,962	1,881	2,088	2,175
1951-2000	3,197	2,264	2,852	1,986

Tabelle 5:
Bruttoweltprodukt (IWF): jährliche Veränderungen in Prozent 1970-2002

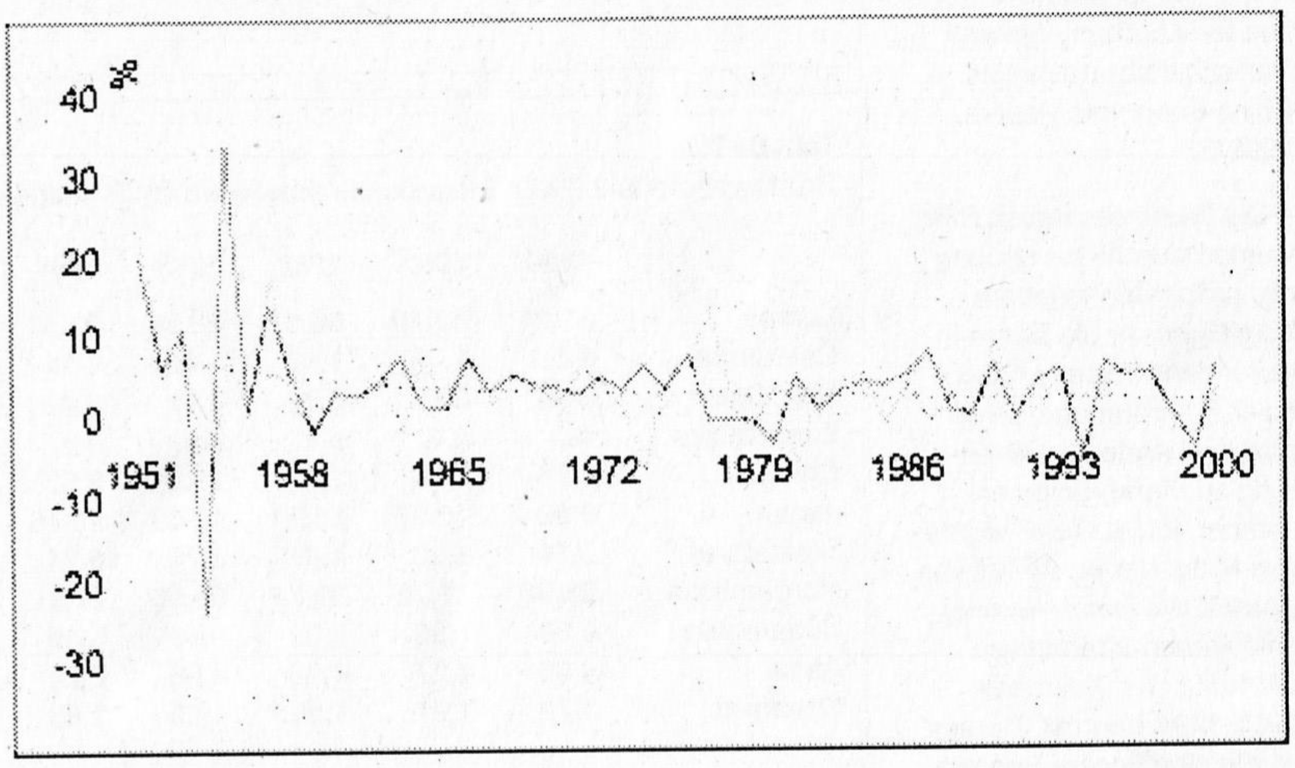
Zeitraum	*mittleres jährliches PPP-Wachstum in %*	*PPP-Variations-koeffizient*	*mittleres jährliches Marktkurs-Wachstum in %*	*Marktkurs-Variations-koeffizient*
1970-1979	4,402	0,319	4,068	0.344
1980-1989	3,494	0,867	3,238	0,353
1990-2002	3,146	0,295	2,353	0,438
1994-2002	3,522	0,206	2,759	0,301

3.

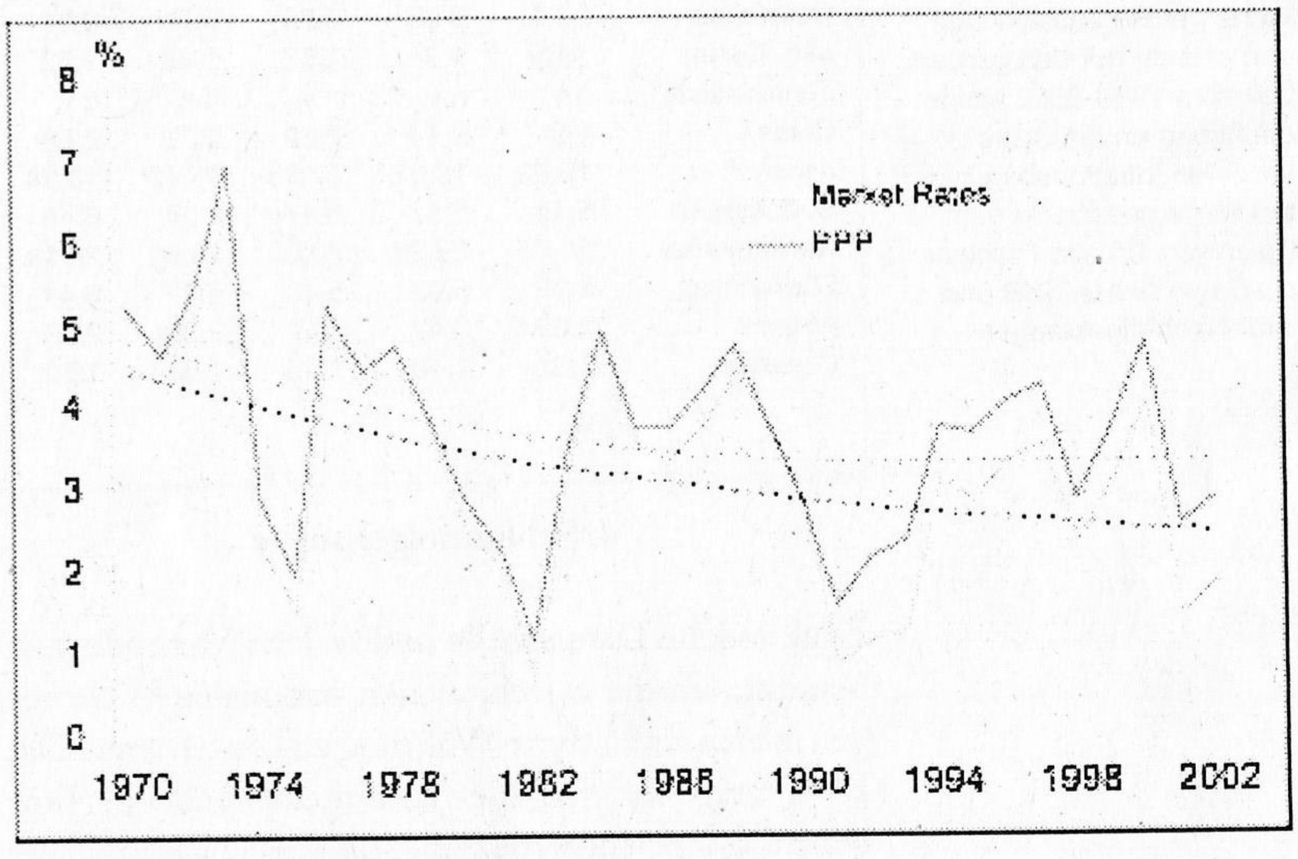
Um das in letzter Zeit von China und Südostasien dazugewonnene statistische Gewicht in der Entwicklung des BWP zu messen, untersuchen wir die nach geografischen Gebieten zusammengefassten nationalen Anteile am BWP. Diese Anteile wurden vom IWF mit Hilfe der PPP-Konvertierung errechnet. Wenn wir die nationalen Anteile nach Gebieten zusammenfassen, erhalten wir für den Zeitraum 1980-2002 das in Tabelle 6 zu sehende Bild.

Nach den PPP-Schätzungen des IWF müsste das BIP der VR China das japanische BIP 1994 überholt haben, von 1994-2002 wäre es so stark gestiegen, dass es inzwischen gut 178% des japanischen, 57,8% des europäischen und 54,9% des nordamerikanischen betrüge. Südostasien wiederum hätte Japan schon seit 1982 überholt und erreichte inzwischen praktisch dieselben Werte wie China. Zusammengenommen hätten China und Südostasien seit 2000 sowohl die europäische als auch die nordamerikanische Wirtschaft überholt.[6] Die inländischen Schätzungen des chinesischen BIP werden von den unterschiedlichsten Autoren bezweifelt.[7] Wenn man statt der offiziellen chinesischen BIP-Werte die jährlichen Mittelwerte aller verfügbaren (und weit unter den offiziellen liegenden) alternativen Schätzungen des Wachstums des realen chinesischen BIP benutzt und die Geldwerte der realen nationalen BIPe zu Marktkursen konvertiert, ergibt sich ein deutlich anderes Bild der nationalen Anteile am realen BWP (Tabelle 7).

In den Werten zu Marktkursen sinkt der überbewertete Anteil der VR China um zwei Drittel und der Anteil Südostasiens um die Hälfte, und ihre Aufwärtsentwicklung verlangsamt sich deutlich und verliert allen epischen Beigeschmack. Dazu reicht es schon, die offiziellen Werte durch die alternativen Schätzungen des chinesischen BIP und die PPP-Umrechnungen durch Umrechungen zu Marktkursen zu ersetzen, wobei letzteres eher noch schwerer wiegt.



Grafik 8: Pro-Kopf-Bruttoweltprodukt (PWT): jährliche Veränderungen in Prozent 1951-2000



Grafik 9: Bruttoweltprodukt (IWF): jährliche Veränderungen in Prozent 1970-2002

[5] Europa besteht aus der EU, der Schweiz und den nicht zur EU gehörenden skandinavischen Ländern. Südostasien enthält natürlich nicht Japan und China. Mexiko gehört zu Südamerika. Russland, Ukraine und Belarus gehören zur Gruppe Osteuropa.

[6] Nach den PPP-Schätzungen des IWF ist der Anteil Chinas am BWP zwischen 1951 und 2002 um 270 Prozent und der Südostasiens um 65,7 Prozent gestiegen. Dabei sollte man beachten, dass in krassem Gegensatz zu allen vorhandenen Analysen über den Niedergang der afrikanischen Ökonomien auch der Anteil Afrikas in den 90er Jahren leicht gestiegen und über den Gesamtzeitraum nur leicht gesunken ist.

[7] Siehe Harry X Wu: How rich is China and how fast has the economy grown? Statistical controversies. China Economic Papers. 1998/3.

[8] Die Werte der realen BIPe wurden durch Anwendung der nationalen Inflationsbereiniger auf die Daten in laufenden Preisen in nationaler Währung und deren anschließende Konvertierung zu Marktkursen errechnet. Für das BIP wurde das Mittel der im Artikel von Harry X Wu (siehe Anm. 6) enthaltenen alternativen Werte für den Zeitraum 1985-1994 benutzt. Daraus wurde eine lineare Regression gegenüber den offiziellen Werten errechnet. Die Werte der Regression wurden sodann auf den ganzen Zeitraum 1980-2002 ausgedehnt und an die Stelle der offiziellen inflationsbereinigten Werte gesetzt. In den Daten von Tabelle 7 fehlen die Daten der UdSSR und ihrer Nachfolgestaaten.

Tabelle 6:
BWP (IWF): prozentuale Anteile am BWP (PPP) 1980-2002 [5]

	1980	*1981*	*1982*	*1983*	*1984*	*1985*	*1986*	*1987*	*1988*	*1989*	*1990*
Europa	25,66	25,26	25,20	24,96	24,45	24,20	24,03	23,82	23,70	23,65	23,86
Osteuropa	11,33	11,32	11,52	11,65	11,45	11,25	11,22	11,11	11,07	10,94	10,42
Mitt. Osten	2,48	2,54	2,51	2,56	2,52	2,48	2,31	2,24	2,07	2,02	2,13
Zentralasien	1,03	1,04	1,07	1,09	1,07	1,05	1,05	1,04	1,04	1,03	0,96
China	3,42	3,50	3,76	4,04	4,44	4,87	5,10	5,48	5,83	5,86	5,94
Japan 8,05	8,15	8,32	8,27	8,20	8,26	8,20	8,22	8,34	8,44	8,67	
Südostasien	7,75	8,09	8,33	8,58	8,61	8,60	8,81	9,03	9,35	9,71	10,13
Nordamerika	23,41	23,56	22,86	23,12	23,64	23,73	23,65	23,56	23,49	23,45	23,27
Südamerika	9,87	9,74	9,57	9,05	8,96	8,90	8,94	8,88	8,57	8,37	8,21
Afrika	5,73	5,51	5,58	5,44	5,40	5,38	5,44	5,36	5,28	5,27	5,15
Ozeanien	1,27	1,29	1,29	1,25	1,27	1,28	1,26	1,26	1,27	1,27	1,26

	1991	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000*	*2001*	*2002*
Europa	23,99	23,94	23,46	23,24	23,05	22,56	22,28	22,35	22,10	21,89	21,68	21,36
Osteuropa	9,48	7,88	7,12	6,32	6,01	5,72	5,57	5,36	5,35	5,44	5,57	5,62
Mitt. Osten	2,25	2,36	2,38	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,32	2,33	2,35	2,36
Zentralasien	0,88	0,76	0,67	0,57	0,51	0,50	0,48	0,48	0,49	0,51	0,55	0,57
China	6,42	7,22	8,03	8,74	9,34	9,83	10,27	10,79	11,16	11,52	12,10	12,67
Japan	8,89	8,85	8,70	8,47	8,31	8,38	8,20	7,90	7,69	7,52	7,34	7,11
Südostasien	10,52	10,95	11,35	11,77	12,25	12,58	12,63	12,12	12,37	12,53	12,62	12,84
Nordamerika	22,93	23,28	23,37	23,52	23,34	23,22	23,28	23,66	23,80	23,62	23,21	23,12
Südmerika	8,43	8,56	8,71	8,83	8,65	8,60	8,69	8,66	8,37	8,32	8,19	7,93
Afrika	4,97	4,96	4,94	4,92	4,91	4,96	4,97	5,02	5,03	5,01	5,08	5,10
Ozeanien	1,23	1,24	1,26	1,28	1,29	1,29	1,28	1,31	1,32	1,30	1,31	1,32

Quelle: IWF

Tabelle 7:
Bruttoweltprodukt (IWF): Prozentuale Anteile am BWP (Marktkurse, korrigiertes chinesisches BIP) [8]

	1980	*1981*	*1982*	*1983*	*1984*	*1985*	*1986*	*1987*	*1988*	*1989*	*1990*
Europa	35,21	30,70	30,07	28,36	26,21	26,32	30,37	32,61	32,31	31,38	35,28
Osteuropa	1,38	1,43	1,66	1,65	1,54	1,49	1,32	1,17	1,20	1,11	0,78
Mitt. Osten	3,44	3,69	3,69	3,62	3,47	2,44	1,99	1,94	1,63	1,58	1,59
Zentralasien	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
China	2,98	2,76	2,77	2,89	2,85	2,73	2,24	2,12	2,36	2,52	1,96
Japan	9,96	10,77	10,24	10,89	11,16	11,49	14,44	15,25	16,46	15,66	14,49
Südostsien	5,10	5,30	5,61	5,76	5,94	5,61	5,22	5,25	5,28	5,58	5,43
Nordamerika	28,96	31,78	33,74	35,56	37,81	39,04	34,94	32,56	31,52	32,42	30,87
Südamerika	6,98	7,38	6,00	5,40	5,40	5,64	4,81	4,40	4,52	4,83	4,92
Afrika	4,28	4,27	4,29	4,08	3,74	3,60	3,20	3,16	3,00	3,10	2,95
Ozeanien	1,72	1,91	1,93	1,80	1,89	1,64	1,47	1,54	1,73	1,83	1,72

	1991	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000*	*2001*	*2002*
Europa	35,27	35,73	32,10	31,64	32,90	32,78	31,00	32,09	30,86	27,95	28,19	29,80
Osteuropa	0,70	0,66	0,70	0,74	0,81	0,85	0,85	0,95	0,88	0,87	0,98	1,02
Mitt. Osten	1,65	1,71	1,57	1,48	1,52	1,75	1,81	1,69	1,74	1,89	1,97	1,88
Zentralasien	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
China	1,94	2,14	2,62	2,21	2,58	2,94	3,25	3,43	3,45	3,67	4,00	4,13
Japan	15,63	15,87	17,89	18,43	18,34	15,94	14,71	13,44	14,64	15,24	13,53	12,51
Südostasien	5,45	5,57	5,87	6,24	6,45	6,84	6,76	5,50	5,95	6,22	6,08	6,25
Nordamerika	30,05	29,28	30,00	29,68	28,14	29,04	31,02	32,58	33,09	34,30	35,57	35,63
Südmerika	4,99	5,07	5,40	5,77	5,44	5,78	6,38	6,41	5,50	6,00	5,93	4,98
Afrika	2,69	2,47	2,42	2,29	2,32	2,43	2,55	2,45	2,37	2,43	2,39	2,31
Ozeanien	1,64	1,49	1,43	1,53	1,50	1,65	1,66	1,47	1,51	1,42	1,37	1,48

Quelle: IWF

4. Schlussfolgerungen

Egal, welche Datenquelle und welche Methode man benutzt, um die verschiedenen nationalen Währungen in eine einheitliche Währung zu konvertieren: Das BWP zeigt seit den 70er Jahren eine sinkende Tendenz. Dennoch unterliegt die statistische Messung des BWP immer noch einem enormen Grad an Zufälligkeit, weit stärker als die nationalen BIPe der OECD-Länder, sowohl wegen der unzuverlässigen Schätzungen vieler zurückgebliebener Länder als auch wegen Probleme, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben. Dass China die Bühne des Weltmarkts betreten hat, hat die Messungs- und Schätzungsprobleme nur noch verstärkt.

Thekla - Wildcat

Noch lieferbar (alle Preise inkl. Porto)
Als Gesamtpaket gibt's diese
sieben Theklas für 25 Euro!

Thekla 10 – »Zerowork«, ArbeiterInnenkämpfe in den USA und (Vollständige Übersetzung der beiden Hefte der amerikanischen Zeitschrift »Zerowork«, Vorläufer der »Midnight Notes« von 1975 und 1977), 288 Seiten, 5,- Euro

Thekla 11 – Let's get organized / Erfahrungsberichte von Jobber-Aktionen, 1989, 132 Seiten, 3,50 Euro

Thekla 12 – Arbeit, Entropie, Apokalyse (Texte der »Midnight Notes« und »Lordstown - produktive Sabotage«), 146 Seiten, 3,50 Euro

Thekla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus / Polen, China; Frankreich, 152 Seiten, 3,50 Euro

Thekla 14 – Ölwechsel / Analysen zum Golfkrieg 1991, 160 Seiten, 3,50 Euro

Thekla 16 – Sabotage / ArbeiterInnen aus den USA erzählen, 162 Seiten, 8,- Euro

Thekla 17 – Arbeit, Energie, Krieg / Analysen zur Golfregion und zum Golfkrieg '91, Migranten im Sturm (Ferrucio Gambino), 176 Seiten 7,- Euro

analyse + kritik

ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis

analyse & kritik erscheint 11 x im Jahr mit 36 Seiten im Zeitungsformat.
Einzelpreis: € 4,20 – Jahresabo € 53,- (Sozialabo: € 37,-)
Im Abopreis enthalten sind zwei Ausgaben von
FANTÔMAS – Magazin für linke Debatte und Praxis
Einzelpreis: € 4,50 + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beilegen

Probeabo bestellen: 3 x *ak* für 5 €*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · redaktion@akweb.de

Impressum

Wildcat

Kontakte:
Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln
wildcat@wildcat-www.de

Shiraz e.V.
Postfach 60 13 28
14413 Potsdam

Welt in Umwälzung:
www.umwaelzung.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Regionale Kontakte:
freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles:

www.wildcat-www.de

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Einzelheft 3 Euro – Förderabo 30 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 10 Euro (Ausland 16 Euro) – alle Preise inkl. Porto.

Bestellung per Brief, Mail oder das Formular auf der Webseite:

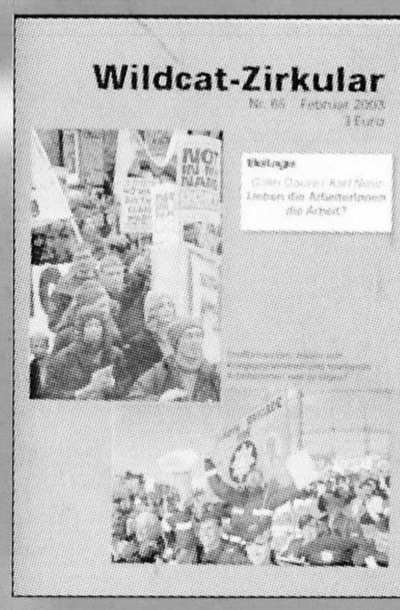
Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln
E-Mail:
versand@wildcat-www.de
Webformular:
www.wildcat-www.de/aboform.htm

V.i.S.d.P.: P. Müller

Wildcat

Back Issues.

Ihr könnt auch ältere Nummern der Wildcat oder des Wildcat-Zirkulars noch bestellen (Bestelladresse und Preis findet ihr im Heft auf Seite 2).



Wildcat 66
(Juli 2003)

Die zweite Supermacht?

Berichte zur globalen Friedensbewegung · Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen · Irak: Krieg gegen das Proletariat

USA: Nach der Inflation kommt die Deflation — Boom & Bubble

Argentinien: Wessen Krise? · Streiks in Frankreich und Italien · Piloten auf der Lok · Lohnklau auf Berliner Baustelle

Agenda 2010 — Frontalangriff oder Sprung ins Leere ...

Operaismus reloaded — Empire, Negri, Zerowork

Wildcat Sondernummer Irak-Krieg
(März 2003)

Krise des Kriegs und Grenzen des Kapitalismus

Antikriegsbewegung · Harass the Brass – Subversion in der US Army · Berichte aus USA, Australien, GB, BRD...

Dollarkrise und Kreditbubble · Die USA als Papiertiger · Krieg im Focus der Medien

Krieg gegen das Erdölproletariat · Krieg und Arbeiter im Iran · Schurkenstaaten, Staatskollaps und neue Kriege

Beilage: Mouvement Communiste
Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat

Wildcat-Zirkular 65
(Februar 2003)

Streik der Feuerwehrleute und andere »hot spots« · Revolte in Venezuela · Das Ende der Entwicklungsdiktaturen · Revolutionäre Situation in Argentinien?

Beilage: Gilles Dauvé / Karl Nesic
Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?

Wildcat-Zirkular 64
(Juli 2002)

Zum Stand der »Antiglobalisierungsbewegung« ·
Globaler Krieg um die Ordnung der Welt

Beilage: Argentinien: Aufstand gegen die Politik · Streik bei Arcade · Migrantenstreiks in Italien · China: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder

Oder aber... ihr seht mal auf unserer website **www.wildcat-www.de** nach aktuellem Material und stöbert ein bißchen im Archiv, wo sich die meisten Texte aus den Wildcats und Wildcat-Zirkularen finden lassen.